

**perspektiven des demokratischen  
sozialismus**

Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
31. Jahrgang 2014 Heft 1  
ISBN 978-3-89472-591-4  
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes  
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,  
Helga Grebing, Leo Kiffler und Karl Theodor  
Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Klaus Faber,  
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,  
Jens Kreibbaum, Kira Ludwig, Thomas Meyer,  
Roland Popp (Schlussredaktion), Walter  
Reese-Schäfer, Hans-Joachim Schabedoth,  
Klaus-Jürgen Scherer, Joachim Spangenberg

**Redaktionsleitung:**  
Tobias Kühne  
eMail: tokuehne@web.de

**HDS-Geschäftsstelle:**  
c/o Kulturforum  
WBH, Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin

Weitere Informationen unter:  
[www.hds-perspektiven.de](http://www.hds-perspektiven.de)  
[www.perspektiven-ds.de](http://www.perspektiven-ds.de)

**Verlag und Abo-Vertrieb:**  
Schüren Verlag GmbH,  
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg  
Informationen zu perspektiven ds und zum  
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden  
Sie im Internet: [www.schueren-verlag.de](http://www.schueren-verlag.de)  
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im  
Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €  
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-  
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
© Schüren Verlag GmbH  
Alle Rechte vorbehalten.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte wird keine Haftung übernommen.  
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag  
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns  
die Vision einer freien, gerechten und solidari-  
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für  
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip  
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

*Hamburger Grundsatzprogramm der SPD*

# Europa am Scheideweg

**perspektivends**  
**1/14**

# INHALT

Editorial	4	<b>Klaus Faber</b> EU-Perspektiven: auch in 50 Jahren kein demokratischer Bundesstaat?	64
<b>THEMENSCHWERPUNKT: EUROPA AM SCHEIDEWEG</b>			
<b>Heinz-J. Bontrup</b> Die EU in der Krise. Die Wirtschafts- und Währungsunion endlich richtig aussteuern	6	<b>Gregor Fitzl</b> Ja! Nein! Vielleicht... Europa-Stimmungen in Italien	76
<b>Udo Bullmann/Caroline Somnitz</b> Europa besser machen: Eine neue Balance zwischen moderner Wirtschaft und sozialer Demokratie	17	<b>Jennifer L. Allen/Terence Renaud</b> Europäische Geschichte aus Sicht US-amerikanischer Studenten am Beispiel Deutschlands	83
<b>Dierk Hirschel</b> Europa braucht einen Politikwechsel	25	<b>WILLY-BRANDT-SPEZIAL</b>	
<b>Michael Fischer</b> Europas Krise – am Ende des «demokratischen Kapitalismus»? Anmerkungen zur «Streek'schen Frage»	33	<b>Tobias Kühne</b> Willy Brandt und kein Ende?	88
<b>Andreas Maurer</b> Legislativmacht und Politisierung: Der Spagat des Europäischen Parlaments	43	<b>Bernd Rother</b> Willys Hundertster – Eine Nachlese	91
<b>Werner Wobbe</b> Demokratie versus Eurobürokratie – ein deutsches Trauma	53	<b>Klaus Schönhoven</b> An der Spitze der Sozialdemokratie 1964–1987. Führungsstil und Politikverständnis von Willy Brandt	102

**BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN**

**Dieter Klein**

Doppelte Transformation und ein neues linkes Crossover 109

**Klaus-Jürgen Scherer**

Gedankensplitter über ein außergewöhnliches Wahljahr 121

**Kira Ludwig**

Die Geschichte der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V. Teil 2: Die frühen Jahre (1980–1984) 130

**Michael Müller/Kai Niebert**

Politik im Anthropozän. Die sozial-ökologische Transformation wird zur Systemfrage 140

**Horst Heimann**

Neues aus der Welt des Antikapitalismus – und des Demokratischen Sozialismus 149

**REZENSIONEN UND BERICHTE**

**Edgar Göll**

Rezension zu Haderlapp, Thomas/Trattnigg, Rita: Zukunftsfähigkeit ist eine Frage der Kultur. Hemmnisse, Widersprüche und Gelingensfaktoren des kulturellen Wandels 162

**Sebastian Voigt**

Tradition und Verdrängung. Über die geistesgeschichtlichen Wurzeln der Sozialdemokratie. Rezension zu Erler, Hans: Judentum und Sozialdemokratie.

Das antiautoritäre Fundament der SPD; Erler, Hans: Zur Aktualität des Judentums. Vorträge 1997 bis 2010 165

**Helga Grebing**

Wandel durch Annäherung? Überlegungen zu Engelberg, Ernst: Wie bewegt sich, was uns bewegt? Evolution und Revolution in der Weltgeschichte 168

**Autorinnen und Autoren** 172

# EDITORIAL

Die Europäische Union steht am Scheideweg. Wie werden die ökonomischen und sozialen Krisen gemeistert werden, die sich immer weiter ausbreiten und die Gemeinschaft zu zerreißen drohen? Liegt die Zukunft Europas in einer stärkeren institutionellen Integration oder kann eine soziale Demokratie am besten in Nationalstaaten organisiert werden? Und wie eigentlich wird Europa aus einem nicht-deutschen Blickwinkel wahr genommen? All diesen Fragen wollen wir im Themenschwerpunkt dieser Ausgabe der *perspektiven ds* nachgehen. So unterschiedlich sich unsere Autorinnen und Autoren dieser komplexen Materie auch annähern, eines wird deutlich: Auf eine Freihandelszone oder die sprichwörtliche «Gurkenkrümmung» wollen sie das europäische Projekt nicht reduziert sehen. Zu den Gurken wird es in diesem Heft auch noch erhellende Einsichten geben.

In Anschluss an das Jubiläumsjahr 2013 wollen wir mit einem kleinen Willy-Brandt-Spezial sowohl einen Rückblick als auch einen Ausblick wagen. Was bleibt vom Gedenken übrig und warum sich überhaupt noch mit Brandt beschäftigen? Vielleicht können die Beiträge zeigen, dass es sich immer noch lohnt.

Es gibt zwei Debatten, die wir in den *perspektiven ds* und auf unseren Tagungen in Zukunft verstärkt führen wollen und zu denen wir unsere Leserinnen und Leser herzlich einladen und zu Stellungnahmen auffordern möchten. Nach den ersten Monaten der Großen Koalition, wie auch immer man ihre Erfolge oder Misserfolge be-

werten mag, bleibt die Frage eines linken Reformbündnisses, eines «linken Crossover», mehr als akut. Eine progressive Reformpolitik jedenfalls ist mit der Union kaum möglich und nach den aktuellen Umfragen verharret die SPD im 25-Prozent-Turm. Drohen, auch angesichts der AfD, «österreichische Verhältnisse»? Aber nicht nur um die SPD soll es gehen, auch Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei erwecken derzeit nicht den Eindruck, ernsthaft und konstruktiv an einer Mehrheit links der Mitte zu arbeiten. Beide «Partner» der Sozialdemokratie wirken vielmehr selbst in der Opposition inhaltlich ausgebrannt und altmodisch, ziehen sich auf hinlänglich bekannte Positionen zurück, ohne mit zukunftsweisenden Alternativen glänzen zu können. Mit ein paar Lockerungsübungen jedenfalls, da herrscht auf allen Seiten eine erhebliche Naivität, wird es nicht getan sein. Den Beitrag von Dieter Klein verstehen wir als Einstieg in die Diskussion und hoffen auf Ergänzungen und Widerspruch.

Zweitens werden wir weiterhin der Frage nachgehen, wie eine konstruktive und innovative Kapitalismuskritik im 21. Jahrhundert nicht nur entwickelt, sondern zudem in praktische Politik überführt werden kann. Denn es ist ja erstaunlich, dass ein weit verbreitetes aber auch diffuses Unbehagen gegenüber marktradikalen Lösungsansätzen bisher noch zu keiner politischen Trendwende oder Bündelung der Kräfte geführt hat. Verschläft die Sozialdemokratie – Stichwort Steuersenkungen, Freihandelsabkommen oder NSA-Skandal – gerade eine

große Chance auf Erneuerung und Aufstieg zu alter Stärke? Soziale Bewegungen gibt es ja, aber beiderseitig herrscht weitgehend Desinteresse und Sprachlosigkeit.

Der Ausbruch des 1. Weltkrieges jährt sich in diesem Jahr zum hundertsten Mal. Die großen Verkaufserfolge von voluminösen Überblicksdarstellungen zeigen, dass dieses Ereignis nach wie vor bewegt und bedrückt. Auch für die deutsche und die europäische Sozialdemokratie waren die Auswirkungen des Krieges verheerend, nicht nur aufgrund der vielen Toten. Die Internationale zerbrach ebenso wie die parteipolitische Einheit der Arbeiterbewegung, von den Folgen der «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» hat sich auch die gesellschafts-

politische Linke nie ganz erholen können. Was also waren Ursachen und Folgen dieser Katastrophe, gerade aus dem Blickwinkel der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung? Auf zahlreiche Beiträge zu diesen Fragen sind wir gespannt!

Zum Schluss möchten wir unserem langjährigen Vorstandsmitglied Nils Diederich ganz herzlich zu seinem 80. Geburtstag am 24. Mai gratulieren!

*Viele Anregungen und auch etwas Freude  
beim Lesen wünscht im Namen der  
Herausgeber und der Redaktion  
Tobias Kühne*

# THEMENSCHWERPUNKT: EUROPA AM SCHEIDEWEG

Heinz-J. Bontrup

## Die EU in der Krise

### Die Die Wirtschafts- und Währungsunion endlich richtig aussteuern

#### EU-Asymmetrien und Unvollkommenheiten

Die Europäische Union (EU) erstreckt sich mit dem jüngsten Mitglied Kroatien auf 28 Mitgliedsstaaten, aber nur 18 Länder (zum 1. Januar ist Lettland dazu gekommen) unterliegen mit dem Euro einer Europäischen Währungsunion und damit der autonomen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Es existiert zwar ein Europäisches Parlament, aber keine Europäische Regierung. Vielmehr gibt es eine «Ersatzregierung» aus Europäischem Rat und Europäischer Kommission mit einem Kommissionspräsidenten an der Spitze. Dadurch wird u. a. eine einheitliche europäische Fiskalpolitik verhindert, die weiterhin nationalstaatlich und nicht abgestimmt in der EU betrieben wird. Dabei kommt es konkret in der Politikanwendung nicht zu einer keynesianisch-postkeynesianisch orientierten Fiskalpolitik, sondern zu einer im Europäischen Vertrag von Lissabon,<sup>1</sup> neoklassisch-monetaristisch an-

gelegten Ökonomievariante, die als primitive neoliberale Spielart einseitig dem Markt (Wettbewerb) und den Kapitalinteressen zugewandt ist und alles Staatliche und damit die Politik diskreditiert.<sup>2</sup>

So ist es im bisherigen Ergebnis auch wenig erstaunlich, dass sich die EU, mit ihren wirtschaftlich stark heterogenen Ländern, in einer tiefen wirtschafts-, finanz- und politischen Funktionskrise befindet, woraus sich bereits eine Legitimationskrise entwickelt hat. «Anstelle des erhofften Zusammenwachsens droht Europa ein Auseinanderdriften von Eurozone und Rest-EU, von Gläubiger- und Schuldnerländern, von Eu-

tert. Zur ökonomischen Einschätzung der damals vorgelegten EU-Verfassung, die genauso, wie der jetzt gültige Vertrag von Lissabon, in Kraft getreten am 1. Dezember 2009, als neoliberal einzuordnen ist, vergleiche Huffschmid, J., Sachgasse EU-Verfassung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2004, S. 775ff., derselbe, Die neoliberale Deformation Europas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2007, S. 307 ff.

1 Eine Europäische Verfassung ist dagegen durch das Nein von Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsentwurf endgültig auf dem Brüsseler EU-Gipfel am 13. Dezember 2003 geschei-

2 Vgl. Bontrup, H.-J., Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen, 2. Aufl., Bergkamen 2012.

ropabefürwortern und Europaskeptikern und von Reich und Arm. Zudem droht die Bereitschaft, europapolitische Vorgaben zu akzeptieren und umzusetzen, zu schwinden. Nationalstaatliches Denken greift in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU um sich.»<sup>3</sup> Siehe hier nur die u. a. von Streeck vehement eingeforderte Renationalisierung und seine restaurative Forderung nach einer Abschaffung des Euros.<sup>4</sup>

### EU-Wirtschaftsunion

Die Europäische Wirtschaftsunion wurde Mitte der 1980er-Jahre mit einer Bekämpfung der «Eurosklrose» durch Mitterrand und Kohl initiiert. Der wirtschaftliche Stillstand in der «alten» Europäischen Gemeinschaft (EG) sollte beendet werden. Man wollte einen Europäischen Binnenmarkt, eine Wirtschaftsunion, bis 1992 vollendet sehen; festgeschrieben in der zum 1. Juli 1987 in Kraft getretenen Einheitlichen Europäischen Akte. Der damalige Präsident der EG-Kommission, Delors, sprach von einer «stillen Revolution» in Europa. «Der internationale Wettlauf gegen die Zeit, bei dem das Überleben der Länder unserer Gemeinschaft auf dem Spiel steht, erfordert eine gemeinsame Zielsetzung, die uns zur Bündelung unserer Kräfte und Energien zwingt. Aus diesem Grund habe ich dem Europäischen Parlament und den Staats- und Regierungs-

chefs der Gemeinschaft bei meinem Amtsantritt als Präsident der EG-Kommission vorgeschlagen, bis 1992 einen wirklich gemeinsamen und solidarischen Wirtschaftsraum zu schaffen. Die Gemeinschaft hat sich zu diesem Ziel feierlich bekannt.»<sup>5</sup>

Zur theoretischen Fundierung des Europäischen Binnenmarkts erhielt der Italiener und Ökonom Cecchini von der EG-Kommission 1986 den Auftrag, über die «Kosten der Nichtverwirklichung Europas» zu forschen. Auf Basis des von ihm 1988 vorgelegten «Cecchini-Berichts» wurde die anzustrebende wirtschaftspolitische Doktrin für die EG abgeleitet und schließlich festgeschrieben. Der wettbewerblich ausgerichtete Markt solle über die Wohlfahrt in der Europäischen Gemeinschaft entscheiden bzw. sie erhöhen und weiterentwickeln. Staatlichen Interventionen in die Märkte und Bevormundungen sowie der staatlichen Bürokratie wurde der Kampf angesagt. Durch die Abschaffung von Handelsbarrieren (Zöllen, Schranken, Grenzkontrollen, Vorschriften) und offenen Märkten sollten die privatwirtschaftlichen Unternehmen unter Rationalisierungs-, Produktivitäts- und Kostendruck gesetzt werden. Es sollte im Binnenmarkt eine Handels-, Kapital- und Personenfreiheit herrschen. Auch wurde die Bekämpfung von staatlichen Monopolen (öffentlichen Unternehmen) durch Privatisierungen zur Doktrin erhoben und das öffentliche Auftragswesen liberalisiert. Die Verschärfung der Konkurrenz in und zwischen den Ländern würde die Unternehmen dann zwingen, die Produktivitätssteigerungen und Kostensenkungen über Preisre-

3 Alemann, U. von, Dreyer, D., Hummel, H., Demokratische Mitgestaltung und soziale Sicherheit, FINE-Gutachten zur «Politischen Union», Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW, Düsseldorf 2012, S. 5.

4 Vgl. Streeck, W., Auf den Ruinen der Alten Welt. Von der Demokratie zur Marktgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2012, S. 61ff.

5 Delors, J., Gemeinsames Ziel, in: Cecchini, P., Europa '92, Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden Baden 1988, S. 9.

duzierungen an die Verbraucher weiterzugeben. Dadurch käme es zu einer Aufwertung der realen Kaufkraft bei den Endverbraucher und infolge würden Wachstum und Beschäftigung angeregt.

### **EU-weite Wettbewerbsgläubigkeit**

Die der Wirtschaftsunion allgemein unterlegte, aber an Naivität nicht mehr zu überbietende, wirtschaftspolitische Doktrin einer Verbraucherorientierung gepaart mit Wettbewerb geht originär auf Adam Smith zurück. «Konsum ist der einzige Zweck aller Produktion;» so Smith, «und das Interesse des Produzenten sollte nur insoweit berücksichtigt werden, wie es für die Förderung des Konsuminteresses nötig sein mag. Diese Maxime ist so selbstverständlich, daß es unsinnig wäre, sie beweisen zu wollen.»<sup>6</sup> Hier irrt Smith, wie in vielen anderen Punkten auch. Ziel kapitalistischer Produktion ist nicht eine maximale Bedürfnisbefriedigung von Endverbrauchern, sondern eine erweiterte Kapitalbildung (Akkumulation) durch eine möglichst maximale realisierte Profitrate, um die Interessen der Kapitaleigner zu befriedigen. Außerdem ist der Verbraucher in der wirtschaftlichen Realität gegenüber den Produzenten nicht souverän,<sup>7</sup> sondern geradezu ohnmächtig auf intransparenten und unvollkommenen Märkten den Unternehmen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass die meisten Märkte von marktbeherrschenden

Unternehmen mit einem Target Return Pricing dominiert werden.<sup>8</sup> Hier werden die Preise von den Anbietern gemäß ihrer Gewinnerwartungen gesetzt und nicht, wie die neoklassische Preisbildung fälschlich unterstellt, nachfrageorientiert durch den Grenzanbieter mit seinen Grenzkosten bestimmt, die nicht einmal seine Fixkosten decken. Außerdem betreiben alle Unternehmen eine nicht kostenverursachungsgerechte Preisdiskriminierung, wobei die Nachfrager mit der geringsten Markttransparenz und Substitutionsmöglichkeit sowie Nachfragemacht die höchsten Preise zahlen und die marktstarken Nachfrager damit subventionieren. Auch verträgt sich das ideologisch besetzte EU-Wettbewerbsmodell nicht mit der wirtschaftlichen Realität im Hinblick auf die Unterstellung, der Wettbewerb zwingt die Unternehmen die erzielten Produktivitätssteigerungen über Preisreduktionen an die Nachfrager weitergeben zu müssen. Dies alles bestätigt beispielhaft der empirische Befund für die deutsche Elektrizitätswirtschaft von 1998 bis 2011. So stiegen hier in der Branche die Preise für die privaten Haushalte um 6,9 Prozent und die der stromnachfragenden Unternehmen gingen um 3,5 Prozent zurück. Die Produktivität legte aber um 91 Prozent auf Grund eines Beschäftigungsrückgangs um 23 Prozent zu, und die Wertschöpfung um 84 Prozent. Die interne Verteilung der Wertschöpfung ging dabei mit 52 Prozent zu Gunsten der Kapitaleigner aus, weil nur um 32 Prozent das Arbeitseinkommen stieg.<sup>9</sup>

6 Smith, A., Untersuchung über das Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, Aus dem Englischen übersetzt von Streissler, M., Tübingen 2005, S. 645. Das 1776 in London von Adam Smith veröffentlichte Werk hatte den Titel: «An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations».

7 Hier wird von Liberalen und Konservativen bis heute die Mär von der «Konsumentensouveränität» erzählt.

8 Vgl. Bontrup, H.-J., Target Return Pricing, in: Das Wirtschaftsstudium (WISU), Heft 4/2001, S. 470 ff.

9 Vgl. Bontrup, H.-J./Marquardt, R.-M., Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft, Branchenentwicklung, Unternehmensstrategien, Arbeitsbeziehungen, 2. Aufl., Berlin 2011, S. 75 ff.



Mit der Verkündung des Europäischen Binnenmarktes und der Öffnung der Märkte ist es zur Abwehr eines zwar kurzzeitig aufkeimenden (erwarteten) Wettbewerbs sofort zu einem weit überproportionalen Anstieg der Unternehmensfusionen in der EU gekommen.<sup>10</sup> Die Märkte haben sich dadurch noch mehr verengt bzw. konzentriert. Dies war antizipierbar, denn die Neigung zum Monopol entspringt der Grundnatur des kapitalistischen Erwerbes selbst. «Das Prinzip der Rendite vollendet sich im Monopolgewinn; so wie sich der andauernde Krieg der Konkurrenz, der Hoffnung eines jeden der Streitenden, nach in der Überwältigung der anderen erfüllt. Dem Verhältnis der freien Konkurrenz wohnt damit von allem Anfang an die Tendenz seiner Selbstaufhebung inne. Das Monopol, weit entfernt davon, eine «Entartung» der freien Unternehmerinitiative, eine «Fehlentwicklung» der Konkurrenz darzustellen, ist vielmehr die heimliche Hoffnung aller. Innerhalb einer Ordnung, wo Akkumulation «Moses und die Propheten» ist, gelingt dem Monopol, was alle anderen wollen.»<sup>11</sup> Unternehmer bekämpfen deshalb permanent den Wettbewerb, wo sie nur können. Vernichtungsschlachten, in denen die Konkurrenten aus dem Markt gedrängt werden, Fusionen und Kartelle sprechen hier eine deutliche Sprache und sind alltäglich zu beobachten. Trotzdem hat es die EU bis heute nicht geschafft (gewollt), den von ihr ausgerufenen, aber nicht einmal definierten Wettbewerb, quasi ihr systemkonstitutives Instrument

zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, gegen Unternehmerübergriffe zu schützen. Hierzu muss ein strenges Europäisches Wettbewerbsrecht mit einem Europäisches Kartellamt und einer Europäischen Monopolkommission geschaffen werden und in der Sanktion ist das Wettbewerbsrecht dem Strafrecht zu unterlegen.

Selbst die nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland von Müller-Armack theoretisch entwickelte soziale Marktwirtschaft setzte nicht, wie die EU heute, auf die so genannten «Selbstheilungskräfte des Marktes». Unkontrollierter Wettbewerb widerspricht dem Ordoliberalismus,<sup>12</sup> der deutschen Spielart des Neoliberalismus. Müller-Armack schrieb diesbezüglich: «Das Zutrauen in die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft hat sich den Wirtschaftskrisen gegenüber nicht behaupten lassen. (...) Die Fehler und Unterlassungen der liberalen Marktwirtschaft liegen letztlich in der Enge der ökonomischen Weltanschauung beschlossen, die der Liberalismus vertrat. Sie veranlasste ihn, den instrumentalen Charakter der von ihm ausgeschalteten Ordnung zu verkennen und die Marktwirtschaft als autonome Welt zu nehmen (...).»<sup>13</sup> Und der ebenfalls wie Müller-Armack ordoliberalen Ökonom Röpke formulierte es 1958 so: «Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden. (...) Mit anderen Worten: die

10 Vgl. Bontrup, H.-J., Wo geht es hier bitte zur Marktwirtschaft? Marktwirtschaftliche Ordnung, Wettbewerb und Wirtschaftsmacht, Bergkamen 2012, S. 41 ff.

11 Hofmann, W., Monopol, Stagnation und Inflation, Heilbronn 1987, S. 47.

12 Der Begriff bezieht sich auf die 1948 von Walter Eucken gegründete Zeitschrift «ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft». Vgl. Ptak, R., Ordoliberalismus, in: ABC zum Neoliberalismus, H. J. Urban (Hrsg.), Hamburg 2006, S. 170 ff.

13 Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Bern 1976, S. 107.

Marktwirtschaft ist nicht alles.»<sup>14</sup> Deshalb war man sich, wie auch Eucken<sup>15</sup> mit seiner Wettbewerbskritik an einer «freien Wirtschaft», darüber im Klaren, dass das wettbewerbliche Marktprinzip mindestens durch einen in den Marktmechanismus intervenierenden Staat unbedingt ergänzt werden muss.<sup>16</sup>

Wettbewerb ist bei aller Abwägung und Beurteilung der empirischen Befunde kein hinreichender gesellschaftlicher Ordnungsrahmen. Es kommt insgesamt zu suboptimalen Ergebnissen. Märkte und Wettbewerb «ohne jede Regulierung untergraben zwangsläufig ihre eigenen Existenzbedingungen. Was sollte Konkurrenten daran hindern, jedes vorteilsversprechende Mittel auszuschöpfen, vom systematischen Betrug bis hin zur Vernichtung des Gegners?»<sup>17</sup> Der Wettbewerbsimperativ mystifiziert und suggeriert zugleich, dass, wenn wir in der Wirtschaft gegeneinander konkurrieren und uns egoistisch verhalten, es gleichzeitig, wie Smith es glaubte, zu einem «gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsmaximum» käme. Der österreichische Ökonom Felber, ein führender Vertreter der Gemeinwohlöko-

nomie, hält zu Recht dagegen: «Bis heute bildet die Annahme, dass die Egoisten der Einzelakteure durch Konkurrenz zum größtmöglichen Wohl aller gelenkt würden, den Legitimationskern der kapitalistischen Marktwirtschaft. Aus meiner Sicht ist diese Annahme jedoch ein Mythos und grundlegend falsch; Konkurrenz spornt zweifellos zu so mancher Leistung an (...), aber sie richtet einen ungemein größeren Schaden an der Gesellschaft und an den Beziehungen zwischen den Menschen an. Wenn Menschen als oberstes Ziel ihren eigenen Vorteil anstreben und gegeneinander agieren, lernen sie, andere zu übervorteilen und dies als richtig und normal zu betrachten. Wenn wir jedoch andere übervorteilen, dann behandeln wir uns nicht als gleichwertige Menschen: Wir verletzen unsere Würde.»<sup>18</sup>

Gesellschaft ist viel mehr. Sie verlangt von uns Menschen gegenseitige Anerkennung. Wie soll dies aber unter Wettbewerbsbedingungen, unter einer ausschließenden Zielerreichung, realisiert werden? «Ich kann nur erfolgreich sein, wenn jemand anderer erfolglos bleibt. Konkurrenz «motiviert» primär über Angst. Deshalb ist die Angst auch ein sehr weit verbreitetes Phänomen in kapitalistischen Marktwirtschaften: weil viele fürchten, den Job zu verlieren, Einkommen, Status, gesellschaftliche Anerkennung und Zugehörigkeit. In einem Wettbewerb um knappe Güter gibt es nun mal Verlierer, und die meisten haben Angst, selbst betroffen zu sein. Es gibt noch eine weitere Motivationskomponente der Konkurrenz. Während Angst von hinten schiebt, zieht vorne eine Art Lust. Doch welche Lust? Es handelt sich um Siegeslust: um den Wunsch, besser zu

14 Zitiert bei Reuter, N., Die «Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft» – weder neu noch sozial, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 12/2002, S. 682.

15 Eucken, W., Ordnungspolitik, Herausgegeben von Oswald, W., Münster, Hamburg, London 1999.

16 Thielemann, U., Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus, Marburg 2010, Bontrup, H.-J., Wettbewerb und Markt sind zu wenig, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament», Nr. 13 vom 26. März 2007.

17 Fischer, M., Versagende Märkte: Wer zahlt den Preis?, in: WISO direkt. Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, (Hrsg.) Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli 2012, S. 1.

18 Felber, C., Gemeinwohlökonomie, Erweiterte Neuausgabe, Wien 2012, S. 23.

sein als jemand anderer. Und das ist, mit psychologischer Brille betrachtet, ein sehr problematisches Motiv. Denn das Ziel unseres Tuns sollte nicht sein, dass wir besser sind als andere, sondern dass wir unsere Sache gut machen, weil wir sie für sinnvoll halten und gerne machen. Daraus sollten wir unseren Selbstwert beziehen. Wer seinen Selbstwert dagegen daraus bezieht, besser zu sein als andere, ist davon abhängig, dass andere schlechter sind. Psychologisch gesehen, handelt es sich hier um pathologischen Narzissmus: Sich besser zu fühlen, weil andere schlechter sind, ist krank. Gesund wäre, dass wir unser Selbstwertgefühl aus Tätigkeiten nähren, die wir gerne machen, weil wir sie aus freien Stücken gewählt haben und darin Sinn erfahren. Wenn wir uns auf das Wir-selbst-sein konzentrieren würden anstatt auf das Besser-sein, würde niemand Schaden nehmen, und es bräuchte keine VerliererInnen.»<sup>19</sup>

### **EU-Währungsunion und ihre schwersten Gründungsfehler**

Neben der grundsätzlich falschen Wettbewerbsdoktrin wurde die Europäische Wirtschaftsunion auch viel zu schnell, bevor es überhaupt zu einer nachhaltigen europäischen Integration der realwirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Mitgliedsstaaten kommen konnte, durch die zum 1. Januar 1999 in Kraft getretene Europäische Währungsunion ergänzt. Kohl und Mitterand gingen dabei von der Primitivthese aus, dass die Euro-Einführung wie eine «Peitsche» auf die Wirtschaftsunion einwirken und sie vorantreiben würde. Der dagegen ausgearbeitete Plan zur Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion von

Delors wurde damit zu den Akten gelegt. Er sah zumindestens vor, die zeitliche Dimension der Umsetzung in drei Stufen zu strecken. Außerdem forderte Delors eine inhaltliche Ausgestaltung der Währungsunion, die neben einer monetären auch eine wirtschaftlich-makroökonomische Integration durch eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik vorsah.

Mit der Einführung des Euros,<sup>20</sup> die im Maastrichter Vertrag seit Ende 1990 verhandelt worden ist und am 7. Februar 1992 beschlossen wurde, sowie am 1. Januar 1999 in Kraft trat, sind dann unwiderruflich auf Basis des alten ECU-Rechnungssystems die Wechselkurse für die elf von Beginn an teilnehmenden EU-Mitgliedsländer fixiert worden.<sup>21</sup> Für Deutschland hieß dies, dass ein Euro einen Wert von 1,95583 D-Mark hat. Um Mitglied im Euro-Club zu werden, waren Konvergenzkriterien zu erfüllen. So durfte die durchschnittliche Inflationsrate plus Aufschlag, sowie ein durchschnittlicher Kapitalmarktzins nicht überschritten werden und außerdem musste eine mindestens zweijährige Mitgliedschaft ohne Änderung der bilateralen Leitkurse im EWS-System vorliegen. Neben diesen monetären Kriterien waren zwei finanzpolitische Konvergenzkriterien zu erfüllen. Zum einen durfte, jeweils bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt, die Nettoneuverschuldung des Staates nicht über 3 Prozent und zum anderen der staatliche Gesamtschuldenstand eines potenziellen Eurolandes nicht über 60 Prozent liegen.

20 Die Ausgabe von Euro-Bargeld erfolgte zum 1. Januar 2002.

21 Dies waren in der Reihenfolge der internationalen Länderzeichen: Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande und Portugal.

19 Ebenda, S. 28 f.

Da der Cecchini-Bericht noch von der Beibehaltung der nationalen Währungen ausging, hat die EG-Kommission mit der u. a. von Emerson (damaliger Direktor für die ökonomische Bewertung der Gemeinschaftspolitiken bei der EG) verfassten Studie: «Ein Markt – eine Währung» die Vorteile eines Binnenmarktes unter der Prämisse einer einheitlichen Europäischen Währung untersuchen lassen.<sup>22</sup> Hierbei ging es zunächst um die Abgrenzung von möglichen Szenarien einer Wirtschaftsunion in Verbindung mit alternativen Währungssystemen. Eine Wirtschaftsunion plus ein System flexibler Wechselkurse (als ein reines Konkurrenzmodell) wurde dabei als suboptimal verworfen. Dies sei ein Rückschritt hinter das EWS-System, das als Koordinierungslösung auf Grund der vielen Spekulationsangriffe – wie die Realität gezeigt hätte – instabil sei. Daher sei eindeutig eine Wirtschaftsunion mit einem festen Wechselkurs, sprich einer einheitlichen Währung, zu präferieren. Nur so könne es zu einem stabilen Währungssystem in der EU kommen und die erwarteten Wachstums- und Beschäftigungseffekte entfaltet werden. Von der Euro-Einführung wurden außerdem Effizienzgewinne durch den Wegfall von Wechselkursunsicherheiten und Transaktionskosten erwartet.

Betrachtet man den Euro isoliert nur als eine Währung, so kann man von einem großen Erfolg sprechen. Sowohl der Außenwert (Wechselkurs) des Euros hat nach seiner Einführung bis heute um rund 25 Prozent aufgewertet und der Innenwert

(Inflation) ist stabil. Trotz eines «gefühlten Teuro» ist die objektive Geldentwertung für Verbraucher seit dem Euro-Start mit durchschnittlich 1,6 Prozent niedriger ausgefallen als Jahre zuvor die D-Mark an Wert verloren hat. Heute von einer «Eurokrise» oder Währungskrise zu sprechen, ist demnach völlig falsch. Richtig ist dagegen, dass bei der Euro-Einführung, bis auf Luxemburg, nicht von einem Land alle geforderten Konvergenzkriterien erfüllt worden sind. Insofern beruht der Euro-Start auf einem Vertragsbruch. Die politische Mehrheit in der EU wollte den Euro, koste es, was es wolle. Daneben wurden schwere Gründungsfehler bei der Währungsunion gemacht, so der Ökonom Hickel von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Erstens wurden die Finanzmärkte als relativ frei von Instabilität und Krisen und der Bankensektor als ohne mögliche Fehlentwicklung unterstellt. Die jetzt seit 2008 ablaufende und von den USA ausgehende schwere weltweite Wirtschaftskrise, die insbesondere die EU in eine anhaltende Krise gestürzt hat, zeigt das Gegenteil. Eine Währungsunion funktioniert nicht ohne eine strenge staatliche Kontrolle der Finanzmärkte und der Banken. Zweitens lag bei der Euro-Einführung der Fokus auf monetären und finanzwirtschaftlichen Konvergenzkriterien. Die realwirtschaftlichen Divergenzen in den einzelnen Ländern (Wachstum, Produktivität, Arbeitslosigkeit, Innovationspotenzial und Infrastruktur) spielten keine Rolle. Drittens verblieben die Realwirtschaft und der jeweils vorliegende Sozialstaat in der nationalen Souveränität. Gleichzeitig wurde aber auch die nationalstaatlich weiter verantwortete Fiskalpolitik im Hinblick auf die Staatsverschuldung mit den Konvergenzkriterien bezüglich der Neuverschuldung und

22 Vgl. Emerson, M. u. a., Ein Markt – Eine Währung. Potentielle Nutzen und Kosten der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Studie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Bonn, Heidelberg, Brüssel 1991.

dem maximalen Schuldenstand restringiert und in der jetzigen Krise mit dem Europäischen Fiskalpakt noch einmal bekräftigt. Die Steuerpolitik blieb dagegen ausschließlich den Mitgliedsländern überlassen, was zu einem enormen Steuerdumping zwischen den EU-Ländern geführt hat. So ist es keine Überraschung, dass die herrschende EU-Politik in der Krise jetzt auf eine reine neoliberal intendierte Austeritätspolitik setzt. Der vierte große Fehler bei der Währungsunion war schließlich die Nichtbeistandsklausel («No-bail-out»). EU-Mitgliedsländer, die in eine Staatsschuldenkrise geraten sind, weil ihnen die staatliche Refinanzierung von Anleihen am Kapitalmarkt, von den vermögenden Kreditgebern, verweigert wird oder nur zu nicht bezahlbaren Zinsen möglich ist, darf von anderen EU-Ländern nicht geholfen werden. Auch hier hat die aktuelle Krise einen mühevollen Lernprozess über «Rettungsschirme» und zum Schluss durch die EZB satzungswidrige Staatsanleiheaufkäufe erforderlich gemacht. Beides, «Rettungsschirme» und Staatsanleiheaufkäufe, sind klare Vertragsbrüche, die auf dilettantische Gründungsfehler bei der Euro-Einführung zurückzuführen sind.

### **Was ist in Europa zu tun?**

Die EU ist mit ihrer Wettbewerbsideologie und der Freiheit der Märkte, Merkel hat gerade noch einen «Wettbewerbspakt» ausgerufen, ordnungstheoretisch auf einem Irrweg. Wettbewerb, wenn er denn funktioniert, kann sicher für Effizienz in der Produktion und neue innovative Produkte sorgen, er darf aber nicht zu gesellschaftlich suboptimalen Ergebnissen führen, weil Wettbewerb auch immer Verlierer «produziert». Suboptimal wird es auch dann, wenn sich einzelne Märkte (wettbewerbsimmanent)

so stark konzentrieren, dass enge oligopolistische oder gar monopolistische Machtstrukturen gegeben sind und es außerdem nicht in den unternehmerischen Kalkulationen zu einer vollständigen Internalisierung der Umwelt kommt, bzw. dadurch eine optimale gesellschaftliche Allokation knapper Ressourcen verhindert wird. Hier muss die Politik, wie schon angeführt, über eine entsprechende EU-Wettbewerbspolitik und ein rigoroses EU-Wettbewerbsrecht das Entstehen von Marktmacht- und Ausbeutungsstrukturen verhindern. Verlangen dagegen Produktionsprozesse zur Realisierung von economies of scale nach einer entsprechenden Betriebsgröße (Kapazität), wie in der Automobil- oder Stahlindustrie u. a., so sind die hier anbietenden (notwendigen) Großunternehmen einer strengen staatlichen Kosten-, Gewinn- und Preiskontrolle zu unterwerfen oder zu vergesellschaften und damit unter demokratische Kontrolle zu stellen. Darüber hinaus ist eine kurzfristige Profitmaximierung wegen einer dadurch fehlenden Nachhaltigkeit auf allen Märkten durch eine entsprechende Festlegung von branchenbezogenen betrieblichen längeren investiven Amortisationszeiten auszuschließen und gleichzeitig ist die eigenkapitaldeterminierte Profitrate, es sei denn ein Unternehmen erbringt wirklich außergewöhnliche gesellschaftliche Leistungen, auf maximal 10 Prozent zu beschränken. Außerdem müssen dem Markt- und Wettbewerbsprinzip von vorn herein die Bereitstellung von Gütern und Diensten der gesellschaftlichen Daseinsfürsorge entzogen werden. Dazu gehören die Bereiche der Gesundheit, der Rente und die Versorgung mit Wasser, Energie sowie die öffentlichen Verkehrsträger. Dies kann durch vergesellschaftete öffentliche Unternehmen am besten

umgesetzt werden, deren Zweck nicht eine Profiterzielung ist, sondern die auf die Befriedigung gesellschaftlich essenzieller Ziele ausgerichtet werden müssen. Zusätzlich ist das Genossenschaftswesen staatlich zu fördern und auszubauen und kleine Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten sind steuerrechtlich zu bevorzugen.

Das größte Problem auf makroökonomischer Ebene ist die zwischen den einzelnen EU-Ländern vorliegende realwirtschaftliche Divergenz, die sich letztlich in den Leistungsbilanzen niederschlägt. Schwächere Länder haben hier bei einer einheitlichen Währung keine Abwertungsmöglichkeit mehr und die stärkeren Länder, wie insbesondere Deutschland, müssen bei Exportüberschüssen keine Aufwertungen ihrer nicht mehr vorhandenen nationalen Währungen fürchten. Die bei der Produktion in den jeweiligen Ländern anfallenden Stückkosten werden dann zum wettbewerblichen Gradmesser zwischen den Ländern. Soll es dabei fair zugehen, müssen die Reallöhne mit der erreichbaren Produktivitätsrate in den einzelnen Ländern steigen. Ist dies, wie extrem in Deutschland mit unterhalb der Produktivitätsrate steigenden Reallöhnen, nicht der Fall, und in den realwirtschaftlich schwächeren Ländern steigen die Reallöhne oberhalb der Produktivitätsrate, wie in Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, dann wird es keine Chance für einen realwirtschaftlichen Ausgleich geben. Im Gegenteil, die schwächeren Länder werden sich auf Grund ihrer negativen Leistungsbilanzen immer mehr durch Kapitalimporte verschulden, wobei am Ende die «Insolvenz» steht. Aber auch die Kapitalexporteure sind die Verlierer. So haben die deutschen Anleger und Finanziers seit 1999 rund 400 Mrd. EUR auf ihr Auslandsvermögen verloren, was etwa 15 Prozent des Brut-

toinlandsprodukts entspricht. Von 2006 bis 2012 waren es sogar 600 Mrd. EUR beziehungsweise 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an Auslandsverlusten.<sup>23</sup>

Deutschland wird auch 2014 wieder auf eine hohe gesamtwirtschaftliche Sparsumme von 280 Mrd. EUR kommen. Diese Ersparnis ist, wie in den Jahren zuvor, aber völlig ungleich verteilt bzw. hoch konzentriert. Von der Ersparnis werden realwirtschaftlich jedoch nur 80 Mrd. EUR im Inland und 200 Mrd. EUR im Ausland investiert; und das bei einer riesigen Investitionslücke und gleichzeitig vorliegender Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Große Summen der deutschen Ersparnis werden so wieder auf den Finanzmärkten landen und, bei negativen Realzinsen aufs Ersparte, hoch spekulative Anlagen suchen. Es wird von den Reichen mit der «räuberischen Ersparnis» (Keynes) weiter gezockt. Entweder direkt an der Börse oder man lässt durch Banken sein Geld anlegen. Die Alternative sind Finanzdienstleister und Fonds, die das Geld von Vermögenden am «grauen» Finanzmarkt («Schattenbanken») einsammeln, der bis heute im Gegensatz zu den konventionellen Banken überhaupt keiner Finanzaufsicht unterliegt. Hier genügt für die Firmen ein Gewerbeschein vom Gewerbeamt.<sup>24</sup> Die Geldanleger erwarten von ihren Finanzdienstleistern unkomplizierte Anlagen, kurze Kündigungsfristen und natürlich überdurchschnittliche Renditen. Sie wollen alle dasselbe, ohne eigene Arbeit von der Arbeit

23 Vgl. Bach S. u. a., Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren, in: DIW-Wochenbericht Nr. 26/2013, S. 12.

24 Vgl. Bognanni, M., Brächer, M., Die Gierigen. Skandale am Graumarkt, in: Handelsblatt vom 31.1./2.2.2014, S. 52 ff.

anderer noch reicher werden. Die Gier treibt sie dabei an. Fallen sie dann auf windige Finanzdienstleister herein und verlieren ihr Geld, weil ihnen völlig unrealistische Profite versprochen wurden, sind sie tief enttäuscht und rufen die Gerichte an.<sup>25</sup> Dabei müsste selbst einem ökonomischen Laien klar sein, dass das an den Finanzmärkten verteilte Geld immer erst in der produzierenden Wirtschaft durch menschliche Arbeit erwirtschaftet werden muss. Jede Bank, jeder Fonds und jeder Finanzdienstleister kann das eingesammelte Geld der Reichen nur in der Realwirtschaft vermehren. Geld schafft nicht mehr Geld. Wenn es aber in der Wirtschaft durch eine neoliberal umgesetzte primäre Umverteilung von den Arbeits- zu den Mehrwert- bzw. Besitzeinkommen (Gewinn, Zins, Miete und Pacht) und durch den Staat in der Sekundärverteilung durch Steuern und Abgaben noch zusätzlich zu einer Umverteilung zu Gunsten des Kapitals kommt, also zu einer doppelten Umverteilung, dann ist der Befund eindeutig: Es fällt immer mehr Konsumnachfrage und in Folge reale Investitionsnachfrage aus, so dass es am Ende für die Reichen immer beschwerlicher wird überhaupt noch eine seriöse rentierliche Anlage zu finden. Der Rest ist bekannt. Die US-amerikanische, aber auch die irische und spanische Immobilienblase lassen an dieser Stelle grüßen.<sup>26</sup>

Um diesen unheilvollen Prozess der «Überersparnis» in Europa zu beenden, muss neben der oben erwähnten verteilungsneutralen Lohnpolitik in Verbindung mit einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich solange von den Mehrwertsteuereinkommen zu den Arbeitseinkommen umverteilt werden, bis die Massenarbeitslosigkeit in Europa beendet ist. Damit würden gleichzeitig die Staatshaushalte von der gigantischen Finanzierung der Arbeitslosigkeit befreit und ein Großteil der bestehenden Staatsverschuldung abgebaut werden. Da die Gewerkschaften diesen notwendigen Umverteilungsprozess nicht schaffen, muss der Staat in die Tarifverhandlungen eingreifen und die abhängig Beschäftigten an den Arbeitsmärkten unterstützen und nicht wie heute dem Kapital noch Hilfe bei der Ausbeutung gewähren. Dazu ist allerdings eine Verfassungsänderung notwendig und sinnvoll. Ohne ein gleichzeitig ausgebautes EU-weites Sozialsystem und stabile Arbeitsmarktbeziehungen kann eine Wirtschafts- und Währungsunion nicht funktionieren.

Außerdem ist die Geldpolitik der EZB, die nicht nur für eine Preisniveaustabilität verantwortlich sein darf, sondern auch für Wachstum und Beschäftigung, mit einer gemeinsamen Europäischen Fiskalpolitik zu harmonisieren, um so zyklische Krisen möglichst erst gar nicht aufkommen zu lassen. Dazu ist dringend der kontraproduktive Europäische Fiskalpakt mit seiner Schuldenbremse als ein krisenverschärfendes und staatsschuldenerhöhendes Instrument abzuschaffen und der EU-Haushalt, der derzeit auf 1,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU beschränkt ist, muss sukzessive auf bis zu 5 Prozent erhöht werden, um damit fundamentale Gemeinschaftsaufgaben zu

25 So zockte selbst die «Ordensgemeinschaft der Armen-Schwester des Heiligen Franziskus» in Aachen und verlor Millionen Euro bei einem dubiosen Finanzdienstleister. Vgl. Honnigfort, B., «Arme Brüder noch ärmer», in: Frankfurter Rundschau vom 11.2.2014, S. 4.

26 Vgl. dazu ausführlich Bontrup, H.-J., Aus der weltweiten Wirtschaftskrise so gut wie nichts gelernt, in: Perspektiven ds, Heft 1/2012, S. 14 ff.

finanzieren und den ökonomischen, sozialen und ökologischen Strukturwandel in den Mitgliedsländern zu begleiten. Insbesondere muss auch in der EU eine weitreichende, vereinheitlichte Steuerpolitik umgesetzt werden, um damit das heute vom Kapital praktizierte, erpresserische Steurdumping zwischen den Mitgliedsstaaten zu beenden. Dazu müssen ebenso alle Steueroasen in der EU geschlossen und ein von allen EU-Ländern hartes strafrechtliches Vorgehen gegen Steuerkriminelle praktiziert werden. Daneben sind die Finanzmärkte und der Bankensektor auf das Strengste zu kontrollieren und auf eine der Realwirtschaft dienende Funktion zurechtzustutzen, so

wie alle Finanzdienstleister und «Schattenbanken» ebenso der staatlichen Finanzaufsicht zu unterstellen oder zu verbieten. Und nicht zuletzt muss in den Unternehmen der EU der arbeitende Mensch im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie<sup>27</sup> gleichberechtigt zum Kapital das Sagen haben. Denn ohne den Menschen gibt es keine Unternehmen und alleine schafft das Kapital keinen Neuwert. Eine parlamentarisch demokratisch verfasste Politische Union, die ebenfalls in der EU noch überfällig ist, reicht allein in einem «gemeinsamen und solidarischen Wirtschaftsraum», wie es Delors betonte, nicht aus, um eine Wohlfahrt für Alle zu schaffen.

27 Vgl. dazu ausführlich Bontrup, H.-J., Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 5. Aufl., Köln 2013.



## Europa besser machen

### Eine neue Balance zwischen moderner Wirtschaft und sozialer Demokratie

Das europäische Projekt befindet sich in einer Krise. Trotz unbestrittener Erfolge wie dem Wegfall der Grenzen, der Schaffung einer gemeinsamen Währung oder den Vorteilen eines gemeinsamen Binnenmarktes haben die Entwicklungen der vergangenen Jahre in der Wahrnehmung der Menschen aus dem Friedens- und Hoffungsprojekt Europa zunehmend eine Bedrohung werden lassen. Doch wie kann es sein, dass sich – obwohl wir heute ein Ausmaß an Wohlstand und Frieden erreicht haben, von dem unsere Vorfahren nicht einmal zu träumen gewagt hätten – immer mehr Menschen von Europa abwenden?

Diese Frage kann unserer Meinung nach nur beantworten, wer einen genauen Blick auf die Politik der vergangenen Jahre wirft. Die Weltfinanzkrise 2007/2008 hat uns allen die katastrophalen Fehlentwicklungen im Finanzsektor vor Augen geführt. Laut Eurostat betrug der kumulierte Verlust des Bruttoinlandsproduktes durch die jüngste Krise mindestens 2,12 Billionen Euro in der Europäischen Union (2008-2012). Auch die zur Bankenrettung aufgelegten Hilfspakete haben unvorstellbare Ausmaße angenommen. So haben Europas Staaten in Form von Garantien und Direkthilfen 4.600 Milliarden Euro zur Rettung von Banken veranschlagt. Dieser Betrag entspricht in etwa der Wirtschaftskraft Deutschlands und Frankreichs zusammen genommen.

Die Folge dieser Bankenrettungspolitik war nicht zuletzt ein massiver Anstieg der

Staatsverschuldung. Auch wenn einige Länder Europas nicht negierbare politische und strukturelle Mängel aufweisen, lässt sich die Heftigkeit der Krise in Europa nur vor diesem Hintergrund verstehen. Sie hat nach der groß angelegten Bankenrettung der Jahre 2008 und 2009 die Menschen weiter verunsichert: In den Geberländern besteht die Angst, unkalkulierbare Risiken einzugehen; in den Nehmerländern wird Europa nur noch als Sparkommissar wahrgenommen.

Das unzureichende Krisenmanagement der EU-Staatenlenker hat es nicht vermocht, die Krise einzudämmen und das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Zentrale Entscheidungen über die Zukunft ganzer Länder wurden im Hauruck-Verfahren über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen. Öffentliche Debatten waren ebenso Fehlanzeige wie eine demokratische Kontrolle durch europäische oder nationale Volksvertreter. Geblieben von dieser Politik, die ausschließlich auf blindes Sparen gesetzt hat, sind tiefschürfende Rezessionen und eine soziale Krise. Die einfachen Menschen hatten in vielen Ländern das Nachsehen gegenüber den Banken. Die Arbeitslosigkeit ist in der Konsequenz der Rezession sowie massiver Sparmaßnahmen auf ungeahnte Höhen geschneit und hat in der Eurozone den höchsten Stand seit Einführung des Euro erreicht. In Griechenland und Spanien wächst eine Generation junger Menschen heran, die mehr Arbeitslose als Beschäftigte zählt. Zurückgeblieben ist ein großes

Misstrauen der Menschen gegenüber dem europäischen Integrationsprozess. Die Spaltung unseres Kontinents nimmt dadurch zu und findet in der Entsolidarisierung von Europas Völkern ihren traurigsten Ausdruck.

Europa muss sich das verloren gegangene Vertrauen durch einen neuen politischen Kurs zurückerarbeiten. Denn die Menschen werden sich erst dann wieder für Europa begeistern, wenn sie es nicht nur mit Armut, Jobverlust und Zukunftsangst, sondern mit dem Glauben an eine bessere Zukunft und an mehr Gerechtigkeit in Verbindung bringen. Dafür ist eine neue Balance zwischen den Anforderungen modernen Wirtschaftens und sozialer Demokratie notwendig, wie wir in diesem Beitrag ausführen möchten.

### **Europa wieder ins Gleichgewicht bringen – Die Prioritäten für die kommenden Jahre**

Schonungslos hat die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise uns die Schwächen unseres Systems aufgezeigt. Der globalen Wirtschaft war genau das zum Verhängnis geworden, was in den vergangenen Jahren als ihr Hauptwachstumsmotor gefeiert worden war: Eine immer stärkere Ausrichtung unserer Volkswirtschaften auf Kapitalmärkte, die uns scheinbar geradezu mühelos mehr Geld verdienen ließen, sowie deren Verflechtung. Das Finanzsystem war mit seinen überzogenen Bonuszahlungen und abenteuerlichen Produkten immer mehr zu einer Art Parallelwelt zur Realwirtschaft geworden, welche auch die Politik düpierte.

Für den Ausstieg aus der Dauerkrise sowie den Aufbau einer handlungsfähigen Europäischen Union sind zukunftsweisende Weichenstellungen erforderlich. Wie ein solches Europa dann in Zukunft aussehen soll, werden wir oft gefragt. Dazu müssen wir

zunächst für uns selbst beantworten, *wie* und in *was* für einem Europa wir in Zukunft leben wollen.

Europa muss mehr sein als eine Währungsunion oder ein gemeinsamer Binnenmarkt. Für uns ist Europa auch Frieden, sozialer Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und kulturelle Vielfalt. Keiner dieser Punkte ist einem anderen übergeordnet, sie alle tragen ihren Teil zum Gelingen des Projekts bei. Ein erfolgreiches handlungsfähiges Europa ist eines im Zusammenspiel dieser Errungenschaften. Dies bedeutet auch, eine Debatte über die Zukunft der EU nicht von vornherein niederzureden aus Angst davor, dass dies Geld kosten könnte. Denn es sollte uns nicht egal sein, wenn z. B. in Griechenland Kinder vor Hunger im Klassenzimmer umkippen. Neben einer moralischen Verantwortung, die wir tragen, ist auch Deutschland im Gefüge globaler Herausforderungen auf ein funktionstüchtiges Europa angewiesen.

### **Schwerpunktverlagerung von Finanzmärkten hin zur Realwirtschaft**

Die jüngste Krise hat gezeigt, dass die Vorstellung sich selbst regulierender Finanzmärkte realitätsfern ist. In den letzten 5 Jahren haben wir die Scherben aufgekehrt und Rahmenbedingungen geschaffen, dass der Finanzsektor als Ganzes seine Aufgabe als Diener der Realwirtschaft wieder wahrnehmen kann. Hier haben wir einiges an Erfolgen vorzuweisen: Wir haben die Bankerboni gedeckelt; wir haben dafür gesorgt, dass Banken in Zukunft mehr Eigenkapital vorhalten müssen, um im Krisenfall Verluste selber auffangen zu können; wir haben eine Einlagensicherung, die die Guthaben von Kunden bei Banken bis zu einer Grenze von 100.000 Euro schützt, beschlossen; und wir

haben uns dafür eingesetzt, dass Lebensmittelspekulationen eingedämmt werden. Dies sind nur Auszüge aus der Bilanz.

Einige offene Baustellen sind nach wie vor da: So steht die Besteuerung des Finanzsektors in Form einer Finanztransaktionssteuer noch aus. Daneben könnten einige Banken im Krisenfall – trotz Bankenabwicklungsmechanismus – zu groß sein, um problemlos abgewickelt zu werden. Dies macht die Untersuchung von weiteren Bankenstrukturreformen, wie der Einführung von Schutzmauern zwischen Geschäfts- und Investmentbanking, notwendig. Es muss in Zukunft definitiv sichergestellt werden, dass der Finanzsektor die Gesellschaft nicht noch einmal ausnimmt, sondern ihr dient.

### **Ein Neustart der europäischen Wirtschaft**

Neben den Aufräumarbeiten am Finanzmarkt besteht in der realen Wirtschaft dringender Handlungsbedarf aufgrund der teils dramatischen Lage in einigen Ländern Europas. Zudem machen Verschiebungen im globalen Gefüge es unerlässlich, dass Europa einen Neustart für seine Wirtschaft initiiert, um wettbewerbsfähig zu bleiben und um Arbeitsplätze und Wohlstand auch in Zukunft erhalten zu können. Die einseitige Sparpolitik der vergangenen Jahre, die die Rezession in etlichen Ländern weiter vertieft hat, ist hier nicht zielführend. Wir sprechen uns für eine Wirtschaftspolitik aus, die ökonomischen, sozialen und ökologischen Fortschritt gleichberechtigt in den Mittelpunkt stellt. Dies umfasst neben einer Politik für solide Finanzen eine echte europäische Wachstumspolitik, die verstärkt auf Forschung und Innovationen, vermehrte Investitionen, eine vitale europäische Industrie, und auch auf ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell setzt.

### **Investitionen erhöhen, Forschung und Innovationen anstoßen**

Um Arbeitsplätze zu schaffen und Europa im Wettbewerb optimal aufzustellen, ist es unerlässlich, die Investitionsquote in Europa wieder deutlich zu erhöhen. Während beispielsweise die Nettoinvestitionsquote in Deutschland in den siebziger Jahren bei 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag, betrug sie im Jahr 2012 nur noch 2,5 Prozent des BIP. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung kosten fehlende Investitionen Deutschland jedes Jahr 0,6 Prozentpunkte potentiellen Wirtschaftswachstums.

Ähnliche Entwicklungen sind in anderen europäischen Ländern zu beobachten – besonders dramatisch ist die Lage in Griechenland mit einer Nettoinvestitionsquote von -8,6 Prozent des BIP (2012) sowie Italien mit 0,2 Prozent des BIP (2012).

Investitionen müssen vor allem in Sektoren fließen, wo künftig neue und zukunfts-trächtige Arbeitsplätze geschaffen werden können: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität sowie moderne Materialtechniken. Auch die Durchbrüche, die in europäischen Laboren und Universitäten erzielt werden, müssen in zusätzliche Arbeitsplätze für die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umgewandelt werden. Bei den EU-Haushaltsverhandlungen haben wir uns bereits erfolgreich dafür eingesetzt, dass mehr europäische Gelder für die Förderung innovativer Unternehmen zur Verfügung stehen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen. Eine aktuelle Studie des Europäischen Parlaments zeigt auf, dass eine derartige Prioritätensetzung Effizienzgewinne von bis zu 800 Milliarden Euro – 6 Prozent des BIP – auf europäischer Ebene erwarten lässt.

Um höhere Investitionen zu ermöglichen, müssen mehr Spielräume in den nationalen Haushalten geschaffen werden. Haushaltskonsolidierung ist hier eine notwendige Bedingung, um diese Spielräume zu schaffen, aber es muss eine intelligente Haushaltskonsolidierung sein. Dies bedeutet nicht nur ein Zusammenstreichen der Ausgabenseite, so dass Wirtschaftskrisen von Sozialkrisen abgelöst werden, sondern auch die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte muss verbessert werden. Das umfasst den europaweiten Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerflucht, sowie die Besteuerung von Finanzgeschäften.

### **Ehrgeizige europäische Industriepolitik**

Drei Viertel der europäischen Exporte sind Industrieerzeugnisse. Ein Arbeitsplatz in der Industrie schafft etwa zwei zusätzliche Arbeitsplätze im dazugehörigen Zuliefer- und Dienstleistungsbereich. Die Krise in Europa hat gezeigt, dass die europäische Wirtschaft dieses starke industrielle Standbein als Konstante im Auf und Ab der Konjunktur braucht.

Wir wollen mit einer europäischen Industrie-Strategie gezielt die Leitmärkte der Zukunft erschließen, beispielsweise beim Verkehr, digitalen Medien, der Telekommunikation und der Breitbandversorgung. Wir wollen das kreative Potential unseres Kontinents erschließen.

Hierfür wollen wir gezielt die Rahmenbedingungen für unsere europäische Industrie verbessern. Wir brauchen einen Investitions- und Aufbaufonds aus EU- sowie aus nationalen Mitteln, ebenso eine effektive Förderlandschaft mit zentralen und regionalen Investitionsbanken. Außerdem gehört dazu eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, eine moderne Bildungs- und Be-

schäftigungspolitik sowie eine Europäische Forschungs- und Entwicklungsstrategie.

Vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind der Wachstums- und Innovationsmotor der europäischen Wirtschaft. So sind 99,8 Prozent aller Unternehmen in der Europäischen Union kleine und mittelständische Unternehmen, die 70 Prozent aller Angestellten stellen. Mit «Horizont 2020», dem weltweit größten öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsprogramm, haben wir für die kommenden Jahre Regelungen für die gezielte Förderung dieser innovativen KMU festgelegt. Der Zugang zu Krediten ist essentiell für diese Unternehmen. Daten der Europäischen Zentralbank aus dem Jahr 2012 belegen, dass die Kreditanträge kleiner und mittlerer Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten in Spanien und Italien doppelt so häufig abgelehnt wurden wie die Anfragen von Großunternehmen.

### **Ein nachhaltiges Europa**

Bei all unseren Vorhaben dürfen wir nicht vergessen, dass wir in einer Welt begrenzter Ressourcen leben und uns und unseren Kindern eine gesunde Umwelt erhalten wollen. Das bedeutet, dass wir kein Wachstum um jeden Preis verfolgen sollten, sondern dieses ökologisch ausgewogenes sein muss. Die EU muss beim Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen sowie im Kampf gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel wieder eine weltweite Führungsrolle übernehmen, um die vor uns stehenden Aufgaben ökonomisch, sozial und ökologisch verantwortungsbe- wusst zu lösen.

Wir werden umweltschonende Technologien und eine umweltfreundliche Produktion sowie dahingehende Forschungsbe-

mühungen unterstützen. Zu diesem Zweck muss der Energiemix weg von Kohle und Atomenergie hin zu mehr erneuerbaren Energien umgestellt werden. Dadurch verringern wir die Abhängigkeit der EU von Energieimporten und steigern die Versorgungssicherheit, ohne dass die Kosten der Energiewende auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden. Daneben setzen wir uns für die Steigerung der Energieeffizienz ein – denn die billigste Energie ist die, die nicht verbraucht wird.

### **Soziale Belange verstärkt in den Mittelpunkt stellen**

Gerechtigkeit ist für die meisten Deutschen noch wichtiger als wirtschaftlicher Erfolg. Laut einer repräsentativen Umfrage des Altbach Instituts vom März 2014 halten es 52 Prozent der Befragten für wichtiger, soziale Gerechtigkeit auszubauen, als Deutschland als Wirtschaftsstandort zu fördern. Nur 26 Prozent hingegen sprechen sich dafür aus, lieber die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern. Diese Zahlen zeigen, dass in den vergangenen Jahren etwas verloren gegangen ist in Deutschland und in der Europäischen Union. Die Konservativen haben mit ihrer neoliberalen Politik soziale Vorkehrungen abgeschafft, die früher den Menschen nach harten Zeiten wieder auf die Beine geholfen haben. Der Mensch wurde nur noch unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung betrachtet.

Das müssen wir ernst nehmen und für ein Europa kämpfen, in dem die soziale Dimension wieder vermehrt in den Mittelpunkt rückt – für ein Europa, in dem niemand zurückgelassen wird. Dazu zählen ein anständiges Einkommen, die Qualität und Bezahlbarkeit von Bildung, der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, Gesundheitsfür-

sorge, Kinderbetreuung und die angemessene Pflege älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Kurzum: Wir müssen sicherstellen, dass die EU nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern eine echte Sozialunion ist. Soziale Ziele dürfen nicht länger zweitrangig sein, sondern müssen zu den zentralen Leitmotiven europäischer Politik werden. Dies muss in allen europäischen Strategien und Politiken verankert werden.

### **Arbeitslosigkeit bekämpfen und Sozialdumping beenden**

Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union hat dramatische Ausmaße erreicht und mit ihr die Zunahme der Armut. Besonders schlimm stellt sich die Lage in Griechenland und Spanien dar. Während die Arbeitslosigkeit in Griechenland im Jahr 2007 noch bei 8,3 Prozent lag, hat sie sich bis 2013 mehr als verdreifacht auf 27,2 Prozent. Auch in Spanien lag die Arbeitslosenquote 2007 noch bei 8,3 Prozent, während sie 2013 auf 26,4 Prozent angestiegen war. Die Wirtschaftskrise hat insbesondere zu einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit geführt. In Griechenland und Spanien wächst eine Generation heran, die mehr Arbeitslose als Arbeitende kennt – so liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland im Jahr 2013 bei 58,5 Prozent (2007: 22,9 Prozent) und in Spanien bei 55,7 Prozent (2007: 18,2 Prozent). Doch auch in Italien und anderen Ländern der Währungsunion hat die Arbeitslosigkeit schwindelerregende Höhen erreicht.

Hinter diesen Zahlen stehen Menschen und Schicksale. Wir können es uns nicht leisten, eine ganze Generation zu verlieren. Denn Arbeitslosigkeit gerade in jungen Jahren hat langfristige ökonomische Folgen. Der Kampf gegen die horrende Jugendarbeitslosigkeit muss daher zu einer Top-Pri-

orität für die Europäische Union und die Mitgliedstaaten werden, um nach der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht eine soziale Krise zu riskieren.

Das bedeutet, dass die bisher in Europa verfolgte reine Sparpolitik durch eine intelligente Haushaltskonsolidierung sowie eine zukunftsgerichtete europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ergänzt werden muss. So müssen die vereinbarten europäischen Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit (6 Milliarden Euro) in den nächsten 2 Jahren schnell zur Verfügung gestellt und darüber hinaus deutlich aufgestockt werden. Außerdem muss die europäische Jugendgarantie, die jedem Jugendlichen in Europa vier Monate nach Verlassen des Bildungssystems oder Eintritts in die Arbeitslosigkeit einen Arbeitsplatz, Ausbildungsplatz oder eine Weiterbildungsmaßnahme zusichert, zeitnah umgesetzt und anhand klarer Etappenziele überprüft werden. Gute Bildung und Ausbildung sind Voraussetzung für die Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit. Wir wollen, dass Europa die Mitgliedstaaten darin unterstützt, ihre Bildungssysteme zu modernisieren und zu verbessern. Bei der Einführung von Dualen Bildungssystemen kann Deutschland Informationen über unser Modell zur Verfügung stellen und das «Voneinander Lernen» fördern. Leider sind in Europa oftmals noch prekäre Arbeitsbedingungen von Jugendlichen ein Problem. Auch dieses Problem muss angegangen werden.

In Europa führen immer noch viele Unternehmen einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und treiben somit Sozialdumping voran. Für uns ist das ganz klar politisch inakzeptabel, und zudem eine Wettbewerbsverzerrung, die die ehrlichen Unternehmen aus dem Markt wirft. Sozi-

aldumping, die Praxis der Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen beendet, unsichere Arbeitsverträge müssen zurückgedrängt, und die Arbeitnehmerrechte geschützt werden. Zu diesem Zweck setzen wir uns ein für einen Pakt für existenzsichernde Mindestlöhne gemessen am jeweiligen Durchschnittseinkommen in allen EU-Mitgliedstaaten. Dieser Pakt muss dazu führen, dass alle europäischen Arbeitnehmer, die in Vollzeit arbeiten, ein Gehalt über der Armutsgrenze erhalten. Denn trotz einer Vollzeitstelle zum Amt gehen zu müssen ist entwürdigend. Daneben wollen wir den massiv steigenden Missbrauch von Leiharbeit und von Werkverträgen mit wirksamen Maßnahmen bekämpfen. Außerdem muss gelten: gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort – für Frauen und Männer. Das europäische Entsenderecht sollte entlang dieses Prinzips weiterentwickelt werden. Um weitreichendes Sozialdumping zu verhindern, müssen mehr und gründlichere Kontrollen der Arbeitsbedingungen von entsendeten Arbeitnehmern durchgeführt werden. Darüber hinaus müssen alle Sub-Unternehmer und Sub-Sub-Unternehmer soziale Rechte genauso schützen wie die entsendenden Unternehmen.

### **Steuerhinterziehung bekämpfen**

Schätzungen gehen davon aus, dass jährlich in der Europäischen Union 1 Billion Euro an Steuereinnahmen durch Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und schlechte steuerpolitische Praktiken verloren gehen. Das sind 7 Jahre gesamteuropäischer Haushalt, oder mehr als drei deutsche Bundeshaushalte. Zum Vergleich: Bei der Jugendgarantie mussten wir hart für 6 Milliarden Euro kämpfen.

Da die Finanzierung von Infrastruktur, von Bildung und von Gesundheitsinvestitionen nur über eine solide finanzierte Einnahmehinterziehung entschieden bekämpft werden. Zu diesem Zweck müssen wir Steuervorschriften voranbringen, welche die Transparenz fördern und Steuerflucht bekämpfen. Die Verschärfung des Zinssteuergesetzes, das grenzüberschreitende Steuerflucht in der EU verhindern soll und mit einem erweiterten Informationsaustausch einhergeht, ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Wir wollen, dass bis Ende 2014 Steueroasen identifiziert und auf einer europäischen schwarzen Liste veröffentlicht werden. Gegen die auf dieser Liste geführten Drittstaaten sollen von den EU-Staaten zuvor gemeinsam festgelegte Sanktionen verhängt werden können.

Daneben sollten Aufsichtsbehörden Finanzinstituten, die am Steuerbetrug mitwirken oder diesen erleichtern, die Banklizenz entziehen. Der Wettlauf zwischen Mitgliedstaaten um die niedrigsten Unternehmenssteuern muss gestoppt werden – durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer sowie der Einführung eines Mindeststeuersatzes. Es muss der Grundsatz gelten, dass Unternehmen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften.

### **Unsere Standards nicht der Profitgier opfern**

Der Bestand der öffentlichen Daseinsvorsorge muss mit hoher Qualität erhalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass jeder Bürger bezahlbaren Zugang zu qualitativ hochwertiger und verlässlicher Gesundheitsversorgung, zu Bildung, Energie- und Wasserversorgung sowie zu öffentlichem Nahverkehr hat.

Wir haben uns mit Erfolg gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge gewehrt. Auch dank der Unterstützung einer erfolgreichen europäischen Bürgerinitiative ist es uns im Europäischen Parlament gelungen, die Wasserversorgung von einer europäischen Regelung auszunehmen, die in vielen Kommunen am Ende des Tages de facto zur Privatisierung der Wasserversorgung – und zu einer möglichen Verschlechterung und Verteuerung – geführt hätte.

Daneben müssen alle Handelsabkommen – auch jenes, über welches derzeit mit den Vereinigten Staaten verhandelt wird – an den Schutz der Menschenrechte, an soziale Rechte, gute Arbeit, Umweltstandards, an den Schutz der Kultur sowie die soziale Verantwortung der Unternehmen und Grundsätze des fairen Handels gebunden sein.

### **Mehr europäische Demokratie wagen**

Die Europäische Union ist eine politische Union, welche die Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Prozess sowie die effektive parlamentarische Kontrolle der Entscheidungen der EU sicher stellen will.

Dafür brauchen wir die nötigen Instrumente und effiziente Institutionen, um den großen Herausforderungen zum Wohle aller Europäer begegnen zu können. In der Vergangenheit wurde viel über den Kopf von uns direkt gewählten Volksvertretern entschieden, und erst recht über den Kopf der Bürger hinweg. Ein eklatantes Beispiel ist hier das Wirken der Troika. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das Europäische Parlament, die Interessensvertretung der Europäischen Bürgerinnen und Bürger, eine entscheidende Rolle bei der europäischen Krisenpolitik einnimmt. Das Europäische

Parlament und die nationalen Parlamente müssen die zentralen Orte der politischen Entscheidungen sein. Jedoch kann die Währungsunion nur überleben, wenn die Politische Union gestärkt und die Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene verbindlicher koordiniert wird. Statt zwischenstaatlicher Verabredungen ohne parlamentarische Kontrolle braucht es mehr gemeinsame Gesetzgebung bei der Steuer-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

Europa muss vollständig demokratisiert werden. Doch mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung in Europa darf nicht ausschließlich das Institutionengefüge der EU betreffen, denn die Bürgerinnen und Bürger empfinden die politischen Entscheidungsprozesse als «zu weit weg». Mehr noch als in den nationalen staatlichen Systemen fehlt es für viele Menschen bei der EU an Information und Vermittlung, um die politische Willensbildung in Brüssel und Straßburg nachvollziehen zu können. Eine demokratische Erneuerung Europas kann vielmehr nur dann gelingen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger – so sie es denn wollen – auch aktiv in die Gestaltung Europas einbringen können. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die historisch erstmalige Chance für die Bürger der EU, bei der Europawahl selber mitzuentcheiden, wer Präsident der Europäischen Kommission wird.

### **Schlussbetrachtungen**

Im Jahr 1925 haben unsere Vorfäter das Heidelberger Programm geschrieben, in dem sie sich zu den Vereinigten Staaten von Europa bekannt haben. Dies bedeutete sicher nicht, dass die Nationalstaaten aufhören sollen zu existieren, und das wollen wir auch heute nicht. Jedoch müssen wir es modern interpretieren: Während 1960 noch

rund 20 Prozent der Weltbevölkerung in Europa lebten, sind es heute nur noch die Hälfte. Im Jahr 2060 werden es nur noch 7 Prozent sein. Europa schrumpft. Wenn wir morgen noch vorne mitspielen wollen, Träger der neuen Technologien für Wirtschaft und Umwelt sein wollen, wenn wir das Sozialmodell haben wollen, wie wir es uns in der sozialen Marktwirtschaft erarbeitet haben, dann werden wir all dies nicht mehr national verteidigen können. Nur gemeinsam als Europäische Union haben die europäischen Staaten die Möglichkeit, globale Entwicklungen und Herausforderungen aktiv mitzugestalten, anstatt ihnen hilflos ausgeliefert zu sein. Gemeinsam können wir Souveränität und Gestaltungsrechte zurückgewinnen, welche die Nationalstaaten in der Globalisierung verloren haben. Nur gemeinsam können wir genügend Druck aufbauen, um internationale Fehlentwicklungen zu korrigieren – sei es in Wirtschaft, bei sozialen Standards oder bei der Friedenssicherung.

Europa war in seiner Geschichte immer dann stark und wurde von den Bürgern getragen, wenn es mit einem konkreten Projekt verbunden war. Deshalb glauben wir, dass wir Europa neuen Schwung verleihen müssen, indem wir es stärker von den Menschen her denken und als soziales Projekt gestalten. Dazu sollen die Reflexionen zu einer neuen Balance zwischen moderner Wirtschaft und sozialer Demokratie als Denkstoß dienen.



## Europa braucht einen Politikwechsel

Europa steckt in einer schweren Krise. Seit EU-Gründung waren noch nie so viele Menschen arbeitslos. Fast 26 Millionen Europäer haben keine Arbeit. Zwischen Paris und Athen ist jeder Zehnte erwerbslos. Am schlimmsten trifft es die Mittelmeerländer. In Spanien und Griechenland ist jeder Vierte ohne Arbeit. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt dort bei 60 Prozent. In Südeuropa wächst eine verlorene Generation heran.

Doch rechtzeitig vor den Europawahlen sieht Brüssel Licht am Ende des Tunnels. Nach vier Jahren Dauerkrise geht es angeblich wieder bergauf. Für das laufende Jahr erwartet die EU-Kommission ein Wachstum von 1,5 Prozent. Auch der Euroraum soll um 1,2 Prozent wachsen. Nächstes Jahr soll es noch besser werden. Die Krisenländer Spanien und Portugal exportieren mehr und senken ihre Defizite. Nach Brüsseler Schätzungen wachsen im laufenden Jahr fast alle Mitgliedsländer. Barroso, Rehn & Co feiern die Erholung als ihren politischen Erfolg. Haushaltskürzungen und so genannte Strukturreformen hätten die Krisenländer wieder wirtschaftlich fit gemacht, so die Behauptung.

Diese Diagnose besteht jedoch kaum den Praxistest. Die verbesserten Handels- und Leistungsbilanzen der Krisenländer sind primär das Ergebnis krisenbedingt schrumpfender Einfuhren. Sinkende Löhne drosselten den privaten Konsum. Darunter litt auch die Nachfrage nach ausländischen Gütern. Gleichzeitig verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportbranchen. Sinkende Arbeitskosten bremsten die Lohnstückkosten – das Verhältnis von Arbeitskos-

ten zur Produktivität. Wenn Unternehmen ihre sinkenden Lohnstückkosten für Preissenkungen nutzen, können sie ihre Waren im Ausland günstiger anbieten. Entscheidend ist nun die Frage, ob die positiven oder negativen Effekte sinkender Lohnstückkosten überwiegen.

In kleinen Ländern mit hohem Exportanteil kann die Kostensenkungsstrategie aufgehen. Der positive Wachstumsbeitrag steigender Exporte überkompensiert die schrumpfende Binnennachfrage. In Ländern mit geringer Exportquote wie Griechenland oder Spanien schwächt jedoch der Kaufkraftentzug das Wachstum.

Kurzum: Die wirtschaftliche Lage der Krisenländer bessert sich nicht wegen sondern trotz Austeritätspolitik. Im modernen Kapitalismus ist jede Krise irgendwann einmal vorbei. Nach hinreichender Kapitalvernichtung kommt es wieder zu Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen. Damit ist der Grundstein für den nächsten Aufschwung gelegt. Ohne Austeritätspolitik wäre die wirtschaftliche Erholung früher eingetreten und kräftiger ausgefallen.

Zudem sind die Risiken eines Rückschlages hoch. In Südeuropa purzeln die Preise. Fallende Preise veranlassen die Verbraucher ihre Käufe aufzuschieben. Unternehmen bekommen weniger Aufträge, der Umsatz sinkt. Gleichzeitig steigt die reale Belastung der Schuldner. Aus Angst vor einer europaweiten Deflation senkte Mario Draghi den Leitzins bereits auf 0,25 Prozent. Sollten die Preise weiter sinken, droht der Eurozone eine Depression.

## Anatomie einer Krise

Wer die Krise des Euroraums überwinden will, muss ihre Ursachen verstehen. Die Eurokrise wurzelt in schweren Konstruktionsfehlern der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Die Architekten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion schufen einen einheitlichen Währungsraum ohne politische und soziale Union.

Eine Währungsunion funktioniert jedoch nur, wenn alle Mitglieder sich an die Spielregeln halten. Eine zentrale Spielregel besagt, dass die nationalen Preise nicht dauerhaft auseinanderlaufen dürfen. Seit «Euro-Geburt» kletterten jedoch im Süden kräftig die Preise, während sie im Norden kaum vom Fleck kamen. Ursächlich für die Inflationsdifferenzen war die unterschiedliche Entwicklung der nationalen Lohnstückkosten. Deutschland, Finnland, Holland und Österreich legten ihre Lohnstückkosten an die Kette. Hierzulande war dies das Ergebnis einer chronischen Lohnschwäche.

Aufgrund der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit konnte der Norden der Eurozone jedes Jahr mehr Waren aus dem Ausland einführen. Folglich stiegen die Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse. In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal wurden hingegen jährlich mehr Waren im Ausland exportiert. Deswegen vergrößerten sich im Süden die Defizite. Die Überschüsse der Einen waren die Defizite der Anderen. Die Ungleichgewichte wurden jedes Jahr größer. Die wirtschaftlich starken Länder wurden stärker und die schwachen Nationen schwächer. Von den Maastrichter Verträgen führte ein direkter Weg in die aktuelle Krise.

Die Ungleichgewichte stiegen aber auch durch unterschiedliche Finanzierungsbedingungen und kletternde Energiepreise. Die einheitliche europäische Geldpolitik

verbilligte die Kreditvergabe im Süden. Aufgrund hoher Preise waren die Realzinsen historisch niedrig. So wurde auf der iberischen Halbinsel ein Bau- und Immobilienboom ausgelöst. Die damit einhergehende Fehlsteuerung milliardenschwerer Kapitalströme lässt sich noch heute in den Geisterstädten der Costa del Sol besichtigen.

Im letzten Jahrzehnt verdreifachte sich der Ölpreis. Die explodierenden Energiepreise machten Ländern, deren Energieversorgung stark von der Einfuhr fossiler Brennstoffe abhängt, das Leben schwer. In Griechenland, Portugal, Spanien und Italien trugen die teuren Energierechnungen maßgeblich zu den Leistungsbilanzdefiziten bei. Noch nach der Krise war die Rechnung der italienischen Rohstoffeinfuhren zweimal so hoch wie das gesamte italienische Leistungsbilanzdefizit. In Spanien belief sich die Rohstoffimportrechnung auf das 1,7-fache des Defizits der iberischen Volkswirtschaft.

Doch damit nicht genug. Auch entfeselte Finanzmärkte trugen zur Krise des Euroraums bei. Vor der Krise konnten Banker und Fondsmanager ungehindert auf Pump spekulieren. In der großen Finanzmarktkrise 2008 platzte die Blase. Anschließend rettete der Staat zahlreiche kriselnde Finanzinstitute vor dem Untergang. Aus privaten Schulden wurden plötzlich öffentliche Schulden. Konjunkturpakete und Bankenrettung ließen die Staatsschulden explodieren. Die Schuldenquote des Euroraums – Anteil der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt – kletterte von 66 (2007) auf 84 Prozent (2010).

Die hohen Staatsschulden wurden also nicht dadurch verursacht, dass verschwenderische Kassenwarte über ein Jahrzehnt lang das Geld zum Fenster hinauswarfen.

Die Staatsquoten der Krisenländer – Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt – sind vor der großen Krise nicht gestiegen. Spanien und Irland verbuchten sogar Haushaltsüberschüsse. Folglich ging ihre Schuldenlast zurück. Die Schuldenquoten – Anteil der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt – schrumpften. Wer behauptet, diese Staaten hätten über ihre Verhältnisse gelebt, der lügt.

Trotzdem ist es Merkel, Barroso und Kollegen gelungen, ihre Lesart der Krise mehrheitsfähig zu machen. Heute gelten die Staatsschulden als Wurzel allen Übels. Ursache und Wirkung wurden verkehrt. Schuld sind jetzt immer die Schuldner. Mit dieser Diagnose konnte die «Medizin» der Austeritätspolitik verschrieben werden.

### **Neoliberale Schocktherapie**

Die deutsche Bundesregierung, die EU-Kommission und der IWF versuchten die Eurokrise mit einer drakonischen Kürzungspolitik zu bekämpfen. Frische Kredite gab es nur gegen Sparauflagen. Die Troika – EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds – wollte mittels Entlassungen im öffentlichen Dienst, Lohnkürzungen, Sozialabbau und höheren indirekten Steuern die Staatshaushalte sanieren. Diese giftige Medizin hat den europäischen Patienten ans Krankenbett gefesselt.

Die kurzsichtige Kürzungspolitik war ökonomisch schädlich und sozial ungerecht. Sie beschleunigte die wirtschaftliche Talfahrt der Krisenländer. Die Arbeitslosigkeit nahm dramatisch zu. Folglich brachen die Steuereinnahmen ein und die Staatsschulden stiegen weiter. Zwangsläufig verfehlten Frankreich, Spanien und Portugal, trotz umfangreicher Haushaltskürzungen, ihre Konsolidierungsziele.

Jüngst musste auch die Troika das Scheitern ihrer Politik eingestehen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) beichtete, dass er die Risiken und Nebenwirkungen des europäischen Spardiktats unterschätzt hat. Die Ausgabenkürzungen ließen die Wirtschaft der Schuldnerländer mindestens zwei- bis dreimal so stark schrumpfen, wie erwartet. Auch aus den Reihen der EU-Kommission gab es vereinzelte kritische Stimmen. Anschließend wurden die Sparauflagen etwas gelockert.

In der Krise nutzen Troika, nationale Arbeitgeberverbände und konservativ-liberale Politiker die Gunst der Stunde, um unter dem Deckmantel so genannter Strukturreformen die Tariflandschaft der Krisenländer umzu-pflügen, die Tarifautonomie auszuhebeln, den Sozialstaat abzubauen und öffentliches Eigentum zu verschern. Die schwere Wirtschaftskrise stürzte große Teile der Bevölkerung in einen alltäglichen Überlebenskampf.

Die Gewerkschaften waren und sind durch die hohe Arbeitslosigkeit empfindlich geschwächt. Die Krise ist der beste Zeitpunkt für einen radikalen politischen Kurswechsel in Tradition der neoliberalen Schockstrategie. Ein solcher Kurswechsel wäre in normalen Zeiten nicht durchsetzbar, wie Angela Merkel in ihrer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos auch ganz offen eingestand.<sup>1</sup>

1 «Auf der anderen Seite ist die politische Erfahrung, dass für politische Strukturreformen oft Druck gebraucht wird. Zum Beispiel war auch in Deutschland die Arbeitslosigkeit auf eine Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen angestiegen, bevor die Bereitschaft vorhanden war, Strukturreformen durchzusetzen. Meine Schlussfolgerung ist also: Wenn Europa heute in einer schwierigen Situation ist, müssen wir heute Strukturreformen durchführen, damit wir morgen besser leben können.» Angela

Im Mittelpunkt der neoliberalen Schocktherapie stand die Zerstörung der Ordnung des Arbeitsmarktes. Die Lohnfindung wurde entweder in die Betriebe verlagert oder individualisiert. Der Flächentarifvertrag wurde ausgehöhlt. Haustarifverträge haben zukünftig Vorfahrt vor Flächentarifverträgen. In Griechenland und Irland wurden nationale Tarifverhandlungen abgeschafft. In allen Krisenländern wurden Öffnungsklauseln gesetzlich festgeschrieben. Das Günstigkeitsprinzip – Arbeitnehmer haben ein Anrecht auf die bessere arbeitsrechtliche Regelung – wurde in Athen, Madrid und Rom inkassiert. In Spanien und Griechenland wurde die Nachwirkung von Tarifverträgen zeitlich begrenzt. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen wurde in Griechenland und Portugal erschwert. In Athen, Madrid und Lissabon dürfen Tarifverträge auch von nicht gewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen ausgehandelt werden. In allen Krisenstaaten geht die Tarifbindung zurück. In Spanien fiel die Zahl der tarifgebundenen Arbeitnehmer von 12 Millionen (2009) auf fünf Millionen (2013). Ein Rückgang von fast 60 Prozent. In Portugal gab es 2012 nur noch knapp 330.000 Beschäftigte, die durch einen Tarifvertrag geschützt wurden. Im Jahr 2008 waren es noch 1,9 Millionen. Das ist ein Absturz der Tarifbindung um 84 Prozent. In Griechenland sank die Zahl der Branchentarifverträge von 65 (2010) auf 14 (2013).

Zudem diktiert der Staat die Löhne im öffentlichen Sektor. 2010 wurde in allen Krisenländern ein allgemeiner Lohnstopp für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

verhängt. In Griechenland wurden die Löhne der «Staatsdiener» um 30 Prozent gesenkt. Madrid, Lissabon, Rom und Dublin kürzten die Gehälter der öffentlich Beschäftigten um fünf bis zehn Prozent. In Athen wurde der Mindestlohn um mehr als ein Fünftel gekürzt. In Madrid und Lissabon wurden die Mindestlöhne eingefroren.

Aus deutscher Sicht hat der neoliberale Umbau des Arbeitsmarktes in den Krisenländern noch einen besonders bitteren Beigeschmack. Brüssel wirbt für seine Deregulierungspolitik mit dem vermeintlich deutschen Beschäftigungswunder. Die so genannten deutschen Arbeitsmarktreformen hätten zwischen Berlin und Stuttgart den Weg frei gemacht für mehr Wachstum und Beschäftigung, so die Behauptung. Dass sich das deutsche Jobwachstum zu einem großen Teil aus der Umverteilung vorhandener Arbeit zu prekären Bedingungen speist, wird nicht thematisiert. Genauso wenig wie die Tatsache, dass die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden – das Arbeitsvolumen – heute nicht höher ist als vor 20 Jahren. Kurzum: Für einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen «Arbeitsmarktreformen» und Beschäftigungszuwachs gibt es keinen belastbaren empirischen Beleg. Hinzu kommt noch etwas anderes: Aufgrund der negativen Erfahrungen mit Billigjobs, entfesselter Leiharbeit, Hartz IV & Co vollzieht die große Koalition gerade einen Politikwechsel. Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns soll den Niedriglohnsektor austrocknen. Die geplante erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll das deutsche Tarifsystem zukünftig stärken. Damit macht die Regierung Merkel im eigenen Land genau das Gegenteil dessen, was sie ihren kriselnden Nachbarn bisher mit Nachdruck empfohlen hat.

---

Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 24.1.2013, <http://m.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html>.

Darüber hinaus wurden mit Hilfe der neoliberalen Schockstrategie auch die gesetzlichen Rentenversicherungssysteme angegriffen. In allen Krisenländern wurde das Rentenniveau gekürzt und das gesetzliche Renteneintrittsalter erhöht. Wer künftig in Rente gehen will, muss mehr Versicherungsjahre nachweisen. Einmalzahlungen wurden gestrichen und für Erwerbsunfähige wird es immer schwieriger überhaupt eine Rente zu bekommen. Damit wird Altersarmut gesetzlich verordnet.

Damit aber nicht genug. In der Krise wurde eine neue Privatisierungswelle ins Rollen gebracht. In Athen und Lissabon wurde Kreditvergabe aus dem europäischen Rettungsschirm an umfangreiche Privatisierungen gebunden. In Spanien und Italien wurde auf Druck der EZB privatisiert. Der Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienstleistungen geht dabei immer zu Lasten der Beschäftigten und der einkommensschwachen Konsumenten. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten staatlicher Wirtschafts- und Strukturpolitik beschränkt.

Diese neoliberalen Strukturreformen waren und sind nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Errungenschaften und Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Im Dienste der globalen Wettbewerbsfähigkeit wurden und werden die Löhne und so genannten Lohnnebenkosten gesenkt. Mit durchschlagendem Erfolg!

Zwischen 2010 und 2014 (Prognose der EU-Kommission) sinken die griechischen Reallöhne um rund ein Fünftel. In Spanien, Portugal und Irland fallen die Reallöhne im gleichen Zeitraum zwischen sieben und acht Prozent. Diese neoliberale Politik verschärft die wirtschaftliche und soziale Krise des Euroclubs.

### **Neoliberale Wirtschaftsregierung**

Nach Merkels gescheitertem Versuch, die Eurokrise durch nationale Anti-Krisenpolitik zu überwinden, suchten auch Konservative und Liberale nach einer dauerhaften europäischen Krisenlösung. Seitdem werden die europäischen Institutionen nach neoliberaler Bauplan (Six-Pack, Euro-Plus-Pakt, Fiskalpakt, Two-Pack, sowie den Euro-Rettungsschirmen EFSF und ESM) aus- und umgebaut.

Jetzt werden sogar konkrete Schritte zu einer vertieften WWU geplant. Die deutsche Variante einer Europäischen Wirtschaftsregierung zielt jedoch nur auf eine enge zwischenstaatliche Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten ab. Es handelt sich um eine Karikatur der ursprünglich französischen Initiative einer Europäischen Wirtschaftsregierung. Die Form gleicht sich, der Inhalt könnte nicht unterschiedlicher sein.

Merkel will größere wirtschaftspolitische Reformen zukünftig koordinieren. Zuerst sollen die einzelnen Staaten ihre politischen Vorhaben an die EU-Kommission melden. Dann soll Brüssel prüfen, wie sich die Maßnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Darüber hinaus soll es zwischen Brüssel und den Mitgliedsstaaten vertragliche Vereinbarungen über Strukturreformen geben. So soll die Auflagenpolitik der Troika generalisiert werden. Die nationalen Regierungen sollen mit der EU-Kommission Verträge aushandeln, in denen sie sich zu Strukturreformen verpflichten. Mit Hilfe dieses Pakts für Wettbewerbsfähigkeit sollen die nationalen Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken dauerhaft neoliberal ausgerichtet werden.

## Ein Marshallplan für Europa

Die europäische Krise kann nur durch einen grundlegenden Politikwechsel nachhaltig überwunden werden. Die Austeritätspolitik muss gestoppt werden. Eine Lockerung der Sparauflagen – wie in Spanien und Griechenland geschehen – reicht dafür nicht aus.

Die Krisenstaaten können aus ihren Schulden nur herauswachsen. Sie können ihren Wachstumsmotor aber nicht selbst ankurbeln. Dafür müssten ihre wirtschaftlich starken Nachbarn Starthilfe geben. Deswegen sollten die Überschussländer ihre Binnennachfrage durch höhere Löhne und Staatsausgaben stärken. Deutschland hat hier eine besondere Verantwortung.

Wir brauchen jetzt vor allem eine europäische Initiative für qualitatives Wachstum und Beschäftigung. Europa benötigt ein Investitions- und Aufbauprogramm zur Verbesserung der europäischen Infrastruktur, der Umwelt und der Energieversorgung.<sup>2</sup> Das Investitions- und Aufbauprogramm sollte institutionelle Maßnahmen, direkte öffentliche Investitionen, Investitionszulagen und konjunkturstabilisierende Konsumanreize umfassen. Eine solche europäische Wachstumsstrategie müsste auf 10 Jahre angelegt sein. Jedes Jahr sollten europaweit 260 Milliarden Euro, oder zwei Prozent des europäischen Sozialproduktes, ausgeben werden. Davon würden 160 Milliarden Euro auf Direktinvestitionen und Investitionszulagen entfallen. Weitere 100 Milliarden Euro müssten für Kreditsubventionen aufgebracht werden.

2 Ein Marshallplan für Europa, Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Berlin 2012, <http://www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422>.

Qualitatives Wachstum erfordert mehr private und öffentliche Investitionen. Im Mittelpunkt stehen Investitionen in den ökologischen Umbau und die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften. In Europa soll ein vernetztes System aus zentraler und dezentraler Erzeugung erneuerbarer Energien entstehen. Eine solche europäische Energiewende würde jährliche Investitionen in Höhe von 150 Milliarden Euro erfordern. So könnte der Verbrauch fossiler Energieträger reduziert werden. Die Abhängigkeit von Energieimporten würde zurückgehen. Durch die Energiewende könnten 200 Milliarden Euro pro Jahr für Brennstoffimporte eingespart werden. Die Energieimportrechnung der Krisenländer würde billiger werden.

Desweiteren sollte in den Aus- und Aufbau eines modernen multi- und intermodal verknüpften transeuropäischen Verkehrsnetzes investiert werden. Dafür wären weitere jährliche Investitionen von 10 Milliarden Euro eingeplant. Zudem sollte der Breitbandausbau europaweit gefördert werden. Desweiteren sollten jedes Jahr 20 Milliarden Euro in soziale Dienstleistungen – Pflege, Kitas, Schulen, Universitäten, seniorengerechte Dienstleistungen, etc. – investiert werden. Darüber hinaus sollten jährlich 30 Milliarden Euro in Bildung und Ausbildung fließen.

Ein solches Investitions- und Aufbauprogramm könnte durch einen Europäischen Zukunftsfonds finanziert werden. Dieser Fonds würde 10 jährige «New Deal Anleihen» begeben. Allein in Westeuropa beläuft sich das gesamte private Geldvermögen auf 27.000 Milliarden Euro. Dieses Finanzkapital sucht nach sicheren Anlagemöglichkeiten. Der Europäische Zukunftsfonds sollte dazu beitragen, einen Teil dieses privaten Geldver-

mögens in Realinvestitionen umzulenken. Die Anleihezinsen könnten aus den Einnahmen einer Finanztransaktionsteuer bezahlt werden. Um als erstklassiger Schuldner auf den Kapitalmärkten aufzutreten, benötigt der Zukunftsfonds ausreichend Eigenkapital. Dieses Kapital – 200 bis 250 Milliarden Euro – sollte durch eine einmalige europaweite Vermögensabgabe beschafft werden.

Dieses Programm für Investitionen könnte die europäische Wirtschaft auf einen langfristigen Wachstumspfad führen. Nach eigenen Berechnungen wäre ein Wachstumsimpuls von insgesamt 400 Milliarden Euro möglich. Dies würde einem jährlichen Wachstum von drei Prozent entsprechen. Ein solches europäisches Investitions- und Aufbauprogramm könnte zwischen Amsterdam und Palermo neun bis elf Millionen neue Jobs schaffen.

### Ein Politikwechsel für Europa

Immer mehr Menschen verbinden mit Europa weder wachsenden Wohlstand noch ein stärkeres Zusammenwachsen. Vor allem in den Krisenländern steht Brüssel heute für Lohnkürzungen und Sozialabbau, für Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit. Deswegen braucht Europa einen neuen Weg. Nur ein soziales und demokratisches Europa hat auch eine Zukunft.

Das skizzierte europäische Investitions- und Aufbauprogramm ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es reicht aber nicht aus. Für die Eurozone als Kern eines sozialen Europas braucht es auch eine europäisch koordinierte Wohlfahrtsstaats- und Steuerpolitik, ein gemeinschaftliches Schuldenmanagement sowie neue Regeln für die Finanzmärkte.

Die nationalen Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken müssen europäisch koordiniert

werden. Die Lohnpolitik sollte europäisch – unter Wahrung der Tarifautonomie – so abgestimmt werden, dass die nationalen Lohnzuwächse mindestens den verteilungsneutralen Spielraum – Inflation plus Produktivitätszuwachs – ausschöpfen. So würden Wettbewerbsverzerrungen vermieden und ein Beitrag zum Ausgleich der Leistungsbilanzen geleistet.

Um Sozial- und Steuerdumping zu vermeiden, sollten auch die nationalen Sozial- und Steuerpolitiken besser abgestimmt werden. Die nationalen Ausgaben für soziale Sicherheitssysteme müssten im Sinne des Korridormodells an die ökonomische Leistungsfähigkeit der Staaten gekoppelt werden. Dadurch würde Sozialdumping vermieden und der soziale Aufholprozess der schwächeren Mitgliedstaaten ermöglicht werden. Darüber hinaus sollten Steuerrossen ausgetrocknet werden. Durch harmonisierte Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze für Unternehmenssteuern könnte Steuerdumping beendet werden.

Desweiteren ist ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement eine notwendige Voraussetzung für einen stabilen Währungsraum. Durch gemeinsame Euroanleihen – Eurobonds – könnte die Zinslast der Schuldnerländer sofort gesenkt werden. Die Krisenländer würden nicht mehr ins Fadenkreuz von Spekulanten geraten.

Ferner benötigen die europäischen Finanzmärkte neue Regeln. Der Finanzsektor muss dringend redimensioniert werden. Die Quellen der Risikoproduktion müssen ausgetrocknet werden. Zielführend wäre ein Mix aus hohen Eigenkapitalanforderungen, einer strikten Begrenzung des Eigenhandels, einer strengen Regulierung der Schattenbanken (Hedge-Fonds, Geldmarktfonds, etc.) und ein Finanz-TÜV. Auch eine entspre-

chend ausgestaltete Bankenunion würde diesem Zweck dienen.

Ein Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, eine europäisch koordinierte Wohlfahrtsstaats- und Steuerpolitik, ein gemeinschaftliches Schuldenmanagement und neue Regeln für die Finanzmärkte wären Aufgaben für eine demokratisch gewählte supranationale Wirtschaftsregierung. Letztere müsste jedoch demokratisch legiti-

miert sein. Dies würde jedoch eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union voraussetzen. Dafür muss zunächst das Europäische Parlament gestärkt werden.

Ein solcher Politikwechsel fällt nicht vom Himmel. Für ein Europa mit qualitativem Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit müssen Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Kirchen und Parteien gemeinsam mobilisieren.



## Europas Krise — am Ende des «demokratischen Kapitalismus»? Anmerkungen zur «Streeck'schen Frage»

Wolfgang Streeck hat mit «Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus» (Streeck 2013) eine beachtenswerte Analyse vorgelegt. Streeck ist Direktor des Max-Planck-Institutes für Gesellschaftsforschung in Köln und hat einflussreiche Beratungsbeiträge zur Agenda 2010 geleistet. In «Gekaufte Zeit» analysiert er das Spannungsfeld demokratischer Politik und kapitalistischer Wirtschaftsweise grundsätzlich und legt die inneren Widersprüche des Kapitalismus dar, womit er nun seine linken Kritiker quasi links zu überholen scheint.

Streeck untersucht die Entwicklungssequenzen – oder vielmehr Krisensequenzen – des Kapitalismus seit der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart. Da die Profitinteressen der «Kapitalabhängigen» (Streeck) immer wieder mit Beschäftigten- und Bürgerinteressen kollidieren, werden Lösungen probiert, die schon bald wieder zum Problem werden: Inflation, staatliche Verschuldung, private Verschuldung, «Finanzinnovationen», schließlich wieder staatliche Verschuldung in bisher ungeahnten Dimensionen – «gekaufte Zeit». Dahinter verbergen sich stets Ansprüche an künftig erwirtschaftetem Wohlstand, wobei die Kapitalansprüche mittlerweile ein Ausmaß erlangt haben, dass sie wohl nur noch auf Kosten bisheriger Ansprüche weiter Bevölkerungsanteile zu realisieren seien. Die dem entsprechende Regierungsweise sei der Konsolidierungsstaat: «Der europäische Konsolidierungsstaat des beginnenden 21. Jahrhunderts ist

[...] ein die ihm angeschlossenen Nationalstaaten regulierendes überstaatliches Gebilde ohne demokratisch verantwortliche Regierung, dafür aber mit bindenden Regeln [...], wobei Demokratie durch Märkte domestiziert wird statt umgekehrt Märkte durch Demokratie.» (Streeck 2013: 163) Das lässt sich in der Politik der «Troika» aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission durchaus beobachten.

Die hier in aller Kürze skizzierte Analyse Streecks erscheint bemerkenswert radikal, insofern sie an die Wurzel der Probleme zu gehen scheint, die wir heute in Europa beobachten können. Mancher Schluss daraus erscheint weniger plausibel. So schlägt er als Alternative zum sich abzeichnenden Konsolidierungsstaat die Mobilisierung der Überreste der demokratischen Nationalstaaten in Europa vor. Doch wie Streeck selbst unter anderen Vorzeichen schreibt, könnte dies auf die Gefahr einer Demokratisierung von Institutionen hinauslaufen, die letztlich nichts zu entscheiden hätten (vgl. Streeck 2013: 237).

Das berührt den eigentlichen Kern der «Streeck'schen Frage», nämlich nach dem Organisationsgrad von Kapitalinteressen und politischen Regulierungsmöglichkeiten grundsätzlich. Wenn der «Organisations- und Verwirklichungsvorsprung der neoliberalen Lösung» (Streeck 2013: 235) so enorm ist, was wären dann angemessene Antworten hierauf? Dieser Frage versucht der vor-

liegende Beitrag anhand einer näheren Betrachtung der Krise in Europa nachzugehen, und dabei neben der von Streeck ins Spiel gebrachten Lösung die vorherrschenden Kriseninterpretationen und entsprechende Politik zu berücksichtigen.

### **Europa und die Demokratie in der Krise – aber welcher?**

Während dieser Beitrag entsteht, erwecken Politik und Medien den Eindruck, dass die Krise allmählich überwunden werde. Griechenlands «Rückkehr an die Kapitalmärkte» Anfang April 2014 wird als Zeichen einer allmählichen Erholung gedeutet und kurz darauf behauptet die Bundeskanzlerin bei ihrer Reise nach Athen, dass die schmerzhaften Reformbemühungen erste Erfolge zeigten, wenngleich die Reformen nicht nachlassen dürften. Die für Europas Krise verallgemeinerte Schlussfolgerung lautet, dass die Krisenlösungspolitik und insbesondere die aus Sparauflagen für Staat und öffentlichen Sektor sowie Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung bestehenden Maßnahmen der «Troika» erfolgreich seien.

Dieser Schluss dürfte eher taktischen Erwägungen im Vorfeld der Europawahl geschuldet sein, als einer realistischen Beurteilung der Lage. Abgesehen von demokratiethoretisch fragwürdigen Entscheidungsstrukturen der europäischen Krisenlösungspolitik basiert er auf einem Bild der Krise und ihrer Ursachen, das keineswegs den Tatsachen entspricht.

In Politik und Medien geriet die Finanzmarktkrise bemerkenswert schnell aus dem Blick, stattdessen verfestigte sich das Bild der Staatsschuldenkrise, deren Ursache einerseits in einem zu ausgabefreudigen Verhalten der Regierungen der Krisenstaaten und andererseits in der mangelnden Wett-

bewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft gelegen habe. Bereits in ihrer Regierungserklärung vom 19. Mai 2010 machte die Bundeskanzlerin deutlich, dass aus ihrer Sicht «zu viele wettbewerbsschwache Mitglieder der Euro-Zone [...] über ihre Verhältnisse gelebt [haben] und [...] damit den Weg in die Schuldenfalle gegangen [sind].» Bilder von «faulen Südländern» einerseits und «tugendhaften Deutschen» andererseits waren schnell zur Hand und damit ein Legitimationsschema für den Abbau öffentlicher Daseinsfürsorge und das Absenken von Mas-seneinkommen zunächst in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern – einfach, leicht verständlich (und falsch).

Diese Interpretation wird mittlerweile auch auf andere Länder der Eurozone angewandt, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten drohen, wie Frankreich und Italien: «Beide Länder brauchen mehr als ein Ausgabenpaket, sie brauchen eine Neuorientierung: weniger Sozialstaat, weniger Beamte, bessere Ausbildung, weniger Steuern für Firmen, die international konkurrieren. Beide Länder brauchen einen Schröder-Moment: Den Mut, mit dem der frühere Bundeskanzler der Gesellschaft eine Agenda 2010 verordnete.» (Hagelücken 2014) Das Problem dabei ist aber, dass nicht nur Ursachen und Wirkungen vertauscht, sondern auch fundamentale wirtschaftliche Interdependenzen ignoriert werden – mit gravierenden Folgen.

### **Folgen der «Lösung» der falschen Krise**

Die Senkung öffentlicher Ausgaben, sei es bei Staatsbediensteten oder bei Sozialleistungen, führt zunächst zu einem Rückgang der Nachfrage, da auch die entsprechenden Einkommen öffentlich Beschäftigter und von Transferempfängern zurückgehen.

Um die Privatwirtschaft in Schwung zu bringen, sollen Steuern, insbesondere für Unternehmen, gesenkt werden, was erneut die Einnahmehasis des Staates schwächt. Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt und Absenkungen tariflicher Standards sollen den Unternehmen Flexibilität verschaffen, um leichter Beschäftigung zu schaffen oder im Bedarfsfalle leichter wieder abbauen zu können. Doch Lohnsenkungen und Entlassungen in der Privatwirtschaft verschärfen über die entsprechenden Steuerausfälle die Mindereinnahmen des Staates. Zudem sehen sich wiederum die Unternehmen mit einer sinkenden bzw. weniger kaufkräftigen Nachfrage konfrontiert, weshalb sie weiter zu sparen bzw. ihre Preise zu senken versuchen (oder nach deutschem Modell ihr Heil im Export suchen, wobei ihnen sinkende Preise tendenziell helfen). Im Ergebnis schrumpft das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die staatliche Schuldenquote steigt.

Eben dies ließ sich in den Ländern beobachten, in denen dieses Rezept angewandt wurde – Eurostat zufolge verzeichnete Griechenland 2008 zu Beginn der Krise einen öffentlichen Schuldenstand von knapp 113 Prozent des BIP, im Jahr 2011 waren es über 170 Prozent; Spanien wies 2008 einen öffentlichen Schuldenstand von gerade einmal 40 Prozent des BIP auf und lag Ende 2012 bereits bei 86 Prozent, mit weiter steigender Tendenz. Und in beiden Ländern sinkt das BIP weiter, in Griechenland zuletzt 2012 um 6,7 Prozent, in Spanien um 1,7 Prozent. Irgendwann mag eine untere Grenze erreicht sein, ab der es langsam wieder aufwärts geht, aber die Folgen für die Bevölkerung bleiben verheerend.

Die «Erfolge» einer solchen Politik betrifft auch die Entwicklung der Arbeitslosenquoten, die Ende 2013 in Griechenland bei

fast 28 Prozent lag und in Spanien bei nahezu 26 Prozent und in der Eurozone insgesamt bei 12 Prozent. Zum Vergleich: 2007 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 7,5 Prozent, in Spanien und Griechenland jeweils 8,3 Prozent.

### **Das deutsche Modell als Vorbild für Europa?**

Blickt man nur auf die jüngeren Entwicklungen in Deutschland, entsteht ein anderer Eindruck – die Schuldenquote sinkt, die Steuereinnahmen «sprudeln», die Arbeitslosigkeit ist auf einem Tiefststand etc. Die gängige Interpretation erklärt dies mit Deutschlands Rolle als vermeintlicher «Musterschüler» und Vorbild für eine gelungene Anpassung an die wirtschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts durch die Reformen der Agenda 2010. Danach bräuchten eben auch andere Länder einen «Schröder-Moment», wenn sie die Krise überwinden und Herausforderungen der Zukunft meistern wollen. Das oberste Ziel bestehe dabei in einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Was aus einzelwirtschaftlicher Sicht plausibel ist, wirft jedoch ernste Fragen auf, was mit «Wettbewerbsfähigkeit» gemeint ist, wenn es sich um ganze Volkswirtschaften handelt. Als positiver Indikator werden oft Export- oder Leistungsbilanzüberschüsse zitiert, aber die sind logisch nicht verallgemeinerbar, da es immer eine Gegenseite mit entsprechenden Defiziten geben muss. Wettbewerbsfähigkeit ist ein Verhältnis zwischen wirtschaftlichen Einheiten, und keine Eigenschaft, die ohne entsprechende Auswirkungen auf andere verbessert werden könnte. Als volkswirtschaftliches Ideal ist sie eine «gefährliche Obsession» (Paul Krugman).

Da Deutschland dennoch als Musterschüler («Weltmeister im Exportüber-

schuss») angeführt und dieses Modell praktisch auch allen anderen Ländern Europas nahegelegt wird, lohnt sich hier ein näherer Blick – vor allem auf die Verteilungsdynamik.

### **Deutschlands Exportüberschüsse, die Rolle der Agenda-Reformen und der Beitrag zur Krise in Europa – zurück zur Verteilungsfrage**

Im Gegensatz zum öffentlichen Diskurs nehmen Verteilungsfragen in Streecks Analyse einen breiten Raum ein. Allerdings stehen bei ihm Entwicklungen im Vordergrund, die sich über verschiedene Länder hinweg beobachten lassen, die spezifische Verteilungsdynamik in Deutschland und ihre Folgen für Europa nimmt bei ihm hingegen keinen besonderen Stellenwert ein. Für das Verständnis der Krise ist dies aber nicht unerheblich.

### **Wirkungen und Folgen der deutschen Agenda 2010-Reformen**

Kritische Stimmen führen oft an, dass Deutschland vor allem durch den relativ geringen Anstieg der Lohnstückkosten unfaire Wettbewerbsvorteile auf den internationalen Märkten innerhalb und außerhalb Europas gewonnen habe. Dies ist zwar nicht gänzlich verkehrt, verleitet aber leicht zu dem Kurzschluss, dass Deutschlands Exporterfolge auf rein preislicher Wettbewerbsfähigkeit beruhten. Deutschland verbucht jedoch seine größten Exporterfolge bei Gütern, die im internationalen Vergleich eher hochpreisig sind: Kraftfahrzeuge, Maschinen und Maschinenteile, zunehmend auch chemische und pharmazeutische Produkte. Was hingegen nahezu stagniert, ist die Binnennachfrage und damit auch die Nachfrage nach Importen. Auch dafür findet sich eine populäre (Schein-)Erklärung,

nämlich dass «die Deutschen» schlicht tugendhafter seien, denn immerhin sparen sie durchschnittlich 10 Prozent des verfügbaren Einkommens. Tatsächlich verbergen sich dahinter krass ungleiche Einkommensentwicklungen: Während zwischen 1999 und 2009 das ärmste Einkommenszehntel einen realen Einkommensverlust von nahezu 10 Prozent hinnehmen musste, selbst mittlere Einkommen noch real stagnierten und auch das neuntreichste Zehntel nur einen Einkommenszuwachs von etwas über 3 Prozent verzeichnen konnte, wuchs das reale Einkommen des reichsten Zehntels um beinahe 17 Prozent. Das hatte Folgen für das jeweilige Konsum- bzw. Sparverhalten, so dass man auch eher von einem Importdefizit anstelle eines Exportüberschusses sprechen könnte. (ausführlicher und mit weiteren Quellen zu diesem Komplex: Fischer 2014)

Die Agenda-Politik trug zu dieser Verteilungsentwicklung erheblich bei. Wolfgang Streeck schrieb 1999 mit Rolf Heinze im SPIEGEL: «Das eigentliche Beschäftigungsdefizit der deutschen Volkswirtschaft liegt im Bereich niedrigproduktiver Dienstleistungsarbeit. [...] Schwierigkeiten bestehen dort, wo es um die Expansion geringproduktiver Beschäftigung geht, deren Entlohnung notwendigerweise ebenfalls niedrig sein muss. Beschäftigungspolitisch erfolgreichere Länder unterscheiden sich von uns vor allem dadurch, dass sie sich viel schneller als wir dazu haben durchringen können, die hier bestehenden Beschäftigungspotentiale zu nutzen.» (Heinze/Streeck 1999) Mit der Agenda 2010 wurde eben dies doch durchgesetzt, und zwar mit einigem «Erfolg»: 2011 lagen die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor etwa 20 Prozent unter denen des verarbeitenden

Gewerbes (Stein et al. 2012) und die «Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen» – u. a. die Aussicht, nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit mit dem Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau abzurutschen – haben nicht nur Druck auf Arbeitslose ausgeübt, sondern auch auf Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen insgesamt. Die Erwerbsquote hat sich zwar erhöht, allerdings ist das Volumen der insgesamt gearbeiteten Stunden kaum gewachsen: Die Arbeit wurde praktisch nur auf mehr Köpfe verteilt, sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung vielfach in prekäre Teilzeitbeschäftigung zerlegt (Dauderstädt 2013), und nicht zuletzt ist in Deutschland der Anteil der Lohn-einkommen am gesamten Volkseinkommen (Lohnquote) von über 60 Prozent im Jahre 2000 bis 2007 auf etwa 55 Prozent gesunken (und die Gewinnquote dementsprechend gestiegen).

Besonders fatale Folgen für Europa (bzw. die Eurozone) hatte diese Verteilungsentwicklung im Verein mit einem Prozess der «Finanzialisierung», der eine Umleitung der wachsenden und zunehmend ungleich verteilten Ersparnisse weg von potentiell produktiven realen Investitionen hin zu rein spekulativen und hochriskanten «Finanzinnovationen» begünstigte.

### **Die Rolle der «Finanzialisierung»**

Finanzialisierung heißt zum einen, dass Bedeutung und Einfluss des Finanzsektors gegenüber anderen Wirtschaftssektoren massiv gewachsen sind. Auf den ersten Blick ablesbar an einem massiven Wachstum von Finanzvermögen im Vergleich zum Bruttosozialprodukt. Während 1980 das weltweite Bruttosozialprodukt mit ca. 10 Billionen US-Dollar und das weltweite Finanzvermögen mit ca. 12 Billionen US-Dollar noch nahe-

zu gleichauf lagen, überstieg 2007 unmittelbar vor Ausbruch der Finanzmarktkrise das weltweite Finanzvermögen mit gut 202 Billionen US-Dollar das globale Bruttosozialprodukt von etwa 55 Billionen US-Dollar beinahe um ein Vierfaches. Nach einer leichten Korrektur im Zuge der Finanzmarktkrise setzt sich diese problematische Entwicklung fort, denn 2012 (2. Quartal) betragen die weltweiten Finanzvermögen bereits wieder 225 Billionen US-Dollar, das weltweite Bruttosozialprodukt hingegen (immerhin) etwas über 71 Billionen US-Dollar (McKinsey Global Institute 2013). Letzteres ist zwar eine Stromgröße, während Vermögen Bestandsgrößen sind, aber es haben auch die laufenden Ansprüche aus Vermögen an den Volkseinkommen zugenommen (Gewinnquote vs. Lohnquote).

Zum anderen bezeichnet Finanzialisierung eine weitgehende Entkopplung von Finanz- und Vermögenswerten von der «realen Wirtschaft». Die Trennlinie zwischen Finanz- und Realwirtschaft ist schwer identifizierbar, schließlich stellt die Vermittlung von Ersparnissen und Krediten eine zentrale realwirtschaftliche Aufgabe des Finanzsektors dar. Finanzwirtschaftliche «Innovationen» jedoch, wie die Verpackung von Krediten und Versicherungen in Derivaten, von denen wiederum mehrfach andere Derivate abgeleitet und gehandelt werden, verschleiern zunehmend die Verhältnisse von Schuldnern und Gläubigern, so dass irgendwann völlig unklar ist, ob den gehandelten Finanztiteln überhaupt noch reale bzw. realistische Werte entsprechen. Hinzu kommt, dass beim Handel mit Finanztiteln weniger die Einschätzung eine Rolle spielt, ob sie fundiert sind, sondern vielmehr die Einschätzung, wie die Titel von anderen Marktteilnehmern eingeschätzt und wie diese

sich wohl verhalten werden. Diese Entwicklung entsprach irgendwann eher einem Kasino und führte dazu, dass deutsche Ersparnisse und auch Eigengeschäfte privater wie öffentlicher Banken (z. B. Landesbanken) auf die internationalen Finanzmärkte und dabei in zweifelhaftes Papier gelenkt wurden, anstatt inländische Investitionsbedarfe zu befriedigen. Ermöglicht wurde dies durch internationale Kapitalmarktliberalisierungen, aber auch durch eine Aufsicht, die solche Geschäfte zuließ oder gar nicht erst wahrnahm, begünstigt wurde es dadurch, dass «innovative Finanzprodukte» viel höhere Renditen versprachen, als «langweilige Kreditvermittlung». Eine Illusion, die 2007 mit der Finanzmarktkrise platzte.

Bis dahin flossen deutsche Ersparnisse nicht nur in US-amerikanische Ramschkredite (z. B. über Lehman-Zertifikate), sondern waren in großem Maßstab auch im spanischen und irischen Immobiliensektor involviert, an griechischen Banken beteiligt und nicht zuletzt (u. a. Betriebsrenten der ehemaligen Volksfürsorge) auch in italienische Anleihen investiert. Diese internationale und intensive europäische Verflechtung des Finanzsystems, in dem nicht nur besonders hohe, sondern auch kleinere Vermögen involviert sind, erschwert die Bewältigung der Finanzmarktkrise, die inzwischen zur Krise Europas mutiert ist. Die bisherige Krisenlösungspolitik wird diese Krise mit Sicherheit nicht lösen.

### **Europa, Deutschland und die Demokratie – wie weiter?**

Europa und die Europäische Währungsunion stehen derzeit am vielleicht wichtigsten Scheideweg ihrer bisherigen Geschichte. Wenn Europa den Mehrheitsbevölkerungen seiner Mitgliedsländer keine attraktive Pers-

pektive zu bieten vermag, steht ein bislang einmaliger Integrationsprozess möglicherweise vor einer Umkehr. Der Euro als nicht nur gemeinsame Währung, sondern auch als gemeinsames Symbol für die Mitgliedsländer, leistete bis zum Ausbruch der Krise zumindest in Ansätzen auch einen Beitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität. Dies könnte jetzt zur Disposition stehen. Das neu gewählte europäische Parlament hat daher eine ganze Reihe von Herausforderungen zu bewältigen, worunter eine wirksame und mit demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen vereinbare Politik zur Lösung der wirtschaftlichen Krise die dringlichste ist.

### **Eine makroökonomisch tragfähige Alternative**

Da die Probleme im Finanzsektor fortbestehen und großen Druck auf die «Realwirtschaft» ausüben, wäre diese Aufgabe vordringlich zu lösen. Die Vermögensansprüche sind im Vergleich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder Europas in vielen Fällen unrealistisch, weshalb komplementär zu einer Sanierung der Staatshaushalte (und privater Schulden) ein kontrollierter Vermögensabbau unabdingbar ist – auch um diejenigen an der Lösung der Krise angemessen zu beteiligen, die für ihre Entstehung mitverantwortlich sind. Im Unterschied zur bisherigen «Konsolidierungspolitik», die primär auf Ausgabenkürzungen zielte, müssten die Staaten wieder Handlungs- und Finanzierungsspielräume für öffentliche Daseinsfürsorge und notwendige Zukunftsinvestitionen auch durch eine Reduktion ihrer Schuldenlast wie auch eine strukturelle Verbesserung ihrer Einnahmesituation erhalten. Diese Aufgabe ist nicht trivial, denn gerade hohe Vermögen und einflussreiche Finanzinstitutionen verfügen

über strukturell bessere Möglichkeiten, sich solcher Zugriffe zu entziehen, als dies bei größeren Bevölkerungsanteilen mit jeweils bescheideneren Vermögen möglich ist.

Darüber hinaus ist nach der weiteren realwirtschaftlichen Perspektive Europas zu fragen. Eine ganze Reihe von Antworten findet sich im «DGB-Marshallplan für Europa» (DGB 2012), der auch übergreifende Herausforderungen wie den Klimawandel in den Blick nimmt. Ein europaweites Programm für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, wie dort im Verbund mit einer europaweiten einmaligen Vermögensabgabe und adäquaten Steuern auf Vermögens-einkünfte und sehr hohe Einkommen gefordert wird, würde mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Längerfristig würden Energiekosten sinken, die Energieabhängigkeit von außereuropäischen Handelspartnern sinken (s. Ukraine-Konflikt), das Klima geschont, Arbeitsplätze geschaffen und übertriebene Ansprüche aus Vermögen gedämpft werden. Zusätzlich bedarf es einer europäischen Arbeitslosenversicherung, angepasst an jeweilige Durchschnittseinkommen, um zu verhindern, dass strukturelle Anpassungen direkt zu regionalen Rezessionen und Depressionen führen. Nicht zuletzt bedarf es auch eines Aufbau- und Unterstützungsprogrammes für funktionierende und demokratisch kontrollierte öffentliche Verwaltungen, wofür es noch einiges Verbesserungspotenzial gibt.

Vielleicht erscheint diese Alternative vor dem Hintergrund der herrschenden Machtverhältnisse als nicht besonders realistisch. Doch wie realistisch sind andere Szenarien?

### **Szenario 1: Entdemokratisierung in einem europäischen Konsolidierungsregime**

Eine Fortsetzung der bisherigen europäischen Politik ergäbe den Konsolidierungsstaat, vor dem Streeck zu Recht warnt. Inzwischen ist selbst Frankreich unter Druck geraten, das von der Troika empfohlene Konsolidierungsschema umzusetzen, nicht zuletzt dank des Einflusses der deutschen Regierung. Im Kern läuft dies auf einen weiteren Abbau sozialer und tariflicher Standards hinaus, die gerade aus Sicht internationaler Konzerne unliebsame Kostenfaktoren darstellen. Im Ergebnis eine klare Entdemokratisierung.

In diese Richtung deutet die Aufnahme von «Schuldenbremsen» für öffentliche Haushalte in das deutsche Grundgesetz und in weiteren europäischen Ländern bei gleichzeitiger Ablehnung von Steuererhöhungen auf Gewinne, hohe Einkommen und Vermögen, verbunden mit Bekenntnissen zu einem (absoluten) Abbau öffentlicher Schulden. Danach verbleibt nur die Senkung öffentlicher Ausgaben, und da Unternehmen neben einer guten und für sie möglichst günstigen Infrastruktur hohen Wert auf Sicherheit legen, verbleiben fast nur Sozialausgaben als «Anpassungsvariable».

Ein solches Konsolidierungsregime müsste eigentlich in massive Legitimationsprobleme geraten. Man kann jedoch mit Streeck annehmen, dass Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit, wie sie aus kulturellen Normen etc. gespeist werden, bei breiten Bevölkerungsteilen allmählich durch Marktgerechtigkeit ersetzt werden, bei der Ergebnisse «des Marktes» weitgehend als akzeptabel empfunden werden. Das kann sogar längere Zeit gut gehen und Legitimationskrisen ausbleiben, wie nicht zuletzt das deutsche Beispiel zeigte. Manche Kommen-

tatoren begrüßten die Agenda 2010-Politik, da sie zeige, dass marktkonforme Politik auch gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzt werden könne. Erfolgreichen Widerstand hat es bekanntlich nicht gegeben. Längerfristig kann dies anders aussehen. Leider haben bisherige Erfahrungen mit sozialer Deprivation und Prekarisierung gezeigt, dass daraus resultierende Ängste weniger zu progressiven Ansätzen und (internationaler) Solidarität tendieren, sondern eher zu Ressentiments gegenüber vermeintlich Schwächeren und zum emotionalen und kognitiven Rückzug auf als «natürlich» idealisierte Gemeinschaften. (Sommer 2010) Das wäre für Europas Zukunft eine unerquickliche Perspektive.

Auch andere Interpreten der Krise in Europa legen eine Rückbesinnung auf kleinere etablierte politische Einheiten nahe, um die Krise zu bewältigen. So auch Wolfgang Streeck, wenngleich er, wie er selbst einräumt, diesen Vorschlag für «nicht sehr realistisch» hält.

### **Szenario 2: Rückabwicklung oder Desintegration des Euroraums und Europas**

Eine Umkehr des europäischen Integrationsprozesses ist keineswegs unwahrscheinlich. Dazu könnte eine erneute Finanzmarktkrise führen, schließlich sind die wachsenden Vermögen und entsprechenden Einkommensansprüche mit Blick auf realwirtschaftliche Leistungsfähigkeiten oftmals überzogen. Fraglich ist nur, wann Marktakteure ebenfalls zu dieser Einschätzung gelangen. Eine Desintegration Europas kann auch aus politischen Turbulenzen in Mitgliedsländern resultieren, wofür Voraussetzungen durchaus gegeben sind, deren Eintritt aber ebenfalls kaum vorhersagbar ist. Im Fokus steht daher im Folgenden die Frage, wie die Pers-

pektiven für eine planmäßige Rückabwicklung zunächst des Euroraums aussehen und was daraus folgen könnte.

Streeck schlägt eine teilweise Rückabwicklung vor, bei dem demokratische Nationalstaaten gegen das vom Kapital dominierte europäische Konsolidierungsregime gesetzt werden. Damit kein Chaos ausbreche, müsse ein System flexibler Wechselkurse, ein europäisches «Bretton Woods» errichtet werden. Dadurch erwüchsen nationalen Regierungen neue Spielräume: Für eine eigenständige Geld- und Fiskalpolitik und für eine eigenständige Sozial- und Wirtschaftspolitik, wobei flexiblen Wechselkursen eine entscheidende Rolle zukäme – denn in entsprechenden Situationen könnten Länder auf das Instrument der Währungsabwertung zurückgreifen: «Wenn ein Land, das wirtschaftlich entweder nicht mehr mitkommt oder nicht mehr mitkommen will, seine Währung abwertet, werden die Exportchancen ausländischer Produzenten geschmälert und die der inländischen verbessert [...]. Anders formuliert, verhindert die Möglichkeit der Abwertung, dass «wettbewerbsfähigere» Länder weniger «wettbewerbsfähige» dazu zwingen, die Renten ihrer schlechter verdienenden Bürger zu kürzen, damit ihre Besserverdienenden den Produzenten der wettbewerbsfähigeren Länder ihre BMWs weiterhin verlässlich zum Festpreis abnehmen können.» (Streeck 2013: 247 f.)

Das «Lob der Abwertung» (Streeck) wirft jedoch mehrere Fragen auf. Zuerst die nach der Denomination bestehender Verbindlichkeiten – in welcher Währung bzw. nach welchem Umrechnungskurs sollen bei einer Auflösung der Eurozone Schulden bzw. Vermögenstitel gehandelt werden? Die Interessen von Gläubiger- und Schuld-



nerländern sind dabei diametral entgegengesetzt: «[...] bedenken wir, dass es bei Abwicklung einer Gemeinschaftswährung für (demnächst) 18 Mitglieder 153 bilaterale Währungsrelationen gibt, und dass Lösungen auch für alle Bankeinlagen, Kredite, Unternehmensanleihen und Derivate in 153 bilateralen Länderbeziehungen gefunden werden müssen [...]. Eine geordnete Abwicklung des Euro ist nicht möglich.» (Schulmeister 2013: 44) Die nächste betrifft die nach der Struktur der Außenhandelsverflechtungen – dämpft eine Abwertung tatsächlich primär die Nachfrage besser Verdienender nach ausländischen Luxusgütern wie BMWs oder trifft sie alle Betriebe und Privathaushalte, die auf Energieimporte angewiesen sind? Und nicht zuletzt wäre zu fragen, ob einzelne Länder angesichts der fortgeschrittenen Integration internationaler Kapitalmärkte überhaupt in der Lage wären, auf Ab- oder Aufwertungen in ihrem eigenen Interesse Einfluss zu nehmen?

Bedenkt man diese Zweifel an einer planmäßigen Rückabwicklung des Euro, muss man zu dem Schluss kommen, dass eine solche Alternative kaum weniger realistisch ist, als das Bemühen um eine (weitergehende) Demokratisierung der europäischen Institutionen. Bei der Einführung des Euro wurden Fehler begangen, die heute zu erheblichen Problemen führen, auf die jetzt auch noch die falschen Antworten gegeben werden. Aber die Uhr lässt sich nicht einfach zurückdrehen: «Wie in der Natur so gibt es auch in Wirtschaft und Gesellschaft (nahezu) irreversible Prozesse: Man kann 18 Flüssigkeiten in einen Krug gießen, rausbekommen kann man sie nicht mehr.» (Schulmeister 2013: 44 f.)

### **Fazit: Ein starkes, allerdings sozialeres und demokratischeres Europa ist nötig**

Streeck hat mit «Gekaufte Zeit» eine wichtige Analyse vorgelegt, die daran erinnert, dass die vermeintliche Trennbarkeit von Wirtschaft und Politik lediglich eine für Kapitalinteressen nützliche und in Wirklichkeit hochpolitische Fiktion ist; dass das kapitalistische Wirtschaftssystem, in dem wir weiterhin leben, immer wieder zu Krisen tendiert; und dass die Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie keineswegs unverbrüchlich ist. Die Stärke seines Beitrags liegt in der schonungslosen Benennung und Analyse der daraus resultierenden Widersprüche und ihrer Dynamik, wenngleich manche wichtigen Details der Krise in Europa bei ihm weniger Beachtung fanden.

Sein Lösungsvorschlag, ein Rückbau europäischer (und internationaler) Institutionen anstelle eines Bemühens um ihre Demokratisierung, überrascht allerdings. Es ist bereits dargelegt worden, weshalb diese Option eigentlich keine ist, auch wenn möglicherweise genau das eintritt – dann aber mit noch einmal gravierenderen Folgen für demokratische Handlungsmöglichkeiten gegenüber einem zunehmend international vernetzten Kapital.

Der Integrationsvorsprung von Kapitalinteressen ist enorm und wird noch deutlicher, wenn man globale Konzernverflechtungen genauer betrachtet. Genau dies haben erstmals Wissenschaftler der ETH Zürich 2011 auf der Grundlage von Daten für 2007 unternommen. Dabei kommen sie zu dem Schluss: «Im Detail werden über ein komplexes Netz von Eigentümerstrukturen nahezu vier Zehntel der Kontrolle über den ökonomischen Wert von [43.060] transnationalen Unternehmen von einer Gruppe von 147 transnationalen Unternehmen im Kern

gehalten, die nahezu völlige Kontrolle über sich selbst haben. Die Inhaber an der Spitze innerhalb dieses Kerns können daher als eine ökonomische ‚Super-Einheit‘ im globalen Netzwerk von Unternehmen verstanden werden.» (Vitali et al. 2011: 6; eigene Übersetzung) Drei Viertel dieser ‚Super-Einheit‘ sind »finanzielle Intermediäre«, also Banken, Versicherungen und andere Finanzmarktakteure, die auch die Top Ten bilden.

Der globale Verflechtungsgrad des Kapitals ist bedenklich, auch wenn sich von Beteiligungsverhältnissen nicht direkt auf politischen Einfluss schließen lässt. Demokratische Belange und Interessen werden ihm gegenüber aber immer weniger auf niedrigeren Integrationsebenen wie Nationalstaaten entgegengesetzt werden können, sondern eher auf höheren, wie der Europäischen Union. Deshalb ist es so wichtig, für ihre Demokratisierung zu kämpfen – auch wenn dieser Kampf scheitern kann. Doch ein Rückzug, etwa auf den »demokratischen Nationalstaat«, nähme die Niederlage nur vorweg.

## Literatur

- Dauderstädt, Michael (2013): Deutschland – ein Wundermärchen, WISO direkt, Bonn.
- DGB (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Berlin.
- Fischer, Michael (2014): Deutschlands Exporterfolge und seine Importdefizite: Ein Verteilungsproblem, Gegenblende 25: Januar/Februar 2014, online: <http://www.gegenblende.de/25-2014/++co++1aed7666-8e61-11e3-8839-52540066f352>.
- Hagelüken, Alexander (2014): Schuld sind die Anderen, in: Süddeutsche Zeitung, 5. April 2014.
- Heinze, Rolf/Streeck, Wolfgang (1999): An Arbeit fehlt es nicht, in: Der SPIEGEL 19/1999, S. 38-45.
- McKinsey Global Institute (2013): Financial globalization: Retreat or reset? Global capital markets, o.O.
- Schulmeister, Stephan (2013): Euroabwicklung: Der finale Schritt in den Wirtschaftskrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2013, S. 39-49.
- Sommer, Bernd (2010): Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Wiesbaden.
- Stein, Ulrike/Stephan, Sabine/Zwiener, Rudolf (2012): Zu schwache deutsche Arbeitskostentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung, IMK Report 77.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt am Main.
- Vitali, Stefania/Glatfelder, James B./Battiston, Stefano (2011): The network of global corporate control, in: PLoS ONE 6(10), online: <http://arxiv.org/pdf/1107.5728v2.pdf>.

## Legislativmacht und Politisierung Der Spagat des Europäischen Parlaments

«Das Europaparlament hat am Mittwoch die Einführung von abschreckenden Bildern auf Zigarettenpackungen beschlossen».<sup>1</sup> «Die europäischen Automobilhersteller müssen von 2020 an schärfere Klimaauflagen für Neuwagen einhalten. [...] Das hat das EU-Parlament am Dienstag in Strassburg beschlossen».<sup>2</sup> Vergleichbare Nachrichten hatten vor 10 Jahren Seltenheitswert; sie wären vor 20 Jahren undenkbar gewesen. Hinter beiden Nachrichten verbirgt sich ein mittlerweile übliches Segment des Ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens (OGV): Nach der Verabschiedung von Änderungen am Kommissionsvorschlag geht der zuständige Parlamentsausschuss auf den Ministerrat zu und handelt in sogenannten Trilogsitzungen einen Kompromiss auf Augenhöhe mit der Ratspräsidentschaft als Vertreterin der Mitgliedstaaten aus. Das Verfahren ist das wohl augenfälligste Kennzeichen eines Parlaments, das sich über die letzten EU-Vertragsreformen von Maastricht (1993), Amsterdam (1999), Nizza (2003) und Lissabon (2009) schrittweise Gesetzgebungskompetenzen erstritten hat, die mit denjenigen klassischer Arbeitsparlamente der USA oder Kanadas vergleichbar sind und die hinsichtlich der darin zum

Ausdruck kommenden Handlungsautonomie, Definitions- und Durchsetzungsmacht deutlich stärker ausgebildet sind als in den nationalen Parlamenten der EU. Ein starkes Parlament, das sich von der Gründungsidee Monnets, Adenauers, und de Gasperis weitgehend emanzipiert hat. Denn die Staatshäupter waren in den 1950er-Jahren lediglich bereit, einer parlamentarischen Versammlung mit aus den nationalen Parlamenten delegierten Abgeordneten einige wenige Konsultations- und Kontrollrechte gegenüber der EU-Kommission einzuräumen.

### Die Macht des Parlaments im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren

«Das Europäische Parlament wird gemeinsam mit dem Ministerrat als Gesetzgeber tätig und übt gemeinsam mit ihm die Haushaltsbefugnisse aus». Artikel 14 des Europäischen Unionsvertrages (EUV) umreißt in diesem kurzen und prägnanten Satz die zentrale Stellung des EP im Entscheidungsgefüge der EU. Die Formulierung ist der wohl klarste Ausdruck seiner Politikgestaltungsfunktion (Nickel 2003: 501). Das Fundament zur Wahrnehmung dieser Funktion bildet das Mitentscheidungs- bzw. ordentliche Gesetzgebungsverfahren (OGV) nach Artikel 294 des Vertrags über die Anwendung des EUV, bei dem Parlament und Ministerrat gleichberechtigt über die Verabschiedung europäischen Sekundärrechts verhandeln und gemeinsam entscheiden. Der besondere Charakter des Verfahrens

- 1 «Brüssel führt Warnbilder auf Tabakpackungen ein», Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 49, 27. Februar 2014, S. 1.
- 2 «Striktere CO2-Auflagen für Autos», Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 48, 26. Februar 2014, S. 10.

besteht in der interorganisationellen Kompromissaushandlung. Kennzeichnend für das aus maximal drei Lesungen bestehende Verfahren und die machtpolitische Stellung des Parlaments ist zweierlei: Erstens tragen Parlament und Rat gemeinsam, gewissermaßen als Kolegislative analog zu Zweikammersystemen, die gleichrangige Verantwortung für die Autorisierung oder Verwerfung eines Gesetzgebungsakts. Und zweitens kann nur das Parlament, nicht aber der Ministerrat den geplanten Rechtsakt durch einen Ablehnungsbeschluss mit der Mehrheit seiner Mitglieder zu Fall bringen. Der Verfahrensgang insgesamt ist relativ einfach konzipiert:

- Erster Schritt: Die Kommission unterbreitet dem EP und dem Rat einen Vorschlag für eine Verordnung, eine Richtlinie oder einen Beschluss.
- Zweiter Schritt – Erste Lesung im EP: Das Europäische Parlament beschließt in erster Lesung seinen Standpunkt und übermittelt ihn dem Rat.
- Dritter Schritt – Erste Lesung im Rat: Billigt der Rat den vom Parlament geänderten Textentwurf, so ist der betreffende Rechtsakt in der vom EP geänderten Fassung erlassen.
  - Erklärt sich der Rat – mit qualifizierter Mehrheit – nicht mit dem Textentwurf des EP einverstanden, beschließt er in erster Lesung seinen abweichenden Standpunkt, begründet seine Änderungen und übermittelt den geänderten Textentwurf dem EP.
- Vierter Schritt – zweite Lesung im EP:
  - Billigt das EP binnen drei Monaten nach der Übermittlung des Ratsentwurfs den geänderten Text oder äußert es sich nicht, gilt der betreffende Rechtsakt in der Fassung des Ratsentwurfs als erlassen.
- Lehnt das EP den Textentwurf des Rates mit der Mehrheit seiner Mitglieder ab, so gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als nicht erlassen.
- Verabschiedet das EP dagegen mit der Mehrheit seiner Mitglieder Änderungen am Ratsentwurf, so wird der geänderte Parlamentsentwurf dem Rat und der Kommission zugeleitet.
- Fünfter Schritt – zweite Lesung im Rat:
  - Billigt der Rat binnen drei Monaten nach Eingang den Parlamentsentwurf, gilt der betreffende Rechtsakt als erlassen. Hierbei gilt, dass der Rat Änderungen des EP, zu denen die Kommission eine ablehnende Stellungnahme verfasst hat, einstimmig annehmen muss.
  - Erklärt sich der Rat dagegen nicht mit allen Änderungen des Parlaments einverstanden, so berufen die Ratspräsidentenschaft und der Parlamentspräsident binnen sechs Wochen den paritätisch besetzten Vermittlungsausschuss beider Organe ein.
- Sechster Schritt – die Vermittlung: Der Vermittlungsausschuss berät innerhalb einer Sechswochenfrist über die Textentwürfe der beiden Legislativorgane mit dem Ziel der Erarbeitung eines gemeinsamen Kompromissentwurfs. Hierbei entscheidet die Ratsdelegation mit qualifizierter Mehrheit; die EP-Delegation mit einfacher Mehrheit. Findet der Vermittlungsausschuss innerhalb der sechswöchigen Frist keinen Kompromiss, so gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als gescheitert.
- Siebter Schritt – Dritte Lesung: Hat sich der Vermittlungsausschuss auf einen

gemeinsamen Entwurf geeinigt, müssen EP und Rat diesen Text innerhalb einer erneuten Frist von sechs Wochen bestätigen, wobei im EP die Mehrheit der abgegebenen Stimmen und im Rat die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Falls dagegen das EP oder der Rat den Kompromisstext nicht bestätigen, gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als gescheitert.

Dieser Grundverlauf ist zahlreichen Verfahrenskonkretisierungen unterworfen: Erstens können die Dreimonats- bzw. Sechswochenfristen auf Initiative eines der beiden Legislativorgane um maximal einen Monat bzw. zwei Wochen verlängert werden. Zweitens sind alle drei unmittelbar beteiligten Organe berechtigt, Einzelheiten ihrer Zusammenarbeit im Rahmen interinstitutioneller Vereinbarungen zu verabreden. Und drittens ist der ersten Lesung des EP der Mechanismus der Überprüfung und etwaigen Rüge des Kommissionsvorschlags durch die nationalen Parlamente vorgeschaltet.

Besondere wissenschaftliche wie politische Aufmerksamkeit verdienen die frühen, durch informelle Vermittlungsverfahren im Rahmen sogenannter Trilogie erzielten Einigungen zwischen EP und Rat in erster und zweiter Lesung (Maurer 2002; Farell/Héritier 2004; Rasmussen 2007; Judge/Earnshaw 2011; Maurer 2012). Grundlage hierfür ist die seit dem Amsterdamer Vertrag (1999) bestehende Möglichkeit, ein OGV bereits in Stadium der ersten Lesung abzuschließen. Expliziert wurde diese Option erstmals in der Gemeinsamen Erklärung zu den praktischen Modalitäten des Verfahrens der Mitentscheidung, wonach die drei Organe «während des gesamten Verfahrens loyal zusammen[arbeiten], um ihre Stand-

punkte möglichst weitgehend anzunähern und dabei, soweit zweckmäßig, den Erlass des Rechtsakts in einem frühen Stadium des Verfahrens zu ermöglichen.» In der Praxis beginnt dieses Verfahren unmittelbar im Anschluss an die Abstimmung des Parlamentsentwurfs für die erste Lesung auf Ausschussebene. Bevor der Entwurf also dem Plenum zur Abstimmung weitergeleitet wird, formulieren die Ausschüsse auf der Grundlage des auf ihrer Ebene verabschiedeten Entwurfs ein Verhandlungsmandat. Je nach Ausschuss setzt sich dann eine mit der Verhandlungsführung betraute Delegation des EP aus dem Berichterstatter, dem Ausschussvorsitzenden und den Schattenberichterstattern der anderen Fraktionen zusammen, die mit der Ratspräsidentschaft und Vertretern der Kommission im sogenannten «Trilogverfahren» einen Kompromiss auszuhandeln versucht. Gelingt dies, so ändert der federführende EP-Ausschuss seinen Entwurf entsprechend ab und legt diesen dann dem Plenum zur Abstimmung vor. Bestätigt das Plenum die im Trilog vereinbarten Änderungen, gilt das Dossier als «in erster Lesung abgeschlossen».

### **Parlamentarisierung der EU**

Zur Vergegenwärtigung des schrittweisen «Zugangs» des EP in das Entscheidungsfindungssystem der EU reicht es nicht aus, alleine die vertragsgemäßen Rechte des EP festzustellen. Soll die Entwicklung der Parlamentsrechte über die Zeit sowie die reale Intensität der Parlamentarisierung genauer erfasst werden, kann die primärrechtliche Entwicklung der Entscheidungsverfahren gegen ihre effektive Nutzung bilanziert werden (Maurer 2012). Untersucht wird dabei die effektive Umsetzung der über die Verträge sanktionierten Anreiz- und Restrik-

tionsstrukturen, die sich den Organen als Handlungskontext anbieten (Olsen 1996). Betrachten wir die primärrechtliche Entwicklung der dem EP zur Verfügung gestellten Anreize, dann ist zunächst ein langsamer, aber doch konstanter Ausbau der Parlamentsrechte festzustellen. Das relative Ausmaß der «Nicht-Beteiligung» des Parlaments an den Politikgestaltungsrechten des Ministerrates hat seit 1958 beträchtlich abgenommen (von 72.09 Prozent zum Zeitpunkt des EWG-Vertrages hin zu 34.9 Prozent mit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages 2009).

Der Lissabonner Vertrag hat den Anwendungsbereich für das OGV von 45 (Vertrag von Nizza) auf 85 fallspezifische Handlungsermächtigungen ausgedehnt. Hierzu gehören fast alle Einzelbestimmungen in der Justiz- und Innenpolitik, die Rahmenbeschlüsse zur Landwirtschafts- und Fischereipolitik, die Handelspolitik, Teilaspekte der wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie die neuen Politikfelder des Katastrophenschutzes und der Verwaltungszusammenarbeit. Ausgenommen vom OGV bleiben dagegen auch seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages die EU-Maßnahmen (des Ministerrates) zum Aufenthaltsrecht mit Blick auf Pässe und Personalausweise, zur sozialen Sicherheit und der Sozialversicherung, zum aktiven und passiven Wahlrecht bei Kommunalwahlen und bei Wahlen zum EP, zur Erleichterung des diplomatischen und konsularischen Schutzes, zum Kapitalverkehr mit Drittstaaten, zur Steuerharmonisierung und Körperschaftssteuer, zu den Sprachenregelungen für die Rechtstitel, zu Mindestvorschriften für die soziale Sicherheit und den Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags sowie zu den Beschäftigungsbedingungen von Dritt-

staatsangehörigen, zu umweltpolitischen Maßnahmen mit Finanzbestimmungen, zu Raumordnungs-, Bodennutzungs- und Wasserbewirtschaftungsfragen, zu Maßnahmen, die die Wahl eines Mitgliedstaates zwischen verschiedenen Energiequellen berühren, und zu Vorschriften steuerlicher Art. Ebenfalls aus dem OGV ausgenommen sind Maßnahmen zu Aspekten des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug. Die Zahl der somit verbleibenden 112 Handlungsermächtigungen des Rates, die eine «Nichtbeteiligung» des Parlaments vorschreiben ist damit weiterhin relativ hoch.

Die über Vertragsreformen sanktionierte Entwicklung der Entscheidungsverfahren folgte bisher keinem einheitlichen Muster der einfachen Auswechslung «parlamentloser» oder –«schwacher» durch «parlamentmächtige» oder –«intensive» Prozeduren, sondern eher einer den europäischen Integrationsprozess typisierenden Asymmetrie zwischen «Kompetenzallokation» und «Legitimitätsallokation»: Die Zuordnung der Beteiligungsanreize des EP zur Sicherstellung der parlamentarisch-demokratischen Verantwortung hinkt so der primärrechtlichen Begründung diesbezüglicher Rechtsgrundlagen hinterher (Lepsius 1990). Die Entwicklung hin zu einem Mehr an parlamentsintensiven Verfahren zeigt aber auch: Anders als vom Bundesverfassungsgericht in seinem Maastricht-Urteil 1993 behauptet, unterliegt die Entwicklung parlamentarisch-demokratischer Fundierungen der EU somit nicht einfach vorrechtlichen, strukturellen – «einflussresistenten» – Bedingungen wie gemeinsame Sprache, Volk oder Kultur, sondern ist grundsätzlich bearbeitbar und – dies folgt aus der Beobachtung der Entwicklung der Vertragsgrundlagen – auf das Ziel der gesteuerten Reparlamentarisierung der

EU angelegt. Andererseits kann aus der Beobachtung über die «nachhinkende» Parlamentarisierung der EU gerade mit Blick auf die Maastrichter und Lissabonner Vertragsreformen keine einfache Regelmäßigkeit abgeleitet werden, da beispielsweise die mit Maastricht 1993 sanktionierte Begründung einer bildungs-, jugend- und kulturpolitischen Zuständigkeit der EG unmittelbar mit dem Mitentscheidungsverfahren verknüpft und die mit Lissabon 2009 erfolgte EP-Beteiligung in der Handelspolitik durch das OGV gewissermaßen von null auf 100 in einem Schritt realisiert wurde.

### **Die effektive Politikgestaltungsmacht in der Praxis**

Im Zeitraum vom Inkrafttreten der EEA am 1. Juni 1987 bis 31. Dezember 2013 war das EP in den folgenden Verfahren beteiligt:

- 2139 Mitentscheidungs- bzw. Ordentliche Gesetzgebungsverfahren,
- 449 Kooperationsverfahren,
- 453 Zustimmungsverfahren,
- 3740 Konsultationsverfahren, und
- 914 Haushalts- bzw. haushaltsrelevante Verfahren.

In acht OGV konnte keine Einigung erzielt werden. 139 Vorschläge wurden von der Kommission zurückgezogen oder aber aufgrund der Änderungen der Rechtsgrundlage nicht weiter verfolgt. Weitere 204 Verfahren befanden sich im Verhandlungsprozess. Die seit dem Amsterdamer Vertrag geltende Möglichkeit der endgültigen Verabschiedung eines Rechtsaktes bereits nach der ersten Parlamentslesung wurde dabei zunehmend intensiv genutzt.

War das Parlament 1993 nur in 48,44 Prozent aller Rechtsakte des Ministerrates in einem der in Frage kommenden Legislativ-

verfahren involviert, so betrug dieser Anteil 1999 bereits 60,05 Prozent und lag 2011 bei 52 Prozent. Gliedert man hierbei die größtenteils verwaltungstechnischen Routineakte des Rates im Bereich der Agrar-, Fischerei- und Zolltarifpolitik aus, so erhöht sich die EP-Beteiligungsquote erstens allgemein auf etwa 90 Prozent und der Anteil des OGV von 30,87 Prozent (für alle Ratsakte) auf etwa 75 Prozent. Der Vergleich zwischen den relativen Zu- bzw. Abnahmeraten der primärrechtlichen Anreizstrukturen mit den tatsächlichen Ausnutzungsquoten der zur Verfügung stehenden Verfahrensvorschriften gibt somit Aufschluss über den quantitativ messbaren Erfolg bzw. Misserfolg bei der schrittweisen «Parlamentarisierung» des EU-Entscheidungs-systems.

Erfolgreich verlief die Zurückdrängung der «Nicht-Beteiligung» des Parlaments sowohl im Rahmen der Fortentwicklung der EU-Verträge als auch im Rahmen der Vertragsumsetzung. In beiden Untersuchungsfeldern ist ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen. Gleichwohl fällt die Ausnutzung der «parlamentsmächtigen» Verfahren – Kooperation und Mitentscheidung – an der Summe aller vom Rat bzw. von Parlament und Rat verabschiedeter Rechtsakte geringer aus als ihr relativer Bedeutungszuwachs im Anschluss an die Vertragsreformen hätte vermuten lassen. Bei der Messung der EP-Mitwirkung im Verhältnis zur Produktionsrate von Kommissionsinitiativen fällt deutlich auf, welche Wirkungen die Schaffung des OGV und die schrittweise Ausdehnung seines Anwendungsbereichs über die Vertragsreformen von Amsterdam und Lissabon hatte: Seit 2006 pendelt die Parlamentsbeteiligungsrate um etwa 70 Prozent aller Kommissionsvorschläge, wobei auf das Mitentscheidungsverfahren ein

seitdem steigender Anteil von zuletzt fast 68 Prozent entfielen.

### **Der Preis erfolgreichen Funktions- und Machtmanagements**

Aufgrund seiner in den EU-Verträgen ursprünglich auf Informations- und Kontrollrechte beschränkten Funktionen galt das Parlament lange Zeit als der Gruppe der Redeparlamente zugehörig. Die Einführung des Gesetzgebungsverfahrens hatte allerdings nachhaltigen Einfluss auf die Funktionsweise und das interne Management des EP. Bereits im Zeitraum bis zum Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages hat sich das OGV signifikant auf die Professionalisierung und Spezialisierung (Bowler/Farell 1995) einer relativ klein bleibenden Anzahl von Abgeordneten ausgewirkt. Aufgrund der funktionellen Reichweite des Gros der Rechtsakte sind diese gezwungen, technische Expertise selbst zu entwickeln oder aber innerhalb des Parlaments auf geeignete Weise sicherzustellen. Das OGV offeriert anders als alle anderen Verfahren weitaus mehr Verhandlungsspielraum auf dem Gebiet der substantiellen Normdefinition, da die beteiligten Organe gezwungen sind, technische Details gleichberechtigt im Interesse der Bürger (EP) und der Staaten (Ministerrat) zu lösen.

Anders als die EP-Änderungen in erster Lesung müssen diejenigen in zweiter Lesung mit der absoluten Mehrheit der Parlamentsmitglieder verabschiedet werden. In allen zurückliegenden Legislaturperioden bedeutete dies nichts anderes als den faktischen Zwang von SPE/S&D und EVP zur «großen Koalition», da beide Fraktionen eher selten imstande waren, Alternativkoalitionen zu bilden, die ihren parteipolitischen Interessen und daraus abgeleiteten

Koalitionsmotivationen eher entsprachen. Dagegen konnten Änderungsanträge in erster Lesung effektiv genutzt werden, um auch gegenüber der europäischen Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass das Ergebnis der Europawahlen Folgen für die inhaltliche Ausrichtung der Parlamentsarbeit haben kann. Allerdings zwingen die parlamentsinternen Verfahren der Behandlung von Änderungsanträgen in zweiter Lesung die Abgeordneten zur Aufgabe etwaig vorhandener Divergenzen zwischen den Fraktionen. Dies verleiht zwar den Änderungsanträgen in zweiter Lesung aufgrund der höheren Unterstützerzahl im Parlament mehr Nachdruck als den Anträgen der ersten Lesung. Andererseits leidet aber der Wettbewerb der Fraktionen untereinander unter dieser Regel; Abgeordnete stimmen dann für Änderungsanträge, deren Inhalte sie kaum innerhalb ihrer Partei geschweige denn ihrer Wahlklientel glaubhaft vermitteln können. Im Konflikt zwischen dem allgemeinen Prinzip der Gestaltungsfreiheit aller Abgeordneten und Fraktionen einerseits und dem effizienzfördernden Prinzip der parteipolitischen Selbstbeschränkung zugunsten des Machterhalts des EP behält letzteres solange die Oberhand, wie das OGV selbst nur von einem Bruchteil der Abgeordneten als Gelegenheit zur politischen Profilierung wahrgenommen wird.

### **Fraktionsbedeutung und Politisierung**

Mehr Gesetzgebungsrechte, lautstarke Ablehnungen internationaler Abkommen wie ACTA, die unmittelbarere Verknüpfung zwischen der Parlamentswahl und der Bestellung der Europäischen Kommission sowie mehr Kontroll- und Informationszuständigkeiten entfalten offenbar nicht die von vielen erhoffte, wahlmobilisierende Wirkung.



Offenbar tut sich die europäische BürgerInnenschaft schwer mit dem einzigen supranationalen Parlament der Welt. Ein Parlament, das im Unterschied zu den nationalen Parlamenten sehr viel autonomer gegenüber den Exekutiven agieren kann. Diese Handlungsautonomie bringt Geheimnis und Schicksal des Parlaments nahe beieinander: Das Europäische Parlament teilt sich eben nicht auf in «Regierungsmehrheit» und «Opposition». Obgleich die Kommission, der Ministerrat und der Europäische Rat mit Kompetenzen betraut sind, die wir im nationalen Kontext einer «Regierung» zuordnen würden, operiert dieses «Gubernativkonglomerat» doch nicht als aus den europäischen Parlamentswahlen mittelbar hervorgehende EU-Exekutive, die sich auf eine Mehrheitsfraktion oder -koalition im EP stützen muss.

Das EP agiert gegenüber diesen Organen eigenständig; mit wechselnden, meist großen, fraktionsübergreifenden Mehrheiten. Die in den EU-Verträgen normierten Mehrheitsanforderungen für Abstimmungen im EP wollen es nicht anders und produzieren so implizit ein erhebliches Kommunikations- und Identifikationsdefizit, dass das Parlament undemokratisch, unecht, schwach oder eben unpolitisch-technokratisch erscheinen lässt.

Was wir WahlbürgerInnen wahrscheinlich auch in der neuen Legislaturperiode vermissen werden, ist die Nachricht aus Brüssel oder Straßburg darüber, ob sich die Mehrheit gegen die Opposition durchgesetzt hat, wer im Gegeneinander von sozialdemokratisch-progressiv und christdemokratisch-konservativ obsiegt hat. In Erwartung dieses parteipolitischen Streits treffen die meisten WählerInnen nach wie vor ihre Entscheidung darüber, wem sie im Euro-

päischen Parlament ihre Stimme geben. Es lohnt daher ein Blick auf die Wirkungen der parlamentarischen Legislativmacht auf die Fraktionsgefüge im EP, um sich der Frage anzunähern, unter welchen Bedingungen sich sozialistisch-progressive Parteiprogrammatik in der Gesetzgebungsarbeit des EP niederschlagen können.

Lässt sich für die Europäische Union ein institutionelles System konzipieren, dass auf den im nationalstaatlichen Rahmen entwickelten Prinzipien der Parteiendemokratie gründet und hierzu die Wahlen zum Europäischen Parlament nutzt, um den Europäischen Kommissionspräsidenten als Quasi-Regierungschef einzusetzen? So attraktiv und einfach dieses Strukturziel erscheint: Es wäre nur unter Inkaufnahme eines radikalen Umbaus des EU-Systems möglich. Was das Parlament an parteipolitischer Mobilisierungspotential gewönne, würde es an Handlungsautonomie und Entscheidungsmacht in der Gesetzgebung verlieren. Die Kommission selbst sähe sich nur dann als supranationale Regierung gestärkt, wenn nicht nur ihr Präsident, sondern das gesamte Kollegium entsprechend des Wahlergebnisses zusammengesetzt würde und sowohl der Ministerrat als auch der Europäische Rat ihre exekutiven Zuständigkeiten komplett an diese Kommission abgäben. Insbesondere der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs, der sich in immer stärkerem Maße als eine Art Parallelexekutive der Merkel'schen «Unionsmethode» geriert und dabei in die Kommissionszuständigkeiten grätscht, müsste auf rein impulsgebende, koordinierende und symbolische Repräsentationsfunktionen zurückgestutzt werden. Und schließlich müsste sich das Verhältnis zwischen den europäischen und den nationalen Parteien zugunsten der gegenwärtig

eher als koordinierende Dachorganisationen arbeitenden Europarteien umkehren.

Doch auch wenn sich die im nationalstaatlichen Zusammenhang eingeübte Rekrutierungsfunktion der Parteien angesichts der besonderen Strukturmerkmale des Institutionensystems nicht auf die EU übertragen lässt, bleibt die Frage berechtigt, wie und unter welchen Rahmenbedingungen sich wenigstens das Europäische Parlament stärker als parteipolitische Arena entwickeln könnte. Denn die Forderung nach einer Politisierung der EU steht auch dann im Raum, wenn es um die Verbesserung der Legitimationsgrundlagen des Europäischen Parlaments selbst geht.

Tatsächlich organisiert sich das Parlament seit den ersten Tagen der Montanunion (1952) nicht nach nationalstaatlichen Delegationen, sondern in übernationalen, parteipolitischen Fraktionen. Deren Bildung, innere Konsistenz und Funktionsfähigkeit gründet zunächst in der inhaltlichen und programmatischen Nähe der sie konstituierenden Parteien, die sich im Verlauf der letzten 60 Jahre in europäischen Parteien zusammengeschlossen haben. Im operativen Tagesgeschäft des Europäischen Parlaments befördern die Regeln der Geschäftsordnung die Fraktionsbildung und deren organisatorische Verdichtung. Denn die Fraktionsstärke ist ausschlaggebend für die Verteilung der Redezeiten, der Berichterstatter, der Vertreter in den Ausschuss- und Delegationsvorständen, der Anzahl der Büros und Sekretariatskräfte sowie für die Zulässigkeit von Entschließungsanträgen, Einsetzungsbeschlüssen für Untersuchungsausschüsse und schließlich auch für die Gewinn- und Verlustkoalitionen bei Abstimmungen.

Nimmt man als Indikator der parteipolitischen Organisation des Parlaments jen-

seits dieser Strukturvorgaben das effektive Fraktionsverhalten, dann lassen sich empirisch sowohl der Grad der innerfraktionellen Kohäsion als auch die Funktionsweise der interfraktionellen Koalitionen untersuchen. Die Kohäsion der Fraktionen kennzeichnet dabei die innere Bindungskraft von Fraktion und Partei. Gemessen wird auf einer Skala von 0,01 Prozent (ausschließlich Abweichler) bis 100 Prozent (konsistentes Abstimmungsverhalten ohne Abweichler) dabei, wie häufig die Fraktionen geschlossen abstimmen. Die höchste Fraktionskohäsion weisen hierbei die Grünen auf (von 75 Prozent in der Legislaturperiode 1989/1994 auf gegenwärtig über 94 Prozent), gefolgt von der Europäischen Volkspartei (von 88 in 1979/1984 auf 92,6 Prozent), den Sozialdemokraten (von 75 in 1979/1984 auf 92), den Liberalen (von 72 in 1989/1994 auf 88), und der Europäischen Linken (von 81 in 1979/1984 auf 78,6). Dieser gestiegene Kohäsionsgrad ist durchaus mit demjenigen in nationalen Parlamenten zu vergleichen.

Allerdings wird an diesen Zahlen auch deutlich, dass im Unterschied zum nationalen Kontext keine Fraktion des Europäischen Parlaments ohne Rebellen auskommt. Zumindest die Mehrheits- bzw. Regierungsfaktionen in den Mitgliedstaaten zeichnen sich dagegen durch eine weitaus höhere Fraktionsdisziplin aus. Deutlich machen die Zahlen damit auch, dass es zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission, dem Ministerrat oder dem Europäischen Rat keine hierarchische Verknüpfung zwischen einer stabilen Exekutivmehrheit und kontinuierlicher Opposition gibt.

Die Messung der Koalitionen im Parlament liefert darüber hinaus Daten über die Vermittlungsleistung der gesellschaftli-

chen Konflikte in das parteipolitische Links-versus-Rechts-Schema. Es lässt damit auch Rückschlüsse über den effektiven Politisierungsgrad des Europäischen Parlaments zu. Spielt man alle Möglichkeiten der Koalitionsbildung in namentlichen Abstimmungen durch, dann ergibt sich ein vom Nationalstaat erheblich abweichendes Bild: In über 70 Prozent aller Fälle stimmen die beiden größten Fraktionen der Europäischen Volkspartei und der Sozialdemokraten seit 1979 gemeinsam ab. Mehr noch: In etwa weiteren 20 Prozent stimmen diese beiden in Koalition mit nahezu allen anderen Gruppierungen ab. Die «klassischen» Mitte-Rechts- bzw. Mitte-Links-Koalitionen lassen sich nur in weniger als 10 Prozent der Plenarabstimmungen feststellen.

Gründet die sich hieraus zu bilanzierende Politisierungsblindheit in mangelnden Interessengegensätzen zwischen den Fraktionen? Eher nicht, denn in den Ausschusssitzungen des Parlaments zu Fragen der Innen- und Rechtspolitik oder der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik fliegen die Fetzen und der parteipolitische Konflikt prägt die Beratungsphasen zu fast jedem Gesetzgebungsakt. Der Weg hin zur überparteilichen Konkordanz wird allerdings regelmäßig dann eingeschlagen, wenn die Beratungen in die Entscheidungsphase münden. Denn dann kommt zum Tragen, dass das Parlament bei Abstimmungen im Gesetzgebungsverfahren die Mehrheit aller Abgeordneten benötigt, um Änderungsanträge gegen den Ministerrat zu beschließen. Keine der beiden großen Fraktionen verfügt über eine entsprechende Mehrheit. Und wollen oder können sie nicht als «große Koalition» entscheiden, sind beide auf mindestens drei weitere der kleinen Fraktionen angewiesen.

Zwar ergab sich in der zurückliegenden Legislaturperiode die theoretische Möglichkeit einer Koalition aus EVP, Liberalen und Konservativen, die zusammen 54 Prozent der Abgeordneten stellen. Die mitunter erhebliche Zahl der Abweichler konnte allerdings nur durch Einbindung der Sozialdemokraten oder der Grünen kompensiert werden. Wie oben dargestellt, hat der Drang, weit über 50 Prozent liegende Abstimmungsmehrheiten zu erzielen, seine Ursache allerdings auch im vertrags-systematisch vorgezeichneten Kontext der Gesetzgebungsverhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat. Je größer die Parlamentsmehrheit, desto geschlossener tritt die Parlamentsdelegation gegenüber dem Rat auf. Umgekehrt war immer wieder zu beobachten, dass der Ministerrat knappe Parlamentsmehrheiten als Einfallstor zur Infragestellung des jeweiligen Parlament-santrags nutzte, zumal es in diesen Fällen nicht selten vorkam, dass sich die Abgeordneten am Verhandlungstisch mit gegenläufigen Positionen gegenseitig in den Rücken schießen. Anders: Selbst in den ersten Lesungen des OGV, bei dem die Parlamentsanträge noch mit der einfachen Mehrheit angenommen werden können, sind die Abgeordneten doch bestrebt, größere weil gewichtigere Koalitionen zu bilden, um dementsprechend geschlossen und überzeugend gegenüber dem Ministerrat auftreten zu können.

Gerade aufgrund des Fehlens einer klar hierarchisierten und parteipolitisierten Beziehung zwischen Legislative und hieraus mittelbar hervorgehender Exekutive ist das EP in der Lage, autonome Entscheidungspräferenzen auszubilden und diese in den Gesetzgebungsverfahren effektiv umzusetzen. Der Preis dieser Stärke ist allerdings

nicht zu unterschätzen. Denn die in Großkoalitionen dokumentierte Macht des Parlaments wird auch künftig kaum in die nationalen, in der Regel parteipolitisch gespaltenen BürgerInnengesellschaften der EU zu vermitteln sein.

Sollte sich die institutionell-politische Ordnung der EU also stärker in Analogie zur Verfassungswirklichkeit der Mitgliedstaaten entwickeln? Oder wäre es nicht sinnvoller und aufrichtiger, die Maßstäbe zur Bewertung und Reform des EU-Systems expliziter entlang seiner Realverfassung zu definieren? Hierüber und nicht alleine über den Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten sollten Parteien offen, vor allem laut und in Anerkennung der Eigenarten des EU-Systems streiten.

## Literatur

- Bowler, Shaun/Farell, David (1995): «The Organizing of the European Parliament, Committees, Spezialisierung und Co-ordination», in: *British Journal of Political Science*, Vol. 25, Nr. 1, S. 219–243.
- Farrell, Henry/Adrienne Héritier (2004): «Interorganizational Cooperation and Intraorganizational Power: Early Agreements under Codecision and Their Impact on the Parliament and the Council», in: *Comparative Political Studies*, Vol. 37, Nr. 10, S. 1184–1212.
- Judge, David/Earnshaw, David (2011): «Relais actors» and Codecision First Reading Agreements in the European Parliament: The Case of the Advanced Therapies Regulation, in: *European Journal of Public Policy*, Vol. 18, Nr. 1, S. 53–71.
- Lepsius, M. Rainer (1990): «Der europäische Nationalstaat: Erbe und Zukunft», in: Ders.: *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 266–267.
- Maurer, Andreas (2002): *Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union. Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente*, Baden-Baden, Nomos.
- Maurer, Andreas (2012): *Parlamente in der EU*, Stuttgart/Wien, UTB/Facultas.
- Nickel, Dietmar (2003): «Das Europäische Parlament als Legislativorgan – zum neuen institutionellen Design nach der Europäischen Verfassung», in: *Integration*, Vol. 26, Nr. 4, S. 501–509.
- Olsen, Johan P. (1996): *Europeanisation and Nation-State Dynamics*, ARENA Working Paper No. 3/1996, (Oslo).
- Rasmussen, Anne (2007): *Early conclusion in the codecision legislative procedure*, EUI Working Papers, Nr. MWP 2007/31, Florence.

## Demokratie versus Eurobürokratie – ein deutsches Trauma

Ein durchgängiger Topos von Kommentatoren deutscher Tageszeitungen zu europäischer Politik ist die «Diktatur der Bürokraten» und deren «Regulierungswahn» oder «Regulierungswut». Wenn von «Brüssel» die Rede ist, dann ist zumeist die Europäische Kommission als bürokratisches Verwaltungsmonster gemeint. Sie wird als ein nicht-demokratisch legitimes Gebilde aufgefasst, das durch Verwaltungsanordnungen versucht, den europäischen Bürger zu schikanieren. Dieser Topos suggeriert gleich mehrere Tatbestände: Zum einen, dass europäische Gesetzgebung nicht demokratisch legitimiert ist bzw. dass in Europa zumindest ein Demokratiedefizit besteht und zum anderen dass in Brüssel sich eine verselbständigte Verwaltung anmaßt, das Leben des europäischen Bürgers zu reglementieren.

Wenn in den vielerlei Vermutungen nicht nur eine generelle Ablehnung europäischer Regulierung zum Ausdruck kommt (weil z. B. eines der vielfältigen eigenen Interessen negativ berührt wird), so gehen Aussagen von ansonsten intelligenten Kommentatoren über europäische Regulierungen oft auf Unverständnis oder gar Unwissen der europäischen Regierungsform zurück. Der Beitrag soll deshalb Legitimations- und Funktionsaspekte bzw. Governancemethoden<sup>1</sup>

europäischer Politik thematisieren. So werden Aspekte des Verwaltungshandelns an ausgesuchten Beispielen erläutert und mit deutschen Praktiken verglichen. Besonders aber soll der Topos der schikanierenden Bürokratie thematisiert werden, weil er einen spezifisch deutschen Hintergrund hat.

### Die Klassiker des «absoluten Wahnsinns»

Immer wider tauchen begeisternde Beispiele des «praxisfernen Irrsinns der Eurobürokratie»<sup>2</sup> auf. Prominente Beispiele sind z. B. die Salatgurke, das Schleswig-Holsteinische Seilbahngesetz oder die Infragestellung des Reinheitsgebotes des deutschen Bieres. Die Liste ließe sich mühe-los verlängern, denn mit nahezu jeder europäischen Verlautbarung taucht von einer Interessengruppe, die ihre traditionellen Rechte oder Vorteile unmittelbar verletzt sieht, z. T. massive Kritik auf. Im Folgenden sollen nur wenige Beispiele zur Erläuterung der Problemlage dienen.

---

sung demokratisch legitimer Herrschaft hat mit zunehmend komplexen sozialen Gebilden aus sehr unterschiedlichen Akteuren (z. B. Individuen, Staaten, zwischen-staatliche Organisationen, ökonomische Einheiten, NGO's), zu tun und agiert mit Instrumenten (z. B. Gesetzen, Initiativen, Richtlinien, sozialen und technischen Normen, offene Methode der Koordinierung) die sich von der lokalen bis zur globalen Ebene erstrecken.

1 Europäische Rechtsetzung, Entscheidung, Verwaltung und die faktische Um- und Durchsetzung staatlicher Aktion ist überaus komplex. Deshalb bevorzugen wir nicht einfach von parlamentarisch legitimierten Gesetzesakten im juristischen Sinne zu sprechen, sondern von europäischer Governance und ihren Methoden. Die heutige Verfas-

2 Diese Begrifflichkeit findet sich nicht nur in Regionalzeitungen oder Verbandsblättern, die die Interessen ihrer jeweiligen Klientel verletzt sehen, sondern auch in den großen überregionalen Tageszeitungen wie Süddeutsche Zeitung, oder selbst Frankfurter Allgemeine Zeitung.

1988 trat die Gurkenkrümmungsverordnung der Europäischen Union «Verordnung Nr. 1677/88 EWG» in Kraft. Sie regelte u. a., dass Gurken der Handelsklasse «Extra» maximal eine Krümmung von zehn Millimetern auf einer Länge von zehn Zentimetern aufweisen durften. 2009 wurde die Verordnung im Zuge der von Edmund Stoiber geleiteten Expertengruppe zur Entbürokratisierung wieder außer Kraft gesetzt. Initiator der ursprünglichen Verordnung war der Gemüsehandel, der die jeweils eigenen Regierungen drängte, im Rahmen der EU eine Regelung zur Erleichterung von Verpackung und Transport von Gurken zu verabschieden. In Folge der öffentlichen Kritik sah sich die Kommission veranlasst, die Verordnung abzuschaffen. Allerdings führte das nicht zur Einstellung der Kritik. Ironischerweise musste sich die dänische Agrarkommissarin sowohl gegen den Widerstand des deutschen Landwirtschaftsministeriums durchsetzen als auch gegen die Beschimpfung des deutschen Bauernverbandes. Letzterer sah seine aufwendige Gurkenhochleistungsproduktion gefährdet und fürchtete Billigkonkurrenz minderer Standards. Schließlich gab es bereits fast zwei Jahrzehnte vor der europäischen Verordnung eine eigenständige deutsche Regelung über gesetzliche Handelsklassen bei Gemüse. Auch ganz ohne EU-Verordnung gelten heute noch die Standards für die Krümmung der Gurke im Handel. Konsumenten wähten Europa schuldig dafür, dass krumme Gurken nicht im Großhandelsangebot auftauchten, obwohl auch die Gurkenverordnung niemals untersagte, krumme Gurken anzupflanzen und zu verkaufen. Auf jedem Biomarkt konnte jederzeit ein Produzent seine Ware verkaufen oder an den Handel weiterleiten und schließlich den doppelten Preis verlangen,

wenn der Konsument bereit war, ihn zu zahlen.

Ein anderes gern zitiertes Beispiel ist die Seilbahn-Richtlinie. Sie verpflichtet die Küstenländer u. a. wie Schleswig-Holstein oder Hansestädte wie Hamburg und Bremen ein entsprechendes Landesgesetz zur Sicherheit von Seilbahnen zu verabschieden. Die Richtlinie wurde auf Druck des Ministerrates und mit Unterstützung des EU-Parlaments nach Seilbahnglücken in Italien vorgebracht, um die Sicherheit von Touristen zu gewährleisten und um ihr Vertrauen in Lifte zu erhöhen. Der deutsche Föderalismus erlaubte es nun allerdings nicht, dass der Bundestag die Richtlinie in nationales Recht umsetzen konnte, weil die entsprechende Angelegenheit nach Artikel 70 Grundgesetz in die Kompetenz der Länder fällt. Die Länder bestanden in gewohnter Manier reflexartig auf ihren Souveränitätsrechten mit dem genannten grotesken Ergebnis.

Das Gegenteil der Regulierung ist deren Abschaffung oder die Deregulierung. Von der Deregulierung waren vor allem Herstellungs- und Handelsmonopole betroffen und so merkten sie auch am lautesten auf. Die Deregulierungsmaßnahmen traten gehäuft in der Frühphase bei der Durchsetzung des europäischen Binnenmarktes auf. Eine europäische Kampffront für Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof war die Verteidigung der eigenen Marktinteressen und Monopolstellungen. Prominentestes Beispiel war der Streit um die Zulassung von ausländischen Biersorten auf dem deutschen Markt, die nicht dem deutschen Reinheitsgebot entsprachen. Deutsche Bierbrauer stemmten sich gegen die Konkurrenz «unreiner» Biere. Die Binnenmarktregeln erlauben Gesundheits- oder Sicherheitskriterien für nationale Einfuhrbeschränkun-

gen oder -verbote. Das Reinheitsgebot war im Mittelalter als Regulierung etabliert worden, um Bierpanschern das Handwerk zu untersagen, die verantwortlich waren für Magenverstimmung und Schlimmeres. Vor dem Europäischen Gerichtshof konnte Deutschland in diesem Fall nicht überzeugen mit dem Argument, dass nur Bier heimischer Hersteller die Volksgesundheit gewähre. Zu deutlich waren die Defizite gesundheitsüberprüfender Kontrollen der Grundbestandteile von Bier, bestehend aus Hopfen, Wasser und gemälzter Gerste. Mit dem USA-Einfuhrverbot von Hallertauer Hopfen (aufgrund von 17-maliger Behandlung mit Pestiziden) mit Wasserbrunnen im Münchener Stadtgebiet, sowie mit dem Anbau von Gerste entlang der Autobahn lagen die Schwachstellen der Gesundheitsgefährdung auch in Deutschland offen.

Auch der Alkohol wäre zu diskutieren gewesen. Er hatte schon beim Einfuhrverbot des Johannisbeerliköres «Cassis de Dijon» eine entscheidende Rolle gespielt. Deutschland verweigerte die Einfuhr, weil der französische Likör mit 15 Prozent Alkoholgehalt nicht der deutschen Qualitätsvorgabe von 20 Prozent entsprach. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, dass der geringere Alkoholgehalt in Frankreich der dortigen Bevölkerung nicht zu Gesundheitsschäden gereicht hätte, konstituierte folgend die Grundlage der gegenseitigen Anerkennung von Waren im Binnenmarkt. Als eine der letzten bäumten sich deutsche Wursthersteller gegen europäische Konkurrenz auf mit der Forderung nach Aufrechterhaltung von Einfuhrverboten für ausländische Wurstwaren. Deutschland war allerdings von ministerieller Seite nicht weiter interessiert dem Luxemburger Urteil zu widersprechen, weil sonst eine breitere in-

ternationale Diskussion über die Bestandteile der guten deutschen Wurst zu befürchten gewesen wäre.

Die Beispiele mögen verdeutlichen, dass bei europäischer Regulierung – ob in Gesetzgebungsakten<sup>3</sup> von Richtlinien oder Verordnungen – Interessen zwischen Nationalstaaten, Regionen, einzelnen Wirtschaftsbranchen, Einzelunternehmen, privilegierten Akteuren, oder dem sog. Bürger von einem europäischen Gesamtinteresse tangiert werden. Auch gibt es Interessengegensätze von Betroffenen einer Regulierung zwischen Gruppen untereinander wie zwischen Klein- und Großbauern, dem Händlernetz, Zulieferern, Geschäften und Kunden wie im Fall der Gurke. Demokratische Legitimation ist deshalb ein überaus komplexer Prozess, der durch Interessengegensätze oder eingefleischte Traditionen und Verflechtungen einen optimalen Kompromiss durch den Gesetzgeber erschwert, um politisch gesetzte Ziele umzusetzen, wie z. B. beim Umweltschutz oder zur Energieeffizienz.

3 Zu den EU-Rechtakten siehe [http://europa.eu/eu-law/decision-making/legal-acts/index\\_de.htm](http://europa.eu/eu-law/decision-making/legal-acts/index_de.htm). Rechtsakte innerhalb der EU werden durch Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, Empfehlungen oder Stellungnahmen erwirkt. Verordnungen sind ein verbindlicher Rechtsakt, den alle EU-Länder in vollem Umfang umsetzen müssen. Richtlinien legen hingegen nur ein Ziel festgelegt, das alle EU-Länder verwirklichen müssen. Wie sie dies bewerkstelligen, können die einzelnen Länder selbst entscheiden. Entscheidungen werden vor allem bei Verstößen gegen geltendes Recht angewandt, wie bei der Verhängung einer Geldstrafe für den Softwaregiganten Microsoft wegen Missbrauchs seiner beherrschenden Marktposition im Bereich des Wettbewerbs im Binnenmarkt. Eine Empfehlung hingegen ist nicht verbindlich ebenso wie eine Stellungnahme. Beide geben eine Orientierung für gutes Verhalten im europäischen Kontext.

Wütende Kommentare werden oft aus einer Position der Verletzung von Partikularinteressen geschrieben: So ist die Deutsche Handwerkszeitung gegen die Einführung von Tachographen für 2,8-3,5 Tonner oder die Ärztezeitung gegen klinische Arzntests, die Chemische Industrie gegen die transparente Registrierung von chemischen Stoffen, etc. Diese Stimmen sind umso lauter im nationalen Rahmen, wenn herkömmliche Privilegien verletzt werden.

Je größer die Politikeinheiten sind umso komplizierter erweist sich das Regierungshandeln. Als Beispiel mögen die deutschen Länder in der Auseinandersetzung mit dem Bund dienen. Dabei haben wir die kommunale Ebene noch gar nicht einbezogen, die sowohl um die Einschränkung ihres politischen Aktionsspielraumes durch höhere oder europäische Instanzen fürchtet – wie am Beispiel der Wasserrichtlinie zu sehen ist – als auch um die Pfründe der Posten in kommunalen Unternehmen oder (wie bei den europäischen Strukturfonds) gelegentlich um die freihändige Vergabe von Infrastrukturaufträgen an befreundete Unternehmer.

Unglücklich für die Angelegenheiten Europas ist, wenn die Verlautbarungen der oft unterschiedlichen Interessen und die Abwägung für das Gemeingut durch öffentliche Medien nicht hinreichend kommentiert werden – wenn die Medien die Sachlage und die Hintergründe für die Entscheidung parteilich einseitig oder verfälschend darstellen und keine Debatte zur Vorgeschichte, Motiven, Interessenlagen und Gesamtinteresse geführt wird.

### **Bürokratie als Schreckgespenst des deutschen Bürgertums**

In keinem anderen Land in Europa wird der Bürokratievorwurf so beständig verwendet wie in deutschen Tageszeitungen. Es ist zu vermuten, dass dieser Vorwurf in einem historisch unbewussten Reflex bzw. Trauma des deutschen liberalen Bürgertums begründet ist. Die Gedankenfigur, dass eine bürokratische Herrschaft die unternehmerischen Kräfte des Bürgertums ersticken könne, taucht erstmals beim liberalen Sozialwissenschaftler Max Weber auf, der seit Anfang des letzten Jahrhunderts Generationen von Studenten geprägt hat. Er schlägt damit einen Topos über die Bürokratie als Gegner sowohl freier Wirtschaftstätigkeit als auch demokratischer Bestrebungen an. Er thematisiert eine Beamtenherrschaft mit ihrer Regulierungskraft, die das ökonomisch potente Bürgertum behindert und somit die wirtschaftliche Vitalität eines Landes erstickt.

Dieser besonders deutsche Topos näherte sich aus den Erfahrungen des Bürgertums im Deutschen Reich, das bis zum 1. Weltkrieg keine passable Herrschaft für ihre Interessen erringen konnte. Es war eingeklemmt zwischen den alten Klassen des Adels und seiner Abkömmlinge im Staatsapparat, dem Militär der Kaiserzeit und zwischen der aufstrebenden Arbeiterschaft – politisch repräsentiert durch die Sozialdemokratie. Das liberale Bürgertum kannte schließlich den autoritären deutschen Staat und befürchtete von den Sozialismusvorstellungen der Sozialdemokraten noch Schlimmeres, denn die sozialdemokratischen Vorstellungen waren auf der politischen Ebene nicht auf eine Vollparlamentarisierung festgelegt, wie es sich das Bürgertum wünschte. Erst im freien Spiel der Kräfte im Parlament sah We-



ber die entsprechende politische Führungsauslese für charismatische Persönlichkeiten, die eine wachsende Verwaltung leiten und kontrollieren und sie damit zum Erfüllungsgehilfen der Demokratie machen würde.

Auch im Bereich der Wirtschaft waren liberale Ängste vorhanden, denn die Vorstellungen der Sozialdemokratie, wie die der Chefideologen Kautsky und Bebel, waren nicht ausgegoren. Der große «Kladderatsch», wie Bebel den Zusammenbruch des Kapitalismus als System erwartete, sollte im systematischen Aufbau des Sozialismus münden. Rudimentäre Ideen über die Wirtschaftsverfassung im Sozialismus konnten nur auf eine bürokratische Wirtschafts- und Produktionsverwaltung hinauslaufen, anstatt auf das freie Spiel der Kräfte in den Märkten zu setzen, getragen durch freie Unternehmer und Unternehmensentscheidungen. Eine noch so gut funktionierende Verwaltung oder Bürokratie, die sich nicht nur auf das Rechtswesen und die Verwaltung im Allgemeinen sondern nun auch noch auf die Wirtschaft erstreckte, würde die produktiven Kräfte eines Landes lähmen und schließlich ersticken. Im Hinblick auf Wirtschaftsangelegenheiten waren letztlich diese Ängste nicht unberechtigt sondern im Gegenteil eher weitsichtig, wie die Wirtschaftsverwaltung des Ostblocks gezeigt hat.

Interessant ist, dass diese Furcht von Liberalen auf eine andere Ebene – auf die europäische Ebene gehoben wurde, wo nun die Europäische Kommission als Bürokratie identifiziert wird, die mit dem «Krümmungsgrad der Curke» und vergleichbare Gesetzgebungs- und Verwaltungsakte in das Marktgeschehen eingreift und mit ihrer «Regelungswut» Wirtschaftsaktivität behindert.

### **Bürokratie oder Demokratie**

Der Vorwurf der unkontrollierten europäischen Bürokratie erstreckt sich vor allem auf die Europäische Kommission und weniger auf die vielfältigen Entscheidungsprozesse der gesamten europäischen Institutionen. Die Kommission ist aber keine autonom agierende Institution, sondern sie ist Teil der europäischen Entscheidungsmechanismen. Insofern sie exekutive Funktionen ausfüllt ist sie mit nationalem Regierungshandeln vergleichbar. Allerdings ist die Kommission mit der zusätzlichen Aufgabe einer Hüterin der EU-Verträge betraut und so kommt ihr die Beobachtung der ordnungsgemäßen Durchführung des EU-Rechts zu. Sie beobachtet, ob die Mitgliedstaaten das EU-Recht entsprechend der Verträge in Landesrecht umsetzen. Sie stört somit nationale Regierungen, wenn die Rechtumsetzung unpopulär ist.

Die Kompetenzen der EU, überwacht durch die EU Kommission, erstrecken sich auf eine große Breite von Politikfeldern. Die Kompetenzen der EU reichen von der traditionellen Landwirtschaftspolitik, über die Handelspolitik bis zur Wettbewerbspolitik. In diesen Politikfeldern besitzt die EU die Oberkompetenz. Weitere Politikfelder sind geteilte Kompetenzen mit den Mitgliedstaaten wie im Bereich der Umwelt, Energie, Innovation und Forschung. Eine hohe Bedeutung hat der Binnenmarkt bekommen in dessen Bereichen sich die in der Öffentlichkeit strittigen Fragen abspielen. Es sind die vier Freiheiten im Binnenmarkt von Personen, Kapital, Arbeit und Dienstleistungen zu nennen. Die Regeln des gemeinsamen Binnenmarktes üben hohen Druck auf traditionelle Wirtschafts- und Industriestrukturen aus, sowie auf die Sozial- und Ar-

beitssysteme und vor allem wenig beachtet: sie favorisieren den Verbraucher.

Die Europäische Union ist ein Gebilde, das aus einer Mischung – je nach Politikfeld – aus transnationaler und vielen nationalen Souveränitäten besteht. Es ist mit einer einfachen Denkstruktur vom einzelnen Bürger der sein Anliegen in einer demokratischen Wahlstruktur durchsetzen kann, nicht zu erfassen. Die Entscheidungsmechanismen auf europäischer Ebene sind deshalb auf eine Ausbalancierung der Großinteressenanlagen abgestimmt. Nicht umsonst wurde mit dem Initiativrecht der Europäischen Kommission eine Vertretungsinstitution für die Gesamtinteressen Europas installiert, der sowohl das Initiativrecht zugebilligt wurde, als auch die Aufgabe zufiel, die beschlossenen Regelungen zu überwachen. Über die Vorlagen der Kommission allerdings beschließt der Rat als Interessenvertreter der einzelnen Mitgliedstaaten und das europäische Parlament als Ausdruck des Willens der europäischen Bürger – auch wenn diese im Parlament trotz der transnationalen Parteienfamilien sich noch stark nach nationalen Gesichtspunkten organisieren. Das sogenannte Kodezisionsverfahren ist Teil des Austarierens der Interessenslagen in Europa. Zwar ist das europäische Parlament noch nicht zum Hauptakteur der Gesetzgebung geworden, aber es hat im Laufe der Zeit zunehmend an Einfluss gewonnen und wir sehen, dass mit dem Verfahren der Spitzenkandidaturen der europäischen Parteienfamilien sich eine neue Etappe andeutet, bei dem der Sieger der Europawahl nach dem Amt des Kommissionspräsidenten strebt.

Während das Europäische Parlament von den Römischen Verträgen von 1957 bis Ende der 1980er-Jahre ein förmliches Bera-

tungsbeiwerk war, hat es in zwei Jahrzehnten durch die neuen europäischen Verträge einen rasanten Machtzuwachs erlebt. Die Einheitliche Europäische Akte (1987) trug wesentlich zur festen Etablierung bei, um dann in den schnell folgenden Verträgen von Maastricht 1982, Amsterdam 1997, Nizza 2001 und Lissabon 2007 ausgebaut zu werden, um schließlich im Mitentscheidungsverfahren als machtvoller Spieler im Institutionengefüge angesehen zu werden. In der Frühzeit der Europäischen Gemeinschaft hatte die Kommission das alleinige Initiativrecht für Gesetzesvorschläge, die dann aber nur vom Ministerrat beschlossen werden konnten. Heute ist das Parlament zwar noch ohne Initiativrecht, jedoch ist es zum mächtigen Mitentscheider aufgestiegen. Es kann in vielen Politikbereichen sogar mit der Kommission gegen den Ministerrat Entscheidungen durchsetzen, wenn dieser durch zu widerstrebende nationale Einzelinteressen blockiert ist.

Die Nationalstaaten versuchen ihre Eigeninteressen gelegentlich zuungunsten anderer Mitgliedstaaten zu bewahren oder durchzusetzen. Ein typisches Beispiel hierfür ist das Steuerrecht. Nicht nur die Schweizer, sondern auch Luxemburgs und Österreichs Banken haben sich durch niedrige privatrechtliche Steuersätze auf Kosten anderer Staaten gütlich getan. Irland und einige osteuropäische Staaten betreiben Steuerdumping im Bereich der Unternehmenssteuern gegenüber den größeren Mitgliedstaaten.

Zweifelloos ist es an der Zeit, dass das Europäische Parlament ein Initiativrecht für Gesetze erhält und ihm nicht nur ein Mitentscheidungsrecht vorbehalten ist. Insofern ist Kritik an einer mangelnden Demokratisierung in Europa berechtigt. An einer man-

gelnden Kontrolle der Kommission fehlt es allerdings kaum, da sie wie kaum eine andere Institution kritisch von den anderen Institutionen und der Öffentlichkeit beäugt wird. Die vielfältigen Interessenkonstellationen und Konfliktebenen auf europäischer Ebene liegen in nationalen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Regionen begründet, die durch eine europäische Vollparlamentarisierung nicht aufgelöst werden. Mehrheitsentscheidungen bedeuten natürlich auch die Unterdrückung von Minderheitsinteressen. Das mehrheitliche europäische Interesse muss sich gegen die nationale Minderheitsinteressen durchsetzen. Die Verfassungsväter Europas hatten sich deshalb dafür entschieden, dass die Europäische Kommission diese europäischen Interessen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu Entscheidung vorlegen sollte. Mit dem Vertrag von Lissabon (der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat) hat sich das Machtgefüge zwischen den Institutionen verschoben. Zwar ist der Kommission ein Initiativrecht verblieben, jedoch die Staats- und Regierungsoberhäupter bestimmen nun wesentlich auf dem Europäischen Rat (nicht zu verwechseln mit dem Ministerrat) die Richtlinien der Politik und sie können die Kommission mit Gesetzesinitiativen beauftragen. Im Ergebnis ist die Kommission zu einer Exekutive mutiert, die ihre Weisungen zwar nicht aus dem Parlament so jedoch von den europäischen Staats- und Regierungschefs erhält. Allerdings ist das Parlament in den überwiegenden Politikfeldern in eine Mitentscheidung des Gesetzgebungsverfahrens eingebunden und gewinnt so zunehmend größeres Gewicht (Halling).

### **Die sanfte Macht des umfassenden Wissens in der Kommission**

Auf EU-Ebene lassen sich insgesamt drei Governanceformen identifizieren: Die klassische «Gemeinschaftsmethode», nach der die Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag unterbreitet (Inzwischen auch oft initiiert auf der Beschlussvorlage der Staats- und Regierungschefs), die «intergouvernementale Methode», bei der die Kommission nur unterstützend für zwischenstaatliche Zusammenarbeit agiert und seit diesem Jahrtausend die «offene Methode der Koordination (OMK)». In der Öffentlichkeit wird diese Methode am wenigsten beachtet.

Die OMK wurde in den 1990er-Jahren erstmals bei der europäischen Beschäftigungsstrategie ausprobiert und schließlich im Vertrag von Lissabon verankert. Instrumente der OMK sind Empfehlungen und Leitlinien der Kommission an die Mitgliedstaaten. Dabei wird mit Benchmarks, gegenseitigem Lernen von fortgeschrittenen Praktiken innerhalb Regierungen, Leitlinienentwicklung und statistischen Vergleichen gearbeitet. Bei dieser Form der Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten legt die Kommission punktuelle Berichte vor und gibt Empfehlungen ab.

Das Weißbuch der Europäischen Kommission zu Governance der EU definiert die OMK folgendermaßen: «Die offene Koordinierungsmethode wird fallweise angewandt. Sie fördert die Zusammenarbeit, den Austausch, bewährte Verfahren sowie die Vereinbarung gemeinsamer Ziele und Leitlinien von Mitgliedstaaten, die manchmal wie im Falle der Beschäftigung und der sozialen Ausgrenzung durch Aktionspläne von Mitgliedstaaten unterstützt werden. Diese Methode beruht auf einer regelmäßigen Überwachung der bei der Verwirklichung

dieser Ziele erreichten Fortschritte und bietet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Anstrengungen zu vergleichen und aus den Erfahrungen der Anderen zu lernen».<sup>4</sup>

Die OMK wird in den Politikbereichen der Europäischen Sozialagenda, bei Praktiken des Regierungshandelns in den Bereichen, Erziehung und Ausbildung, Unternehmenspolitiken, Forschung und Innovation, Sozialintegration, Umwelt-, Gesundheits-, Migrations-, und Jugendpolitik angewandt ebenso wie im Tourismussektor und bei Pensionsangelegenheiten.

Eine herausgehobene Bedeutung erfährt diese Governanceform im sogenannten «Europäischen Semester», das in der Folge der Wirtschaftskrise mit dem «Europa 2020» Programm<sup>5</sup> der zweiten Barroso-Kommission beschlossen wurde. Dabei haben sich die EU Mitgliedsstaaten auf nationale Ziele für wachstumsfördernde Strategien geeinigt und die Kommission zur Beobachtung und Kommentierung ihrer individuellen Anstrengungen aufgefordert. So hat die Kommission einen jährlichen Zyklus für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik eingerichtet, wobei sie eine eingehende Analyse der Wirtschafts- und Strukturreformprogramme der EU-Länder vornimmt und individuelle Empfehlungen für die nächsten 12 bis 18 Monate abgibt. Im jährlich wiederkehrenden Rhythmus der Zusammenarbeit legen die Mitgliedsstaaten zuerst umfangreiche Berichte vor. So für die Haushaltskonsolidierung (Stabilitäts- oder Konvergenzprogram-

me) für Reformen und Maßnahmen zur Erzielung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums in Bereichen wie Beschäftigung, Forschung, Innovation, Energie und soziale Eingliederung (nationale Reformprogramme). Diese Berichte werden dann von der Kommission bewertet. Während im Frühjahr der Europäische Rat auf der Grundlage des jährlichen Wachstumsberichts Bilanz zieht zur makroökonomischen Gesamtlage und den erzielten Fortschritten auf dem Weg zu den EU-Kernzielen, genehmigt er im Sommer offiziell die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission.

Die Form gemeinsamen Regierens (Governance) sieht eine enge Konsultation mit dem Europäischen Parlament und anderen beratenden Einrichtungen der EU (Ausschuss der Regionen und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) vor unter umfassender Einbeziehung der nationalen Parlamente, der Sozialpartner, der Regionen und anderer Akteure, damit die nötigen Maßnahmen von einer breiten Mehrheit getragen werden. Interessanterweise sind diese aufwendigen Konsultationen und Beratungen in der breiten Öffentlichkeit der Mitgliedstaaten wenig bekannt.

### **Deutsche Normensetzung und europäische Standardisierung**

Eines der großen Missverständnisse in Bezug auf die europäische Regierungsform ist, dass die Europäische Kommission in immer größerem Umfang neue Gesetze, Vorschriften oder Erlasse tätigen würde. Faktisch hat die Kommission in den letzten Jahren die Anzahl der Richtlinien und Verordnungen reduziert<sup>6</sup>. Aber schon mit der Einführung des einheitlichen europäischen Binnen-

4 Europäische Kommission, Europäisches Regieren – ein Weißbuch 2001, S. 28 (PDF; 215 kB).

5 Europäische Kommission, 2010: Mitteilung der Kommission, EUROPA 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel, KOM (2010) 2020 endgültig.

6 Europäische Kommission: Tätigkeitsbericht 2013.

marktes hat sich die Kommission aus Bestrebungen zur Vereinheitlichung durch Einzelgesetzgebung zurückgezogen. Selbst bei den seinerzeit 12 Mitgliedstaaten wäre sie überfordert und der Arbeitsanfall unüberschaubar geworden – ganz zu schweigen von den heute 28 Mitgliedstaaten. 1985 wurde die sog. «Neue Konzeption» beschlossen, die vorsieht, dass die technische Ausgestaltung europäischer Richtlinien bei den europäischen Normungsorganisationen liegen solle. Die notwendige technische Spezifikation von Richtlinien hatte zuvor z.T. mehrere Jahre gedauert, unter Einbeziehung und Konsultation einer Vielzahl unterschiedlicher nationaler Experten.

Die EU hat sich schließlich ein deutsches Prinzip zu Eigen gemacht, dass in den 1920er-Jahren als «industrielle Gemeinschaftsarbeit» entwickelt wurde: die freiwillige Kooperation der betroffenen Industrie, die seinerzeit Institutionen wie DNA/DIN, RKW oder REFA gründete. Heutzutage werden Standards oder Normen (z. B. DIN A4 für die Abmessungen des Blattes von Schreibmaschinenpapier und Aktenordnern) im europäischen Ausschuss für Normung (CEN), dem europäischen Ausschuss für elektrotechnische Normen (CENELEC) und dem europäischen Institut für Telekommunikationsstandards (ETSI) entwickelt, bei denen alle europäischen nationalen Normenausschüsse mitwirken<sup>7</sup>. Eine Norm gilt, wenn alle nationalen Institutionen zustimmen. Diese europäische Norm muss dann die jeweilige nationale Norm ablösen. Allerdings haben diese gemeinsam entwickelten Normen und Standards keine Gesetzeskraft sondern nur Empfehlungscharakter.

Man mag sich dennoch die Schwierigkeiten und Interessenkonflikte besonders in der Frühzeit der europäischen Normung vorstellen, als traditionelle nationale Produkte umgestellt und verändert werden sollten. Jeder Hersteller versucht natürlich sein Produkt und seine Spezifikationen als Standard durchzusetzen und kämpft mit allen Mitteln darum. So ist es bis heute nicht gelungen einen einheitlichen europäischen Elektrostecker zu entwickeln. Die gegenwärtige Auseinandersetzung dreht sich nun um die Vereinheitlichung der Stecker und Anschlussbuchsen von Handaufladegeräten oder aber um den sog. Typ-2-Stecker zum Stromtanken von Elektroautos. Auch der Stecker und die Ladeinfrastruktur für Elektroautomobile drohte an den Interessen nationaler Hersteller zu scheitern, was eine grenzüberschreitenden Immobilität der Fahrzeuge zur Folge gehabt hätte.

Normen und Standards existieren nicht nur als technische Spezifikationen, also als Produktnorm, sondern auch als Terminologienorm, Prüfnorm, Grundnorm, Verfahrensnorm, Dienstleistungsnorm, Schnittstellenorm, Deklarationsnorm, Fachbereichsnorm und Werknorm. Das Deutsche Institut für Normung DIN<sup>8</sup> führte im Jahr 2012 über 33150 Normen ein und jährlich kommen etwas 2000 neue hinzu. Inzwischen sind die überwiegende Zahl europäischen Normen – mit EN oder DIN EN gekennzeichnet. Nur noch 15 Prozent der Normen sind deutsche nationale Normen. Anzumerken ist, dass dennoch allein in Deutschland 26.000 Menschen mit der Normungserarbeitung beschäftigt sind, was in etwa dem in Brüssel

7 <http://www.cenelec.eu/Pages/default.aspx>.

8 <http://www.din.de/cmd?level=tpl-bereich&menuid=47388&languageid=de&cmsareaid=47388>.

ansässigen Stab der Kommissionen Mitarbeiter entspricht.

Die EU greift in ihrer Gesetzgebung, genauso wie der deutsche Gesetzgeber, gelegentlich auf Normungsarbeit zurück. Damit setzt sie zentrale politische Aufgaben wie z. B. im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, der Energieeinsparung, der Hygiene-, Sanitär- oder öffentlichen Gesundheit, Normen mit Empfehlungscharakter in verbindliche Vorschriften um. Die schrittweise Senkung der Schadstoffemissionen durch Normen für den Gehalt von Blei, Schwefel oder anderen Schadstoffen in Treibstoffen ist ein gutes Beispiel oder der Partikelaustritt von Automobilen. Inzwischen sind wir über die Jahre bei der SchadstoffEinstufung auf der verschärften Stufe 6 (EU6) und der Smog in Großstädten in Europa oder der Verfall von Kulturdenkmälern durch schwefelhaltige Luft ist deutlich reduziert, im krassen Gegensatz zu der Situation in den Städten der aufstrebenden Schwellenländer oder den lebensfeindlichen Bedingungen in chinesischen Großstädten.

### Schlussbemerkung

Die Europäische Union ist also ein Gebilde, das aus einer Mischung – je nach Politikfeld – von transnationalen und nationalen Souveränitäten besteht. Die Gemeinschaftsmethode führt zu einer Machtbalance im Entscheidungsverfahren zwischen den Gemeinschaftsinteressen Europas und den Mitgliedstaaten durch die Institutionen Europäische Kommission, Europäischer Rat/ Ministerrat und Europäisches Parlament, die in wechselnden Konstellationen letztlich zu Entscheidungen führen. Der Beitrag hat versucht deutlich zu machen, dass EU-Institutionen mit unterschiedlichen Governancemethoden um höhere demokratische

Legitimation vor dem Hintergrund eines langwierigen Ausgleichs der Großinteresenlagen von Mitgliedstaaten und von gesellschaftlichen Gruppen ringen.

Die Gemeinschaftsmethode, die Gesetzesakte verabschiedet, und die intergouvernementale Methode, eine lockere zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, sind die beiden wichtigsten Beschlussformen der Europäischen Union. Jedoch hat die Soft-Power-Methode OMK eine unbeachtete prägende Wirkung erreicht, die dem europäischen Dialog gegenseitiger Verständigung in vielen Politikbereichen dient und besonders die Konsensbildung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik fördert.

Es besteht auch eine Konfusion zwischen Gesetzgebungsakten und Europäischer Normung. Technische Regulierung ist in die freiwillige industrielle europäische Zusammenarbeit gelegt, als deren Vorbild Deutschland mit der längsten und elaboriertesten Tradition in Europa gilt. Erst wenn der Gesetzgeber sich auf diese Normungsarbeit mit einer Verordnung oder Richtlinie stützt, wird sie von einem Empfehlungscharakter in eine verbindliche Vorgabe gehoben.

Sieht man von einer sinnvollen Überprüfung von Gesetzen, Verordnungen oder Regulierung ab – die zuerst in Brüssel durch den Bürokratieabbauer Edmund Stoiber berühmt und schließlich auch in der deutschen Ministerialbürokratie eingeführt wurde – dann ist der Aufstand in der deutschen Öffentlichkeit über die sog. Regulierungswut der Eurokraten vor allem auf Fälle von traditioneller Interessenverletzung zurückzuführen. Diese Verletzung mag überaus vielfältige Bereiche betreffen, die von der Deprivilegierung einzelner Gruppen bis zur Anrührung gewohnter Traditionen reichen.

Unglücklich ist der Umstand, dass der Öffentlichkeit der Kontext der Regulierung nicht unterbreitet und erläutert und somit auch nicht diskutiert wird. Ein transparentes und gut funktionierendes Verwaltungshandeln ist ein hohes Gut für die europäische Integration und sollte davor geschützt werden, durch die Angriffe einseitiger Gruppeninteressen beschädigt zu werden. Eine umfassendere Aufklärung wäre hierfür dienlich.

Die Europäische Kommission ist eine Institution, die um Transparenz bemüht ist und wohl das weltweit größte Gremium, das für jede Gesetzesinitiative oder Regulierung nicht nur eine sozio-ökonomische und umweltpolitische Bewertung des Vorhabens für die Entscheider vorlegt, sondern auch die sog. Stakeholder in einem Umfang konsultiert und anhört, wie es keine andere Institution in diesem Umfang macht.

Den unbewussten deutschen Topos der Bürokratiekrake als Lebensgefühl liberaler deutscher Bürger hat eine Geschichte, die es Wert ist, ins Bewusstsein gehoben zu werden, damit ein Reflex kontrolliert werden kann, dessen historischer Kontext nicht mehr gegeben ist.

Der Europawahlkampf könnte dazu dienen, stärker auf eine Vollparlamentarisierung der europäischen Entscheidungen zu drängen, d. h. dass das Europaparlament Gesetzesinitiativrechte erhält. Dabei ist anzumerken, dass das Parlament sich zunehmend größere Rechte zu Eigen gemacht hat – auch wenn ihr diese durch die Europäischen Verträge nicht garantiert waren. So wird das EU-Parlament fortfahren, auch ohne neue europäische Verträge, sich weitere parlamentarische Rechte und Kompetenzen als Gewohnheitsrechte zu erstreiten.

### Literatur

- DIN, 2004: Die Deutsche Normungsstrategie, [http://www.din.de/sixcms\\_upload/media/2896/DNS\\_deutsch.28337.pdf](http://www.din.de/sixcms_upload/media/2896/DNS_deutsch.28337.pdf).
- De La Rosa, Sybille/Höppner, Ulrike/Kötter, Matthias (Hrsg.), 2008: Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken, Baden-Baden, Nomos.
- Europäische Kommission, 2001: Europäisches Regieren – ein Weißbuch. Brüssel/Luxemburg.
- Europäische Kommission, 2014: Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2013, Luxemburg.
- Halling, Bend: Die Parlamentarische Revolution in der europäischen Union: Ein Rückblick, in: Rudolph, Karsten/Wobbe, Werner (Hrsg.), 2014: Eurobrüssel von Innen, Einsichten und Aussichten, Bochum/Freiburg.
- Weber, Max, 1922: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. rev. Auflage 1972, Tübingen, J. C.B. Mohr.
- Weber, Max, 1958: Gesammelte politische Schriften, Tübingen, J. C.B. Mohr.

## EU-Perspektiven

### Auch in 50 Jahren kein demokratischer Bundesstaat?

Spätestens seit dem Scheitern des europäischen Verfassungsprojekts in den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden von 2005 gehören Auseinandersetzungen über die innere EU-Konstruktion und über die langfristige EU-Entwicklung nicht mehr zu den großen Themen der deutschen politischen Debatte. Das gilt auch für die Diskussion über den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon, dem Nachfolgevertrag zum gescheiterten Verfassungsvertrag, der wesentliche Teile dieses gescheiterten Vertrags aufgenommen hatte. Vor den Wahlen zum Europaparlament 2014 beherrschten eher EU-kritische Themen das Feld. Die wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Europäischen Zentralbank EZB stehen in der Diskussion, ebenso die Zuständigkeiten der EU- und der deutschen Verfassungsgerichtsbarkeit. Das gilt in gleicher Weise für die häufig zitierten Fälle, die eine Brüsseler Neigung zu Detailregelungen belegen sollen, aber nicht selten eher auf den Lobby-Einfluss nationaler Regierungen und Interessengruppen zurückgehen. In diesen Zusammenhang gehören Vorwürfe zur tatsächlichen oder angeblichen EU-Geldverschwendung sowie das allgemeine Euro-Unbehagen.

Die Aussichten für die Europawahlen sind durch negative Aspekte getrübt. Es ist nicht sicher, dass wir eine wesentlich höhere Wahlbeteiligung haben werden als bei der letzten Wahl. Offen Rechtsradikale, die mit der Qualifikation «Rechtspopulisten»

nicht zureichend beschrieben, sondern verarmlos würden, können ebenso wie (andere) anti-europäische und sonstige «identitäre» Parteiformationen den Sprung ins EU-Parlament schaffen. Das gilt auch für die deutsche AfD. Ihr Parlamentseinzug war bereits vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die 3-Prozent-Hürde für das EU-Parlament aufzuheben, nahezu sicher. Jetzt wird wohl auch die NPD im EU-Parlament vertreten sein. Die Begründung der erwähnten Gerichtsentscheidung und diese Entscheidung selbst haben nicht jedermann erfreut. Maßgeblich für das Votum des Bundesverfassungsgerichts war u. a. das Argument, die Befugnisse des EU-Parlaments und damit die Bedeutung der EU-Wahl seien (noch) nicht bedeutend genug, um eine Einschränkung der Gleichgewichtung aller Stimmen durch eine 3-Prozent-Hürde zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Parlaments zu rechtfertigen.

Ein neues Element bilden 2014 die Personalkandidaturen von Martin Schulz und Jean-Claude Juncker als Bewerber für die Präsidentschaft der EU-Kommission. Diese Kandidaturen ändern freilich nichts daran, dass am Ende «unter Berücksichtigung» der Wahlergebnisse der Europäische Rat, gebildet aus den 28 EU-Regierungen, über die Wahl eines neuen Kommissionspräsidenten befinden wird. Vielleicht wird keiner der beiden Kandidaten das Amt erhalten. Sie kommen aber unter Umständen für andere EU-Ämter in Betracht, für die Ämter



des EU-Außenkommissars (Schulz?) und des EU-Ratspräsidenten (Juncker?). Der mit der Wahlkandidatur verbundene und viel gepriesene Demokratiefortschritt hält sich also, so kritische Stimmen, in Grenzen.

Nach wie vor gibt es in der EU-Struktur erhebliche Demokratiedefizite. Die Exekutive – die EU-Kommission – wird nicht vom Parlament gewählt. Das Parlament ist nicht der entscheidende Faktor in der Gesetzgebung. Im Parlament gibt es große Unterschiede in der Stimmgewichtung der Wähler aus den einzelnen Nationen. Die Stimme eines Maltesers ist z. B. in der Gewichtung aufgrund der nationalen Schlüsselzuweisung für die Anteile am EU-Parlament sehr viel mehr wert als diejenige eines Franzosen oder eines Deutschen. Auf Gebieten, die für die europäische Integration wichtig sind, hat die EU zum Teil sehr geringe oder gar keine Kompetenzen, obwohl sie sich in der Außenvertretung, mit Hymne, Fahne und einem eigenen auswärtigen Dienst, manchmal so geriert, als ob sie bereits heute ein europäischer Bundesstaat mit den dafür zu erwartenden Zuständigkeiten wäre. Die EU verfügt über keine eigenen Verteidigungs- oder Sicherheitskräfte. Wohl aber hat sie zwei Mitgliedsländer, die über Atomwaffen verfügen und in der Außenpolitik, auch bei militärischen Konflikten, durchaus eigene Wege gehen. Rasch wirkende Änderungsansätze für diesen allgemeinen Zustand sind nicht zu erkennen.

### **Faktoren des Stillstands und der Gefährdung: EU im Schwebezustand**

Wie ist es zu dieser Lage des Stillstands und der Krise gekommen? In den 1950er-Jahren war das Projekt der (west-)europäischen Integration mit der weit verbreiteten Vorstellung aufgenommen worden,

ein unumkehrbar zusammenwachsendes Institutionen- und Vertragsgefüge werde in absehbarer Zeit zu einem demokratischen europäischen Bundesstaat im westlichen, durch die militärische US-Präsenz gesicherten Europa führen. Diese Einschätzung blieb auch dann vorherrschend, als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) von 1952, an der sich Frankreich, Westdeutschland, die Benelux-Staaten und Italien beteiligen und dabei ihre Streitkräfte zu einer europäischen Armee vereinigen wollten, in der französischen Nationalversammlung 1954 gescheitert war. Die Nationalversammlung hatte die Zustimmung zu dem entsprechenden Vertragswerk verweigert. Alle diese Initiativen, zu denen später auf dem wirtschaftlich-technologischen Kooperationsgebiet auch die Römischen Verträge von 1957 gehörten, hatten am Ende eine politische europäische Union zum Ziel. Auch die nach dem Scheitern der EVG für das Kooperations- und Integrationswerk 1957 gewählte Bezeichnung – «Europäische Gemeinschaften» (in denen mehrere Vertragsteile zusammengefasst wurden: u. a. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, Euratom) – ließ dies erkennen. In der Publizistik und im öffentlichen politischen Diskurs der sechs Gründerstaaten, die auch das EVG-Projekt geplant hatten, vor allem in Westdeutschland und Frankreich, wurde häufig deutlicher ausgesprochen, was nach Auffassung vieler gemeint war und angestrebt wurde: die «Vereinigten Staaten von Europa» – eine politische Forderung, die unter ganz anderen Bedingungen bereits von der Weimarer SPD (Heidelberger Parteiprogramm von 1925) erhoben worden war. Wesentliche Motive für diese Zielsetzung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Verteidigung gegenüber den von der

Sowjetunion drohenden Gefahren, die Nutzung der militärischen Möglichkeiten Westdeutschlands (nach dem EVG-Scheitern im Nato-Rahmen), die Einbindung und Kontrolle der westdeutschen Wirtschaftspotentiale und das Angebot für eine (zusätzliche) supranationale Identitätsorientierung, das insbesondere an den Westteil der geteilten deutschen Nation gerichtet war. Im deutsch-französischen Verhältnis spielte darüber hinaus das Ziel der Aussöhnung zwischen früheren Kriegsfeinden eine Rolle. Konrad Adenauers Politik der Westintegration wurde in Westdeutschland anfangs von der SPD und anderen bekämpft. Kurt Schumachers an Adenauer gerichteter Zwischenruf: «Der Bundeskanzler der Alliierten!» kennzeichnet die Ausgangslage. Mit dem Godesberger Programm erkannte die SPD 1959 im Kern die Notwendigkeit der «Landesverteidigung» und die Alternativlosigkeit der Westintegration an.

Sieht man einmal vom allgemeinen Ziel der Aussöhnung und Zusammenarbeit, nach 1990 im Ost-West-Verhältnis, ab, wird niemand behaupten können, dass die ursprüngliche Motivation für die europäische Integration heute noch große Bedeutung hat. Das zeigen die inzwischen eingetretenen Veränderungen deutlich: Die sowjetische Bedrohung existiert nicht mehr. Deutschland ist nicht mehr in zwei Staaten geteilt und seit der Wiedervereinigung, abgesehen von den supranationalen europäischen Bindungen, kaum mehr in seiner Souveränität beschränkt. EU und Nato sind, dem Wunsch der beitretenden Völker entsprechend, vor allem in östlicher Richtung erweitert worden. Wie sich auch immer die neue Konfrontation um die Ukraine und die Krim entwickeln wird, die aktuellen Kräfteverhältnisse und andere Umstände lassen

sich nicht mit der Situation im Kalten Krieg gleichsetzen. Politisch, militärisch und ökonomisch sind die USA und Russland heute keine gleichrangigen Mächte mehr, auch wenn sich manche wünschen sollten, es wäre so. Es gibt keine bipolare Welt mehr. Putins neuem, ausgreifendem Russland fehlt eine aggressive, auf Weltbeherrschung ausgerichtete Ideologie, wie sie der Sowjetunion zur Verfügung stand.

Das Verblässen und der Wegfall eines größeren Teils der Gründungsmotivation waren im westeuropäischen Raum vor 1990 nicht der einzige Grund für institutionelle Entwicklungsschwierigkeiten. Bereits in den 1960er-Jahren hatte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle der europäischen Integration einen schweren Schlag versetzt. Die Römischen Verträge sahen in den Europäischen Gemeinschaften – «EG» (mit den erwähnten sechs Gründerstaaten) – Mehrheitsentscheidungen vor, die für die überstimmten Staaten verbindlich waren. Zu Recht wurde in diesen Regelungen ein integrationspolitischer Motor gesehen. De Gaulle lehnte derartige Mehrheitsbeschlüsse in solchen Fragen ab, in denen der einzelne EG-Staat «sehr wichtige» Interessen geltend machen konnte – und er setzte sich mit diesem Standpunkt durch (1966, «Luxemburger Kompromiss»). Das europäische Leitbild sollte, so seine Auffassung, ein «Europa der Vaterländer» sein, allerdings ohne Großbritannien.

Der Beitritt Großbritanniens (1973, nach de Gaulles Tod im Jahre 1970) und weiterer europäischer Staaten veränderte den Charakter der Europäischen Gemeinschaften (seit 1967 mit gemeinsamen Organen). Die EG näherten sich – mit Großbritannien – in gewisser Weise dem «Vaterländer»-Leitbild de Gaulles an. Im

Rückblick wird manchmal behauptet, mit der EG-Erweiterung von 1973 sei eine frühe Chance vertan worden, im westlichen Europa einen demokratischen europäischen Bundesstaat aufzubauen. Besser begründet ist die These, dass bereits die gaullistische Politik eine bundesstaatliche Entwicklung blockiert hatte und es auch ansonsten immer ungewiss war, ob ein Frankreich ohne de Gaulle den dafür erforderlichen Souveränitätsverzicht hätte leisten wollen. Für Westdeutschland sind solche Zweifel ebenso nicht ganz auszuschließen.

Die entsprechende strategische Weichenstellung ist wohl – negativ – bereits 1954 mit dem Scheitern der EVG erfolgt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass 1954 Frankreich noch über ein großes Kolonialreich in Afrika verfügte, dass Algerien 1954 konstitutionell ein sich «integrierender» Teil Frankreichs («une partie intégrante de la France») war und erst 1962 nach einem verlustreichen Kolonialkrieg (1954 bis 1962) in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Mit derartigen Belastungen wäre wohl auch bei einer 1954 vollzogenen EVG-Gründung der Erfolg auf dem Weg zu einer politischen europäischen Union kaum zu garantieren gewesen. Mit dem amerikanischen Marshallplan (1948 bis 1952) war, unter Aufgabe der Morgenthau-Vorstellungen, die auf eine Deindustrialisierung Deutschlands hinausliefen, und unter den politischen Rahmenbedingungen einer wachsenden Ost-West-Spannung die europäische Integration auf den Weg gebracht worden – damals zur Überraschung mancher Deutscher der Kriegsgeneration. Sie hatten nach allem, was schon in der NS-Zeit über den Völkermord an den Juden, wie wir heute wissen, in Umrissen vielen bekannt geworden war und nach dem Krieg alle

wussten, mit einer schlechteren Behandlung durch die Siegermächte, auch durch die westlichen Siegermächte, gerechnet. Der Marshallplan war partiell übrigens mit der amerikanischen Erwartung verbunden, die Dekolonisierung der europäischen Kolonien zu fördern. Für die Realisierung solcher Erwartungen war aber mehr Zeit notwendig, als dies ursprünglich angenommen worden war.

Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums schien beides möglich zu sein: die Vertiefung und die Erweiterung des vorhandenen europäischen Verbundes – der Europäischen Union (EU), wie sie nach dem Maastrichter Vertrag von 1993 meist genannt wurde. Mit der EU-Osterweiterung von 2004 ist ein wichtiger Schritt in einem Ausdehnungsprozess erfolgt, der heute zu 28 EU-Mitgliedstaaten geführt hat. Die inzwischen vollzogenen Vertiefungsschritte haben, wie geschildert, nicht den Abschluss erhalten, der mit dem 2005 gescheiterten Verfassungsvertrag geplant war. Zentrale Regelungen des gescheiterten Verfassungsvertrags sind allerdings in den Vertrag von Lissabon (2009) eingegangen. Im Rückblick ist zu fragen, ob dem Kombinationskonzept von Vertiefung und Erweiterung insgesamt nicht doch zu ehrgeizige Zielsetzungen zugrunde lagen. Die Erweiterung war politisch kaum zu bremsen, auch wenn die Vertiefung nicht immer so weit war, wie das manche Debattenteilnehmer gewünscht hätten. Ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach schneller Erweiterung und der sorgfältigen Prüfung der Aufnahmebedingungen war auch im Bereich der Aufnahmepolitik zu erkennen.

Die Euro-Einführung am 1. Januar 2002 wurde und wird vielfach als Leistung interpretiert, die Deutschland als Preis für seine

Wiedervereinigung an Frankreich und an andere zu erbringen hatte. Helmut Kohl habe damit vor allem dem französischen Präsidenten François Mitterand, der die europäische Integration Deutschlands nach dem Mauerfall und nach der von ihm mit Vorbehalten akzeptierten Wiedervereinigung sichern wollte, eine Europäisierung der D-Mark angeboten. Es mag sein, dass dieser taktische Aspekt eine Rolle gespielt hat. Der Plan war allerdings bereits von Helmut Schmidt erörtert worden und dürfte ebenso Kohls eigenen Positionen entsprechen haben. Deutschland hat auf diesem Gebiet trotz aller mit der Währungsunion verbundenen Schwierigkeiten keinen Preis gezahlt und auch kaum einen ins Gewicht fallenden machtpolitischen Verzicht geleistet – das Gegenteil ist eher richtig. Es trifft zwar zu, dass für die Euro-Einführung und die Steuerung der mit einer gemeinsamen Währung gestellten Aufgaben in der Wirtschafts- und Finanzpolitik stärkere supranationale Kompetenzen auf diesen Gebieten erforderlich gewesen wären. Ebenso klar ist aber auch, dass für den dafür notwendigen Souveränitätsverzicht in den 1990er-Jahren und, wie die Entwicklung gezeigt hat, auch später mit der Zustimmung u. a. Frankreichs nicht gerechnet werden konnte. Die Euro-Einführung war also nur als ein zunächst institutionell unvollkommen abgesichertes Projekt möglich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten des Euroraums ein unverzichtbares Ziel bildete. Jugendarbeitslosigkeit und andere schwerwiegende soziale Probleme in den Staaten der gemeinsamen Währung als Folge einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik – verkürzt: der «Finanzkrise» – konnten diese Zielsetzung gefährden. Es waren also auf

europäischer Ebene Interventionen erforderlich, für die – in mancher Hinsicht immer noch unvollkommene – Instrumente erst einmal geschaffen werden mussten. Die von «reichen» Staaten wie Deutschland geleistete Hilfe wurde dabei auch im eigenen Interesse gewährt – zu große Spannungen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik verträgt eine Währungsunion auf die Dauer nicht.

Gefahren drohen künftig nicht nur durch Anti-Euro- und allgemein anti-europäische Parteiformationen, sondern ebenso durch ein Referendum über die weitere EU-Zugehörigkeit von Großbritannien. Ein derartiges EU-Referendum ist nicht nur unter einer konservativ-liberalen oder konservativen britischen Regierung denkbar. Unter jedem parteipolitischen Szenario wäre damit die Gefahr eines britischen Austrittsvotums verbunden. Könnte die EU den Austritt überleben? Möglicherweise ja, wenn unter den übrigen Mitgliedstaaten, vor allem in Frankreich und Deutschland, genügend Bereitschaft besteht, den EU-Verbund in der Hoffnung auf eine künftige Revision der britischen Entscheidung fortzuführen. Dass ein britischer Austritt der EU außen-, wirtschafts- und integrationspolitisch sowie in jeder anderen Hinsicht schaden würde, muss nicht betont werden. Man muss nur an transatlantische Verhandlungen über Freihandelsabkommen oder an künftige Gipfeltreffen denken, an denen Großbritannien als Nicht-EU-Staat teilnehmen würde.

Die außenpolitische EU-Koordinierung befindet sich auch heute schon in einem Zustand, der nicht in jeder Hinsicht zufrieden stellen kann. In Libyen und Syrien gingen die westlichen Staaten unterschiedliche Wege, was bekanntlich auch für die beteiligten EU-Staaten zutraf. Die EU selbst

fand dementsprechend in beiden Konflikten keine einheitliche Linie. In den Iran-Verhandlungen mag der Westen – mit einer in der Außerdarstellung prominenten EU-Präsenz – bislang einheitliche Positionen vertreten haben. Bewährungsproben stehen für die sich abzeichnende Einigung zur iranischen atomaren Bewaffnung allerdings noch aus: Zum einen ist es nicht sicher, ob der Iran die versprochene und vom Westen erwartete atomare Abrüstung auch tatsächlich einhält. Zum anderen stellt sich nach wie vor die Frage nach einem glaubwürdigen westlichen Verhalten gegenüber zahllosen Menschenrechtsverstößen der Islamischen Republik Iran. Sie kann nach ihrer verfassungsrechtlichen Ausgangslage, die von der geltenden iranischen Verfassung in diesem Punkt ausdrücklich gegen Änderungen abgesichert ist, keine Glaubens- und Meinungsfreiheit nach dem westlichen und nach dem UN-Verständnis gewähren. Besonders hart trifft dies die Baha'i-Minderheit, die im Iran in jeder Hinsicht als verfolgt angesehen werden muss.

Im neuen Konflikt um die Krim und die Ukraine hat das westliche Bündnis zunächst Einigkeit demonstriert. Nach den Genfer Absprachen mit Russland vom 17. April 2014 haben sich allerdings Risse gezeigt. Sie betreffen die Auslegung der Vereinbarung zwischen Russland und dem Westen, aber auch die Abstimmung über die weiteren westlichen Schritte gegen das russische Vorgehen. Eine Rolle spielen dabei Eigeninteressen der beteiligten westlichen Staaten z. B. auf dem Gebiet der Rüstungs- und der Wirtschaftspolitik, zum Teil auch Grundsatzfragen zur Beurteilung der Lage etwa im deutschen Parteien- und Medienspektrum. In seiner Kritik an den deutschen Putin-Verteidigern (die sich natürlich nicht gegen

den Versuch wandte, Putins Motive rational zu «verstehen») hat Heinrich August Winkler (ders., Die Spuren schrecken – Putins deutsche Verteidiger wissen nicht, in welcher Tradition sie stehen, in: Der Spiegel, 14. 4. 2014, S. 28 f.) die Argumente zurecht gerückt und dazu aufgefordert, sich von der westlichen Hoffnung bis auf weiteres «zu verabschieden, dass sich Russland zu einem Rechtsstaat entwickelt». In der deutschen Großen Koalition gibt es dazu aber offenbar unterschiedliche Akzente und Nuancen, wie selbst Äußerungen innerhalb derselben Parteiformation anzudeuten scheinen. Martin Schulz warnt vor einem «Krieg», Sigmar Gabriel spricht davon, dass «russische Panzer» Grenzen in Europa überschreiten könnten und Frank-Walter Steinmeier betont, gegen Verhandlungsskeptiker, immer wieder die Notwendigkeit, auf Verhandlungen zu setzen – ganz zu schweigen von den Bewertungen der zwei noch lebenden deutschen Ex-Kanzler der Sozialdemokratie.

Die vollzogenen EU-Erweiterungsakte werden inzwischen im Wesentlichen akzeptiert. Das schließt Kritik an einzelnen Verfahrensschritten, z. B. an der EU-Verhandlungspolitik über ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, nicht aus. Im Rückblick verdienen die nicht abgeschlossenen EU-Verhandlungen mit der Erdogan-Türkei, für die die inzwischen weiterentwickelten Kopenhagener Kriterien von 1993 den inhaltlichen Rahmen setzen, ebenso kritische Bemerkungen. Sehr spät ist offenbar erkannt worden, dass man es bei dem türkischen AKP-Ministerpräsidenten Erdogan, um ein geflügeltes Wort aus einem anderen Zusammenhang im Kontext zu variieren, nicht mit einem «lupenreinen Demokraten» zu tun hat. Das Re-Islamisierungsprogramm Erdogans richtet sich z. B. gegen die Rech-

te von Minderheiten, etwa der Alewiten, die nach einer Entscheidung des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofs einer eigenständigen Religion angehören. Seine Bestrebungen zur Machtkonzentration verletzen die Medienfreiheit sowie weitere Demokratieprinzipien und seine neosmanische Außenpolitik destabilisiert in gewissem Umfang den Nahen Osten (vgl. dazu im Einzelnen die AKP-Bewertung in Klaus Faber, *Demokratie, Menschenrechte und Islamismus*, in: *perspektivens* 2/13, S. 80–89, S. 84–86). Elementare Grundfreiheiten hätten in den Verhandlungen mit der Türkei eine deutlichere Ansprache verdient. Nach Erdogan kann es unter Umständen eine Rückentwicklung zur Rechtsstaatlichkeit und zur Demokratie geben, was wohl auch eine größere Distanz zur dominanten sunnitisch orientierten Islam-Variante in der Türkei und den Verzicht auf eine neosmanische Politik voraussetzt.

Die türkischen Verhältnisse stehen in einem Zusammenhang mit interkulturellen Integrationsvorgängen innerhalb der Gesellschaften der EU-Mitgliedsländer. Auch hier gibt es Entwicklungsdefizite, die über die nationalen Grenzen und ebenso über die EU-Außengrenzen hinaus wirken. In einigen europäischen Ländern findet in der muslimischen Bevölkerung ein Wettlauf zwischen dem kulturell-politischen Integrationsprozess und einer Radikalisierung (oder Abschottung) statt, für die z. B. in Deutschland Erdogan, u. a. über die ihm nahestehende Milli-Görüs-Organisation, neben anderen einen gewissen Anteil an Verantwortung zu tragen hat. Viel spricht dafür, dass in Deutschland dieser Wettlauf (trotz zurzeit noch entgegenstehender Umfrageergebnisse) am Ende von der Integrationsbewegung «gewonnen» wird. Im Wett-

bewerb der Lebensführungsangebote wird sich, wie auch andere Emanzipationsprozesse zeigen, wohl dasjenige durchsetzen, das mehr Entfaltungsspielräume bietet. Trotz kulturell-politischer Besonderheiten in der sozialen Geschichte und Orientierung werden sich Musliminnen und Muslime auf diesem Gebiet auf die Dauer nicht anders verhalten als die übrigen Angehörigen der Bevölkerung. Das gilt wohl ebenso für andere europäische Länder, auch wenn sich dort, etwa in Frankreich, die Probleme und die damit gestellten Aufgaben in einer anderen Größendimension bewegen.

Eindimensionale Beurteilungen sind dabei nicht angemessen. Einwanderung kann die Parteien- und Wahlverhältnisse verändern, phasenweise im negativen, fremdenfeindlichen, gegen Muslime gerichteten und im antisemitischen Sinne, wie wir das jetzt in einigen europäischen Ländern erleben. Zu wenig beachtet und partiell verharmlost wurden und werden auch auf europäischer Ebene antisemitische Einstellungen, die u. a. muslimische Einwanderer zum Teil aus ihren Herkunftsländern in die europäischen Gesellschaften, die ebenfalls über antisemitische Grundströmungen verfügen, mitgebracht haben. Es geht dabei nicht, wie einige behaupten, im Wesentlichen um Neben- und Folgewirkungen des arabisch-israelischen Konflikts. Eine derartige, leider verbreitete «Kontextualisierung» läuft am Ende vielfach auf Vermittlung von «Verständnis» oder auf Rechtfertigung hinaus, was in jeder Hinsicht unzulässig wäre. Die Erfahrung mit schwarzafrikanischen Diktaturen legitimiert nicht den anti-afrikanischen Rassenhass – der durch nichts zu legitimieren ist. Ein Ritualmordvorwurf gegen Juden, die, so vor kurzem eine ägyptische Zeitung nach dem Vorbild einer früheren, in

Europa zu empfangenden Hisbollah-Fernsehung, angeblich das Blut von geschlachteten Christenkindern zum Backen von Mazzeh-Brot verwenden, ist ebenso wenig durch Erfahrungen im arabisch-israelischen Konflikt zu erklären oder «kontextuell» zu rechtfertigen. Es handelt sich dabei um eine alte, vorchristliche, christliche und seit einiger Zeit ebenso muslimische Form der antisemitischen Diffamierung, die unmittelbar, wie bereits die Ereignisse in Damaskus von 1840 gezeigt hatten, zum Judenmord führen kann. Die öffentliche Wahrnehmung muss diese Grundbewertung auch auf der EU-Ebene besser erkennen und in ihren Reaktionen, z. B. im EU-Parlament, berücksichtigen. Französische Juden wandern, dies sollte ein Warnzeichen sein, in wachsendem Umfang aus Frankreich nach Israel und anderen Ländern aus, um dem antisemitischen Druck, auch in Form von Anschlägen, zu entgehen.

Nicht mit Wanderungsbewegungen, die von außen in den EU-Raum kommen, hängt die Roma-Diskriminierung zusammen (jedenfalls nicht mit einer Einwanderung in jüngerer Zeit). Es gibt etwa 12 Millionen Roma in Europa (nur im deutschsprachigen Raum spricht man von Sinti und Roma, obwohl die Sinti eine Untergruppe der Roma sind). Der Anteil der Roma in Deutschland ist im europäischen Vergleich auffällig klein. Für die Roma ist Deutschland bislang offenbar kein attraktives Land. Dass es eine massive Roma-Diskriminierung in Europa gibt, muss nicht durch Umfragen belegt werden. Auch hier ist die Verantwortung für eine positive Veränderung der Lage auf verschiedenen Ebenen anzusiedeln, auch auf der europäischen.

In ihrem aktuellen Zustand befindet sich die EU in einem Schwebestand zwi-

schen Staatenbund und Bundesstaat. In dieser nach seiner Auffassung zu lobenden «Uneindeutigkeit» erkennt der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Udo Di Fabio einen Vorteil (vgl. derselbe, Lob der Uneindeutigkeit des europäischen Projektes, in: Der Hauptstadtbrief, 121. Ausgabe, 2014, S. 22–29, S. 23; dort auch seine Bewertungen der Möglichkeiten und Grenzen der Fiskalpolitik in der EU-Finanzkrise, a.a.O., S. 24–29). Das Bundesverfassungsgericht spricht in diesem Zusammenhang von der EU als einem «neuartigen Staatenverbund». Die meisten politischen Kommentatoren sehen in dem Schwebestand allerdings eher einen Zwischenstatus, der sich entweder in Richtung auf eine institutionelle Integration, wie ursprünglich geplant, weiterbewegt oder zu einem EU-Rückbau und damit zu einer eher staatenbündisch organisierten Konstruktion führt. Ansatzpunkt für die Kritik an dem Schwebestand ist in erster Linie der Mangel an demokratischer Legitimation für die inzwischen beachtlich angewachsene supranationale EU-Macht.

### **Europäische Föderation?**

Auf dieser Grundlage fordern der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer, der frühere deutsche EU-Kommissar Günther Verheugen und andere in Deutschland und Europa für die langfristige Entwicklung einen europäischen Bundesstaat, eine europäische «Föderation». Nach dem deutschen oder partiell nach dem US-Föderalismusmodell soll es danach eine parlamentarisch gewählte europäische Regierung und für die Gesetzgebung ein Zweikammersystem geben, neben dem europäischen Parlament einen Staatenrat oder einen Senat mit in den Mitgliedstaaten gewählten Senatoren. Mit

Rücksicht auf die Stimmung und den politischen Diskurs in Großbritannien ist es sinnvoll, so auch Verheugen, auf absehbare Zeit den Begriff «Bundesstaat» oder allgemeiner «Staat» nicht unbedingt in den Vordergrund der Debatte zu stellen, obwohl die künftige «Föderation» die Kriterien eines Staats erfüllen würde. Auf der von Verheugen für möglich gehaltenen Entwicklungslinie liegt auch die Überlegung, dass die europäische Föderation über eigene Streitkräfte verfügen sollte, die zumindest einen Teil der Streitkräfte der Mitgliedstaaten umfassen.

Dass auf dem Weg zu diesem Ziel erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden wären, auch auf konstitutionellem Gebiet in Deutschland, ist offensichtlich. Anders als im Bundesstaat der USA, der seine Identität im Wesentlichen auf die Staatsgründung durch europäische Siedler verschiedener Herkunft aufbaut, gibt es in EU-Europa viele Sprachen und Kulturen, die zum Teil in ihrer Verbindung zu staatlichen Formen auf eine weit über tausend Jahre alte Geschichte zurückblicken. Sie werden in absehbarer Zeit nicht zugunsten einer neuen Dominanzsprache und -kultur verschwinden. Es gibt bislang im engeren Sinne noch keine europäischen Parteien, keine tatsächlich Nationen übergreifenden, ins Gewicht fallenden europäischen Medien, keine kontinuierliche, übernationale politische Debatte, die diese Bezeichnung verdient, und auch keine europäische politische Elite. Die französischen, britischen oder polnischen Eliten müssten, in der Zukunft einmal vor diese Wahl gestellt, abwägen und entscheiden, ob sie in zentralen Verteidigungsfragen von einer europäischen Regierung – vermutlich häufig mit deutscher Regierungsbeteiligung – abhängen oder sich im Ernstfall in einem europäischen Staatenbund oder «Staatenverbund» ohne

wesentliche eigene Verteidigungskräfte wie bisher doch eher auf US-Sicherheitsgarantien verlassen wollen. Man kann verstehen, dass vor diesem Hintergrund Angela Merkel aus Anlass des 50-Jahre-Jubiläums der Römischen Verträge von 2007 sagte, es werde auch in weiteren 50 Jahren keinen «Bundesstaat Europa» geben.

Eine andere Frage vertieft unter Umständen derartige Zweifel: Wo hört «Europa» auf? Die europäischen Vertragsbestimmungen verlangen für einen Beitritt, dass ein «europäischer» Staat einen Aufnahmeantrag stellt (Lissabonner Vertrag vom 1. Dezember 2009: «Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.»). Der Staat muss dann in einem längeren Prüfungsverfahren, u. a. zu den Demokratievorsetzungen und zu den Menschenrechten, nachweisen, dass er die bereits mehrfach erwähnten Kopenhagener Kriterien erfüllt. Das Merkmal «Europäisch» soll vor diesem Hintergrund auch kulturell verstanden werden. Zypern, geographisch eine asiatische, geteilte Insel ist deshalb, auch auf den Wunsch Griechenlands, EU-Mitglied geworden.

Mit der kulturellen Dimension des Europäischen wird die Grenzziehung nicht einfacher. Wenn die Türkei einen Aufnahmeantrag stellen kann, die geographisch nur zu einem kleinen Teil, mit dem türkischen Thrakien, zu Europa gehört – und sie sollte dies tun können, wenn auch unter Erdogan richtigerweise nicht mit Erfolg, dann stellt sich die Frage, weshalb einen derartigen Antrag, immer im Rahmen der Kopenhagener Kriterien, nicht auch Georgien, die Ukraine, Weißrussland und ebenso Russland, wenn es das etwa nach Putin wollen sollte, stellen können. Sie sind alle nicht we-



niger «europäisch» als die Türkei, Russland auch in seinem asiatischen Teil. Über den damit beschriebenen Großraum hinaus die EU-Institution, wenn auch in fernerer Zukunft, auszudehnen, ist aber aus verschiedenen Gründen weniger sinnvoll. Das gilt insbesondere von Marokko bis Ägypten für das südliche Mittelmeerufer, das zwar zum Römischen Reich gehört hat, dessen Kulturen und Staaten aber seit über tausend Jahren andere Wege gegangen sind. Ähnliches gilt für einige Staaten im zentral- und westasiatischen Raum (Kasachstan, Syrien, Irak etc.). Innerhalb der EU-Apparatur mag es weitergehende Überlegungen gegeben haben und geben, zum Teil, was etwa eine ägyptische EU-Mitgliedschaft anbelangt, in der euphorischen Stimmung des «arabischen Frühlings» ebenso in der europäischen Publizistik und Wissenschaft, auch in Deutschland. Einer realistischen Beurteilung der Kohäsions- und Konvergenzpotentiale über die Erdteile hinweg halten solche Pläne aber nicht stand.

### **Faktoren der Bewegung: Chancen der institutionellen EU-Integration; Europas Perspektiven**

Die Krim- und Ukraine Krise hat ein für viele unerwartetes, neues Element in die Bewertung der europäischen Entwicklung eingeführt. Hält man Winklers Einschätzung für richtig, Putins Russland sei, auch in der künftigen Option, kein rechtsstaatlicher und damit auch kein demokratischer Partner mehr, verändern sich die strategischen Koordinaten. Man kann diese Tatsache bedauern. Man kann auch fragen, ob die langfristigen Interessen Russlands, sein technologischer und wirtschaftlicher Rückstand, seine Abhängigkeit von Rohstoffexporten, deren Wert mittelfristig sinken wird, sein Bedarf

an ausländischen Investitionen jeder Art, seine demographische Schwäche (145 Millionen Einwohner, keine ins Gewicht fallende Einwanderung, über eine lange Zeit niedrige Geburtenrate) – ob alle diese und weitere Schwachefaktoren nicht dafür sprechen müssten, die Westbindung im Interesse der russischen Modernisierung und Entwicklung zu stärken. Die Volksrepublik China kann auch vor dem Hintergrund eigener Entwicklungsprobleme den Westen auf allen diesen Gebieten als Modernisierungspartner kaum ersetzen. Putins Kurs mag, gemessen an den erkennbaren russischen Interessen und dem begrenzten Wert der Gewinnbilanz seiner Intervention – einer annektierten Krim, einer insgesamt für Putins Eurasische Union wohl verlorenen Ukraine und erheblicher politisch-ökonomischer Kollateralschäden, schwer nachzuvollziehen sein. Das ändert aber alles nichts daran, dass Putin, soweit sich das absehen lässt, den russischen Kurs bestimmen und damit den Westen, vor allem Obama, zwingen wird, auf die russische Herausforderung allein schon deshalb zu reagieren, weil eine weitere Duldung der Völkerrechtsverletzungen die amerikanische sowie die Nato-Glaubwürdigkeit schwer beschädigen und unabsehbare Folgen in vielen anderen Weltregionen, etwa im Zusammenhang mit den ostasiatischen Inselstreitigkeiten, haben könnte.

Niemand hat Ähnliches nach dem russischen Angriff auf das georgische Staatsgebiet in Abchasien und in Südossetien vorhergesehen, obwohl die Intervention in Georgien im Rückblick gesehen der Probeauf für die Krim gewesen war. Müssen wir unsere Prognosekriterien und insgesamt unsere Prognosefähigkeit überprüfen? Und welche Konsequenzen hat das für die Einschätzung der EU-Entwicklung?

Trotz einiger Unsicherheiten in der Bewertung künftiger Vorgänge auch für einen relativ kurzen Zeitraum von 50 Jahren sind einige Grundfaktoren nach wie vor zu erkennen: Die USA bleiben auf absehbare Zeit die bedeutendste Wirtschafts- und Militärmacht. Sie werden in der Bevölkerungszahl (in diesem Jahrhundert wohl über 500 Millionen Einwohner, vielleicht mehr) kontinuierlich wachsen und dabei die EU-Bevölkerungszahl überrunden. Die USA werden immer wieder einmal in ihrer strategischen Orientierung schwanken – zwischen den Polen von Rückzug und Intervention, zwischen Ostasien, Lateinamerika und Europa. Nach Obama (2016) wird es vermutlich eine Präsidentin oder einen Präsidenten geben, die sich wieder stärker an der globalen USA-Präsenz orientieren. Die EU-Gesamtbevölkerung wird bei allen regionalen Unterschieden (die Bevölkerung Deutschlands wächst zurzeit, insbesondere wegen der polnischen Immigration) trotz der außereuropäischen Einwanderung wegen der geringen Geburtenzahlen wahrscheinlich deutlich abnehmen. Der europäische Anteil an der Erdbevölkerung wird ebenso deutlich zurückgehen. China und Indien werden die zwei größten Nationen der Erde sein, vermutlich wird Indien an der Spitze liegen. Die beiden Länder werden jeweils spezifische regionale und soziale Entwicklungsprobleme haben, China möglicherweise vor allem in den Beziehungen zwischen den weit entwickelten Küstenregionen und dem zurückgebliebenen Landesinnern. Die Leitbilder von Demokratie und Menschenrechten werden wohl auch in 50 Jahren weiterhin global attraktiv sein.

Wohin wird sich Russland nach Putin wenden? Es gibt bei derartigen Prognoseversuchen keine Sicherheiten. Viele be-

reits erwähnte Gesichtspunkte sprechen dennoch eher für eine Rückkehr zur Westorientierung, zur Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die russische Demokratiebewegung ist zurzeit noch nicht mehrheitsfähig. Aber das kann sich ändern.

Einige Umfragen in Deutschland zeigen zur EU-Bewertung eine gewisse Ambivalenz zwischen – nicht unberechtigter – Kritik am EU-Zustand (vor allem: Ablehnung von Detailregelungen, Undurchschaubarkeit der Willensbildung) und einer Grundzufriedenheit, der EU anzugehören – trotz erheblicher Anteile von Zweiflern etwa an der Nato-Westbindung (siehe dazu z. B. die ARD-Welt-Umfragen vom April dieses Jahres). Die europäische Integrationsbewegung war anfangs ein Produkt des Kalten Krieges. Sie sollte Sicherheit in einer unsicheren Umgebung und Zeitphase gewährleisten. Der Außendruck hat die Integrationschancen erhöht. Einen neuen Kalten Krieg wird es in Europa nicht geben. Sicherheitsgefährdungen sind aber nicht auszuschließen. Die europäischen Verteidigungsleistungen sind insgesamt nicht unbeachtlich, aber häufig ineffizient organisiert. Auch hier gäbe es sinnvolle Ansätze für eine europäische Koordinierung und für eine gemeinsame Politik, die sich nicht ausschließlich auf die Nato-Absicherung verlässt.

Es wird vor allem von innereuropäischen Faktoren abhängen, wohin Europa gehen wird. Vielleicht hat Angela Merkel mit ihrer Einschätzung Recht, auch in 50 Jahren werde es keinen europäischen Bundesstaat geben. Unter Umständen ist sogar eine Entwicklung denkbar, in der sich die EU zurückbilden wird und Austritte, nicht nur Großbritanniens, erfolgen. In diesem Fall werden sich einige den von Di Fabio geschätzten EU-Schwebezustand unserer Zeit,

in all seiner «Uneindeutigkeit», zurückwünschen.

Es sind aber auch andere Szenarien denkbar: Sicherheitsbedürfnisse könnten die europäische Integration fördern und zur Bildung eines erneuerten europäischen Bundesstaats führen, mit einer funktionsgerechten Aufgabenteilung zwischen Zentralstaat und Mitgliedsländern, mit weniger europäischen Detailregelungen, mit einer besseren Koordinierung der Außen- und der Umweltpolitik und mit europäischen Streitkräften. Die vom Parlament gewählte Regierung der Europäischen Föderation könnte über den Einsatz der dann immer noch vorhandenen Atomwaffen zweier Mitgliedstaaten im Notfall im Einvernehmen mit den Regierungen dieser privilegierten Mitgliedstaaten entscheiden – jedenfalls solange die Atomwaffen nicht in ganz Europa abgeschafft werden. Eine «im-

periale» Formation wäre die Europäische Föderation dabei ebenso wenig wie etwa China oder Indien. Unter dem Zwang, sich an der Bildung einer Föderationsregierung beteiligen zu müssen, werden sich europäische Parteien, Medien und Eliten ausformen. Die europäischen (Noch-)Nicht-Föderationsmitglieder werden der Föderation durch Assoziierungsverträge oder Abkommen über Freihandelszonen verbunden sein («von Lissabon bis Wladiwostok»), ebenso die nordamerikanischen Staaten, darunter die USA, und die Länder des südlichen Mittelmeeres.

Eine problemfreie Welt des ewigen Friedens und der globalen Demokratie wäre das gewiss nicht. Aber wohl eine Welt, in der es sich in Europa – und anderswo – besser leben ließe. Es liegt auch an uns und an den künftigen Generationen, über derartige Optionen mitzuentcheiden.

## Ja! Nein! Vielleicht... Europa-Stimmungen in Italien

### Europäismus

1941 verfasste Altiero Spinelli zusammen mit Ernesto Rossi und Eugenio Colorni das *Manifest von Ventotene*. Damit war der Grundstein des italienischen Europäismus gelegt. Wie Gramsci diagnostizierte, war die Revolution im Okzident gescheitert. Stalins Russland bot jedoch keine Alternative. Der Krieg und die kapitalistische Ausbeutung wurden als Folgen der Krise des europäischen Nationalstaates eingestuft. Nur der Aufbau einer europäischen Föderation könne eine Alternative bieten. Sie soll die imperialistischen Tendenzen der Staaten in Schach halten und die soziale Frage durch die internationale Solidarität der Arbeiterklasse lösen.

Nach dem Krieg suchte Italien die Anbindung an den Westen. Spinellis Europäismus stieß auf Zustimmung bei den Konservativen. De Gasperi bezog die *Democrazia Cristiana (DC)* in das europäische Projekt ein. Am 25. März 1957 wurden die *Römischen Verträge* unterzeichnet. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die durch einen gemeinsamen Sozialausschuss noch integriert werden sollte, kam zustande. Spinelli war 1937 wegen «Trotzkismus» aus der *Partito comunista italiano (KPI)* ausgeschlossen worden. Nach dem Krieg rang sein *Movimento Federalista Europeo* um einen Standort in der politischen Landschaft Italiens. Aus der linksliberalen Fraktion der Partisanenbewegung, die *Giustizia e libertà*, war die *Partito d'Azione* hervorgegangen, der Spinelli nahe stand. Nach der

Wahlniederlage 1946 spaltete sich jedoch die Partei. Aus der nachfolgenden *Partito repubblicano* wurde eine kleine, zur Mehrheitsbeschaffung notwendige Parlamentsfraktion, die über Jahrzehnte mit der *DC* koalierte. Ihre letzten Epigonen stiegen in den 1990er-Jahren in Berlusconi's Boot ein. Spinelli blieb seinem Programm treu. Von 1970 bis 1976 wurde er Mitglied der Europäischen Kommission. Als es mit Berlingueros Programm des Eurokommunismus 1976 zur europäistischen Wende der *KPI* kam, engagierte sich Spinelli an vorderster Front als *Indipendente* auf den Wahllisten der *KPI*. Er wurde Mitglied des Europäischen Parlaments und setzte sich für die Stärkung seiner Machtbefugnisse als «europäische Volksvertretung» ein.

In Zeiten der reformistischen Aufbruchsstimmung rückt der Europäismus ins Zentrum der politischen Kultur Italiens. Dies gilt für die 1970er-Jahre und zuletzt für die Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs in den frühen 1990er-Jahren. Die Mehrheit der Wähler hat das europäische Ideal jedoch nie wirklich begeistern können. Europa ist zu weit weg. Ihr Projekt ist zu abstrakt. Die Not des Alltags spricht eine andere Sprache. Die ideologische Identifikation der Italiener hat stets andere Wege verfolgt.

### Italienischer Amerikanismus

Historisch betrachtet plagte Italien ein Minderwertigkeitskomplex gegenüber den anderen europäischen Nationen – so Pless-

ner in der Einleitung zur zweiten Auflage der *Verspäteten Nation* 1959. Das nationale Ressentiment gründet in einem Missverhältnis der Bedeutung Italiens im 19. Jahrhundert zu seiner historischen Vergangenheit als Vorbereiter der Moderne und wurde durch seine Behandlung als Alliierte zweiter Güte im Ersten Weltkrieg bestärkt. Nach den Erfahrungen des Faschismus, der Kriegsniederlage und des Bürgerkriegs von 1943 bis 1945 wurde die Beziehung zu den anderen Nationen Europas nicht einfacher. Ein Bund mit Deutschland war nach 1945 für die Mehrheit der Italiener nicht mehr vorstellbar. Die Verbrechen der SS, aber auch der Wehrmacht, während der Besatzungsjahre hatten ein Feindbild entstehen lassen, das zu tief sitzt. Die Franzosen galten den Italienern als «überhebliche Cousins» jenseits der Alpen, die immer alles besser zu machen glaubten. England war weit weg und kaum verständlich. Die Länder Nordeuropas stellten das Ziel einer wirtschaftsbedingten Migration dar, aus der man als Rentner zurückzukehren hoffte, um sich im Heimatort niederzulassen.

Für die italienische Linke war das Band mit den «Brüdervölkern Osteuropas» viel stärker als der Bezug zu den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Im Krieg hatten sie auf der «richtigen Seite» gekämpft, danach engagierten sie sich für den Aufbau des Sozialismus. Man besuchte sie und berichtete mit Begeisterung, wie viel besser der Sozialstaat dort entwickelt sei als in Italien. Spiegelbildlich dazu spielte die Identifikation der konservativen Schichten mit den USA eine entscheidende Rolle für die Geschichte der italienischen Republik im Zeitalter des Kalten Krieges. Zum Marshallplan sagte De Gasperi im Wahlkampf 1948: «hiermit bekommen wir Ton-

nen von Teigwaren, um den Hunger unserer Bevölkerung zu stillen. Stalin hingegen liefert keine Butter, um sie anzumachen». An den USA gefiel dem Durchschnittsitaliener eine gewisse Vorstellung des *Laissez-faire*-Liberalismus, die niedrigen Steuern, das Ideal der lokalen Selbstverwaltung. Dieses Identifikationsmuster passte zur korporativ verfassten Gesellschaft Italiens, indem es die bestehenden Privilegien und Ungleichheiten im Namen der Zurückhaltung des Staates in Wirtschaftsfragen nicht antastete. Unter dem Schutzschild der Amerikaner fühlte man sich sicher. Sie hielten die *KPI* in Schach. Die aus dem Faschismus hervorgegangene soziale Schichtung blieb im Wesentlichen erhalten, so dass die Eigentumsverhältnisse nicht infrage gestellt wurden.

Der ideologische Deckmantel der Affinität zu den USA ermöglichte sowohl christlich-konservative Sichtweisen zu vertreten als auch einen langsamen Prozess der Sitenauflockerung zu betreiben. Die Flexibilität des italienischen Amerikanismus der Nachkriegszeit verhalf ihm zur kulturellen Hegemonie. Der Wirtschaftsboom weichte die Maschen der sozialen Hierarchie auf und machte die Epoche des *Dolce vita* möglich. Die Mittelklasse und die Arbeiterschaft wurden wirtschaftlich besser gestellt und bekamen Zugang zu den Produkten der US-amerikanisch dominierten Kulturindustrie. Dies beflügelte das Konsumverhalten und stand im krassen Widerspruch zu dem konservativen Moralismus der kommunistischen Elite, der langsam bröckelte. Mit der Revolte der bürgerlichen Jugend der 1968er Generation gerieten die traditionellen Geschlechterrollen ins Wanken. Die sexuelle Befreiung erreichte ihren Höhepunkt in den 1970er-Jahren. *Flower-power* wurde zur Massenbewegung. Jimi Hendrix, Janis

Joplin und Jim Morrison waren Symbole der Jugend und leiteten das neue Zeitalter des Protestes ein. Europa war so gut wie kein Thema. Später brachte der Terrorismus ein Revival der kommunistischen Tradition mit sich, das sich jedoch gegen die Sowjetunion wandte und von kurzer Dauer war. Nach einigen Jahren der blutigen Auseinandersetzung brachen die 1980er-Jahre mit einem Paukenschlag durch. Die linke Kultur trat den Rückzug an. «Reagans Hedonismus» war angesagt. Das Zeitalter des privaten Fernsehens bahnte sich an. Die neue politische Führung Italiens kam aus der geheimen Hauptstadt des Landes, das «Mailand zum Trinken», wie man damals sagte. Wer eine Wertorientierung bemängelte, sollte sie bei der *Solidarność* suchen.

Obwohl sich die KPI Gramscis Programm lange verpflichtet fühlte, die Linke in Italien zur kulturellen Hegemonie zu verhelfen, scheiterte sie grandios daran. Der Amerikanismus stellt nicht nur die eigentlich hegemoniale Volkskultur Italiens nach 1945 dar, sondern diente auch stets als Grundorientierung der politischen Elite. Dies bezeugt der Automatismus, mit dem sowohl die Massenmedien als auch die Entscheidungsträger bei internationalen Krisen für die Positionen der USA Partei ergreifen. Das man sich im Voraus mit den europäischen Partner verständigen könnte, bevor man Stellung bezieht, wurde nicht in Erwägung gezogen. Der rote Faden der Linientreue zu den USA erstreckte sich von der Skepsis gegenüber der Ostpolitik Willy Brandts bis zur Teilnahme an den zwei Irak-Kriegen. An der Seite der USA fühlte sich Italien auch im europäischen Kontext besser aufgehoben und gewann als Gegenpart zum Schwergewicht der deutsch-französischen Achse eine bessere Verhandlungs-

position. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist ein Wandel dieser Grundhaltung zu beobachten, der in Italien allerdings nicht zum Durchbruch zu einer überzeugten proeuropäischen Position führte.

### **Nach dem Kalten Krieg**

Die Jahre um 1989 brachten nicht nur die Gewissheit mit sich, dass der Realsozialismus gescheitert ist, sondern leiteten eine übergreifende Zerstörung der politischen Landschaft Italiens ein. Die Regierungsparteien der 1980er-Jahre wurden durch Korruptionsskandale überrollt, die die Mailänder Staatsanwaltschaft mit ihren Ermittlungen der sogenannten «sauberen Hände» aufdeckte. Die KPI blieb davon weitgehend verschont, konnte sich nach dem Fall der Mauer allerdings nicht mehr in ihrer alten politisch-ideologischen Aufstellung um die Gunst der Wählerschaft bewerben. Der von Berlinguer eingeleitete eurokommunistische Kurs schritt in den 1980er-Jahren nur zögerlich voran. Die Partei steckte in einer tiefen Identitätskrise. Die Mehrheit wollte von der kommunistischen Vergangenheit Abschied nehmen. Der maximalistische Flügel hielt an der alten Parteinarration fest. Sie trennten sich auf dem letzten Kongress der KPI am 3. Februar 1991. Eine neue politische Gruppierung der Linke sollte sich unter der Flagge der bürgerlich-fortschrittlichen Ideale von 1789 präsentieren. Die Eiche als Symbol der französischen Revolution stand im Zentrum der neuen Partei-symbolik. Die Postkommunisten machten sich auf die Suche nach einer linksliberalen Position mit europäischen Wurzeln. Die Parteiideologen orientierten sich jedoch lieber am theoretischen Angebot der US-amerikanischen Philosophie als an der Tradition der europäischen Sozialdemokratie.

John Rawls wurde zum Star des neuen politischen Zeitalters.

Eine Grundsatzdebatte über die «Regeln des Politischen» wurde entfacht. Italien sollte auf den Weg der großen europäischen Demokratien gebracht werden. Ein neues, dem Mehrheitsprinzip verpflichtetes Wahlgesetz sollte dies ermöglichen. Die neue Partei der Linken verbündete sich mit den Reformkräften, die einen Volkentscheid zur Abschaffung des Proporzsystems der Ersten Republik anstrebten. Am 9. Juni 1991 fuhr das Referendum einen Riesenerfolg für die Reformbewegung ein. Die überwiegende Mehrheit der Wähler sprach sich für den Systemwechsel aus. 1994 fanden die ersten Wahlen mit dem neuen Wahlsystem statt. Sie besiegelten den Triumph des hastig ins Leben gerufenen Mitte-Rechts-Bündnisses von Silvio Berlusconi. Mit diesem Ereignis ging die Aufbruchsstimmung zu Ende, die die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa seit 1989 in Italien erweckt hatten. Die Linke war zutiefst schockiert und wirkte wie gelähmt. In den darauffolgenden Jahren konnte sie unter der Leitung von Romano Prodi neue Erfolge feiern. Allerdings setzte eine politisch-ideologische Umorientierung mit verhängnisvollen Folgen in Italien ein. Auch für die Wahrnehmung des europäischen Projekts brachte sie bedeutende Konsequenzen mit sich.

### **Ablehnung der europäischen Sozialdemokratie**

Berlusconi hat die postfaschistische Partei der Nationalen Allianz salonfähig gemacht und an die Regierung gebracht. Die Signalwirkung dieser Entwicklung war enorm. Es schien, als ob alle Hemmungen des öffentlichen Diskurses fallen gelassen wurden. Namhafte marxistische Intellektuelle gingen nach rechts und dienten sich den neu-

en Machthabern an. Nicht nur die in der Verfassung verankerte Résistance-Mythologie, sondern die gesamte Wertorientierung der Ersten Republik wurde als ein Ausläufer des Stalinismus beschimpft und liquidiert. Es kam zu einem Wettkampf der revisionistischen Überbietung, die Berlusconi Sender medienwirksam inszenierten und die ihre Krönung in der Erhebung Mussolini zum bedeutendsten Staatsmann des 20. Jahrhunderts durch den Historiker Renzo De Felice erlebte. Geplagt durch ihre ideologische Desorientierung wusste die Linke jahrelang alldem nichts entgegenzusetzen. Am Ende blieb eine politisch-ethische Wüste übrig. Italien verfügt über keine republikanischen Werte mehr, ist regional zutiefst gespalten und versteht nicht, was es mit Europa anfangen soll. Es gab zwar eine politische Elite, der die politischen Werte Europas bewusst sind und für die Figuren wie Spinelli bis in die 1980er-Jahre hinein eintraten. Dazu gehört auch Romano Prodi, der sich als Präsident der Europäischen Kommission engagierte, nachdem ihn die Mitte-Links-Parteien 1998 gestürzt hatten. Der politisch-kulturelle Bruch der 1990er-Jahre machte es allerdings kaum möglich, die politische Kultur des Europäismus an die heranwachsenden Generationen weiter zu geben. Dies zeigt auch die Entstehungsgeschichte der Demokratischen Partei, Italiens größtes politisches Projekt der Linken seit 1989. Die Fusion der christlich-sozialen Partei *La Margherita* mit den Postkommunisten der *Democratici di sinistra* erfolgte 2007 unter der Flagge einer an der Tradition der US-amerikanischen *Democratic Party* inspirierten politischen Ausrichtung. Ein leerer Behälter für ein vermeintlich postideologisches Zeitalter sollte hergestellt werden, damit sowohl ehemalige Christdemo-

kraten als auch ehemalige Kommunisten und ehemalige Sozialisten sich dort niederlassen können. Es gehört zur Ironie des Medienzeitalters, dass die Vertreter der *Partito Democratico* heute in Deutschland als Sozialdemokraten angesprochen werden, während sie sich nicht im Geringsten mit der Tradition der europäischen Sozialdemokratie identifizieren.

### Populismus

Bei der Einführung des Euros 2002 ergriff die amtierende zweite Berlusconi Regierung keine Maßnahmen, um die Währungsspekulationen zu überwachen und einzudämmen. Statt dessen rekurrierte Berlusconis Rhetorik gerne auf die neue Währung, um jede Kritik für die ungelösten Probleme der italienischen Wirtschaft von sich zu weisen. Die einfachen Wähler kauften ihm das ab, so dass die bedeutende Verschlechterung des Lebensstandards, die Italien in den 2000er-Jahren auszeichnet, einseitig auf die Rechnung des Euros übertragen wurde. Nach dem Zwischenspiel des zweiten Wahlsieges, der zweiten Regierung und des zweiten Sturzes Romano Prodis durch seine Verbündeten kehrte Berlusconi 2008 an die Macht zurück und leitete das Zeitalter des *Bunga-Bunga* ein. Italien schien wie eingefroren und isoliert vom übrigen Europa. Das Schmunzeln von Merkel und Sarkozy auf die Frage eines Journalisten über das Vertrauen in Berlusconis Beitrag zur gemeinsamen Sparpolitik im Oktober 2011 besiegelte den Prestigeverlust Italiens auf der europäischen Bühne. Der Umstand erweckte keinen besonderen Alarm in Italien. Dass sich europäische Politiker über Berlusconi lustig machen, fand die Hälfte der Italiener richtig. Die mangelnde Anwesenheit Italiens auf der europäischen Büh-

ne besorgte jedoch niemanden wirklich. Als Italien wenig später unter Aufsicht gestellt wurde und Montis Technokraten-Regierung an die Macht kam, war die öffentliche Meinung gespalten. Den einen gefiel es, dass Italien wieder ein präsentables Gesicht hat und in Europa ernst genommen wird. Die anderen beanstandeten den Sparkurs und die Einmischung der Europäischen Union, sprich der deutschen Bundeskanzlerin, in die italienische Finanzpolitik.

Auf Dauer fand die Technokraten-Regierung keine Unterstützung durch die Wählerschaft. Berlusconi hatte Angst. Seine Umfragewerte sanken. Seine definitiven Verurteilungen rückten näher. Er startete mit vorgezogenen Parlamentswahlen. Im Februar 2013 fanden sie statt. Nun setzte sich die neue politische Bewegung des ehemaligen Komikers und überzeugten Linkspopulisten Beppe Grillo durch. Mit einem Handumdrehen wurde aus einem Protestblog im Internet die stärkste Parlamentsfraktion mit einem Stimmenanteil von stolzen 25,5 Prozent. Die antieuropäischen Töne des *Movimento Cinque Stelle* sind kaum zu überhören. Grillos Erfolg setzte ein nachhaltiges Erdbeben der politischen Landschaft in Gang. Die *Demokratische Partei (PD)* war zuerst gezwungen mit Berlusconi zu koalieren, versuchte sich aber davon zu befreien. Im September 2013 gelang es dem damaligen Ministerpräsident der *PD*, Enrico Letta, Berlusconis Partei zu spalten. Die Führungsriege des Mitte-Rechts-Bündnisses wollte sich vom vorbestraften und bald zum Sozialdienst verurteilten Berlusconi freisprechen. Doch auch in der *PD* brodelt es. Die Ressentiments gegenüber der älteren, aus der *KPI* hervorgegangenen Führungsriege, die trotz anfänglich sehr guter Umfragen nicht in der Lage war, die Wahl 2013 klar



zu gewinnen, sind enorm gestiegen. Der populistisch veranlagte und rhetorisch begabte Bürgermeister von Florenz Matteo Renzi gewann die parteiinternen *Primaries* und drängte anschließend Letta aus dem Amt. Renzis politische Schwäche besteht darin, dass er nicht durch einen Wahlsieg zum Ministerpräsidenten wurde. Die Europawahl am 25. Mai 2014 wurde seine erste Bewährungsprobe, in der er sich gegenüber den zwei Schwergewichten des italienischen Populismus, Grillo und Berlusconi, mit bravourösen 40,8 Prozent durchsetzen konnte.

In den ersten Wochen seiner Amtszeit gab sich Renzi als guter Schüler Europas. Die Maastrichter Kriterien wurden Italien nicht von Europa, oder gar von Deutschland aufgedrückt, sondern seien in Italiens eigenem Interesse einzuhalten. Aus der 3-Prozent-Klausel sollten jedoch die Investitionen für die Wiederbelebung der Konjunktur und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angenommen werden. Ähnliche Töne schlug Präsident Napolitano an, der sich gegenüber der Europäischen Union als Garant der Regierung eines wohl erfolgreichen aber noch unerfahrenen Renzi präsentiert. Eine große Unzufriedenheit mit der amtierenden Europäischen Kommission äußerten indessen Romano Prodi und Massimo D'Alema, der ehemalige Chef der Postkommunisten, in einem vertraulichen Gespräch, das durch ein Handy aufgenommen wurde. Die Kommission sei regungslos und habe nichts gegen die Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa unternommen. Das Spardiktat ohne die ausgestreckte Hand, die Italien aus einer mehrjährigen Konjunkturdelle verhelfen soll, stößt bei einer breiten Mehrheit der Italiener auf starke Ressentiments. Diese wenden sich vornehmlich gegen die Europapolitik Deutschlands und vor allem gegen die

Bundeskanzlerin, der die Verantwortung für Italiens Misere einseitig zugeschoben wird, d. h. ohne zwischen ihren endogenen und exogenen Ursachen zu unterscheiden. Diese mit Ressentiments beladene Stimmung in einem Wettbewerb gegeneinander verfeindeter Populismen war am Vorabend der Europawahl deutlich zu spüren.

Im Folgenden seien ein paar Kostproben der Wahlrhetorik genannt, wie sie in Italien zurzeit kursieren. Statt einer klassischen Wahlkampagne zog der Satiriker Beppe Grillo mit seiner Show durch Italien und hielt seine inzwischen berühmt-berüchtigten Monologe ab. In der entsprechenden Vorschau war zu lesen: «Ein Monster geht durch Europa. Es heißt Euro. Wer mit ihm verkehrt, ist oft der Armut verfallen. Ganze Staaten sind Schuldner einer Bank, der EZB geworden. Wenn Du nicht zahlst, anstelle des Mafioten, kommt die Troika, was viel schlimmer ist. Das politische Europa hat sich in einen finanziellen Alptraum gewandelt. Unser Leben, vom Darlehen für das Haus bis zur Jagd auf den Kormoran, wird durch unbekannte Beamte fremdbestimmt. Ein surreales, komisches, unhaltbares Europa, das noch niemand erzählt hat».

Die *Liga Nord*, die in den 1990er-Jahren die extremistischsten Töne des italienischen Populismus quasi erfunden, die Ausländerfeindlichkeit geschürt hat und heute abgeschlagen zusehen muss, wie der Meister durch seine Schüler überboten wird, konzentrierte sich indessen auf die *Basta Euro* Kampagne. Im entsprechenden Handbuch mit dem Titel *Basta Euro. Wie man aus einem Alptraum herauskommt* war u. a. ein Statement des Ökonomen und ehemaligen *Managing Director* bei der Deutschen Bank, Claudio Borghi Aquilini, zu lesen: «Der Euro ist der größte Fehler der Geschichte. Die, die

ihn begangen haben, sind zu allem bereit, um es nicht zuzugeben. Sie sind bereit, die Arbeitsplätze von Millionen Italienern, die Ersparnisse von ganzen Leben, ein unschätzbares Vermögen an Unternehmen, das für die ganze Welt ein Vorbild ist, aufzuopfern. Bald werden sie den Verkauf unserer Kunstschätze sowie der Goldreserven der *Banca d'Italia* verlangen. Für Europa sind sie dabei, unser Leben zu verkaufen. Sie haben uns in eine Depression gerissen, die schlimmer ist als die von 1929. Sie haben ganze Völker gekniet und erniedrigt, wie die Griechen, nur um das höllische Instrument des Euros aufrechtzuerhalten. Eine Last, die uns vergessen lässt, was Freiheit ist».

Berlusconis Partei warb ihrerseits mit dem Slogan: «Mehr Italien in Europa. Weniger Europa in Italien». Zur Erklärung heißt es: «Mehr Italien, weniger Deutschland. Die durch Deutschland erzwungene Austerität hat uns zur Rezession geführt. Das müssen wir ändern! Schluss mit der Fremdwährung Euro. Sparen wir 50 Milliarden. Nein zu dem durch Europa erzwungenen *fiscal compact*». Am Ende der Webseite der Partei steht ein Zitat aus dem Buch *Bugie e verità (Lügen und Wahrheit)* des ehemaligen Wirtschaftsministers von Berlusconis Regierung, Giulio Tremonti, das sich offenbar auf ihre Krise im Sommer 2011 bezieht: «Im August-September 2011 wurde in Italien ein «weicher Staatsstreich durchgeführt. Ein Putsch, der

davor sowohl in Italien als auch im Ausland in den besten Laboren und in den aufgeklärtesten Salons von Berlin und Paris, von Mailand und Rom *in vitro* vorbereitet wurde. Ein Putsch, der durch die Trennung der Wirtschaft von der Politik, durch die Trennung des «Kapitalismus» von der «Demokratie» vollzogen wurde, als ob diese unabhängige und somit trennbare Variablen wären».

Die Töne der europäischen Wahlkampagne des «Sozialdemokraten» Matteo Renzi waren etwas ausgeglichener. Doch kann da noch viel passieren. Die Ressentiments der verarmten italienischen Mittelklasse sind enorm gewachsen. Wer seinen Lebensstandard in den letzten zehn Jahren um gut die Hälfte sinken sah, sucht nach einem Sündenbock. Europas Sparpolitik eignet sich sehr gut dafür. Dass die italienische Misere durch die privilegierte Stellung der parasitären *Upperclass* bei einer völlig abwesenden Umverteilungspolitik endogene Ursachen hat, will niemand wahrhaben. Antieuropäische Argumente sind in der Wahlpropaganda wirksamer. Renzi hat große Erwartungen nach einer Kursänderung der italienischen Politik und nach einer Verbesserung der Lebenslage der Mehrheit der Italiener erweckt. Er ist extrem ehrgeizig. Nach seiner Bewährungsprobe bei der Europa-Wahl zeigt sich, wie weit er bereit ist, mit seinem eigenen Populismus zu gehen, um seine Stellung zu sichern.

## Europäische Geschichte aus Sicht US-amerikanischer Studenten am Beispiel Deutschlands

### Deutschland-Bilder

Bei US-amerikanischen Studenten,<sup>1</sup> die das Glück gehabt haben, eine kurze Ferienzeit oder einen akademischen Austausch in Deutschland verbracht zu haben, ruft das Wort «Deutschland» Vorstellungen von bayerischen Dirndlkostümen, Oktoberfest und großen, warmen, weichen Brezeln hervor. Vielleicht auch Vorstellungen von Döner, gelockerten Regelungen hinsichtlich alkoholischer Getränke im öffentlichen Raum und legendären Techno-Partys. Eventuell kennen die Studenten auch den Namen Berghain oder Tacheles. Möglicherweise ist ihnen das von Ludwig II. beauftragte Schloss Neuschwanstein schon bekannt – ein Schloss, das als Vorbild für die Marke des enormen Disney-Reichs ihrer Kindheitstage diente.

Die anderen, die nie Deutschland besucht haben, kennen das Land aber aus Filmen, Tageszeitungen, Abendnachrichten und natürlich dem Geschichtsunterricht. Ihr «Deutschland» besteht aus kleinen Scher-

ben, die oft so zusammengestoppelt sind, dass sie mehr einer Collage ähneln als einem zusammenhängenden Bild einer nationalen Geschichte, Politik und Kultur. Es ist ebenso in Bezug auf andere europäische Länder, auch wenn sich die Amerikaner mit den Briten und Iren ein bisschen enger verbunden fühlen mögen. Deutschland ist für unsere Studenten das Deutschland der Filme *Schindlers Liste*, *IngLOURIOUS BASTERDS*, *Operation Walküre* und vielleicht auch *Good Bye, Lenin!*, *Das Leben der Anderen* oder *Unsere Mütter, unsere Väter*. Ihr Deutschland ist das Deutschland der Fußballweltmeisterschaften, deren ziemlich wenige amerikanische Zuschauer sich als irgendwie «cooler» und kosmopolitischer fühlen als ihre Freunde, denen Fußball nicht gefällt. Ihr Deutschland besteht vielleicht auch aus einem Stück der Berliner Mauer, das ein Verwandter ihnen als Andenken zurückgebracht hat. Da sie in einer Welt ohne UdSSR, ohne Berliner Mauer und ohne geteilte Staaten und Städte aufgewachsen sind, wird ihr Deutschland-Bild mit Kaltem-Krieg-Kitsch statt echtem politischem Konflikt ausgestaltet. Das Weltbild der Mehrheit unserer Studenten enthält nur *ein* Deutschland, und bedauerlicherweise wissen sie davon ziemlich wenig.

### Wissen und Nicht-Wissen

Als zwei Doktoranden im Fach Geschichte an der University of California-Berkeley arbeiten wir oft als LehrassistentInnen, die

1 Obwohl viele unserer Studenten aus dem Ausland kommen, bezeichnen wir sie als «US-amerikanische Studenten», weil unsere Unterrichte und das Milieu dieser Studenten entscheidend von amerikanischer Kultur und amerikanischen Institutionen geprägt sind. Wir betrachten uns selbst in gleicher Weise als US-amerikanisch – ohne Rücksicht auf Staatsbürgerschaft – obwohl wir eine geraume Zeit in Deutschland verbracht und gewohnt haben und obwohl wir eine enge Verbundenheit mit unserer akademischer Wahlheimat fühlen.

kleine Seminare (*discussion sections*) leiten. Diese Seminare finden neben den großen Vorlesungsreihen und Lehrveranstaltungen statt. Auf diese Weise haben wir oft die Chance, direkteren und engeren Kontakt mit den Studenten als die ProfessorInnen aufzunehmen. Da wir in dieser Hinsicht auch an der Schaffung bzw. Umarbeitung des allgemeinen Deutschlandbildes unserer Studenten teilnehmen, beobachten wir aufmerksam, was unsere Studenten von Deutschland wissen und nicht wissen, wofür sie sich interessieren und was sie – zu unserem Leidwesen – langweilig finden. Die folgenden Bemerkungen, die unsere Erfahrungen und Überlegungen darstellen, möchten wir im Voraus als nur impressionistisch und ganz unwissenschaftlich bezeichnen.

Obwohl jedes Seminar Sonderfälle hat, fangen die meisten Studenten in der Regel mit einem finsternen Bild von der Geschichte Europas und Deutschlands an. Europäische Geschichte empfinden sie als eine vage Mischung von Revolutionen, Reaktionen, Industrialisierungen und Nationalisierungen. Vielleicht erinnern sie sich an ein paar Daten, Namen und Orte, die schon in der Grundschule und Sekundarschule immer wieder zur Sprache kamen. «Europäische Geschichte» wird meistens für eine lange Epoche der Könige, Ritter und Schlösser gehalten. Danach aber kam die Französische Revolution und Napoleon, und deshalb gibt es heutzutage keine Monarchie mehr. Folgend war Kolonialismus und die Herstellung u. a. der amerikanischen Kolonien. Und mit den amerikanischen Einschaltungen in den Ersten und Zweiten Weltkrieg endete diese Geschichte. Das heißt natürlich nicht, Hitler und die Nazis zu vergessen. Und es gab irgendwann eine Mauer, oder?

Die Lücken ihres durchschnittlichen historischen Wissens sind auf den ersten Blick erstaunlich: es gab kein Heiliges Römisches Reich, keinen Johannes Gutenberg, keinen Martin Luther (außer wenn man evangelisch ist), keinen Dreißigjährigen Krieg, keinen Westfälischen Frieden, keinen Wiener Kongress und kein Frankfurter Parlament. Obwohl man von einem Staatsmann namens Bismarck wahrscheinlich schon gehört hat, beginnt deutsche Geschichte tatsächlich mit dem Ersten Weltkrieg. Die komplizierte Entstehung des Deutschen Kaiserreiches und die vergeblichen Bemühungen, eine demokratische Revolution im 19. Jahrhundert auszuführen, fehlt in ihrem Geschichtsbild. Unbekannt sind die deutsche Beteiligung am europaweiten Wettlauf um Afrika und die Schnelligkeit deutscher Industrialisierung. Der Begriff «Aufklärung» ist unseren Studenten allgemein bekannt, ebenso Kant, Beethoven und Mozart – aber nicht als Teil dieser europaweiten Geistes- und Kulturbewegung. Mit dem Namen Karl Marx sind sie natürlich vertraut; mit der Entwicklung des Sozialismus sowohl als Idee als auch als politische Praxis aber nicht.

### **Das 20. Jahrhundert**

Anders ist es aber, nachdem sie die Schwelle des 20. Jahrhunderts überqueren. Die kulturellen und politischen Aspekte der Weimarer Republik sind unseren Studenten ziemlich gut bekannt: die expressionistischen Filme, das Phänomen des Dadaismus, die Tapete aus dem durch massive Inflation wertlos gemachten Bargeld und natürlich das Aufkommen des Nationalsozialismus hinter dem jungen Mann, dessen erste (unerwiderte) Liebe Aquarellmalerei war. Wahrscheinlich wenig überraschend ist es, dass viel von deutscher Geschichte aus

Sicht amerikanischer Studenten sowohl beginnt als auch endet mit den Nazis.

Mehrmals haben die Studenten die Namen Hitler und Auschwitz gehört. Mit einem morbiden Schauer und einer relativ schuldlosen Naivität schauen sie Fotos von den irgendwie noch lebenden Gerippen von Dachau anlässlich ihrer Befreiung an. Sie fragen sich, wie Menschen solch eine Gewalt anderen Menschen antun können. Dann lesen sie Primo Levi, Hannah Arendt und Albert Speer. Obwohl man nie ein volles Verständnis von diesen Gräueltaten haben kann, nähern sich unsere Studenten damit ein wenig an die Asymptote des geschichtlichen Verständnisses an.

Zwischen diesen Studenten und amerikanischen Studenten vergangener Generationen gibt es aber einen wichtigen Unterschied. Die heutigen Studenten entkoppeln fast ausschließlich die Erinnerung an den Holocaust und den Nazi-Terror von der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. Ihnen ist Deutschland keine tatsächliche oder mögliche «Täternation». Man glaubt nicht, dass alle Deutschen Nazis sind oder sein könnten. Das war vor einigen Jahrzehnten eine leider weit verbreitete These. Das heißt, die Schuld an den Nazi-Verbrechen liegt zwar in der Vergangenheit. Der Auftrag zur und die Verantwortung für Erinnerung bleibt ihnen aber gegenwärtig. Als Schüler haben sie irgendwann das United States Holocaust Memorial Museum besucht und *Das Tagebuch der Anne Frank* gelesen. Ihres Erachtens lässt der Holocaust sich mit der Sklavenzeit in den USA vergleichen: zwei unangenehme Themen, die sich angenehm zeitlich distanziert fühlen. Unsere Studenten erkennen sich als Teil einer postmodernen und sozusagen «post-racial» Generation. „Aber ich bin kein Rassist und

meine Vorfahren haben keine Sklaven besessen. Was hat die Schuld an der Sklaverei mit mir zu tun? Ich habe gar nichts getan“ – so etwas Ähnliches hört man oft von ihnen. Ihrer Meinung nach funktioniert die Nazizeit für die Deutschen auf ähnliche Weise. Filme wie *12 Years a Slave* und *Unsere Mütter, unsere Väter* sind deshalb funktional gleich: es fällt solchen Filmen schwer, diese beiden geschichtlichen Erfahrungen und die damit verbundene Mitschuld völlig zu gegenwärtigen.<sup>2</sup>

Teilweise aus diesem Grund haben einige Begriffe und Bezugspunkte deutscher Geschichte bei unseren Studenten ihre konkreten sozialen, politischen und kulturellen Bedeutungen verloren. Gelegentlich spricht man von «Appeasement» in Bezug auf irgendeine Vogel-Strauß-Politik (zuletzt hinsichtlich der Krim). Im Vergleich mit den 1960er- und 1970er-Jahren, als «Faschismus» und «Faschisten» die Metaphern erster Wahl für die Beschreibung einer untragbaren Politik waren, scheint die heutige Verwendung solcher Worte jedoch eher missbräuchlich. Solch eine Entfernung von den Ereignissen der Nazizeit produziert auch lustige Wirkungen. Da Namen wie Joseph Goebbels partiell ihre Gravität verloren haben, lohnt es einigen unserer Studenten nicht, die genaue Rechtschreibung seines Namens zu lernen. Auf einer Prüfung wur-

2 Vor einigen Jahrzehnten war solch eine Aufgabe vielleicht einfacher zu erfüllen. Die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den 1950er- und 1960er-Jahren hat in den USA die politischen und sozialen Folgen der Sklavenzeit neu in Frage gestellt. Nur kurz danach fingen die (West-)Deutschen an, die Nazi-Vergangenheit aufzuarbeiten. Aus diesem Grund funktionierten Filme und Fernsehserien wie *Roots* (1977) und *Holocaust* (1978) ganz anders als die heutigen Produktionen.

de er einmal als «Joe Gobbles» geschrieben und versehentlich wurde der berühmte nationalsozialistische Propagandaminister zu einer Karikatur des amerikanischen Erntedankfests («Gobble») ist das Geräusch eines Truthahns, was traditionell als Hauptgericht des Fests dient). Bei einem anderen Anlass hat ein Student in Bezug auf die Novemberpogrome «cinigogs» statt «synagogues» (Synagogen) geschrieben, was Amerikanern ein bisschen wie eine Art süßes Frühstücksgebäck mit Zimt klingt.

Nach Joe Gobbles, Cinigogs, Adolf Hitler und Auschwitz macht die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts im Großen und Ganzen eine Pause. Dass es einmal zwei deutsche Staaten gab, ist für unsere Studenten bestenfalls eine kleine Fußnote, die mit der Berliner Mauer und dem sowjetischen Kitsch verbunden wird. Schlimmstenfalls ist es ganz vergessen. Einerseits haben die Studenten das Elend und Trauma der ostdeutschen Diktatur vergessen oder einfach niemals davon gehört. Andererseits mangelt es ihnen an Verständnis für die sozialistische Verheißung einer besseren nicht-kapitalistischen Welt.<sup>3</sup> Es gab bei ihnen keinen 17. Juni, keine Stasi und keine friedliche Revolution. Die Berliner Mauer existierte einmal, aber sie ist einfach nicht mehr da. Die verbleibenden Stücke finden sie trotzdem schön. Ebenso die Erinnerung an David Hasselhoff, der manchen unserer 1980er- und 1990er-nostalgischen Hipster-Studenten möglicherweise bekannt bleibt.

3 Vgl. Ingo Schulze, «1989: How We Lost Political Alternatives», *Bulletin of the German Historical Institute* (Washington D.C.), Vol. 52 (Spring 2013), S. 75–92.

## Ausblick

Endlich kommen wir zurück zum heutigen Deutschland. Man hat eine Ahnung von der unbesiegbaren deutschen Wirtschaft, von Angela Merkel und ihren bunten Power Suits und von der Größe und Vielfalt der deutschen Bevölkerung. Obwohl die Spannungen innerhalb der EU und die Kritik an der «imperialistischen» Finanzpolitik Deutschlands unseren Studenten größtenteils unbekannt oder mindestens undurchsichtig sind, erwarten sie, dass Deutschland in Europa eine stabilisierende Vermittlerrolle spielen wird. Das gilt nicht nur für die Ereignisse in der Ukraine und auf der Krim. Deutschland steht für Frieden und ein vereintes Europa. Für die heutige Generation US-amerikanischer Studenten gibt es keine «Deutsche Frage».

Da wir keinen ungerechterweise negativen Eindruck unserer Studenten vermitteln wollen, möchten wir mit einigen positiveren Aspekten schließen. Deutschland als Nation scheint den meisten Studenten ganz normal zu sein. Ihre allgemeine Stimmung gegenüber Deutschland ist neugierig, optimistisch und zukunftsorientiert. Wie andere Nationen auch hat Deutschland eine vielschichtige Geschichte, die sowohl das Gute als auch das Böse enthält. Je mehr unsere Studenten von dieser Geschichte erfahren, desto höher schätzen sie die Fortschritte, die Deutschland seither gemacht hat. Manche entwickeln sogar eine Leidenschaft für Deutschland, wenn sie erkennen, dass es noch viel gibt, das die USA in den Bereichen Energie, Wohlfahrt usw. vom heutigen Deutschland erfahren könnten. Die Normalisierung einer nationalen Geschichte hat Vorteile und Nachteile. Unsere Rolle als LehrassistentInnen ist zwischen der Skylla einer Vollnormalisierung und der Charybdis eines deutschen Sonderwegs zu steuern.

Oft bedeutet das, dass wir die Instinkte unserer Studenten mit weniger Skepsis betrachten und mehr Vertrauen darauf setzen.

Es wird manchmal behauptet, dass sich die USA und Europa kulturell auseinander entwickeln. Unserer Erfahrung nach ist solch eine Behauptung übertrieben. Das Zeitalter des amerikanischen Kulturimperialismus ist zwar schon vorbei, aber der gegenseitige Handel in Konsum- und Kulturprodukten bleibt stetig. Auch die ent-

sprechende Klassenstruktur (eine breite Mittelstandsgesellschaft) und die elitären Institutionen wie Universitäten nähern sich erheblich an. Vor allem schreitet der Prozess der Globalisierung immer weiter fort, wodurch die materiellen und technologischen Normen aller entwickelten Länder letztendlich homogenisiert werden. Wohl oder übel sind sowohl unsere Studenten als auch die Studenten an europäischen Universitäten die Avantgarde dieses Prozesses.

# WILLY-BRANDT-SPEZIAL

Tobias Kühne

## Willy Brandt und kein Ende?

Das «ds» im Titel unserer Zeitschrift steht für «Demokratischer Sozialismus» und so verwundert es nicht, dass der demokratische Sozialist Willy Brandt uns bewegt, anregt und zu manchem Beitrag veranlasst. Einige der besten Brandt-Kenner unter den Historikern und Politikwissenschaftlern sind Mitglieder der HDS oder schreiben regelmäßig für die *perspektiven ds*.

Allerdings: Gerade nach dem Jubiläumsjahr 2013 mag man «von Willy» auch schon nichts mehr hören und lesen. Die unzähligen Publikationen sind selbst für Interessierte kaum noch zu überschauen und die immer gleichen Bilder und Zitate, «Kniefall» und «mehr Demokratie wagen», im Fernsehen und der Presse – sie nerven langsam. Kaum eine sozialdemokratische Rede kommt ohne Bezugnahme auf den langjährigen Parteivor-sitzenden aus und man hat nicht immer den Eindruck, dass die Redner und Redenschreiber mit dem demokratisch-sozialistischen Kontext und Potential der eingewobenen Zitate vertraut sind. «Mehr Demokratie» etwa bedeutete ja nicht, alle Jubeljahre einmal in einem zentral gelenkten Prozess über einen Koalitionsvertrag abzustimmen. Und ob die seltsamen Einwürfe einiger Weggefährten und «Enkel» Willy Brandts zum Konflikt in der Ukraine überhaupt noch irgendeinen

Bezug zur historischen Person oder der «Neuen Ostpolitik» haben, muss bezweifelt werden. Die Beteiligten müssten es eigentlich besser wissen, aber mit Brandt ist noch jeder Kommentar und jede Meinung gegen Kritik immunisiert. Aus einem anderen politischen Lager kommen noch merkwürdigere Einwürfe: «Ich knüpfе an Willy Brandt an», sagt er, die Stimme bedeutungsvoll gesenkt: «Ich schlage der Bundesregierung vor, dass wir eine neue Ostpolitik machen.»<sup>1</sup> So Gregor Gysi auf dem letzten Parteitag der Linkspartei, auf dem seine Parteifreundin Sevim Dağdelen in diesem Zusammenhang von einer «Kumpanei der Bundesregierung mit Faschisten»<sup>2</sup> sprach.

In seiner Funktion als politischer Steinbruch befindet sich Willy Brandt in guter Gesellschaft. Darüber, wie häufig August Bebel's *Die Frau und der Sozialismus* gründlich missverstanden und seine Argumentation in das genaue Gegenteil verkehrt worden ist<sup>3</sup>, ließe sich ein separater Aufsatz

1 *Süddeutsche Zeitung* vom 12. Mai 2014.

2 *taz* vom 12. Mai 2014.

3 Zahlreiche Beispiele für «interessante» Interpretationen in Bissinger, Manfred/Thierse, Wolfgang (Hg.): Was würde Bebel dazu sagen? Zur aktuellen Lage der Sozialdemokratie, Göttingen 2013, S. 249 ff.



schreiben. Die Frage «Was würde Bebel dazu sagen?» kann knapp beantwortet werden: Nichts. Mit Bebel und noch mehr Willy Brandt lässt sich – so muss man es leider formulieren – monetär und politisch «Kasse machen».

Dennoch haben wir uns in der Redaktion dazu entschlossen, in diesem Heft ein kleines Willy-Brandt-Spezial zu publizieren und zu weiteren Beiträgen einzuladen. Klaus Schönhoven beschäftigt sich mit Willy Brandts Rolle als Parteivorsitzender, die zu Unrecht hinter seinen Leistungen als Kanzler verblasst oder ihn in der Spätzeit in der öffentlichen Wahrnehmung in die Richtung des «netten linken Parteionkels» rückt. Gleiches gilt für seine Zeit in Berlin, in der er ja Protagonist harter und bisweilen vollkommen überzogener innerparteilicher Auseinandersetzungen war. Bernd Rother hingegen wirft einen Blick zurück auf das Gedenken an Willy Brandt im Jahr 2013. Er verdeutlicht, dass dem Gedenken trotz und gerade wegen der durchgehend positiven Bewertungen doch auch eine gewisse Ambivalenz innewohnte. «Und die SPD?», fragt er treffend – ist im Brandt-Jahr zur Mehrheitsbeschafferin der Union geschrumpft, so sehr man auch 1966 beschwören mag. Eines ist diesbezüglich anzumerken: «Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition, maßgeblich formuliert und durchgesetzt von der SPD-Koryphäe Karl Schiller, ging mit einer vielseitigen keynesianischen Globalsteuerung die Probleme an.»<sup>4</sup> Nun ja, diese Zeiten sind vorbei.

Politisch gesehen hilft der Brandt-Mythos als sozialdemokratisches Poesiealbum

im Jahr 2014 nicht mehr weiter, seine Beschwörung in Reden und Beiträgen ist eher ein Ausdruck von Hilflosigkeit und einer heimeligen Erinnerung an die alte BRD – eine Zukunftsperspektive ist dies nicht. Hätte der junge Willy Brandt im Jahr 2014 womöglich der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt und wäre einer sozialistischen Alternative beigetreten? Man sollte der Skulptur im Willy-Brandt-Haus jedenfalls ein Pendant des Jahres 1931 an die Seite stellen um, wie es auf der Homepage des Willy-Brandt-Hauses geschrieben steht, «zum Nachdenken und Interpretieren» herauszufordern.

Eine Schlagwortsuche «Willy Brandt» im Bibliothekskatalog der Friedrich-Ebert-Stiftung ergibt 980 Treffer (Stand: 6. Mai 2014, «August Bebel»: 289 Treffer). Kaum ein wichtiges Dokument, das – wie so vorbildlich in der 2009 abgeschlossenen *Berliner Ausgabe*<sup>5</sup> geschehen – noch nicht ediert worden wäre. Ist Willy Brandt also «ausgeforscht», bleibt der Historikerzunft nur noch mikroskopische Kleinstarbeit übrig? Nicht so ganz. Brandts Leistungen in der Innenpolitik sind noch nicht hinreichend ausgeleuchtet. Auch ideengeschichtliche Aspekte bleiben unterbelichtet. Wo eigentlich lagen die Kontinuitäten im politischen Denken Willy Brandts? Es ist ja kein Zufall, dass gerade ein «Linksozialist» – man denke auch an Willi Eichler oder Fritz Erler – die Nachkriegs-Sozialdemokratie als linke Reformpartei in der gesellschaftlichen Mitte verankerte. Die SPD wurde nicht (nur) von innen, sondern auch von (halb-)außen (SAP, ISK, Neu Beginnen) modernisiert. Entgegen der sozialdemokratischen Erzählung war Willy Brandt eben mehr demokratischer Sozialist

4 Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München 2008, S. 60.

5 <http://www.willy-brandt.de/stiftung/forschung/berliner-ausgabe.html>.

als Sozialdemokrat, «Vernunft-Sozi» aber sicher kein gläubiger «Parteisoldat». Ein «linker Lebenslauf»<sup>6</sup> umfasst mehr als ein Parteibuch und das kann man z. B. angesichts der Zustände im ehemaligen Landesverband Willy Brandts nicht überbetonen.

Am spannendsten aber bleibt die auch von Bernd Rother aufgeworfene Frage nach Willy Brandt als deutscher (oder europäischer?) «Erinnerungsort». Wie eigentlich entstand der Mythos, die Ikone «Brandt»? Warum ist «der andere Deutsche» – zu Lebzeiten umstritten und heftig geschmäht – heute in fast jedem politischen Lager anschlussfähig und warum, der Name Albrecht Müller fällt einem hier fast zwangsläufig ein, kann er für beliebige politische Forderungen «missbraucht» und «ausgeschlachtet» werden? Die erinnerungs- und vergangen-

heitspolitische Funktion Willy Brandts wird ausschließlich auf den «Kniefall» reduziert<sup>7</sup>, aber da gibt es gewiss mehr, das ein Hinsehen lohnt. Es ist wohl gerade die Entkopplung von Willy Brandt und der Sozialdemokratie in der kollektiven Erinnerung, die dazu beigetragen hat, dass die SPD von der allgemeinen Anhänglichkeit an ihn nicht oder kaum noch profitiert. Und vielleicht auch ein Unwissen innerhalb der SPD, aus welchen historisch und moralisch verankerten Grundwerten heraus Willy Brandt seine schöpferische Politik entwickelte.

Wir werden uns in den *perspektiven ds* also wieder und weiterhin an Willy Brandt abarbeiten. Nicht um etwas von ihm zu lernen, sondern über uns. Klaus Schönhoven und Bernd Rother machen einen Anfang.

6 Vgl. Heimann, Siegfried: Was ist ein linker Lebenslauf?, in: *perspektiven ds* 27 (2), 2010, S. 51–55.

7 Vgl. Kumkar, Nils: Der Kniefall von Warschau, in: Walter, Franz/Butzlaff, Felix (Hg.): *Mythen, Ikonen, Märtyrer. Sozialdemokratische Geschichten*, Berlin 2013, S. 127–135; Krzemiński, Adam: Der Kniefall, in: François, Étienne/Schulze, Hagen (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 1, München \*2001, S. 638–653.

## Willys Hundertster

Willy Brandt hatte 2013 Konjunktur. Im vergangenen Dezember gab es kaum ein Medium, das nicht seinen 100. Geburtstag zum Anlass für ausführliche Berichte, für Extrabeilagen und für Sonderhefte nahm. Etwa 250 Artikel im In- und Ausland, 18 TV-Sendungen und noch mehr Radiobeiträge widmeten sich Willy Brandt, darunter eine Fernsehdokumentation, die auf Arte und im Ersten gesendet wurde. 23 neue Bücher über Brandt erschienen, neun wurden wieder aufgelegt. Welche Botschaften wurden von den Medien transportiert? Woher rührt das enorme öffentliche Interesse? Was wird vermutlich bleiben? Und auch: Was hat die Sozialdemokratie davon?

### Der Büchertisch

Beginnen wir mit einem Blick auf den Büchermarkt. Bernd Faulenbach, Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD, Einhart Lorenz, deutsch-norwegischer Spezialist für Brandts Exilzeit, Hans-Joachim Noack, als *Spiegel*-Redakteur lange Jahre dicht an Brandt dran, und die französische Zeithistorikerin Hélène Miard-Delacroix haben neue Gesamtbiographien vorgelegt. Eher enttäuschend ist Noacks Werk. Von der Nähe zu Brandt ist im Buch kaum etwas zu spüren, weder durch Anekdoten noch durch eine besondere Tiefe der Erkundung von Person und Politik. Brandts internationale Aktivitäten nach dem Rücktritt als Bundeskanzler – ob als Präsident der SI oder als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission – kommen praktisch nicht vor. Zu spüren ist auch, dass der Autor zur Welt der linkssozia-

listischen Revolutionäre, in der sich Brandt in den 1930er-Jahren bewegte, keinen Zugang gefunden hat.

Bernd Faulenbach ist auf knapp 130 Seiten eine ausgewogene Biographie gelungen, die auch die späten Jahre gebührend würdigt. Einhart Lorenz, dessen Porträt auf Norwegisch und auf Deutsch erschienen ist, behandelt die ersten Lebensjahrzehnte bis zur Rückkehr aus dem Exil besonders intensiv. Für die Folgezeit streut er immer wieder Stimmen aus Skandinavien und anderen Ländern ein und durchbricht damit die rein deutsche Perspektive auf Brandt. Sein Buch gewinnt dadurch. Ähnliches kann man von Hélène Miard-Delacroix sagen, nur dass hier aus nahe liegenden Gründen die französische Sicht gewählt wird. Wie auch Faulenbach bewegt sie sich auf der Höhe der Forschungen zu Brandt und vergisst nicht die Jahre zwischen 1974 und 1989. Was nun noch fehlt, ist eine englischsprachige Biographie. Eine niederländische ist für das Frühjahr angekündigt.

Der hundertste Geburtstag konnte nicht ohne die Veröffentlichung persönlicher Erinnerungen vorbeiziehen. Überraschend war, dass mit Peter Brandt erstmals eines der Kinder ausführlich berichtet. Willys ältester Sohn, bis vor wenigen Wochen Geschichtsprofessor an der Fernuniversität Hagen, mischt dabei klug selbst Erlebtes mit der Reflexion und Analyse des professionellen Historikers. Nunmehr vier Auflagen des Buches sind eine Belohnung dafür. Auch Egon Bahr hat – aufbauend auf seiner 1996 erschienenen Autobiographie – seine Sicht

Willy Brandts zu Papier gebracht. Viele der Fakten sind nicht neu, aber die Gedanken darüber, was für ein Mensch und Politiker der Freund gewesen ist, sind auch für Kenner der Brandtschen Vita anregend. Dass sich auch Albrecht Müller zu Wort melden würde, war absehbar. Seit Jahren ist er die prominenteste Stimme der Willy-Nostalgiker. Nach jedem verlorenen Wahlkampf mahnt er die SPD, den von 1972 zum Vorbild zu nehmen, dann werde es schon klappen. In seinem neuen Buch schießt er Breitseiten auf Historiker ab, die Brandt seiner Meinung nach seit Jahren unterschrieben.

Eine Publikation sui generis sind Torsen Körners 500 Seiten über «Die Familie Willy Brandt». Der Titel lässt monarchistische Hofberichterstattung befürchten. Ganz so schlimm kommt es dann doch nicht. Über lange Passagen sind es sehr plausible, manchmal gar faszinierende Lesarten von Brandts politischem und privatem Lebensweg. Sprachlich bewegt sich das Buch auf hohem Niveau. Lars und Peter Brandt haben sich dem Autor in einem Maße geöffnet, wie das nicht zu erwarten gewesen war. Aber dann gibt es doch Abschnitte, wo im besten Intellektuellenjargon Banales dargeboten wird, das man auch in der *Bunten* finden könnte, nur eben dort in barrierefreiem Deutsch. «Rocco und seine Brüder» ist solch ein Kapitel; es handelt vom «bilingualen Papagei» der Familie. Wer praktisch nicht vorkommt, ist Brigitte Seebacher. Der Autor gibt dafür keine Begründung ab. So bleibt es ein Buch, dessen Titel eigentlich «Die Familie Rut und Willy Brandt» hätte lauten müssen.

Uneingeschränkt empfehlenswert ist Gunter Hofmanns Essay über Willy Brandt und Helmut Schmidt. Der frühere *Zeit*-Korrespondent beweist auch hier, dass er zu

den klügsten Köpfen unter den politischen Journalisten gehört. Er blickt weit über die Sachthemen hinaus und stellt uns die beiden Charaktere vor. Über alle Schwierigkeiten hinweg – der Tiefpunkt dürfte 1983 gewesen sein – verband die beiden Großen der Nachkriegssozialdemokratie tiefer Respekt. Und von Schmidts Seite war es anfänglich und zum Schluss wieder auch Freundschaft. Dem Verhältnis beider zueinander wird eine Edition des Briefwechsels, die Meik Woyke von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung erstellt, schärferes Profil geben.

Zwei andere Editionen sind bereits erschienen: der Briefwechsel Brandt-Grass und Brandts Reden zur Geschichte. Asymmetrisch könnte man das Verhältnis zwischen den beiden Nobelpreisträgern nennen. Der Schriftsteller traktierte den Politiker mit langen Briefen, auf die dieser nicht immer, aber stets knapp antwortete. Dennoch sollte nicht unterschätzt werden, wie wichtig Grass in den 1960er- und 1970er-Jahren für Brandt war, als Verbindungsmann zu Intellektuellen und als Anreger für Worte wie für Themen. Grass träumte wohl, darüber hinaus zu einem deutschen Pablo Neruda zu werden, der das Chile Salvador Allendes als Botschafter in Paris vertreten durfte. Dafür aber war Brandt zu sehr Realpolitiker.

Dass Brandt ohne die Nazi-Diktatur vielleicht ein respektabler Historiker geworden wäre (er hatte beabsichtigt, Geschichte zu studieren), zeigt die Edition seiner Reden zur deutschen und zur sozialdemokratischen Geschichte, die Klaus Schönhoven besorgt hat, ebenfalls für die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Auf 850 Seiten kann man nachvollziehen, wie für Brandt historischer Rückblick und gegenwärtige Politik immer wieder zusammengehörten. Bei al-

len Einschränkungen, die auch ihm bewusst waren, beharrte Brandt darauf, dass aus der Geschichte Schlüsse gezogen werden könnten, wenn man schon nicht vom «Lernen aus der Geschichte» reden will. Sein eigenes Geschichtsbild war durchaus fest verankert. Das überwiegend negative Urteil über die Mehrheitssozialdemokratie in der Revolution 1918/19 ließ er sich von Einwänden universitärer Historiker nicht nehmen.

Wie breit Willy Brandts 100. Geburtstag von Verlagen und Verlegern als bedeutendes Datum der Geschichtskultur verstanden wurde, zeigen auch zwei Comics – ein Genre, das bei solchen Anlässen eher selten zum Zuge kommt. Heiner Lünstedts und Ingrid Sabischs Comic ist zwar ästhetisch gelungener, aber vom sachlichen Gehalt und von der historischen Genauigkeit wenig empfehlenswert: Das Buch von Helga Grebing und Ansgar Lorenz bietet Besseres.

Schließlich sei noch auf zwei weitere Neuerscheinungen verwiesen. «Willy Brandts Außenpolitik» ist Titel und Thema eines Sammelbandes, der vom Autor dieser Zeilen herausgegeben wurde. Europa, USA, Ostpolitik, internationale Sozialdemokratie und Nord-Süd-Beziehungen sowie die Art und Weise, wie Brandt Außenpolitik betrieb, sind Gegenstand der Beiträge. Gertrud Lenz, früher Leiterin des Willy-Brandt-Archivs in der FES, hat Gertrud Meyer, Brandts erster Lebensgefährtin, eine Biographie gewidmet. In allen bisher zu und von Brandt erschienenen Werken wurde ihr Anteil am Wirken des SAP-Exils in Norwegen unterschätzt. Dies zurückzuführen ist das Verdienst der Arbeit, die aber darunter leidet, dass die Autorin den Nachlass von Gertrud Meyer nicht nutzen durfte und dass die Lektüre nicht immer ein sprachliches Vergnügen ist.

Zum Geburtstag sind auch Neuauflagen von Standardwerken erschienen, unter denen zuallererst Peter Merseburgers Biographie zu nennen ist. Leider hat nur Gregor Schöllgen dies zum Anlass einer aktualisierenden Neubearbeitung genommen. Brigitte Seebachers Erinnerungen an ihren Mann kamen unverändert auf den Markt.

Neue Sichtweisen gab es also, aber traditionelle Herangehensweisen dominierten. Körners Familiengeschichte und die beiden Comics gehören zu den Innovationen, trotz der Defizite. Peter Brandts Buch und die Äußerungen seiner Brüder Lars und Matthias sowie der einzigen Tochter (aus der ersten Ehe), Ninja Frahm, gegenüber Körner und den Medien brachten auch viel über sie selbst ans Licht. Als erfreulich kann konstatiert werden, dass nicht im entferntesten Reminiszenzen an den Streit in der Familie Helmut Kohls zu erkennen waren.

Zur Bilanz dieser Publikationswelle gehört auch, dass Herbert Wehner der Verlierer im Wettstreit der Erinnerungen ist – jedenfalls wenn der Blick auf die einstige «Troika» gerichtet ist. Häufig kam er nur am Rande vor und wenn er doch eine Rolle spielte, dann meist als der große Schurke, der 1974 – so die nicht haltbare These von Egon Bahr – im Zusammenspiel mit Erich Honecker den Sturz von Willy Brandt betrieb. Helmut Schmidt ist omnipräsent, Willy Brandt wurde zum runden Geburtstag breit als herausragender Staatsmann gewürdigt, aber an den Strippenzieher und Einpeitscher Wehner erinnern sich jenseits der Jahrgänge, die ihn erlebten, nur noch Spezialisten. Zu erklären ist das nicht nur mit dem fehlenden hervorgehobenen Amt. Wehners Art Politik zu betreiben ist uns heute fremd. Er war zu machiavellistisch, kann also nicht wie Brandt auf der Suche

nach Visionen bemüht werden und er bedient auch nicht den Wunsch nach dem perfekten Realpolitiker, wie dies Schmidt tut. Wehners große Verdienste um die Regierungsfähigkeit der SPD geraten darüber leider in Vergessenheit.

### Zeitungen und Zeitschriften

Willy Brandts 100. Geburtstag war noch einmal eine große Stunde des «Nebenzweigs der Holzverarbeitenden Industrie», wie der Journalist Willy Brandt seine Profession selbst nannte. Keine Internetseite konnte mit den Erzeugnissen der Zeitungen und Zeitschriften mithalten. Das «Netz» musste mit einer dienenden Funktion vorlieb nehmen: «Die Langfassung des Interviews finden Sie unter [www](#)» oder: «Wenn Sie mehr wissen und Willy Brandt hören wollen, dann klicken Sie hier». *Vorwärts*, *Zeitgeschichte* und *Stern* publizierten Sonderhefte, der *Spiegel* widmete Willy Brandt zum 31. Mal eine Titelgeschichte, der *Tagesspiegel* und die *Berliner Zeitung* produzierten thematische Beilagen, weitere Zeitungen gestalteten Extraseiten.

In einem stimmte der Tenor fast aller Beiträge überein: Willy Brandt ist heute unumstritten. Vom *Focus* bis zum *Neuen Deutschland* ist nichts mehr zu finden von der fundamentalen Kritik früherer Zeiten, die sich bis zum Hass und bis zu Verleumdungskampagnen steigern konnte. Manche Medien publizierten gar ein *Mea Culpa*. Gestritten wird heute eher darüber, welchem Lager Brandt heute (mehr) gehört. Patriot scheint für viele – mit Ausnahme der Partei «Die Linke» – der Begriff zu sein, auf den man sich bei der Charakterisierung Willy Brandts einigen kann. Die Ergänzung «demokratischer Patriot» wird zwar auch verwendet, versteht sich im Falle Brandts

aber von selbst. Besonders eher konservative Blätter oder Autoren konnten sich für Brandts Patriotismus erwärmen. In der *Welt am Sonntag* hieß eine Überschrift «Duell der Patrioten. Willy Brandt und Axel Springer – zwei Männer, die für Deutschlands Einheit kämpften». Die *Spiegel*-Titelgeschichte von Jan Fleischhauer, dem bekennenden Konservativen, hieß auf dem Cover «Der Patriot». Konsens scheint mittlerweile darüber zu bestehen, dass die Ostpolitik ein wichtiger Baustein der deutschen Einheit war. Von der Kritik an der «Nebenaußenpolitik» der Achtzigerjahre mit ihren engen Beziehungen zu kommunistischen Parteien in Osteuropa war kaum noch etwas zu spüren. Besonders weit gingen *Welt* und *Welt am Sonntag*, also die publizistischen Flaggschiffe des Axel-Springer-Verlags, Brandt entgegen. Sven-Felix Kellerhoff wertete die damalige Berichterstattung der *Welt* über die Zuerkennung des Friedensnobelpreises 1971 als «beschämende Fehlleistung». Thomas Schmid ergänzte in einem Leitartikel der *Welt* vom 18. Dezember, dass die Ostpolitik die Springer-Zeitungen «zu empörten, zum Teil hasserfüllten Attacken veranlasste.» Dies sind klare Worte, daran gibt es nichts zu deuteln. Noch überzeugender wären sie, publizierte die *Welt* nicht auch Artikel, in denen Brandt als «seinen Trieben offenbar rettungslos ausgelieferte(r) Kanzler» verleumdet wird, wie dies noch am 18. April 2013 geschah. Übrigens schrieb der selbe Autor, Ulli Kulke, für die *Welt* vom 18. Dezember einen Artikel, in dem er bekannte, 1972 vor Freude über den Wahlsieg von Brandt geheult zu haben. Aber auch Hans-Olaf Henkel gehörte 1972 zu den Willy-Wählern und engagiert sich nun in der AfD.

«Hasserfüllte Attacken» gegen Brandt hatte es in früheren Jahrzehnten auch vom

*Neuen Deutschland* gegeben. Anders als bei der *Welt* erinnert sich in der Redaktion anscheinend niemand mehr daran. Mehr Vergangenheitsaufarbeitung als die Einschätzung, der Umgang mit dem Sozialdemokraten sei «lange Zeit ruppig» gewesen, floss den Autoren nicht aus der Feder. Dafür liegt das *ND* an der Spitze, wenn es um die Vereinnahmung Brandts für die eigene Sache, hier der Partei «Die Linke», geht. Die Titelseite vom 16. Dezember zielt das Brandt-Zitat aus dem Jahr 1982 «Wenn es irgend geht, Finger weg von Großen Koalitionen.» Brandt erscheint beim *ND* als linker Flügelmann der SPD, der sich heute nicht mehr dort, sondern in der Partei «Die Linke» heimisch fühlen würde. Überzeugend wirkt das nicht, wenn man sich nicht der eigenen früheren Haltung stellt und sich auch nicht mit Brandts wohl begründetem Antikommunismus nach 1945 auseinandersetzt.

Ohne Rekurs auf die eigene Vergangenheit kam auch die *FAZ* aus, dennoch ist ihr Bild von Brandt anlässlich des 100. Geburtstags bemerkenswert. Die Medienseite schrieb von Brandts «Jahrhundertleben» und seiner «weltpolitisch singuläre(n) Rolle». Jasper von Altenbockum, auch sonst nicht als Freund der Linken aufgefallen, hielt im Politikteil dagegen und erklärte, «dass die Freiheit der ›inneren Ordnung‹, die Brandt 1969 nur durch ›Mitbestimmung‹ und ›Mitverantwortung‹ garantiert sah, in seiner Regierungszeit weiter geschwächt wurde.» Damit knüpfte er an eine Debatte während Brandts Regierungszeit an, ob denn nicht ein Mehr an Demokratie ein Weniger an Freiheit mit sich bringe. Helmut Schelsky gehörte zu denen, die derlei Bedenken trugen. Brandt schrieb damals (1973) an den Soziologen, dass auch ihm eine «möglicher Konflikt» bewusst sei, wies

aber darauf hin, dass «das Mehr an sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Mitbestimmung (...) der individuellen Freiheit dienen» solle.

Die größte Überraschung bot Gerhard Stadelmaier, Theaterkritiker der *FAZ*. Eine Woche vor dem Geburtstag kam von ihm der Aufmacher des Feuilleton, in dem er unter der Überschrift «Torquato Tasso trifft Willy Brandt» die legendäre Bremer Inszenierung Peter Steins vom März 1969 mit Brandts Vereidigung als Kanzler am 21. Oktober auf eine Stufe stellte. Die Parallelisierung begann mit den beiden großen Fotos oberhalb des Textes: Willy Brandt «mit himmelsstürmender Schwurhand (...)» und Bruno Ganz mit himmelsichernder Schwurhand als Torquato Tasso», so die Bildunterschrift der *FAZ*. Seine damaligen Empfindungen berichtend, griff Stadelmaier zu Formulierungen, die dem *Vorwärts* sofort den Vorwurf eingebracht hätten, nunmehr nordkoreanische Propagandaologen zu imitieren: «Denn er war der Politiker, der in Gehabe und Sprache auch als Dichter durchgehen konnte. (...) Glücklicher und gelöster und zuversichtlicher hat sich das Land selten gefühlt. Und über allem schwebend: Willy, mit dem Lorbeer der Ausnahmerecheinung bekränzt. Dem eine ganze junge Generation zu Füßen lag.» So wie bei Peter Steins Jahrhundert-Inszenierung, «der eine ganze junge Generation zu Füßen lag.»

Fazit: Willy Brandt erwies sich als vielfältig anschlussfähig. Von fast Linksradikalen bis hin zu konservativen Patrioten fand beinahe jeder bei Brandt Lebensabschnitte oder Themen, die ihn oder sie begeistern konnten. Damit unterscheidet sich Brandt von allen anderen Bundeskanzlern. Selbst die posthume Adenauer'sche Linke, die Jürgen Habermas mit seinem Respekt vor der

Westbindung der Bundesrepublik konturierte, machte den ersten Bundeskanzler nicht so anschlussfähig wie Brandts facettenreicher Lebensweg vom linksradikalen Antifaschisten über den antikommunistischen Bürgermeister und den europäischen Entspannungspolitiker bis hin zum globalen Vorstreiter für einen Ausgleich zwischen Nord und Süd.

### **Stolz, dass Willy bei uns war**

Ein sicheres Anzeichen dafür, dass jemand zum Mythos geworden ist, zumindest für ein Segment der Gesellschaft, ist der Beginn von lokalen Recherchen: Ist Willy auch bei uns gewesen? Welche Spuren gibt es, wer erinnert sich daran? In Berlin mag das noch sofort einleuchtend wirken, aber die kontrafaktische Frage, ob man sich einen Spaziergang oder eine Rundfahrt auf den Spuren von Otto Suhr oder Heinrich Albertz vorstellen könnte, mag doch aufzeigen, wie wenig selbstverständlich dies auch in der Stadt ist, mit der Brandts Name am engsten verbunden ist. Die Wochenendbeilage der *Morgenpost* erklärte Brandt zum «Jahrhundert-Berliner» und die *Berliner Zeitung* verklärte: «Willy Brandt war in Berlin zu Hause. Hier ist er nachts Kegeln gegangen, hier hat er den Kalten Krieg mit Worten bekämpft. Hier ist er mit seinen Jungs über den Schlachtensee gerudert, hat sich in einen Schreibtisch verliebt und ist zum Staatsmann gereift». Der *rbf* stellt im Internet 15 Stationen vor, die Brandt mit Berlin verbinden. «Berlin – die Stadt seines Lebens» lautet der Titel dafür.

Dresden reklamierte für sich die «Geburt» von Willy Brandt: «Wenn man so will, kam dieser Willy Brandt am 11. März 1933 in Dresden zur Welt.», schrieb die *Sächsische Zeitung* und meinte damit, dass Herbert

Frahm für den geheimen Parteitag seiner Sozialistischen Arbeiterpartei am 11. März 1933 erstmals diesen Tarnnamen wählte. Sachsen-Anhalts Hauptstadt erinnerte an «Brandts Heimspiel in Magdeburg» just an dessen 76. Geburtstag. Intensiv war die Beschäftigung mit Brandts Verbindung zum Ort in Schweinfurt, wo insbesondere Zeitzeugen in einem Volkshochschulkurs seine Aufenthalte in der Kugellagerstadt zusammentrugen. Am Ende stand eine Ausstellung «Spurensuche: Willy Brandt in Schweinfurt», die im Sommer 2012 im Rathaus als Ergänzung zur Wanderausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt wurde.

### **Generation Brandt?**

Hier stoßen wir auf das Phänomen der «Generation Willy Brandt», das dem Gedenken im vergangenen Dezember eine ganz eigene Prägung gab. Als diese Generation soll hier – ohne lange Begründungen (die aber eine interessante Diskussion eröffnen könnten) – die von Brandt in großer Zahl für das demokratische Gemeinwesen gewonnene APO-Generation bezeichnet werden (üblicherweise mit den Geburtsjahren 1938–1948 abgegrenzt), ergänzt um die Jahrgänge bis 1954, die 1972 das erste Mal wählen konnten, denn 1969 war nur der Jahrgang 1948 zum Zuge gekommen. Die Senkung der Altersgrenze auf 18 machte es möglich. Die «Willy wählen»-Kampagne gehört zu ihren prägendsten politischen Erfahrungen. Der schon erwähnte Gerhard Stadelmaier, 1950 geboren (Jasper von Altenbockum hingegen 1962), und der ein Jahr jüngere Jochen Hieber, Verfasser der preisenden Formulierungen auf der Medienseite der *FAZ*, gehören dazu. Beim *Vorwärts*-Extra zum 100. von Brandt wurden 25 Autoren 1954 oder früher geboren, nur sechs nicht. Zur



«Generation Brandt» gehört auch der doppelgesichtige Ulli Kluge. Holger Schmale berichtete im Magazin der *Berliner Zeitung*, wie er durch Willy Brandt begeistert im beschaulichen und konservativen Aumühle (gleich nebenan liegt Bismarcks Alterssitz Friedrichsruh) bei den Jusos die örtliche Politik aufmischte. «Idol einer Generation. Willy Brandt hat als Kanzler vor allem die jungen Deutschen elektrisiert. Er war so alt wie ihre Väter – und dennoch ganz anders», so lautete Titelzeile und Untertitel dazu. Auch die *Bild am Sonntag* stellte sich in die Tradition dieser Generation: «Mein Willy. Sehr persönliche Erinnerungen von BamS-Autor Helmut Böger (64) zu Brandts 100. Geburtstag. (...) Er wurde das Idol meiner Jugend, vor Beckenbauer und den Beatles. Brandt war so anders als die Männer seiner Generation, die ich persönlich kannte. Einer, der nicht Hitler gedient hatte.»

Dietmar Seher beschrieb die Bedeutung des Generationenempfindens im Kommentar in der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* so: «Vielleicht wird man, wenn die Generation Brandt abgedankt hat, nicht mehr vom Denkmal Brandt sprechen. Man wird vielleicht eher sagen, dass der Mann geholfen hat, den Weg Deutschlands ins dritte Jahrtausend zu ebnen. Das ist wahrlich Anerkennung genug.» Die meisten Jahrgänge der «Generation Brandt» sind schon in Rente, aber gerade in den Medien muss das nicht heißen, dass sie nicht mehr aktiv sind. Gunter Hofmann, 1942 geboren, ist ein Beispiel dafür und selbst der 1928 zur Welt gekommene Peter Merseburger war in zahlreichen Medien wieder präsent. Die Jüngeren der Generation sind nun am Ende ihres Berufslebens angekommen, was auch bedeutet, dass sie das Maximum ihres Einflusses erreicht haben. Der 100. Geburtstag von

Willy Brandt war der Anlass, auf den eigenen Werdegang zurückzuschauen.

Dass er auch Nachgeborene fasziniert, betonte der vierzigjährige Philip Cassier im Wochenendmagazin der Berliner *Morgenpost* vom 15. Dezember 2013. Die Überschrift ist nichts für Brandt-Puristen: «Brandt. Willy Brandt». 007 lässt grüßen. «Wenigen Politikern ist es vergönnt, selbst bei denjenigen nostalgische Gefühle heraufzubeschwören, die sie kaum erlebt haben. Willy Brandt gehört zu dieser raren Spezies.» Was sagen die Meinungsforscher dazu? Für seine Altersgenossen lag Cassier daneben, wie eine *Forsa*-Umfrage von Anfang Dezember (also vor dem Höhepunkt des Brandt-Hypes) belegt. Bei den 30- bis 44-jährigen ist der Anteil derer, für die Brandt der «bedeutendste Kanzler» war, am niedrigsten: nur 12 Prozent. Bei den 18- bis 29-jährigen kam er auf 18 Prozent, bei den Älteren auf 21 Prozent, auch bei der «Generation Brandt», in der Helmut Schmidt vor Konrad Adenauer führt. Bei den SPD-Anhängern lag Brandt ebenfalls hinter Schmidt. Die erste Stelle erreichte er nur bei den Linken (knapp) und den Grünen (mit großem Vorsprung).

Gibt es also doch keine «Generation Brandt» oder ist die Brandt-Begeisterung nur ein Phänomen des linken und linksliberalen Milieus? Sicherlich reproduziert sich in der Umfrage der Befund, den Zeitgenossen bereits «1968» und 1972 machen konnten: Nur ein kleiner Teil der Jüngeren war politisch aktiv, selbst in diesen bewegten Zeiten. Sie waren insofern die Spitze eines Eisberges als in abgeschwächter Form viele ihrer AltersgenossInnen zustimmten. Das hervorragende Jungwählerergebnis der SPD 1972 zeugt davon. Zudem: Brandt sprach eher kritische Intellektuelle an, auch die Jüngeren, die das erst noch werden sollten

oder wollten. Helmut Schmidt fand positive Resonanz in anderen gesellschaftlichen Gruppen, besonders in wirtschaftsaffinen Milieus, seien es Industriemeister oder leitende Angestellte. Dies mag erklären, dass bis heute aus den Medien Brandt Bewunderung entgegengebracht wird, während Helmut Schmidt eher Respekt erfährt.

### TV und Radio

Am Anfang stand Günther Jauch. Bereits am 3. November ließ er seine Talkshowgäste zu zweitbesten Sendezeit – gleich nach dem Sonntagskrimi – über Willy Brandt sprechen. Was ein guter Auftakt hätte sein können, erwies sich als hastig zusammengestoppertes Produkt, das die ZuschauerInnen ratlos zurück ließ. Peter Brandt und Egon Bahr konnten trotz guter Beiträge das Ganze nicht mehr retten. Aber von da an ging es bergauf. Siebzehn weitere Sendungen auf verschiedensten Fernsehkanälen und 28 Termine im Hörfunk folgten. Von zweiminütigen Erinnerungen an den Kniefall bis zu einer über sechsständigen «Langen Willy-Brandt-Nacht» des *WDR* waren alle Formate dabei. Material stand reichlich zur Verfügung. Brandt war der erste Kanzler des Medienzeitalters und er besaß besonderes Geschick im Umgang mit dem Fernsehen.

Unbestrittener Höhepunkt war die von *Arte* und *ARD* ausgestrahlte Dokumentation «Willy Brandt – Erinnerungen an ein Politikerleben». Je 90 Minuten räumten beide Sender dafür frei – heutzutage eine seltene Ausnahme. Ohne einen einzigen Kommentar aus dem Off, nur durch gelungenes Zusammenschneiden der Zeitzeugen und Historiker schuf der Regisseur André Schäfer ein überzeugendes Porträt Willy Brandts. Im Detail unheroisch summierten sich die Aussagen doch zu einem Bild, das

die Wirkung Brandts auf seine Anhänger nachvollziehbar macht. Das Fazit formuliert die 98jährige Elisabeth Spanjer-Fischer, die Brandt erstmals 1934 in ihrer niederländischen Heimat begegnet war: «Er war die Zierde unserer Generation». So wie in den meisten Printmedien blieben auch in der Dokumentation kritische Stimmen und umstrittene Entscheidungen ausgeblendet. Kein Christdemokrat kam zu Wort. Leider wurde auch Brandts Witwe Brigitte Seebacher nicht angefragt, die auch von vielen anderen Medien ignoriert wurde.

### Und die SPD?

Die Würdigung ihres längstjährigen Parteivorsitzenden (noch vor Bebel, jedenfalls was die formalen Amtszeiten angeht) durch die SPD erfolgte in angemessener Weise. Zahlreiche Untergliederungen der Partei zogen eigene Gedenkakte auf, so dass man sagen kann: Willy Brandt ist in der SPD immer noch voll präsent. Kein Wunder bei der Altersstruktur, gibt es doch gegen alle Regeln der Demographie auf Jubilarsehrungen mehr Genossinnen und Genossen, die auf 40 Jahre Mitgliedschaft, als solche, die auf 25 Jahre zurückblicken können.

Aber was brachte die posthume Willy-Begeisterung des Jahres 2013 für die gesellschaftliche Akzeptanz sozialdemokratischer Vorstellungen? Demoskopische Befunde liegen nicht vor, außer dem harten Fakt des Wählerverdichts vom 22. September. Die Erinnerung an bessere Zeiten hat auch bei dieser Bundestagswahl herzlich wenige Wählerinnen und Wähler beeindruckt. Zudem wäre es wohl auch schwer, die Auswirkungen der 150-Jahrfeier der Partei und die der anhaltenden Hochschätzung von Helmut Schmidt durch eine breite Öffentlichkeit von denen des 100. Geburtstages zu trennen.

Konstatieren kann man zumindest, dass eine breitere Debatte über «Brandt heute» kaum gelaufen ist. In den Medien dominierte eindeutig die Erinnerung. Und auch in der Partei diente die Willy-Begeisterung eher als Energieträger für die sozialdemokratischen Wärmestuben denn als Feuer für Zukunftswerkstätten. Natürlich hatte das viel damit zu tun, dass erst die Bundestagswahl und dann die Regierungsbildung alles andere überlagerten, wobei angemerkt sei, dass das Agieren der SPD-Führung in den Koalitionsverhandlungen jedem Vergleich mit dem Willy Brandts standhält, ja sie dabei sogar deutlich vorne liegt.

Sigmar Gabriel führte in seiner Rede auf der Festveranstaltung der SPD und der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 18. Dezember im Willy-Brandt-Haus aus, dass «uns Willy Brandts Politik auch aktuell noch eine Menge sagen» könne, erinnerte sich dann aber doch daran, dass es besser ist, die Fragen von früher aufzunehmen und zu aktualisieren statt auf alte Antworten zurückzugreifen. «Heute stellen sich die Menschen andere Fragen, die wir im Geiste Willy Brandts beantworten wollen: Wie sichern wir allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance auf sozialen Aufstieg und ein selbstbestimmtes Leben? (...) Können wir in dieser Welt so nachhaltig leben, dass etwas davon für unsere Kinder und Enkel übrig bleibt?» Ausführlich ging er auf die Europapolitik ein: «Die Europäische Union wird derzeit von einer tiefen Krise erschüttert. (...) Deutschlands Stärke liegt nicht in seiner Größe, sondern in seinem Willen zur Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn! In Wahrheit lassen sich nationale – auch deutsche – Interessen nur noch mit und in der europäischen Zusammenarbeit verwirklichen. Und nationale Souveränität in einer

globalisierten Welt, in der die Völker Europas an Zahl, wirtschaftlichem Gewicht und politischem Einfluss verlieren, lässt sich nur erhalten, wenn unser Land nationale Autonomie willentlich und gezielt zugunsten einer europäischen Selbstbestimmung aufgibt. Das ist das europapolitische Erbe Willy Brandts.»

In der Tat ist das eine angemessene Aktualisierung der Brandt'schen Politik. Die Politik konnte seiner Ansicht nach ihre Handlungsfähigkeit nicht mehr alleine im Rahmen des Nationalstaates aufrechterhalten. Die ökonomische Globalisierung erforderte auch eine Globalisierung der Politik. Aber jenseits der Bedeutung dieses Erkenntnis für die Europapolitik von Sozialdemokraten wurden die Konsequenzen im Jubiläumsjahr kaum debattiert. Erst 2014 setzte eine Diskussion über die internationalen Verpflichtungen Deutschlands ein, wie sie Willy Brandt bereits 1991 vorgeschlagen hatte. Wer sich an seine damaligen Äußerungen erinnert, in denen er vom vereinten Vaterland forderte, den Vereinten Nationen auch Soldaten zur Verfügung zu stellen, kann nur erfreut auf Frank-Walter Steinmeiers Bemühungen reagieren. Brandt bevorzugte auch nach 1989 diplomatische Mittel gegenüber militärischen. Pazifist, wie dies ein abtrünnig gewordener früherer SPD-Vorsitzender unterstellt, war Brandt jedoch nie.

Politik ist Kommunikation. Das wusste Willy Brandt, Schöpfer der Formulierung von der «Neuen Mitte», sehr wohl. In der Tradition seiner Politik wäre es gut gewesen (kann aber jederzeit nachgeholt werden), den Begriff der «Reformen» wieder neu zu besetzen. In Brandts Kanzlerzeit signalisierte er Hoffnung auf Verbesserung, seit den Achtzigerjahren hat er etwas Bedrohliches an sich. Der Bürger, die Bürgerin bit-

tet heutzutage, von Reformen verschont zu bleiben. Ob es nun bei diesem Begriff bleibt oder ein besserer gefunden wird: Die Politik muss es schaffen, vom Reparieren zum Gestalten überzugehen. Dies war das Versprechen und die Praxis der ersten Kanzlerjahre Brandts und damit begeisterte er viele, die mitgestalten wollten.

### Neuerscheinungen und Neuauflagen aus Anlass von Willy Brandts 100. Geburtstag

#### Neuerscheinungen

##### a) deutschsprachig

- Bahr, Egon: «Das musst du erzählen». Erinnerungen an Willy Brandt, Berlin (Propyläen) 2013.
- Brandt, Peter: Mit anderen Augen. Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt, Bonn (J.H.W. Dietz) 2013.
- Faulenbach, Bernd: Willy Brandt, München (C.H. Beck) 2013.
- Grebing, Helga/Lorenz, Ansgar: Willy Brandt. Eine Comic-Biografie, Berlin (Vorwärts-Buchverlag), 2013.
- Hofmann, Gunter: Willy Brandt und Helmut Schmidt. Eine schwierige Freundschaft, München (C. H. Beck) 2012.
- Keck, Tina/Klingsporn, Margot (Hg.): Willy Brandt. Eine Hommage in Bildern, Göttingen (Steidl) 2013.
- Kessler, Jürgen: Über den Klippen. Als ich Willy Brandt einmal zu Bett brachte, Ingelheim (Leinpfad Verlag) 2013.
- Köbel, Martin (Hg.): Willy Brandt und Günter Grass. Der Briefwechsel, Göttingen (Steidl) 2013.
- Körner, Torsten: Die Familie Willy Brandt. Biographie, Frankfurt/ Main (Fischer) 2013.
- Lenz, Gertrud: Gertrud Meyer. Ein politisches Leben im Schatten Willy Brandts (1914–2002), Paderborn (Ferdinand Schöningh) 2013.

- Lorenz, Einhart: Willy Brandt: Deutscher – Europäer – Weltbürger, Stuttgart (Kohlhammer) 2012.
- Lünstedt, Heiner/Sabisch, Ingrid: Willy Brandt. Sein Leben als Comic, Berlin (Knesebeck) 2013.
- Michels, Eckard: Guillaume, der Spion. Eine deutsch-deutsche Karriere, Berlin (Ch. Links) 2013.
- Müller, Albrecht: Brandt aktuell: Treibjagd auf einen Hoffnungsträger. Sein Vermächtnis, (Westend) 2013.
- Münkel, Daniela: Willy Brandt. Mensch – Politiker – Ikone, Stuttgart (Kohlhammer) 2014 (Juni).
- Bemerkungen zu Willy Brandt, Berlin (Vorwärts-Buchverlag) 2013.
  - Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt, Berlin (BF informiert 32) 2013.
- Noack, Hans-Joachim: Willy Brandt. Ein Leben, ein Jahrhundert, Berlin (Rowohlt) 2013.
- Rother, Bernd (Hg.): Willy Brandts Außenpolitik, Wiesbaden (Springer VS) 2013.
- Woyke, Meik (Hg.): Willy Brandt und Helmut Schmidt – Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), Bonn (J.H.W. Dietz, Willy-Brandt-Dokumente, Bd. 3) 2014.

##### b) fremdsprachig

- Brandt, Willy: Wspomnienia [Erinnerungen, Polnisch], Poznan (Wydawnictwo Poznańskie) 2013.
- Lorenz, Einhart: Willy Brandt. Et politisk liv, Oslo (Res Publica [Oslo]) 2013.
- Willy Brandt i Oslo, Oslo 2013 (Reiseführer, veröffentlicht von der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung).
- Miard-Delacroix, Hélène: Willy Brandt, Paris (Fayard) 2013.

#### Neuauflagen

- Brandt, Willy: Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg (Hoffmann und Campe) 2012.

- «Kommen Sie aus Deutschland oder aus Überzeugung?» Politische Witze, München (dtv) 2013 (überarbeitete Neuausgabe).
  - Erinnerungen, Berlin (List) 2013.
- Heilemann, Uwe: Norge med Willy. Durch Norwegen auf den Spuren von Willy Brandt, (Books on Demand) 2013.
- Ihlefeld, Heli: Willy Brandt - «Auch darüber wird Gras wachsen...». Anekdotisches und Hintergrundiges, München (Herbig) 2013 (erweiterte Neuauflage).
- Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913 - 1992. Visionär und Realist, München (Pantleon) 2013.

Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, Berlin (Berlin-Verlag) 2013 (leicht erweiterte und aktualisierte Neuauflage).

Seebacher, Brigitte: Willy Brandt, München (Piper) 2013.

Stern, Carola: Willy Brandt, Reinbek (Rowohlt) 2013.

#### CDS

Brandt, Willy: Mehr Demokratie wagen. Reden und Gespräche, 5 CDs, (Der Hörverlag) 2013.

Brandt, Willy/Roth, Jürgen: Wir sind keine Erwählten, wir sind Gewählte. Gesprochen von Gert Heidenreich, CD, 2013.

## An der Spitze der Sozialdemokratie 1964—1987

### Führungsstil und Politikverständnis von Willy Brandt

Als Willy Brandt im März 1987 von seinem Amt als SPD-Vorsitzender zurücktrat, endete eine Ära in der Geschichte der Sozialdemokratie. Vor ihm hatte kein Sozialdemokrat so lange an der Spitze der Partei gestanden. Nach ihm begann in der SPD eine Periode der schnellen Führungswechsel, in deren Verlauf in zwei Jahrzehnten neunmal ein neuer Vorsitzender gewählt werden musste. Hatte Brandt die SPD fast ein Vierteljahrhundert lang geführt, so amtierten seine Nachfolger zumeist nur zwei bis vier Jahre. Auch deshalb wird die «Ära Brandt» in der Sozialdemokratie mittlerweile oft zu einer glanzvollen Periode verklärt, in der ein Vorsitzender die Partei souverän und kontinuierlich leitete.

Doch die knapp zweieinhalb Jahrzehnte zwischen den frühen sechziger und den späten achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in denen Brandt Parteivorsitzender war, können in der SPD-Geschichte nicht gerade als ruhige Zeiten charakterisiert werden. Denn während der Ära Brandt durchlebte die SPD parteipolitisch eine Phase tiefer Umbrüche, in der sich ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelte und die Millionengrenze überschritt. Mit diesen Masseneintritten verwandelte sich die Partei von einer traditionsbewussten und straff geführten Milieupartei zu einer vielschichtigen Volkspartei, deren politisches Erscheinungsbild heftige programmatische Flügelkämpfe und schwer überbrückbare Generationskonflikte prägten. Da die SPD zwischen

Dezember 1966 und Oktober 1982 an der Regierung der Bundesrepublik beteiligt war und von 1969 bis 1982 immer auch den Bundeskanzler stellte, hatte sie in der Ära Brandt sechzehn Jahre lang die mit der Regierungsverantwortung verbundenen komplexen innen- und außenpolitischen Probleme ebenfalls zu bewältigen.

Für Brandt, der zunächst als Außenminister der Großen Koalition und dann ab Herbst 1969 als Kanzler einer sozial-liberalen Koalition bis Mitte 1974 die Gallionsfigur der Sozialdemokratie in der Regierung war, stellte die zweifache Belastung als Parteivorsitzender und als führender Repräsentant der SPD im Bundeskabinett eine doppelte Herausforderung dar. Denn in dieser Zeitspanne vollzog sich in Politik, Gesellschaft und Kultur ein emanzipatorischer Aufbruch, der die Bundesrepublik bis in ihre Grundfesten erschütterte und nachhaltig veränderte. Sie trat nun endgültig aus der restaurativ geprägten Adenauer-Ära heraus und durchlebte eine Periode der Neuorientierung, in der Begriffe wie Wertewandel und Partizipation in das Zentrum der Gegenwartsanalysen rückten. Gleichzeitig bahnte sich aber auch das Ende der ökonomischen Boomphase der «Trente Glorieuses» an, diskutierte man in Wissenschaft und Politik erstmals intensiv über die ökologischen Grenzen und Gefahren eines ungebremsten Wirtschaftswachstums. Daher muss man also immer auch den bereits in zeitgenössischen Diagnosen kontrovers

wahrgenommenen widersprüchlichen Charakter dieser Jahrzehnte im Blick haben, wenn man den Führungsstil und das Politikverständnis Brandts als Parteivorsitzender der SPD analysiert.

### **Vorsitzender ohne Fortune**

Brandts Weg an die Spitze der SPD war keine Einbahnstraße, sondern ein windungsreicher Weg. Seinen Aufstieg in der Sozialdemokratie prägten auch von ihm mit harten Bandagen ausgefochtene innerparteiliche Konflikte in Berlin, deprimierende Niederlagen in Vorstandswahlen der SPD, sein Scheitern als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat im Herbst 1961 und die immer wieder im konservativen Lager geschürten Diffamierungskampagnen über seine Exilzeit in Norwegen und Schweden während der NS-Diktatur.

Als Brandt im Februar 1964 als Nachfolger von Erich Ollenhauer, der die Partei über ein Jahrzehnt lang mehr verwaltet als geführt hatte, zum Vorsitzenden der SPD gewählt wurde, war er noch keineswegs der allseits anerkannte Parteiführer, dessen Autorität in der Sozialdemokratie niemand anzweifelte. Er galt in den eigenen Reihen als ein Mann, der sich als Regierender Bürgermeister bei der Bevölkerung Berlins großes Vertrauen und für seine kämpferische Standfestigkeit in dieser Frontstadt des Kalten Krieges weltweites Ansehen erworben hatte. Aber seine innerparteiliche Autorität hielt sich in Grenzen, weil ihm der sprichwörtliche sozialdemokratische «Stallgeruch» fehlte und weil er über keine eigene Hausmacht in der westdeutschen Parteioorganisation verfügte.

Dass Brandt dennoch zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, hatte er vor allem Herbert Wehner zu verdanken, der als stra-

tegischer Kopf in der Bonner Parteizentrale die Fäden zog. Er baute Brandt systematisch als seinen Wunschkandidaten für das Spitzenamt in der SPD auf. Dabei ging es Wehner, wie sich bald herausstellen sollte, auch um die Absicherung seiner eigenen Machtposition als heimlicher Vorsitzender der Sozialdemokratie. Aus Wehners Sicht sollte Brandt die Partei als populärer Regierender Bürgermeister Berlins repräsentieren, während er selbst die SPD auch weiterhin politisch und organisatorisch von der Bundeshauptstadt Bonn aus dirigieren und kontrollieren wollte.

Diese zweckrationale Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin konnte nicht von Dauer sein. Zunächst gelang es Brandt jedoch nicht, aus dem Schatten seines Ziehvaters Wehner herauszutreten, dessen persönlicher Politikstil als sozialdemokratischer Zuchtmeister nicht gerade von der Bereitschaft zur Kollegialität geprägt war. Brandt hatte Mühe, im Machtzentrum der Partei in Bonn überhaupt Fuß zu fassen, in dem neben Wehner auch noch Fritz Erler, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, mit großem Selbstbewusstsein den Kurs der Sozialdemokratie mitbestimmte. Der als Berliner Außenseiter wahrgenommene Brandt blieb deshalb auf der Bonner Bühne ein Nebendarsteller. Sein Image als dynamischer deutscher «Kennedy», mit dem er 1961 den Bundestagswahlkampf bestritten hatte, verblasste mehr und mehr. Vier Jahre später, als Brandt im Herbst 1965 erneut als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat scheiterte, war er in den Augen vieler seiner Parteigenossen ein Politiker ohne Fortune, der für die Partei als Vorsitzender eine Belastung darstellte und der selbst auch nicht mehr daran glaubte, Bundeskanzler werden zu können.

### **Repräsentant der reformbereiten Sozialdemokratie**

Auf die in der Mitte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik einsetzende politisch-kulturelle Umbruchphase, die einherging mit einem beschleunigten Mentalitätswandel, einer Öffnung von sozialen Lagergrenzen, der Lockerung von Milieubindungen und der Individualisierung von Lebensstilen, reagierte Brandt sensibler als die meisten führenden Sozialdemokraten. Er präsentierte sich nun als entschlossener Modernisierer, der die SPD für neue Mitglieder- und Wählerschichten öffnen wollte, und er profilierte sich als Politiker des Aufbruchs, der den in der Partei gepflegten Traditionalismus für nicht mehr zeitgemäß hielt.

Seine Bereitschaft, über die Grenzen des Gewohnten hinauszugehen, war – blickt man auf seine Biografie – alles andere als zufällig. Brandts programmatisches und politisches Koordinatensystem orientierte sich nämlich an persönlichen Erfahrungen, die man bei ihm bis in seine SPD-kritische Jugendzeit zurückverfolgen könnte, an Lehren aus seiner norwegischen und schwedischen Exilzeit, in der er in diesen beiden Ländern eine undogmatische, freiheitliche und volkstümliche Arbeiterbewegung schätzen gelernt hatte, sowie an in Berlin gewonnenen Einsichten, die man nur in dieser zwischen West und Ost geteilten Stadt machen konnte.

Mit seinem Politikverständnis, das von partizipatorischen und emanzipatorischen Zielvorstellungen geprägt war, traf Brandt in den späten 1960er-Jahren den sich verändernden Zeitgeist und gewann auch in den eigenen Reihen immer mehr Zustimmung. Denn er reflektierte wie kaum ein anderer führender Sozialdemokrat die breite Teile der Bevölkerung erfassende Reform-

bereitschaft und die sich vielerorts bemerkbar machende Aufbruchsstimmung. Ihm war bewusst, dass die sich immer deutlicher durchzeichnende Liberalisierung der gesellschaftlichen Umgangsformen innerparteilich nicht mehr autoritär eingehegt werden konnte, dass die SPD als zentral gesteuerte und hierarchisch strukturierte Funktionärspartei keine Zukunft hatte, dass sie deshalb ihre programmatische Öffnung zur Volkspartei endlich auch organisatorisch und politisch verwirklichen musste. Gleichzeitig distanzierte Brandt sich vom konservativen Staatsverständnis der Unionsparteien und bekannte sich zu einem expansiven und dynamischen Demokratiebegriff, der auch die gesellschaftlichen Beziehungen einschloss.

Zugleich intensivierte Brandt in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre seine innerparteiliche Kommunikation und warb für neue direkte Kontaktformen mit den Mitgliedern. Auf Parteitagen stellte er die konzeptionelle Unbeweglichkeit und Selbstbezogenheit der Sozialdemokratie immer wieder in Frage. Hier entfaltete er auch seine rhetorische Begabung, also seine immer unverwechselbarer werdende Redekunst, in der sich seine Dialogbereitschaft ebenso widerspiegelte wie seine Nachdenklichkeit und seine geringe Neigung zur Rechthaberei. Diese Haltung vermittelte er auch gezielt über die Massenmedien, in denen er geschickt auf das politische Meinungsklima einzuwirken verstand.

Brandts Auftreten als Parteivorsitzender wurde in der Sozialdemokratie nun als diskursiv und kollegial, als argumentativ und integrativ wahrgenommen. Diesen Zuschreibungen hätte Brandt sicherlich zugestimmt, betonte er doch selbst in einem Fernsehinterview, zu seinem Führungsstil gehöre, «dass dort, wo ich den Vorsitz habe,



selten abgestimmt wird.» Er schätze es nämlich, «eine Frage diskutieren zu lassen, die Argumente gegeneinander abzuwägen» und eine Entscheidung erst zu treffen, wenn er wisse, «was in einer Situation drin ist und was nicht in ihr drin ist».<sup>1</sup>

Die Kehrseite dieser kommunikativen und antiautoritären Grundhaltung rückten seine parteiinternen Kritiker allerdings immer wieder in das Blickfeld, wenn sie Brandts aus ihrer Sicht zu große Nachsicht bei innerparteilichen Auseinandersetzungen, sein zu zögerliches Verhalten in Konfliktsituationen und seine zu große Geduld im Umgang mit dem Eigensinn von noch nicht angepassten Neumitgliedern der SPD kommentierten. Dieses im Parteivorstand gelegentlich auch lautstark geäußerte Unbehagen an seinem Rollenverständnis als SPD-Vorsitzender beeindruckte Brandt jedoch nicht besonders. Er hielt an seiner Methode der dialogischen Konsensfindung in der Sozialdemokratie fest, vertraute auf die Überzeugungskraft der besseren Argumente, distanzierte sich von jeder Form eines bevormundenden Dirigismus und präsentierte sich nicht als Mann der Machtworte.

In einer Partei, die nicht mehr als disziplinierte Gesinnungsgemeinschaft mit einem weitgehend konformen Erscheinungsbild wie die alte Arbeiterbewegung auftreten konnte, sondern sich zu einer sozial fragmentierten, beruflich vielschichtigen Volkspartei mit heterogener Herkunft und unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder entwickelt hatte, war Brandt als Vorsitzender zweifellos eine Idealbesetzung. Seine Führungsposition festigte sich immer

mehr, weil es ihm gelang, zwischen den verschiedenen Strömungen in der SPD als Moderator zu vermitteln und die gemeinsame politische Mission glaubwürdig zu verkörpern. Er stand unabhängig über den Flügelkämpfen in der Partei und besaß ein ausgeprägtes «Sensorium für den Wind der Veränderung».<sup>2</sup>

### **Chancen und Grenzen der charismatischen Führung**

In seiner Amtszeit als Bundeskanzler zwischen dem Herbst 1969 und dem Frühsommer 1974 verstummte zwar die innerparteiliche Kritik am zurückhaltenden und integrativen Führungsstil Brandts nie völlig. Als ihre Wortführer brachten sich vor allem Helmut Schmidt und Herbert Wehner immer wieder politisch in Position, deren Solidarität zu Brandt stets spannungsgeladen blieb. Aber gleichzeitig wuchs das persönliche Ansehen Brandts weit über die sozialdemokratischen Parteigrenzen hinaus. Ihn nahmen nun viele Menschen als einen visionären Hoffnungsträger jenseits aller tagespolitischer Beschränkungen und Barrieren wahr und vertrauten auf seine «charismatische Autorität».<sup>3</sup>

Dieses gesinnungsethisch fundierte Vertrauen zu Brandt, das sich innerhalb und außerhalb der SPD bis zur begeisterten Verehrung steigern konnte, speiste sich aus sehr unterschiedlichen Quellen. Als Antifaschist, der den Nationalsozialismus entschlossen bekämpft hatte, wurde

1 So in einem Fernsehinterview am 30. September 1964 mit Günter Gaus. Vgl. [http://www.rbb-online.de/interview\\_archiv/brandt\\_willy.html](http://www.rbb-online.de/interview_archiv/brandt_willy.html).

2 So Peter Brandt, *Mit anderen Augen. Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt*, Bonn 2013, S. 212.

3 So Peter Glotz in einem Vortrag: *Willy Brandts Charisma* (Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 11), Berlin 2004, S. 24.

Brandt zum Vorbild einer sich in den frühen 1970er-Jahren in der Bundesrepublik etablierenden Gedächtnisgesellschaft, die den Perspektivenwechsel vom Vergessen zum Erinnern vollziehen wollte; als innenpolitischer Reformpolitiker, der für ein partizipatorisches Demokratieverständnis und für mehr gesellschaftliche Solidarität eintrat, gewann er die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten, die vom emanzipatorischen Zeitgeist erfasst waren; als außenpolitischer Realist, der eine Normalisierung der nachbarschaftlichen Beziehungen zur DDR anbahnte und sich für eine Strategie der entspannungspolitischen Vernunft zwischen den Blöcken einsetzte, verkörperte er die Hoffnungen auf eine friedlichere Welt. Mit symbolischen Gesten wie dem Warschauer Kniefall demonstrierte Brandt zugleich die moralische Dimension seiner Politik, für die man ihm auch international große Hochachtung zollte. Dies dokumentierte beispielsweise die Zuerkennung des Friedensnobelpreises im Jahr 1971.

Auch als Parteivorsitzender verfügte Brandt nun über einen großen Rückhalt. Zwar stieß sein Plädoyer für eine mit Geduld und Augenmaß zu betreibende Integration der aus der Studentenbewegung in die SPD geströmten jungen Parteirebellen nicht auf ungeteilten Beifall in den Führungsetagen der Partei. Aber die Kritik verstummte mehr und mehr, weil es Brandt in zäher argumentativer Kleinarbeit und mit einer gezielten Konsensstrategie gelang, die innerparteilichen Konflikte zu kanalisieren und zu entschärfen. Auch die sich radikaldemokratisch und antikapitalistisch artikulierenden, keiner innerparteilichen Konfrontation aus dem Wege gehenden Neumitglieder aus dem akademischen Milieu überzeugte er letztlich mit seiner reformerischen Program-

matik. Sie setzte auf den kontinuierlichen Wandel durch kalkulierbare kleine Schritte und nicht auf den revolutionären Sprung in den Zukunftsstaat.

Schließlich mussten auch Brandts Kontrahenten in der Parteiführung anerkennen, wie sehr der erfolgreiche Durchbruch der Sozialdemokratie zu einer modernen Massenpartei, der sich einer Verjüngung ihrer Mitglieder, einer Erweiterung ihres sozialen Spektrums und einem professionellen Ausbau ihrer organisatorischen Strukturen widerspiegelte, vor allem ihm zu verdanken war. Brandt war ohne Zweifel der Garant dafür, dass dieser historisch beispiellose Wachstumsprozess der SPD zu einer vielschichtigen Volkspartei mit mehr als einer Million Mitglieder ohne dauerhafte Zerklüftungen oder einschneidende parteipolitische Abspaltungen bewältigt werden konnte.

Zu Beginn der 1970er-Jahre stand Brandt als erfolgreicher Bundeskanzler und unbestrittener Parteivorsitzender im Zenit seiner politischen Karriere. Dies dokumentierte der überwältigende Wahlsieg der SPD im Herbst 1972, bei der die Partei erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die meisten Stimmen erhielt. Doch bereits kurze Zeit nach diesem Triumph musste auch Brandt die Erfahrung machen, dass jedes politische Charisma eine Verfallszeit besaß, im Regierungs- und Parteialtag zerrieben werden konnte und sich dann schnell verflüchtigte. Nun schwächte sich die anfängliche Aufbruchseuphorie deutlich ab, wurde die quasireligiöse Identifikation mit Brandts Politik brüchig, verlor das von ihm verkörperte Fortschrittsparadigma mehr und mehr an Überzeugungskraft und wuchsen die Zweifel am Zukunftsoptimismus.

Dies war 1973/74 der Fall, als weltwirtschaftliche Turbulenzen einen ökonomischen Gezeitenwechsel ankündigten, die Ölkrise die Grenzen des Wachstums dramatisch sichtbar machte und sich in der Bundesrepublik die innenpolitischen Fronten noch mehr verhärteten. Jetzt wurde in Politik und Publizistik die Kritik am partizipatorischen Politikansatz Brandts immer deutlicher artikuliert. Man porträtierte ihn als kraftlosen «Kanzler in der Krise»<sup>4</sup>, verwies auf seine Entscheidungsscheu, attestierte ihm Amtsmüdigkeit und prophezeite, sein Autoritätsverfall werde auch innerparteilich schnell voranschreiten.

In dieser Phase funktionierte das zur Troika verklärte sozialdemokratische Triumvirat von Brandt und seinen beiden Stellvertretern Schmidt und Wehner noch schlechter als jemals zuvor und war allenfalls nur noch die Karikatur eines harmonisch den Parteikarren ziehenden Dreigespanns. Es wurde überdeutlich, dass die unterschiedlichen Temperamente dieser drei sozialdemokratischen Spitzenpolitiker, ihr voneinander abweichendes Politikverständnis und ihr individueller Führungsstil sich kaum noch miteinander in Einklang bringen ließen. Vor allem Brandt agierte in diesen Auseinandersetzungen, in denen man ihn auch persönlich nicht schonte, mehr und mehr unentschlossen und noch dünnhäutiger, als er ohnedies schon war. Die Vorwürfe Wehners, er sei «entrückt», «abgeschlafft», bade «gerne lau», deshalb fehle der sozial-liberalen Regierung «ein Kopf»<sup>5</sup> nahm er beispiels-

weise hin, ohne den Fraktionsvorsitzenden der SPD für diese maßlose Kritik zur Rechenschaft zu ziehen.

Brandts Versuch, nach langem Zögern und Abwarten die politische Initiative wieder zurückzugewinnen und eine Neuformierung der zerstrittenen Parteiführung einzuleiten, kam im April 1974 zu spät. Denn gleichzeitig eskalierten die öffentlichen Debatten über die Spionageaffäre Guillaume, die dann zum vordergründigen Auslöser von seinem Rücktritt als Bundeskanzler wurde. Die tieferen programmatisch-konzeptionellen Hintergründe dieses Abschieds aus dem Kanzleramt offenbarten sich erst in der Regierungszeit seines Nachfolgers Helmut Schmidt, der mit autoritärer Bestimmtheit amtierte und ein anderes Politikverständnis als Brandt hatte.

### Parteipatriarch und Weltpolitiker

Im Mai 1974 hätte sicherlich niemand die Prognose gewagt, dass Brandt noch dreizehn Jahre lang an der Spitze der SPD stehen würde. Die publizistischen Wahrsager, die ihm ein schnelles Ende als SPD-Vorsitzender prophezeiten, unterschätzten ganz offenkundig seine Fähigkeiten zur Machtbehauptung, aber auch die besondere Bedeutung seiner innerparteilichen Schlüsselrolle als unverzichtbarer Integrator in einer oft zerstrittenen Sozialdemokratie. Zweifellos stand der diskursive Führungsstil des Parteipatriarchen Brandt «der sozialdemokratischen Seele näher» als die schwer zu erschütternde Selbstsicherheit von Bundeskanzler Helmut Schmidt.<sup>6</sup> Ihm gab Brandt jedoch immer wieder die notwendige Rückendeckung in den nun anbrechenden

4 So die Titelgeschichte des *Spiegel*, Nr. 50 vom 10. Dezember 1973.

5 Diese von Wehner auf einer Reise in Moskau im Oktober 1973 vor Journalisten geäußerten Vorwürfe zitierte der *Spiegel*, Nr. 41 vom 8. Oktober 1973.

6 Vgl. dazu Bernd Faulenbach, Willy Brandt, München 2013, S. 90 ff., Zitat S. 94.

internationalen Krisenzeiten. Dabei strazierte er seine Loyalität zum Kanzler bis an die Grenze der Selbstverleugnung. So beispielsweise in der kontroversen Nachrüstungsdebatte, als er trotz seiner grundsätzlichen Bedenken den Kurs von Schmidt bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition im Herbst 1982 mittrug.

Brandt ließ sich als Vorsitzender der SPD in die Pflicht nehmen, um deren Handlungsfähigkeit als Regierungspartei zu bewahren. Zugleich sah er aber auch die polarisierende Brisanz der gesellschaftlichen Konflikte, die sich am Beginn der 1980er-Jahre entzündeten. Sein Plädoyer, die sich formierenden «neuen sozialen Bewegungen», deren politisches Spektrum von Anti-Atomkraft-Aktivisten bis zu militanten Pazifisten reichte, nicht völlig auszugrenzen, fand jedoch weder den Beifall der Gewerkschaften noch eine positive Resonanz in den Spitzengremien der Sozialdemokratie. Für die ökologischen und postmateriellen Positionen der Umweltbewegung, die nach der Meinung Brandts nichts anstrebte, «was den Zielen des demokratischen Sozialismus fremd sein müsste»<sup>7</sup>, waren die in der industriellen Arbeitswelt verankerten Kerngruppen der SPD nicht zu gewinnen. Und einmal mehr traten Herbert Wehner und Helmut Schmidt in den innerparteilichen Diskussionen als Gegenspieler Brandts auf.

Nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition im Herbst 1982 zerbrach auch die

se immer fragiler gewordene Dreierallianz. Wehner und Schmidt zogen sich aus der aktiven Politik zurück. Brandt blieb als Parteipatriarch und Staatsmann ohne Staatsamt die in vielerlei Hinsicht dominante Persönlichkeit der Sozialdemokratie und wuchs zugleich über diese hinaus. Von ihm gingen die entscheidenden Impulse für die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes aus, wobei er dafür plädierte, die von den alternativen Bewegungen aufgeworfenen Fragen zu reflektieren und in das sozialdemokratische Grundwerteverständnis zu integrieren. Und er wollte, dass Europa sich als Friedensunion profilierte. Als Präsident der Sozialistischen Internationale und als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission konzentrierte er gleichzeitig sein Engagement immer stärker auf globale Probleme, die außerhalb des nationalen Horizonts seiner Partei lagen<sup>8</sup>.

Im Motto «Links und frei», das Brandt als Titel für seine 1982 publizierten Erinnerungen an die Jahre zwischen 1930 und 1950 wählte<sup>9</sup>, spiegelte sich auch das Lebensgefühl des «elder statesman» Brandt wider, das seine Nachfolger an der Spitze der SPD so weder verkörpern konnten noch wollten. Welches Führungsvakuum Brandt in seiner Partei bei seinem Rücktritt 1987 hinterließ, sollte sich dann in den folgenden Jahrzehnten zeigen.

7 So in einer Rede mit dem Titel «Sozialdemokratische Identität», die Brandt am 21. Oktober 1981 zum Gedenken an Willi Eichler, dem Mitverfasser des Godesberger Programms, hielt. Abgedruckt in: Willy Brandt, Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte. Hrsg. und eingeleitet von Klaus Schönhoven, Bonn 2012, S. 514-525, Zitat S. 519.

8 Vgl. dazu Willy Brandt, Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale. Bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006.

9 Willy Brandt, Links und frei. Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982.

# BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Dieter Klein

## Doppelte Transformation und ein neues linkes Crossover

Die Zeiten nach der Bundestagswahl deuten auf ein neoliberales «Weiter so» hin, gestützt auf sozialdemokratisch inspirierte soziale Zugeständnisse an benachteiligte Gruppen der Gesellschaft. Aber auf diesem Weg werden die Überlebensprobleme unserer Zeit keine Lösung finden.

Doch ein tiefer Widerspruch bestimmt das öffentliche Bewusstsein in Deutschland und vielen anderen Weltregionen. Die meisten Deutschen sind mit ihrer Lage im Vergleich zu der in anderen Ländern relativ zufrieden. Zwar existiert das mehrheitliche Empfinden, in einer ungerechten Gesellschaft zu leben, in einer bedrohten natürlichen Umwelt und mit einem politischen System, das den einzelnen kaum Chancen bietet, die eigenen Interessen wirksam zur Geltung zu bringen. Zugleich ist die Mehrheit der Deutschen jedoch in der lähmenden Überzeugung befangen, dass es keine realistischen, machbaren Alternativen gebe.

In der Bundestagswahl 2013 erreichten SPD, LINKE und Grüne mit den Stimmen von 30,3 Prozent der Wahlberechtigten den tiefsten Punkt der Zustimmung seit 1990. 1998 hatten noch 53 Prozent der Wählerinnen und Wähler für diese drei Parteien gestimmt, 2013 nur noch 43 Prozent, 51 Prozent dagegen für die CDU/CSU, FDP und AfD. Ein tiefer Widerspruch existiert

zwischen der Überzeugung vieler Linker und in sozialorientierten bürgerlichen Milieus, dass ein politischer Richtungswechsel dringlich ist, und der Handlungsschwäche der potentiellen Akteure progressiver gesellschaftlicher Transformation. SPD, Linkspartei und Grüne können die Gesellschaft nicht getrennt voneinander entscheidend verändern. Die Bewegungslinke ist ebenfalls segmentiert und dadurch geschwächt. Es fehlt ein gemeinsames linkes Gesellschaftsprojekt und ein ernsthafter breiter Diskurs zur Suche nach den Umrissen eines solchen alternativen Projekts sowie nach Bündnissen zur Durchsetzung zentraler konkreter Teilprojekte für eine solidarische Gesellschaft.

*Ein wirkungsmächtiges neues Crossover gerät auf die Tagesordnung im Parteienspektrum links von CDU/CSU und in alten und neuen sozialen Bewegungen. Sämtliche linke Kräfte haben Anlass, in diesem Lichte ihre Strategien auf den Prüfstand zu bringen. Drei Dimensionen linker Strategien könnten als besonders wichtig betrachtet werden:*

Erstens muss eine Erfolg versprechende linke Strategie *Machtoptionen* bieten. SPD, LINKE und Grüne werden sich zu der Einsicht durchringen müssen, dass sie nur gemeinsam eine alternative Machtoption haben.

Zweitens sollten Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, dass die über Jahrzehnte hegemoniale neoliberale Erzählung vom Markt als bestmöglichem Problemlöser zwar in der jüngsten Mehrfachkrise ins Wanken geraten ist, die Linke jedoch im historischen Moment weitgehender Desavouierung des Marktradikalismus nicht in der Lage war, eine hegemoniefähige eigene *Gegen-erzählung* von den Konturen einer besseren Gesellschaft zu präsentieren. Ohne diese beiden Aspekte werden die Linken keinen Kanzler mehr stellen.

Drittens sollte sich die plurale Linke in Europa von dem Konzept einer *doppelten Transformation* leiten lassen. Das bedeutet, für einen längeren Zeitraum eine inner-systemische Transformation vom neoliberalen Kapitalismus zu einer demokratischeren, mehr sozialen, stärker ökologisch orientierten postneoliberalen Gesellschaft im bürgerlich-kapitalistischen Rahmen voranzutreiben. Zugleich ginge es bereits in diesem Prozess darum, alle potentiell sozialistischen Formen und Tendenzen für den Einstieg in eine Große Transformation über die Grenzen des Kapitalismus hinaus auszuschöpfen.

### **Machtoptionen**

Eine erfolgreiche linke Strategie muss eine Machtoption einschließen. Dreierlei macht linke Machtoptionen aus:

Erstens werden Parteien links von der CDU/CSU die Verhältnisse nur dann zum Tanzen bringen können, wenn sie Forderungen, Vorschläge, Impulse und Praxen sozialer Bewegungen und Initiativen aufnehmen und parlamentarisch zur Geltung bringen. Ein neuer emanzipatorischer Machtblock wird nur aus engen Beziehungen von außerparlamentarischer und parlamentarischer Linken entstehen.

Zweitens erfordert eine linke Machtoption, dass SPD, Grüne und LINKE sich auf Richtung und Umriss einer politischen Alternative und auf entscheidende Projekte ihrer Realisierung verständigen. Die SPD braucht zum einen erst einmal den Willen zu einem wirklichen Richtungswechsel und zum anderen das Bündnis mit Grünen und Linkspartei dafür.

Die Linkspartei hat wiederholt ihre Bereitschaft zu rot-rot-grüner Kooperation auf Bundesebene bekundet. Allerdings müssen Neigungen in Teilen der Partei überwunden werden, die einem neuen Crossover-Prozess abträglich sind. Dazu gehört, Friedensorientierung, Gerechtigkeit und echtes Demokratieverständnis als Alleinstellungsmerkmale für DIE LINKE zu reklamieren, ohne Differenzierungen in anderen Parteien hinreichend zu beachten. Schwarz-Weiß-Bilder von den gesellschaftlichen Verhältnissen und Rückfälle in Verbalradikalismus sind gleichfalls nicht förderlich für Verständigungsprozesse.

Drittens wird eine neue linke Parteienkoalition und ein enges Zusammenwirken von Parteilinker und Bewegungslinker nur dann Wirkungsmacht erreichen, wenn sich große Teile der Bevölkerung durch ihre Neigung zu linken Politikangeboten für ein neues gesellschaftliches Mitte-Unten-Bündnis anstelle des gegenwärtigen Oben-Mitte-Bündnisses entscheiden. Die Prekarierten und Ausgegrenzten im Niedriglohnssektor, in privaten Haushalten und die Arbeitslosen, die bedrohte Arbeitnehmer\*innen, die soziallibertären Milieus und die kritischen Bildungseliten in der oberen Mitte können ebenso für konservativ-liberale Politik wie für eine progressive Richtungsänderung gewonnen werden.

Es wird darauf ankommen, mit einer zeitgemäßen linken Erzählung, einer radi-

kalen Realpolitik links von der Mitte und einer einladenden politischen Kultur linker Diskurse Mehrheiten für eine sozialökologische und emanzipatorische Transformation zu gewinnen.

### Eine linke Crossover-Erzählung

Die plurale Linke bedarf als eine Grundlage zeitgemäßer Strategie und des Zusammenwirkens heute getrennt voneinander wirkender linker Akteure neben der Verständigung über wichtige Teilreformen einer modernen, einenden linken Erzählung. Es «mangelt vor allem daran, die verschiedenen konzeptionellen Ansätze der Wirtschafts-, Umwelt- und Gesellschaftspolitik in einer politischen Zukunftserzählung zusammenzuführen», meint beispielsweise Benjamin Mikfeld (Mikfeld, 2012: 4).

Was für eine Trumpfkarte in den geistig-politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit wäre es, käme in kulturvollen Diskursen vieler gesellschaftlicher Kräfte und schöpfend aus deren je eigenen und unterschiedlichen Teilerzählungen eine linke Erzählung von der Art zustande, über die Ernst Bloch mit Verweis auf Thomas Carlyle – idealisierend und überhöht gewiss – schrieb: «Was der geistige Vorkämpfer sagt, waren alle Menschen schon nicht weit entfernt zu sagen, sehnten sich danach, es auszusprechen. Die Gedanken aller fahren wie aus einem schmerzlichen Zauberschlaf bei seinem Gedanken auf und erwidern ihn mit Zustimmung.» (Bloch, 1959: 143)

Die Gedanken aller – ihre Kinder seien ihnen das wichtigste, sagen in den Alltagsgesprächen viele in Sorge um deren Zukunft. Vor allem Gesundheit wünschen sich andere mit Blick auf Zeitstress, Arbeitshetze, krankmachende Ängste und bedrohliche Umweltkrisen. Liebe und Freundschaft ran-

gieren weit vorn, wenn Menschen von ihren Wünschen erzählen. Sicherheit ist der Mehrheit ein zentraler Wert. In Frieden und ohne Gewalt wollen die Menschen leben, von guter Arbeit am liebsten. Und gerecht soll es zugehen, nicht zuletzt zwischen Frauen und Männern. Im Grunde wollen die weit- aus meisten einfach über ihr Leben selbst bestimmen können. In Freiheit wollen sie leben. *Viele gute Gedanken sind da und bedürfen des Katalysators einer befreienden Erzählung, die sie zu einem neuen Zeitgeist zusammenführt.*

In der diskursanalytischen Forschung des Denkwerk Demokratie werden dem *konservativen Diskurslager* der Diskurs «Freiheit und schlanker Staat» und der Diskurs «Made in Germany» zugeordnet. Im *progressiv-demokratischen Diskurslager* werden die Diskurse «Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung», «Grünes Wachstum», «Soziale Regulierung und gerechte Verteilung», «Maßvoller Wohlstand», «Alternatives Wirtschaften und Postwachstum» verortet (Turowski/Mikfeld, 2013; Mikfeld, a.a.O.). Leider nicht gesondert hervorgehoben wird der feministische Diskurs «Reproduktionsarbeit und Geschlechtergerechtigkeit» mit seinem starken Plädoyer für einen neuen zentralen Stellenwert der gesamten Sorgearbeit in den Familien und humanorientierten Dienstleistungen (Winker/Degele, 2009; Madörin, 2007).

Als zentrale Idee einer linken Erzählung von einer alternativen Gesellschaftsentwicklung schält sich aus vielen Erzählungen die *freie Persönlichkeitsentwicklung einer und eines jeden aufgrund sozial gleicher Teilhabe an den elementaren Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens*, an den Freiheitsgütern, heraus (Brie, 2003: 120–129). «Freie Individualität, gegründet auf die uni-

verselle Entwicklung der Individuen» (Marx, 2005: 91), menschlicher Reichtum also in Einklang mit der universellen Erhaltung der Natur, das kann als der zentrale Gedanke einer gerechten solidarischen Gesellschaft, eines demokratischen grünen Sozialismus, und des Weges dahin betrachtet werden. Das bietet sich als Grundtenor der Erzählung einer modernen Linken an. Er findet sich auf unterschiedliche Weise in den Programmen sowohl der SPD als auch der Grünen und der LINKEN.

*Menschlicher Reichtum anstelle von Kapitalreichtum – das ist die Mitte einer modernen linken Erzählung.* Diese Mitte hat einen unschätzbaren Vorteil: die Hinwendung zum Menschen in der Fülle seiner individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten, zu den Bedingungen für ein Leben in Würde, zu Universalität der Menschenrechte in der Realität des Lebens. Diese Mitte hat einen schwerwiegenden Nachteil: der Profit als Sinn kapitalistischer Produktionsweise peitscht unmittelbar Innovationen und einzelwirtschaftliche Produktivität zu enormer Dynamik voran. Er mobilisiert direkt die Gewinninteressen von Individuen. Das Ziel der freien Entfaltung der einzelnen als Sinn eines demokratischen Sozialismus ist dagegen keineswegs eine unmittelbare Triebkraft. Was das Wohl der einzelnen im Einklang mit dem Gemeinwohl aller ist und welche Wirtschaftsstrukturen, Güter und Leistungen dafür erforderlich sind, folgt mitnichten unvermittelt aus solchem Ziel. Eine neue Regulationsweise muss das Kunststück ermöglichen, die Selbstermächtigung von Individuen und Organisationen zu Entscheidungen, staatliche strategische Verantwortung im Gemeinwohlinteresse und größtmögliche Freiheiten für ein modernes Unternehmertum in ein produktives

Verhältnis zu bringen. Dieses wird nur in langen praktischen und theoretischen Experimentier-, Such- und Lernprozessen herauszufinden sein (Klein, 2013: 139 ff.; Groll, 2009: 141–161; Notz, 2012). Linke unterschiedlichster Provenienz werden sich hier wechselseitig zu ergänzen haben.

Aber vorerst geht es zwischen den verschiedenen Kräften im linken und linksliberalen Spektrum um die umfassendere Frage einer zeitgemäßen linken Erzählung von den Grundkonturen einer emanzipatorischen Gesellschaftsalternative. Sollen sie sich in dem Rahmen bewegen, den Anthony Giddens der Sozialdemokratie zugeschrieben hat?: «Heute hat niemand mehr eine Alternative zum Kapitalismus zu bieten – zur Debatte steht nur noch, in welchem Maße und auf welche Weise der Kapitalismus begrenzt und gezähmt werden soll.» (Giddens, 1999: 57) Oder soll dieser Rahmen überschritten werden? Horst Heimann verweist darauf, dass Giddens' Auffassung in dem von Sigmar Gabriel herausgegebenen Sammelband «Die Kraft einer großen Idee» von Peer Steinbrück und Michael Vassiliades ausdrücklich geteilt wird. Kritisch kommentiert Heimann ferner: «Alle anderen 43 Autoren aller Richtungen verwenden weder den Begriff Demokratischer Sozialismus noch gehen sie auf die Grundsatze Frage eines Systemwechsels ein. Nur Thomas Meyer erläutert in seinem Beitrag, warum der Begriff Sozialismus durch Soziale Demokratie ersetzt wurde.» (Heimann in dieser Publikation)<sup>1</sup>

Eine bewegende linke Erzählung unserer Zeit muss aber den großen Anspruch haben, erhebliche Teile der Bevölkerung davon

1 Horst Heimanns Anmerkungen sind im aktuellen Beitrag gestrichen (Anm. der Redaktion).



zu überzeugen, dass Alternativen möglich sind, in deren Zentrum menschlicher Reichtum anstelle von Kapitalreichtum tritt. *Es geht um nicht weniger als um eine Wende in der öffentlichen Mehrheitsstimmung, um eine Abkehr vom Verharren in Alternativlosigkeit, um eine Hinwendung zu einer wohlbegründeten «konkreten Utopie» (Bloch). Es geht um den langen Weg zur geistigen Hegemonie der Linken.*

Selbst Gespräche zwischen SPD, Linkspartei und Grünen auf verschiedenen Ebenen, so sinnvoll sie sind, werden zu wenig bewegen, würden sie in geschlossenen Zirkeln verbleiben. Aber sie in die Öffentlichkeit zu tragen, in einer Erzählung gebündelt auszusprechen, was viele «Menschen schon nicht weit entfernt (waren) zu sagen» und damit ihre Gedanken und ihr Handeln auffahren zu lassen für eine bessere Gesellschaft auf dem Weg einer doppelten Transformation – das wäre die gemeinsame Aufgabe der Linken.

SPD, Grüne und Linkspartei stehen vor der Aufgabe, ihr Profil in Gestalt ihrer je eigenen Erzählung von ihren Zukunftsvorstellungen zu schärfen und zugleich eine Verständigung über eine Crossover-Erzählung zu suchen, über das also, was sie gemeinsam strategisch wollen. Anstöße dafür bietet unter anderem das Institut Solidarische Moderne, beispielsweise mit dem Strategiepapier «Umriss einer sozialökologischen Gesellschaftstransformation» (ISM, 2011; Buckel/Oberndorfer/Troost/Ypsilanti, 2013; siehe auch Thie, 2013; Brie, 2013; Klein, 2013).

Vier Leitideen einer emanzipatorischen Transformation ließen sich mit dem Grundmotiv der Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden und schöpfend aus unterschiedlichen progressiven Erzählungen entwickeln:

1. Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht
2. Sozialökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft
3. Demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft
4. Umfassende Friedenspolitik und internationale Solidarität.

Dieses Konzept der «Vier U» kann hier aus Platzgründen nicht ausgewogen vorgestellt werden. Der Niedergang der Demokratie in Europa ist in jüngster Zeit wiederholt angeprangert worden (Crouch, 2008; Habermas, 2013 und 2014; Streek, 2013; Wahl/Klein, 2010). Wolfgang Streeks Krisenanalyse mündet in die Aussage: «Der heute wahrscheinlichste Ausgang wäre dann die Vollendung ... der Diktatur einer vor demokratischer Korrektur geschützten kapitalistischen Marktwirtschaft.» (Streek, 2013: 235)

Umso dringlicher ist, dass die plurale Linke diesem Trend eine Politik für die Erneuerung der Demokratie auf allen Ebenen entgegensetzt: für die Selbstermächtigung der einzelnen und lokaler Akteure, für die Neugewinnung der Souveränität von Parlamenten, für die Herausbildung neuer Mitentscheidungs-gremien – vielleicht in der Gestalt von Räten unter Beteiligung unterschiedlichster zivilgesellschaftlicher Akteure –, für Wirtschaftsdemokratie und nicht zuletzt für eine europäische Politische Union auf solidarischen Grundlagen. Re-Demokratisierung der erodierenden Demokratie – das ist der Schlüssel zur Verwirklichung aller anderen Dimensionen einer emanzipatorischen linken Erzählung. Demokratie heißt emanzipatorisches Handeln von Bürgerinnen und Bürgern. Ein entscheidendes Thema einer linken Erzählung ist deshalb, ob und unter welchen Bedingungen Menschen

sich aufmachen, um sich selbst, die Kräfteverhältnisse und damit die Gesellschaft zu verändern (Candeias, 2014; Klein, 2013: 99–106; Wright u. a., 2011).

### **Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht**

Wer kein Eigentum an Wirtschaftsressourcen, keine Verfügung, keine Macht und wenig Geld hat, kann kaum umgestalten. Deshalb ist Umverteilung der Ausgangspunkt, das erste Kapitel einer linken Erzählung. Natürlich setzt dies eine effiziente und innovative, sozial und ökologisch orientierte Umgestaltung der Produktion voraus. Umverteilung nimmt Forderungen nach besseren Löhnen und guter Arbeit auf, das Gerechtigkeitsgefühl der Occupy-Bewegung und der Indignados, der Empörten in Südeuropa, das feministische Verlangen nach Geschlechtergerechtigkeit und den Gedanken der Solidarität mit dem globalen Süden. Umverteilung ist ferner unverzichtbar, um Mittel für den sozialökologischen Umbau über die Neuwertschöpfung hinaus zu mobilisieren. Aber sie schließt auch Machtfragen ein. Muss nicht vor allem im Bankensektor und in der Energiewirtschaft die Dominanz des privaten Monopoleigentums durch Überführung von Großunternehmen in gesellschaftliches Eigentum gebrochen werden? Erstrangiges Gewicht für die sozial gleiche Teilhabe aller an entscheidenden Lebensbedingungen wird der öffentlichen Daseinsvorsorge zukommen, vorwiegend gestützt auf öffentliches Eigentum. In einer künftigen mixed economy werden für alle Eigentumsformen soziale und ökologische Rahmensetzungen gelten.

In einer künftigen Parteienkooperation fiele der Linkspartei besondere Verantwortung dafür zu, «die soziale Frage in den Vor-

dergrund zu stellen und damit die unteren Schichten der Gesellschaft anzusprechen.» (Brandt/Brie/Brie/Wolf, 2013: 63) DIE LINKE wird von Resten überzogener Enteignungsvorstellungen Abschied zu nehmen haben und stärker ihren Sinn für die Bedeutung unternehmerischer Spielräume entwickeln müssen.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben erfordern nach der Auffassung der Brüder Brie, Peter Brandts und Frieder Otto Wolfs «eine Neudefinition der SPD als einer Partei, die nicht zuletzt auch einen breiten wirtschaftlichen Ansatz einbringt, eine gute Grundlage für eine neue konkurrenzfähige linke Alternative.» (ebenda) Aber SPD und Grüne werden wohl auch die Vorstellung zu überprüfen haben, dass ein wirklicher Richtungswechsel der Politik ohne wirksame Veränderungen von Eigentums- und Machtverhältnissen vorstellbar und durchsetzbar sei.

Alle Beteiligten stehen vor der ungelösten Frage, wie denn die Regulationsweise einer Gesellschaft aussehen kann, in der die Konkurrenz um größtmöglichen Profit nicht mehr die entscheidende Triebkraft ist, die aber auf andere Weise sozialökologische Zielsetzungen mit hoher ökonomischer Effizienz zu verbinden vermag.

### **Sozialökologischer Umbau, Friedenspolitik und Solidarität**

Der Gegenstand eines zweiten, aber nicht zweitrangigen Kapitels einer linken Erzählung von einer besseren Gesellschaft und von den Wegen dahin ist der sozialökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Alle eben skizzierten Fragen gerechter Umverteilung gehören zur sozialen Dimension der Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Eine zu-

kunftsorientierte linke Erzählung handelt von der Ablösung eines am profitträchtigen Zuwachs des bruttoninlandsproduktorientierten Wirtschaftswachstums durch eine Entwicklung, die die Bedingungen für die Persönlichkeitsentfaltung der einzelnen in Solidarität mit anderen hervorbringt. Soziale Sicherheit, Menschenwürde, solidarische zwischenmenschliche Beziehungen, Selbstbestimmtheit, eine gesunde Umwelt, Bildung und Kultur gewinnen – die Überwindung von physischer Armut vorausgesetzt – wachsendes Gewicht in den künftigen Lebensweisen.

Entscheidende Veränderungen der Lebensweise und des Umgangs mit der Natur sind also zwei Seiten eines Prozesses. Jenseits eines angenehmen Niveaus materieller Lebensbedingungen, so hat beispielsweise die Verarbeitung von Hunderten wissenschaftlichen Studien durch Richard Wilkinson und Kate Pickett bewiesen, steigt mit wachsenden Einkommen und Vermögen die Lebenszufriedenheit nicht mehr dauerhaft an (Wilkinson/Pickett, 2010). Zufriedenheit und Glück sind aber in Ländern mit geringerer sozialer Ungleichheit bei niedriger Armutsquote verbreiteter als in Ländern großer sozialer Polarisierung, selbst wenn diese über ein weit höheres Bruttoninlandsprodukt verfügen. Natürlich gilt für große Erdregionen weiter, dass dort die Überwindung von Hunger, Trinkwassermangel und Analphabetismus und der Aufbau einer Gesundheitsversorgung vorrangig sind. Aber auch dies ist zugleich eine umweltpolitische Frage, weil extreme Armut wenig Raum für die Schonung von Naturressourcen lässt.

Auch in den reichen Ländern hat jeder umweltpolitische Schritt zugleich politischen und sozialen Charakter. In der Energiewende beispielsweise ist zu fürchten,

dass die großen Chancen dezentraler Verfügbarkeit erneuerbarer Energien für die Abkehr von den zentralen Strukturen der Energiekonzerne, für kleinere Investoren, für die Stärkung der kommunalen Energiewirtschaft und für Energiedemokratie von unten verspielt werden, wenn die Politik überwiegend auf Großprojekte wie die Nordsee-Windparks oder Desertec in Nordafrika und entsprechend große Stromtrassen setzt statt auf eine Kombination von Fernnetzen und dezentralen Netzen und die Förderung bürgernaher Energieerzeugung. Die Energiewende kann mit sozialverträglichen Lösungen für Strompreise, für die Mieten bei der energetischen Sanierung der Bausubstanz und für die Tarife im öffentlichen Personennahverkehr verlaufen oder mit der Abwälzung der Energiewendekosten auf die Bevölkerungsmehrheit zu Gunsten weniger Großprofiture. Bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geht es nicht zuletzt um diese Fragen.

Die Überwindung von Kriegen rund um den Erdball und von asymmetrischen Weltwirtschaftsbeziehungen zu Gunsten des Friedens und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung sind Grundbedingungen für menschenwürdiges Leben weltweit und für den Schutz der Umwelt.

SPD und Grüne haben wiederholt einer Bundeswehrbeteiligung an Kriegen zugestimmt, die wie in Afghanistan von vornherein keine Aussicht auf die Lösung der aufgestauten Probleme boten. Bisher bleibt eine Analyse der Ergebnisse von Auslandseinsätzen der Bundeswehr aus, die zu einer weit stärkeren Orientierung der Außen- und Sicherheitspolitik auf die präventive Beseitigung von Kriegsursachen anstelle neuer Kriegseinsätze führen könnte. Die Linkspartei hat sich von der Überzeugung leiten las-

sen, dass durch Kriegseinsätze in aller Regel Probleme nicht gelöst, sondern häufig noch mehr Probleme geschaffen werden. Sie lehnt daher Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland strikt ab. Sie drängt auf Abrüstungsinitiativen der Bundesrepublik, auf Konversion, Verbot von Rüstungsexporten und präventive Konfliktbearbeitung, auf ökonomische, soziale und ökologische Stabilisierung armer Länder und zerfallender Staaten. Aber sie hat ihrerseits nicht geprüft, in welchen wenigen Fällen womöglich das Eingreifen ausländischer Friedenstruppen in der Lage gewesen wäre, Katastrophen zu verhindern, beispielsweise den Völkermord in Ruanda, der innerhalb von rund hundert Tagen mehr als 800.000 Menschen das Leben kostete.

Alle drei Parteien haben Anlass, ihre außen- und sicherheitspolitischen Positionen zu überprüfen, durchaus nicht die Linkspartei allein. Der Solidarität der reichen Länder Europas für die Überwindung von Hunger, Mangelkrankheiten, Bildungsnotstand, Umweltzerstörung und Flüchtlingsdasein wird dabei größte Bedeutung zukommen.

### **Doppelte Transformation**

Die Linken unterschiedlicher Provenienz haben zu überprüfen, auf welchem Weg der neoliberale Kapitalismus durch eine solidarische gerechte Friedensgesellschaft im Einklang mit der Natur überwunden werden kann.

Als in den 1970er-Jahren der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus (Fordismus) in die Krise geriet, hätte es radikaler Schritte über die bis dahin praktizierte Reichweite von Reformen hinaus bedurft. Eigentums- und Machtverhältnisse hätten angetastet werden müssen, um in der damals entstandenen Scheidewegsituation ei-

nen emanzipatorischen Entwicklungspfad zu beschreiten. Die Arbeitnehmerfonds in Schweden, die Verstaatlichungen durch die erste Regierung Mitterand in Frankreich und die erweiterte Mitbestimmung in der Bundesrepublik waren praktische Ansätze dafür. Aber die etablierte Reformpolitik war nicht in der Lage, sie fortzuführen. Die marktradikalen Kräfte nutzten diese Schwäche und setzten eine Transformation zu einem neoliberalen und später stark finanzmarktgetriebenen Kapitalismus durch, der schließlich verlustreich in die jüngste mehrdimensionale große Krise mündete. Herkömmliche Reformen sozialdemokratischen Typs allein entsprechen zudem nicht der Veränderungskraft der erforderlichen künftigen Brüche.

Revolution als Zerschlagung aller gegebenen Verhältnisse – sowohl der Ausbeutung und Unterdrückung als auch der Evolutions- und Zivilisationspotenziale der Moderne – ist in Gestalt der Staatspartei-sozialismus mit schrecklichen menschlichen Verlusten gescheitert. Eine Revolution im Sinne eines zeitlich gerafften großen Umsturzes ist in Europa weder in Sicht noch versprache ein solcher Versuch angesichts der Komplexität, Komplexität und Größe der aufgestauten Probleme Erfolg. Nicht aufzugeben ist allerdings der Anspruch auf eine revolutionäre Tiefe künftigen gesellschaftlichen Wandels. Denn die Gesellschaftsprobleme, die in der Herrschaft der ökonomischen und politischen Machteliten wurzeln, können nur durch die Beschränkung von deren Macht gelöst werden können.

Wenn aber weder Reform noch Revolution allein den Herausforderungen unserer Zeit genügen, wird ein anderer konzeptioneller Zugang zur Bewältigung der großen Fragen unserer Zeit notwendig. Als eine

dritte Entwicklungsweise gerät die Transformation in den Blick, genauer: eine *doppelte Transformation*, die die Stärken von Reform und Revolution bewahrt und beider Grunddefizite überwindet.

Als *erste Seite* dieser doppelten Transformation ist in Deutschland und in großen Teilen Europas für eine lange Zeitspanne auch unter der notwendigen Voraussetzung weitreichender Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links im glücklichsten Falle eine progressive demokratische, stärker soziale und umweltorientierte Transformation im bürgerlich-kapitalistischen Rahmen zu erwarten. Gegen die Auffassung, dass dem neoliberalen Kapitalismus unmittelbar ein demokratischer und grüner Sozialismus folgen könnte, sprechen gewichtige Faktoren: die Machtfülle des internationalen Kapitals, die Schwäche und Segmentiertheit der pluralen Linken und anderer demokratischer Kräfte, die bereits erwähnte Größe der ungelösten Gesellschaftsfragen und die starke Verinnerlichung bürgerlicher Werte und Handlungsnormen in der Bevölkerungsmehrheit.

Eine postneoliberale progressive bürgerliche Transformation ist kaum vorstellbar, ohne von gefahrenbewussten, strategisch handelnden Teilen der Mächtigsten mitgetragen oder toleriert zu werden – so wie der New Deal in den USA von einem reformfähigen Teil des herrschenden Blocks geprägt wurde. Aber auch solche Fraktionen der Mächtigen würden unter dem Druck der Probleme und von unten diesen Weg nur gehen, um ihre Macht und deren kapitalistische Grundlagen zu bewahren.

Daher, aber vor allem, um die Dominanzverhältnisse zwischen Profit und freier individueller Entfaltung umzukehren, wird eine doppelte Transformation mehr als ei-

nen systeminternen Wandel einschließen müssen. Ihre *zweite Seite* sollte darin bestehen, dass bereits im Verlauf innersystemischer Transformation antikapitalistische und potentiell sozialistische Tendenzen, Elemente, Institutionen und Praxen entwickelt und gestärkt werden. In die mögliche progressive postneoliberale bürgerliche Transformation muss vom Standpunkt linker radikaler Realpolitik der Einstieg in die Überschreitung des Kapitalismus, also der Beginn einer zweiten Großen Transformation hineingeholt werden. So wie Karl Polanyi den Übergang von vorkapitalistischen Gesellschaften zum Kapitalismus als erste Große Transformation ansah, ist eine zweite Große Transformation zu einem demokratischen grünen Sozialismus die postkapitalistische Perspektive für das 21. Jahrhundert.

Ansätze mitten in bürgerlichen Gesellschaften, die zu Einstiegsprojekten in eine Große Transformation entwickelt werden könnten, sind beispielsweise die Verstaatlichung von Banken – wenn sie denn für einen öffentlichen Einfluss auf das Finanzsystem und seine Kontrolle genützt würde! –, ferner die Existenz öffentlicher Daseinsvorsorge und eines breiten Non-Profit-Sektors, die Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen wie zum Beispiel von Stadtwerken und Kliniken, Unternehmen der Solidarwirtschaft, kostenlose Kitaplätze und besondere Förderung für Kinder aus bildungsfernen Familien, Mietersyndikate, Formen demokratischer Staatlichkeit von unten wie die Consejos comunales und die Misiones in Venezuela, Formen demokratischer Erneuerung wie Bürgerhaushalte, wie die Stadtteilversammlungen in Madrid und generell Kämpfe um eine umfassende Durchsetzung der Menschenrechte (Candeias/Völpel, 2014).

Für sich genommen durchbrechen diese Seiten gegenwärtiger Realität den Rahmen des Kapitalismus keineswegs. Aber ein Moment des Antikapitalismus und ein Atem von Sozialismus wirkt da schon, wenn das Öffentliche gegen die Profitdominanz gestärkt wird statt durch Privatisierung geschleift zu werden, wenn über Gesundheit, Bildung, Licht und Wärme anstelle des Profits das Gemeinwohl bestimmt. «Sozialismus ist seinem Kern nach die universelle Menschenrechtsbewegung der Moderne.» (Brie, 2006: 84) Folglich verweisen Kämpfe um demokratische, soziale, ökologische, kulturelle und informationelle Rechte in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften im Maße ihrer Erfolge bereits auf Charaktere des demokratischen Sozialismus. Dieser ist nicht allein das Ziel der anderen besseren Gesellschaft, sondern zugleich Weg, Bewegung, Prozess und ein Wertesystem als Handlungsorientierung auf diesem Weg.

Die Chance für eine Verknüpfung von progressiver Transformation im Kapitalismus und einer Großen Transformation über ihn hinaus knüpft an der Grundtatsache an, dass das Kapital für seine Reproduktion stets seines eigenen Gegenpols bedarf. Karl Polanyi verwies darauf, dass die gesamte Geschichte des Kapitalismus eine vom Wirken zweier Organisationsprinzipien gezeichnete Doppelbewegung ist. Das Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, der profitgesteuerten Marktregulation, funktioniert nur deshalb, weil ihm das Prinzip der Schutzes der Gesellschaft vor den destruktiven Wirkungen des Profitmechanismus Grenzen setzt (Polanyi, 1976: 185; 112).

Es kommt also darauf an, alle Seiten des dem Kapital entgegengesetzten Prinzips in den gegenwärtigen Gesellschaften zu erkennen, sie zu stärken und schließlich

die Dominanzverhältnisse zwischen Kapitallogik und sozialökologischer Logik umzukehren. Ernst Bloch plädierte daher dafür, «die Fantasie des objektiv Möglichen» immer wieder neu zu erwecken und betonte: «Deshalb geht wirkliches Überschreiten auch nie ins bloß Luftleere eines Vor-uns, bloß schwärmend, bloß abstrakt ausmalend. Sondern es begreift das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist, ob es gleich, um freigelegt zu werden, aufs Äußerste den Willen zu ihm verlangt.» (Bloch, 1959: 2)

Der LINKEN verlangt die Umsetzung des Konzepts doppelter Transformation in Realpolitik aufs Äußerste ab, Evolutions- und Zivilisationspotenziale der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften anzuerkennen, um sie voll für progressive Reformen ausschöpfen zu können. Sie hat deshalb Tendenzen zu überwinden, sich in Schwarzweißmalerei zu üben, überwiegend als Protestpartei zu verstehen und zu wenig Gestaltungsverantwortung im Gegenwärtigen zu übernehmen. Teile der Linkspartei müssen überdies lernen, dass auch gerechtfertigte große Forderungen meist nicht als Sofortakte realisierbar sind, sondern eher prozesshaft in einem Gemisch von Reformschritten, kleinen und größeren Brüchen. Das könnte beispielsweise für die Herausbildung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems unter Beteiligung Russlands anstelle der NATO gelten.

Der Sozialdemokratie ist aufs Äußerste der Wille abverlangt, «aus Affinität zum Stern, der sich noch unter dem Horizont befindet», zu handeln (ebenda: 137), «wenn die kleine SPD nicht an der Seite der großen Merkel-CDU zerrieben werden soll.» (Meyer, 2013: 13) Im Gefolge der CDU/CSU wird die SPD zum Beispiel kaum zu der Einsicht in

die Grenzen eines Militärbündnisses für die Bewältigung explosiver Situationen durch Gemengelagen von autoritärer Herrschaft, sozialer Spaltung und Perspektivlosigkeit für die Jugend, von Patriarchat, ethnischen und religiösen Konflikten, Gewaltausbrüchen und Terrorismus gelangen und kaum konstruktive Schritte zu einem kollektiven Sicherheitssystem in Europa wagen.

Die Grünen werden sich zu entscheiden haben, ob sie ihre umweltpolitische Kompetenz aufs Äußerste für einen tiefgreifenden sozialökologischen Umbau einsetzen wollen, der mit den profitorientierten Machteiliten und ihnen zugeneigten Parteien nicht zu haben ist, oder ob sie der Kapitalherrschaft eine grüne Stütze hinzufügen wollen.

*Das Konzept doppelter Transformation ist eine Herausforderung für alle realen oder potentiellen Linkskräfte, ihre Strategie und Politik vom Standpunkt notwendiger Verschränkung von Reformen und tiefen Brüchen zu überprüfen. Sie könnte ein Denkanstoß für einen völlig neuen linken Crossover-Prozess werden.*

#### Literatur

- Bloch, Ernst, 1959: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt/Main
- Brandt, Peter/Brie, André/Brie, Michael/Wolf, Frieder Otto, 2013: Für ein neues linkes Crossover. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 11
- Brie, Michael, 2012: 4 U. Eine vierfache Umkehr. In: neues deutschland. 12. Juni
- 2006: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion. In: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch. Berlin
- Buckel, Sonja/Oberndorfer, Lukas/Troost, Axel/Ypsilanti, Andrea, 2013: Solidarisches Europa – Crossover: Alternativen zum neoliberalen Bollwerk – eine konkrete Utopie! Hamburg
- Candeias, Mario/Völpel, Eva, 2014: Plätze sichern! Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland. Hamburg
- Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Frankfurt/Main
- Giddens, Anthony, 1999: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt/Main
- Groll, Franz, 2009: Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen einer neuen Wirtschaftsordnung für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden. Hamburg
- Habermas, Jürgen 2013: Demokratie oder Kapitalismus? In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 5
- 2014: Ein starkes Europa, aber was heißt das? In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 3
- ISM/Institut Solidarische Moderne, 2011: Umriss einer sozialökologischen Gesellschaftstransformation. ISM-summer factory. September
- Klein, Dieter, 2013: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg
- Madörin, Mascha, 2006: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, T./Tullney, M. (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg
- Marx, Karl, 2005: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. Berlin
- Meyer, Thomas L., 2013: SPD – eine neue Strategie tut not. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 10
- Mikfeld, Benjamin, 2012: Alte und neue Wege aus der großen Krise. Eine Landkarte aktueller politischer Diskurse über Zukunft von Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft. Werkbericht 1 (Kurzfassung) denkwerkdemokratie. Berlin
- Notz, Gisela, 2012: Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt. Stuttgart

## Beiträge und Diskussionen

Streek, Wolfgang, 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt/Main

Thie, Hans, 2013: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. Hamburg

Turovski, Jan/Mikfeld, Benjamin, 2013: Gesellschaftlicher Wandel und politischer Diskurse. Überlegungen für eine strategische Diskursanalyse. denkwerkdemokratie. Hans-Böckler-Stiftung. Werkbericht 3

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate, 2010: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin

Winker, Gabriele/Degele, Nina, 2009: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld

Polanyi, Karl, 1976: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssysteme. Frankfurt/Main

Wright, Erik Olin, u. a., 2011: Rückkehr der Kämpfe? In: LuXemburg 2



Klaus-Jürgen Scherer

## Gedankensplitter über ein außergewöhnliches Wahljahr

Natürlich mussten Sozialdemokraten seit über 150 Jahren immer wieder mit Niederlagen umgehen. Im Kaiserreich trösteten revolutionäre Heilserwartung und die eigene Welt der Arbeiterkultur über gesellschaftlichen Ausschluss hinweg. Sogar die Nazibarbarei konnte Standhaftigkeit, feste Überzeugungen und Geschichtsoptimismus nicht gänzlich zerstören. In der Nachkriegszeit, der Ära des Kalten Krieges, war die Vorherrschaft des konservativen Adenauerstaates lange ungebrochen. Im sowjetischen Machtbereich der SBZ/DDR dominierten Verbot, Verfolgung und Unterordnung unter das SED-System. Nach dem Intermezzo des «roten Jahrzehnts (1967–1977)» (Gerd Koenen), nach den Kanzlerschaften von Brandt und Schmidt musste die SPD ab 1982 die langen Jahre des Stillstandes der westdeutschen und dann gesamtdeutschen Regierungen Kohl ertragen – beendet erst sechzehn Jahre später durch Rot-Grün und Schröder.

Im letzten Jahr konnte mit dem zweit-schlechtesten Ergebnis der SPD seit 1949 das Trauma der katastrophalen 23 Prozent von 2009 kaum wirklich überwunden werden. Jedoch öffnete das erneute Scheitern daran, Angela Merkel endlich abzulösen, nicht nur ein neues Kapitel sozialdemokratischer Leidensgeschichte. Vielmehr sah sich die Genossen-Befindlichkeit 2013 einer rasanten Achterbahnfahrt der Gefühle, in der es auch aufwärts ging, ausgesetzt.

2012 schien in zu optimistischer Projektion der knappen Regierungswechsel nach Landtagswahlen (Baden-Württemberg,

NRW, Schleswig-Holstein, Niedersachsen) die Bundestagswahl fast schon gewonnen. In den meisten Umfragen hatte Schwarz-Gelb keine eindeutige Mehrheit mehr. Dann führte die vorzeitige Sturzgeburt des Kanzlerkandidaten und seine zu hohen Nebenverdiensthonorare, aber auch die mediale Treibjagd gegen ihn, zum Absturz der SPD auf das Niveau von 2009. Der mediale Einheitskommentar suggerierte: Bei «Mutti» Merkel liege das Gemeinwohl in bewährten guten Händen, demgegenüber Sorge Steinbrück vor allem für sich selbst. Vertrauen ließ sich so nicht herstellen. Banales war auf einmal skandalisierbar, wie der Satz, eine Flasche trinkbarer Pinot Grigio müsse schon 5 Euro kosten, oder die Bemerkung, der Bundeskanzler verdiene im Vergleich zu Führungsjobs der Wirtschaft zu wenig. Hier wurde der populistische Moment gegen «die da oben» ausgenutzt und erfolgreich auf den Kanzlerkandidaten projiziert. Sein positives Image als Manager der Finanzmarktkrise wurde radikal entwertet. Fast im gesamten Bundestagswahlkampf gelang kein nachhaltiger Befreiungsschlag, der aus diesem Tief, aus der zugeschriebenen Rolle als «Kanzlerverlierer-Kandidat», herausführte.

Erst auf der Zielgeraden änderte sich kurzzeitig die Stimmung, kam etwas Bewegung in die Wählerpräferenzen. Nach dem erfolgreichen Fernsehduell lief Peer Steinbrück zur rhetorischen Höchstform eines SPD-Wahlkämpfers auf. Alles schien wieder möglich – zumindest in der sozialdemokratischen Selbstsuggestion war das Rennen wieder offen. Bevor dann, gewisser-

maßen bereits auf der Ziellinie, der ironisch gemeinte pantomimische Stinkefinger von Steinbrück im SZ-Magazin der Medienkampagne wieder neue Nahrung gab.

Das enttäuschende Bundestagswahlresultat, mit 25,7 Prozent nur knapp über dem Niveau von 2009, schien zunächst ausschließlich Opposition nahezulegen. «Es bleibt ein Staunen über die Filterblasen der Medien und die Ratlosigkeit einer einst großen Partei», so das Fazit des Wahlkampfes durch die FAZ-Edelfeder Nils Minkmar<sup>1</sup>.

Merkwürdigerweise, das Münchhausen-Bild des Sich-selbst-aus-dem-Sumpf-ziehen drängt sich auf, gelang nach der Niederlage ein kollektiver Selbstheilungsprozess der SPD – ein strategisches Meisterstück, durchgesetzt durch den Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der dafür sogar mit Willy Brandt verglichen wurde. Die SPD wurde nicht einfach zur Mehrheitsbeschafferin der Kanzlerin, die ihre absolute Mehrheit ja nur knapp verfehlt hatte. Die SPD agierte bereits in der Koalitionsverhandlung mit der Union auf gleicher Augenhöhe, die wesentlichen Inhalte kamen von SPD-Seite (wenn auch die Union manches zu verhindern wusste). Das neue Instrument innerparteilicher Demokratie, die briefliche Mitgliederbefragung, mündete mit fast 80%iger Beteiligung und einer Dreiviertelmehrheit Ja-Stimmen in einer erneut aufgerichteten Partei mit gestärktem Selbstbewusstsein und neuer Legitimation.

Gewiss blieb Kritik an der Großen Koalition. Doch wendete diese sich einzelnen Issues zu: Was wird wirklich getan gegen die Totalüberwachung in der digitalen Gesellschaft? Wird ein Freihandelsabkommen EU-

USA verhindert, wenn es in Europa öffentliche Güter, Umwelt- und soziale Standards und kulturelle Förderung gefährdet? Kann sich die zum Genmais ablehnende Haltung von SPD und CSU durchsetzen? usw. Von der behaupteten Zwangsläufigkeit, die GroKo beschleunige den Niedergang der SPD, war jedenfalls nicht mehr die Rede.

So ergab sich zuletzt doch noch ein – gewisses – sozialdemokratisches Happy End im Auf und Ab der großen Gefühle. Damit war das schwierige Jahr 2013 gewissermaßen abgehakt und es erschien wieder möglich, dass es 2014–17 gelingen kann, viele sozialdemokratische Inhalte in der neuen Regierung umzusetzen.

### **Gewandelter Blick auf die Vergangenheit**

Man kann die These vertreten, dass der wichtigste sozialdemokratische Lernprozess in den Monaten nach der erneuten Bundestagswahl Niederlage darin bestand, dass sich der Tenor der Wahlanalyse von 2009 wandelte. Zumeist war der Absturz zu einer fast 20-Prozent-Partei darauf zurückgeführt worden, dass eine GroKo dem Juniorpartner prinzipiell schade und dass Angela Merkel noch immer alle Koalitionspartner, wie 2013 bekanntlich sogar die FDP, kleinbekommen habe. Selbst von dem 2007–09 unbestritten erfolgreichen SPD-Krisenmanagement, das Deutschland besser als andere europäische Länder aus der EU-Finanzmarktkrise hat hervorgehen lassen, habe letztlich nur die Kanzlerin profitiert. Bei erneuter GroKo drohe der SPD daher sogar der Verlust des Volksparteienstatus.

Gegen diese bedenkenswerte Argumentation setzte sich im Herbst 2013 in den innerparteilichen Debatten der SPD die selbstkritische Sichtweise durch, dass 2009 weniger das Diabolische von Angela Merkel

1 Nils Minkmar: Der Zirkus. Ein Jahr im Innersten der Politik. Frankfurt/M. 2013, S. 219.

(also das Präsidiale, das Mittige, das pragmatisch Machtorientierte, das sozialdemokratische Politik Integrierende, das «Teflon-artige», bei dem nichts Negatives haften bleibt etc.), gesiegt hätte. Sondern dass die SPD für ihre Niederlage letztlich selbst verantwortlich gewesen sei. Schließlich hatte die Partei jahrelang ein problematisches Erscheinungsbild geboten: Es gelang kein einheitliches sozialdemokratisches Narrativ der Agenda-Politik. Die Kommunikation zwischen Liberalisierungspolitiken und Sozialrhetorik blieb widersprüchlich. Sozialdemokratisches Profil – was auf die Frage, «wozu SPD?» zu antworten sei – blieb unklar und wenig glaubhaft. Die Parteibasis hatte von der Basta-Politik von oben, von der sie sich nicht mitgenommen fühlte, die Nase voll. Erfolge gingen in der ersten Merkel-GroKo auf das Konto der Kanzlerin, während für Zumutungen wie die Rente mit 67, die besonders in SPD-nahen Milieus vehement abgelehnt wurde, die SPD verantwortlich zeichnete. Hinzu trat verlorene Glaubwürdigkeit durch die schnellen Wechsel führender rot-grüner Spitzenpolitiker in gut dotierte Industriejobs, in denen es um Partialinteressen und Lobbyismus, nicht jedoch um Gemeinwohlabwägung ging. Zerstrittenheit und Intrigen in der Parteiführung, etwa das Ypsilanti/Beck-Debakel, oder 2005–09 allein vier verschiedene Parteivor-sitzende: Das alles konnte nicht gutgehen.

Die hier skizzierte Analyse bedeutet umgekehrt: Mit klarer Ausrichtung, dem Ernst- und Mitnehmen der Basis, mit neuer Glaubwürdigkeit von Programm und Personen, mit erfolgreicher – und kommunikativ vermittelter – Umsetzung zentraler Inhalte, sowie mit einem sozialdemokratischen Narrativ des digitalen 21. Jahrhunderts ist es prinzipiell möglich als SPD wieder in die

Offensive zu kommen. Die Zukunft ist eben offen. Das Abenteuer der erneuten GroKo könnte ebenso wie die erste GroKo 1966–1969 wieder zugunsten des kleineren Partners ausgehen.

Dieser Blickwechsel war (neben dem parteitaktischen Argument, dass man Merkel nicht zu einer Minderheitsregierung hätte zwingen können und bei Neuwahlen eine SPD, die sich der Verantwortung entzieht, weiter verloren hätte), das Fundament des Lernprozesses hin zum zustimmenden Mitgliedervotum.

### **Nicht umsonst gewesen: Verkannte Programmjahre**

Kaum eine Wahlanalyse berücksichtigt die Vorgeschichte angemessen. Als ob es nicht eine vierjährige beharrliche programmatische Arbeit der Partei, sondern nur eine Stunde Null des Kandidaten gegeben hätte<sup>2</sup>. Von vorsichtigen Korrekturen der Fehler der Agenda 2010, über organisationspolitische Beschlüsse zu Beteiligung und Demokratisierung, über die Aufnahme der nach Fukushima erneuerten Fortschrittsdebatte, über einen grundsätzlichen Wertediskurs zur sozialen Demokratie bis hin zur klaren programmatischen Profilbildung in Gerechtigkeitsfragen (wie Mindestlohn, Steuererhöhung für Reiche) und der sozialen Sicherheit (wie Bürgerversicherung, Kampf der Altersarmut) und sogar bis hin zu einer präzisierten kulturpolitischen Programmatik hatte die SPD – anders als oft behauptet – ihre Oppositionsjahre keineswegs ver-

2 Bei Minkmar a.a.O. heißt es einerseits: «das Willy-Brandt-Haus hat noch keinem Glück gebracht» (8) und andererseits lobt er an Steinbrück «die konsistente Arbeit seines engeren Teams» (219). Eine gerechte Bilanz der Arbeit des SPD-Parteivorstandes ist dies nicht.

schlafen. Vieles mündete ein in das «Projekt Zukunft» der SPD-Bundestagsfraktion Ende 2012 und mehr noch in das umfassende SPD-Regierungsprogramm vom Frühjahr 2013. Besonders letzteres besaß fast basisdemokratischen Charakter, fügte auf breiter Basis Parteianalysen, programmatische Beschlüsse, Essentials der Mitgliederdiskurse und eine breite Bürgerbeteiligung zusammen und trug weniger – was verschiedentlich kritisiert wurde – die besondere Handschrift des Kanzlerkandidaten.

Dennoch vertrat Steinbrück in seinen Wahlkampfreden das Programm rhetorisch bravourös. Allerdings ließ sich im linkssozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Milieu manche Erinnerung an alte Agenda-Zeiten nicht ganz verdrängen. So meinte der Politikwissenschaftler Frank Decker: «Die SPD hat nicht auf die falschen Themen gesetzt, verfügte aber in Peer Steinbrück über keinen optimalen Kandidaten. Der frühere Finanzminister konnte die starke Betonung der sozialen Missstände im Wahlkampf nicht glaubhaft verkörpern, die von Teilen der Wählerschaft auch als Folge sozialdemokratischer Regierungspolitik wahrgenommen wurden.»<sup>3</sup>

Noch zu Zeiten des Führungstrios Gabriel – Steinmeier – Steinbrück hatte die programmatische Vertrauensarbeit durchaus Früchte getragen: Die SPD hatte sich im Sommer 2012 von den 23 Prozent auf rund 30 Prozent erholt. Wenn nun noch mit einem erfolgreichen Wahlkampf eines Kandidaten, so die Überlegung, der die Mitte der Gesellschaft am besten anspricht, 5 Prozent hinzu gewonnen werden könnten, dann würde der rot-grüne Politikwechsel

gelingen, schließlich lagen die Grünen vermeintlich stabil bei fast 15 Prozent

Es kam, wie wir wissen, anders. Übrigens auch, weil die Grünen am Ende noch hinter der Linkspartei (8,6 Prozent) nur 8,4 Prozent erreichten. Sie erschienen auf einmal als unglaublich (halbherzige Aufarbeitung des Pädophilenproblems der 1980er-Jahre), als besserwisserische Bevormunder (Veggie-Day in den Kantinen), als links von der SPD positioniert (ihr Steuererhöhungsprogramm traf einen Teil ihrer Klientel) und als insgesamt nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Das moderne großstädtische Bürgertum, deren politischer Ausdruck die Grünen sind, erweist sich erneut als volatil.

### **Kein Weg aus der Defensive: Diskurse und Themen**

Weniger das umfangreiche SPD-Regierungsprogramm, sondern das, was neuerdings als «strategische Diskursführung mit dem Ziel der Herstellung von Diskursallianzen und einer politischen Transformation»<sup>4</sup> bezeichnet wird, erwies sich als Problem. Viele einzelne Themen des 118 Seiten starken (im Willy-Brandt-Haus erarbeiteten) Wahlprogramms erhielten durchaus Zustimmung: So hatte die SPD mit den Gerechtigkeitsfragen<sup>5</sup> «auf die richtigen Themen gesetzt. Aber die Leute haben ihr den Einsatz für diese Themen nicht recht abgenommen».

3 Frank Decker: Große Koalition ohne Alternative? In: perspektive 21 58/2013, S. 20.

4 Benjamin Mikfeld, Jan Turowski: Sprache. Macht. Denken – Eine Einführung. In: Denkwerk Demokratie (Hg.): Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen, Frankfurt/New York 2014, S. 45.

5 Das war der größte Erfolg der Union in der Koalitionsverhandlung, wie sang- und klanglos das Gleichheitsthema begraben wurde, dabei sind in keinem Land der Euro-Zone die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland.

Gegenüber Merkel «fehlten Vertrauen und Kompetenz»<sup>6</sup>.

Auch die «richtigen» Themen konnten öffentlich nicht durchdringen, weil – so die These von Kellermann und Mikfeld – die gesamtgesellschaftliche Diskurslage bereits in den Krisenjahren 2008–10, lange vor dem eigentlichen Wahlkampf, entschieden worden war. Die SPD habe zugelassen, dass die systemische Krise des Finanzkapitalismus, also die Bankenkrise, in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet wurde. «Letztlich verschob sich die Konfliktlinie weg von «Finanzmärkte vs. Bürger und Gemeinwohl» hin zu «Schuldenländer vs. Stabilitätsländer»<sup>7</sup>. Damit war die Diskursstrategie des Bundestagswahlkampfes «Stabilität und Sicherheit» der Union gegenüber «soziale Gerechtigkeit» der SPD im Vorteil und Merkel konnte sich als Hüterin unseres Geldes und Garantin für Stabilität und Ordnung in Europa inszenieren.

Ein politischer Kurswechsel zog also nicht in einer Zeit, in der die meisten, auch mit dem vergleichenden Blick auf die Krise bei den europäischen Nachbarn, relativ zufrieden waren. Der SPD-Spitzenkandidat konnte nicht ziehen angesichts des persönlichen Vertrauens, das Angela Merkel langfristig als Personifizierung des Stabilitätsversprechens aufgebaut hatte. Politische Inhalte (differenzierte soziale Lage, Konzentration privater Vermögen, Investitionsstau usw.), diskursive Aufklärung, zugespitzte Argumente, geschliffene Rede – all das

zog nicht gegenüber der Merkel'schen Entlastung von Politik und ihrer konsequenten inhaltlichen Dethematisierung. Der Spruch «Sie kennen mich» am Ende des Fernsehduells konnte so schließlich zum entscheidenden «Argument» werden.

Fassen wir die wesentlichen Stichworte der Wahlanalysen,<sup>8</sup> die die asymmetrisch hohen 41,5 Prozent der Union zu erklären suchen, noch einmal zusammen:

- Bedeutungsverlust der innenpolitischen Agenda durch die Eurokrise, bei der die Kanzlerin als Verteidigerin der nationalen Interessen hohes Ansehen gewonnen hatte;
- gute wirtschaftliche Lage mit gesunkener Arbeitslosigkeit, so dass der SPD-Diskurs wachsender sozialer Ungleichheit nicht verfangen konnte;
- eine modernisierte Union, die sich in der politischen Mitte positionierte und Mehrheitsstimmungen nachgab (energiepolitische Kehrtwende, Aufnahme von Elementen der SPD-Sozialpolitik);
- Merkels quasi präsidentiale Trennung vom schlechten Erscheinungsbild der schwarz-gelben Koalition, was in der Abstrafung der FDP mündete;
- hohe persönliche Sympathiewerte der Kanzlerin: Sie führte als erste Regierungschefin während ihrer gesamten Amtszeit die Liste der beliebtesten Politiker an, demgegenüber hätte wohl keiner der potentiellen SPD-Kandidaten eine Chance gehabt;
- hinzu kam das Problem, dass die SPD gegen die übermächtige Merkel Programm, Performance und Person nicht

6 Rita Müller-Hillmer: Es fehlten Vertrauen und Kompetenz. In: *perspektive* 21, 58/2013, S. 28.

7 Christian Kellermann, Benjamin Mikfeld: Politische Diskursführung in der Praxis. Eine kleine Fallstudie über den Bundestagswahlkampf 2013. In: *Denkwerk Demokratie* a.a.O., S. 284.

8 Siehe auch Bundestagswahl 2013 in: *APuZ* 48–49/2013.

wirklich kongruent hinbekam. Unter dem Claim «Das Wir entscheidet» erlebte man die individuelle Stärke des Kandidaten, sein überzeugendes Auftreten als intelligenter und unterhaltsamer Einzelkämpfer, mit außergewöhnlichem Sachverstand und mit ganz eigenen Ecken und Kanten.

### **Wahlkampagne im neuen Biedermeier**

Die Rolle von Medien und prominenten Meinungsmachern erlebte 2013 gewiss einen problematischen Höhepunkt. Nun ist es ein alter Streitpunkt, wo eigentlich Medienkampagnen beginnen, wie viele und wie direkte Absprachen dazu notwendig sind. Empirisch belegbar ist jedenfalls das Rudelverhalten der Medienmeute, wenn plötzlich nur noch Einzelne, wie der Freitag oder die taz, eine abweichende Meinung vertreten. Und wenn Grenzen des Anstandes überschritten werden, wie beim Versuch der charakterlichen Demontage Steinbrücks (Ego-Shooter, Spielernatur, gar Stasi-Verleumdung) oder der unbegründeten Behauptung, die (detailliert durchgerechnete) SPD-Programmatik wäre unseriös. Besonders vernichtend war für Rot-Grün, dass der Gerechtigkeitsdiskurs, den rund zwei Drittel der Bevölkerung mittrugen, umgedreht wurde zu einem Diskurs über Steuererhöhungen, die eine Mehrheit ablehnten. Alle Argumente, nur die oberen 5 Prozent wären (zu Recht) betroffen, wurden nicht mehr geglaubt.

Zur Illustration dieser Medienmacht im Zeitgeist der Entpolitisierung zwei signifikante Beispiele aus der eigenen Erfahrung des Autors:

Im Willy-Brandt-Haus organisierten wir am 27. Juni 2013 eine Buchvorstellung des historisch bedeutenden Briefwechsels

Brandt-Grass<sup>9</sup> mit einer Lesung und anschließendem Podium mit dem 85-jährigen Literaturnobelpreisträger und mit Peer Steinbrück. Im Laufe des Gesprächs formulierte Günter Grass über Merkel, sie habe in ihrer FDJ-Zeit Anpassung und Opportunität und bei Kohl den Umgang mit der Macht gelernt. Diese harmlose Äußerung nahm die BILD-Zeitung tags darauf zum Anlass, dies unter der Überschrift «Dabei war er selber bei der SS... Grass greift Merkel wegen DDR-Vergangenheit an» zu skandalisieren. Steinbrück wurde in dem reich gebilderten Hauptartikel auf Seite 2 vorgeworfen, sich mit diesem zwielichtigen Grass einzulassen: «Wie lange tut sich die SPD das noch an?». Ein dreistes Wahlkampfstück mit drei Botschaften: (1) Ein weiterer Anlass der Springerpresse, Grass moralisch zu diskreditieren und ihn als Lügner darzustellen, hier ist noch eine historische Rechnung offen. Botschaft (2): Steinbrück habe es nicht im Griff, er schaffe es nicht einmal, den problematischen Grass loszuwerden. (3) Es geht darum, ostdeutsche Identitäten für Merkel zu mobilisieren, nach dem Motto: Wir lassen uns unsere (FDJ-)Vergangenheit nicht kaputtreden. Unterschwellig: Der westdeutsche Kandidat erkennt DDR-Biographien nicht an.

Zweitens konnte der große satirische Plakatkünstler Klaus Staeck, seit Jahren Präsident der Berliner Akademie der Künste, noch einmal mit einer Plakat-Postkarte, wie so oft in den 1970er-Jahren, die Republik erschüttern. Sie zeigte den wegen Steuerhinterziehung angeklagten Vereinspräsidenten Uli Hoeneß, dem Angela Merkel auf der Tribüne des FC Bayern freudig die

9 Willy Brandt und Günter Grass: Der Briefwechsel, hrsg. Von Martin Kölbl, Göttingen 2013.

Hand reicht. Darüber stand: «Glückwunsch Uli! Wir Steuern das schon» als Kritik daran, wie nachlässig die Regierung mit Steuerbetrug umgeht. Von den Jusos verteilt vor Fußballstadien (außerhalb Münchens) wurde die Postkarte in den wichtigsten Medien publiziert – allerdings als angeblicher Skandal: Diese Satire sei übergriffig und beleidigend, würde Hoeneß vorverurteilen und den Fußball politisch instrumentalisieren. «Verweigert wird einmal mehr die Debatte um Inhalte», so das Fazit Staecks, der von der «bewussten oder in Kauf genommenen Fehlinterpretation des Motivs» «durch fast alle Medien» schrieb: «Das Thema meiner Satire ist Steuerhinterziehung und gewerbsmäßig betriebene Steuervermeidung durch global agierende Konzerne zum Schaden der Steuerzahler – und die Nichtbehandlung durch die Politik.»<sup>10</sup> Auch diese inhaltliche Auseinandersetzung wurde von den Medien ganz im Sinne der Unionsvorgabe, keine Themen und Kontroversen aufkommen zu lassen, verweigert.

Statt über inhaltliche Alternativen wurde wochenlang darüber diskutiert, ob man eigentlich wählen gehen solle. Die Sozialforschung lehrt uns, dass die Legitimationskrise der Parteiendemokratie eigentlich vor allem mit Exklusion zu tun hat, mit dem prekären Leben ganz unten. «Die da oben machen doch eh, was sie wollen», mit solcher Politikverachtung antworten überdurchschnittlich die Armen und Niedriggebildeten, die damit die Interessenvertretung der Schwachen noch mehr schwächen.

Doch nun bekannte sich mancher öffentliche Intellektuelle und prominente Kulturmensch dazu, nicht wählen zu gehen. Of-

fenbar galt es nicht mehr als peinlich, wenn der Schauspieler Moritz Bleibtreu auf der Internetseite der Gala verkündete: «Ich habe noch niemals gewählt». Josef Joffe behauptete ganz im Sinne der Kanzlerin «Wahlmüdigkeit signalisiert nicht Verdruss, sondern Vertrauen.»<sup>11</sup> Nichtwähler wurden zur stärksten Partei der geistigen Elite: 58,3 Prozent der von der ZEIT (5. September 2013) befragten «48 namhaften Künstler und Intellektuelle» gaben keine Wahlempfehlung ab (gegenüber: SPD 14,6, Grüne 12,5, Union 8,3, Linkspartei 6,3 Prozent). Geisteswissenschaftler wie Harald Welzer, Peter Sloterdijk, Richard David Precht, Schriftsteller wie Thea Dorn, Jana Hensel, Maxim Biller, oder, wie schon vier Jahre zuvor, der Journalist Gabor Steingart und viele andere fanden die Wahl zwischen Wählen oder Nichtwählen nicht mehr wirklich wichtig.

Dies griffen die Medien vom Spiegel bis zur Sonntagabendtalkshow von Günter Jauch begierig auf: «Soll ich wählen oder shoppen?» fragte *Die Zeit*<sup>12</sup>. Statt die programmatischen Unterschiede der Parteien zu analysieren, dominierte die These: «Früher konnte ich als Wähler das Land auf verschiedene Wege schicken – heute nähern sich die Ideen der Parteien an»<sup>13</sup>. Dieser objektiven Unterstützung des Demobilisierungswahlkampfes der Kanzlerin lagen natürlich unterschiedliche Motive der Wahlenthaltung zugrunde: weil die Parteienangebote alle gleich seien; weil doch sowieso die Marktgesellschaft und nicht die demokratische Politik das Sagen habe; weil die Politiker doch alle abgehoben seien und

<sup>10</sup> Klaus Staeck: Kolumne: Es lebe die Postkarte! In: FR 29. 08. 2013, S. 10.

<sup>11</sup> Josef Joffe: Glückliche Republik. In: Die Zeit vom 5. September 2013, S. 12.

<sup>12</sup> *Die Zeit* 19. September 2013, S. 19.

<sup>13</sup> Ebenda.

in ihre eigene Tasche wirtschaften würden. Oder weil das ganze demokratische System erneuert werden müsse, so der Schriftsteller Eugen Ruge<sup>14</sup>. Oder weil, so Harald Welzer auch auf einer Veranstaltung des Kulturforums der Sozialdemokratie am 26. August 2013 im Deutschen Theater in Berlin, die Aufgabe einer überlebensfähigen demokratischen Zivilisation zu groß sei für Bundestagswahlen. «Keine Idee für die Bewahrung der Demokratie im 21. Jahrhundert findet sich im Angebot der Parteien, weshalb es die Kategorie des kleineren Übels nicht mehr gibt!»<sup>15</sup> Allen subjektiv interessanten Begründungen zum Trotz blieb die eigentliche Wirkung, dass diese Intellektuellen und Kulturschaffenden mit dazu beitrugen, dass sich 2013 keine rot-grüne Aufbruchsstimmung entwickeln konnte.

Zuletzt kam noch, gewissermaßen als traurige Neuauflage der letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes von 2009, die fehlende Machtperspektive hinzu. Wer von vorneherein als *The Biggest Loser* gilt – was im Grunde feststand, als der rot-grüne Schulterschluss nicht verding und wenig beachtet blieb – wird schließlich auch deshalb bei Wechselwählern seltener gewählt, weil sich masochistische Neigungen bei den meisten in Grenzen halten. Wieweit ein Wechsel weg vom kategorischen Nein zu jeder Annäherung an die Linkspartei das Spiel geöffnet hätte, muss offenbleiben. Derartige grundsätzliche Schwenks mitten im Wahlkampf können das Glaubwürdigkeitsdefizit noch erhöhen. Und von einer

offenen Debatte über die Rolle der SPD in der zukünftigen Großen Koalition schreckte man erst recht zurück, wahrscheinlich wäre dies tatsächlich als vorzeitige Kapitulation ausgelegt worden.

### Was droht uns noch? Kleiner Ausblick

Die Zusammensetzung des neuen Bundestages ist erheblich linker als das tatsächliche Meinungsspektrum in der Bevölkerung, das sich angesichts der europäischen Krise nach rechts verschoben hat. Etwa will eine Mehrheit deutsche Interessen in Europa stärker vertreten sehen und stimmt der Aussage zu, der deutsche Steuerzahler sei der große Verlierer der europäischen Schuldenkrise. Doch der durch sozialdemokratische Handschrift deutlich mitgeprägten GroKo stehen mit der Linkspartei und den Grünen zwei im Grunde von links her argumentierende Oppositionsparteien gegenüber. Die Rechte ist im derzeitigen Bundestag eigentlich nicht angemessen vertreten. Es ist ein Glücksfall des Wahlergebnisses, das die neoliberale Rechte (FDP 4,8 Prozent) herausgefallen ist und die nationalkonservativ-populistische Rechte (AfD 4,7 Prozent) den Einzug knapp verfehlte. Bei aller postmodernen Chuzpe, sich den Begriff des einstigen Gegners überzustülpen, wusste die *BILD-Zeitung* schon, warum sie versuchte, sich in den ersten Wochen des Jahres 2014 als neue Außerparlamentarische Opposition (APO) zu inszenieren.

Denn hier könnte sich die Konstellation der Zukunft andeuten. Die Diskurslage dürfte sich wie bereits in anderen europäischen Ländern so entwickeln, dass die GroKo mit ihrer Interessen ausbalancierenden, vermeintlich rationalen und alternativlosen Problembearbeitung nicht mehr nur von links kritisiert wird. Ihr vielmehr vor allem

14 Eugen Ruge: Wir haben ja keine Wahl. In: *Die Zeit* 12. September 2013, S. 48.

15 Harald Welzer: Das Ende des kleineren Übels. Warum ich nicht mehr wähle. Essay. *Der Spiegel* 22/2013, S. 123.



der rechtspopulistische Protest, der Ängste und Vorurteile der Bevölkerung weit besser aufzugreifen und zu bedienen vermag, gegenüberstehen wird.

Es wird jetzt nicht nur darum gehen, ob mit Grünen und der Linkspartei Vorarbeiten gelingen für ein gemeinsames Regierungsprojekt in der nächsten Legislaturperiode. Mehr noch wird es darum gehen, Angriffe gegen die sogenannte Political Correctness und den «neuen Tugendterror»<sup>16</sup> im Namen des angeblichen Tabubruches, des Gestus des «Man-wird-doch-wohl-noch-sagen-dürfen», zurückzuweisen. Aufgerufen wird gegen den «Meinungsterror der linken Massenmedien», gegen die weltfremden «Gutmenschen», gegen den «Gleichheitswahn», gegen «die Einwanderung in unse-

re Sozialsysteme». Hinzu kommen kulturelle Feindbilder («wir hier unten gegen die da draußen», auch «gegen die da oben»), Islamophobie und/oder Antisemitismus, sowie Europaskepsis, Euro-Gegnerschaft und die Renationalisierung des Politischen. Verbunden mit einer Selbststilisierung als das «Normale» und als die wahren Verteidiger der Demokratie, was nicht an der pauschalen Herabwürdigung von Institutionen, Parteien und Politikern hindert. Gespeist aus Ressentiments, Wohlstandschauvinismus und diffusen Krisenängsten gehören diese eigenartigen Botschaften des rechten Populismus mittlerweile zum Zeitgeist.

*Referat aus dem Januar 2014*

16 Thilo Sarrazin: Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland. München 2014.

Kira Ludwig

## Die Geschichte der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V.

### Teil 2: Die frühen Jahre (1980–1984)

Nachdem im ersten Teil der Rahmen für die Gründung des Vereins HDS abgesteckt wurde, bewegt sich der Akademikerverein an der SPD jetzt weiter in die frühen 1980er-Jahre. Dazu lohnt ein Blick auf das politische Umfeld und die «Lieferanten» für die Theoriebildung der HDS. Die grundlegenden Elemente des Verständnisses von Demokratischem Sozialismus und die kurze Betrachtung der Kritik aus dem rechten Spektrum der Sozialdemokratie bestimmen in diesem Abschnitt in etwa den Standort der HDS kurz vor Herausgabe der ersten *perspektiven ds* im Jahr 1984.

#### Wandel des Politischen

Die «Wende», wie wir sie heute verstehen, nämlich den Fall der Mauer und die deutsche Einheit von 1989/90 sollte erst noch kommen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die «Wende» zumindest aus sozialdemokratischer Perspektive für das Jahr 1982 angesetzt, nämlich mit dem Wechsel von Kanzler Helmut Schmidt zu Kanzler Helmut Kohl.<sup>1</sup>

1 Diese Wahrnehmung spiegelt sich u. a. in den Überschriften einiger HDS-Autoren wieder: Schabedoth, Hans-Joachim: Bittsteller oder Gegenmacht? Perspektiven gewerkschaftlicher Politik nach der Wende, Marburg 1985; Vgl. auch Waschkuhn, Arno: Was wird aus den «neuen sozialen Bewegungen», wenn sich die «Wende» politisch weiter stabilisiert? In: *perspektiven ds*, 1/1988. Ebenfalls das 1990 (sic!) erschienene Schabedoth,

Dieser «zweite Bonner Machtwechsel» mit dem Wechsel der FDP zu den Konservativen sowie zweitens der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag, sind Ergebnisse starker Veränderungen gesellschaftlicher Problemlagen und haben die politische Landschaft neu justiert. Die Wirtschaftskrise, Legitimationsprobleme der Politik insgesamt und neue Fragen wie der Schutz der Umwelt rücken in den Vordergrund.<sup>2</sup>

Die SPD stand während der Regierungszeit, wie Faulenbach es formuliert, «unter doppelter Spannung»: Sie bestimmte die Politik in Deutschland, wurde zunehmend wichtiger in Europa und war gleichzeitig erfasst von einer «Fundamentalpolitisierung» der Gesellschaft.<sup>3</sup> Das stürzte die Par-

---

Hans-Joachim/Scherer, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Ende der Wende? Konservative Hegemonie zwischen Manifestation und Erosion. (Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, Bd. 24). Marburg 1990. Dieser zeitgenössischen Wahrnehmung treten Historiker heute entgegen, die von Kohl ausgerufene «geistig-moralische Erneuerung» habe nicht funktioniert, sondern ist im Schmiergeldsumpf und Blockierung der Republik durch die Konservativen steckengeblieben.

2 Meng, Richard: Die sozialdemokratische Wende. Außenbild und innerer Prozess der SPD, 1981–1984. Gießen 1985.

3 Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt: von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982. (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Bd. 3). Bonn 2011.

tei selbst in eine Identitätskrise. Einerseits suchte sie ihre Erfüllung in der Befriedigung der Erwartungen der Arbeiterbewegung und wurde vom rechten Flügel für die pragmatische Politik, an der sie tunlichst festhalten sollte, gelobt. Der linke Flügel, die JU-SOS und die Neuen Sozialen Bewegungen hingegen vermissten eine Anpassung an die gesellschaftlichen Veränderungen und warfen ihr vor, nicht mehr fortschrittlich zu sein. Innen wie außen rang man um den Begriff und die Konzepte von Modernisierung.

Mit dem Thema Umwelt tat sich die SPD dabei schwer und ließ quasi den grünen Platz beinahe frei. Die Partei «Die Grünen» zog 1983 in den Bundestag ein. Das ganze Parteiensystem war in Bewegung geraten. Der Wandel des Politischen war mit der Abnahme der Bedeutung der Gewerkschaften und dem Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen in den 1980er-Jahren in der politischen Landschaft angekommen. Es entstanden neue Formen des politischen Arbeitens, sie sorgten für mehr politische Teilhabe in bestimmten Gesellschaftsschichten. Andererseits folgte der wirtschaftlichen Privatisierung eine «wachsende Skepsis gegenüber historisch gewachsenen staatlichen Kernkompetenzen», die Bürgerinnen und Bürger entfernten sich von Politik und Staatsgeschäften.<sup>4</sup>

Innerhalb der SPD tat sich Interessantes. Die neue gefühlte Unabhängigkeit des Vorsitzenden Brandt, der sich mehr zutraute und in seiner Rolle ganz aufging, öffnete die SPD. Partei und Regierungsapparat

waren in den 1970er-Jahren bereits weit auseinander gefallen, eine Phänomen, das man bei allen Parteien in Regierungsverantwortung früher oder später beobachten kann. Und Teilen der Partei war Brandts Fühlung mit den Außerparlamentarischen verdächtig, besonders Richard Löwenthal. Grundsätzlich gehörten Brandt und Löwenthal zwei verschiedenen Traditionen an, vielleicht trifft es das Wort Kulturen auch besser; ihre Auffassungen fußten auf unterschiedlichen Menschenbildern. Als Brandt 1981 über «Sozialdemokratische Identität» sprach, wurde deutlich, dass diese Bilder nicht mehr miteinander vereinbar waren.<sup>5</sup> Löwenthal legte 1981 sechs Thesen vor, mit denen er sich gegen Brandts Annäherungsversuche an die Bewegungen außerhalb der Sozialdemokratie aussprach. Die Geschichte ihres Erscheinens ist eine kleine Intrige der Rechten, die kulturelle Hegemonie im sozialdemokratischen Gebäude zu erringen, der Ton zwischen den Lagern verschärfte sich wieder. Im Verlauf der Auseinandersetzung legte Herbert Wehner die Chefredaktion der «Neuen Gesellschaft» nieder und Peter Glotz übernahm das Amt. Das war gleichzeitig auch das Ende der Troika Wehner – Brandt – Schmidt.<sup>6</sup> Mit Glotz hatte jemand die Redaktion des Theorieorgans inne, der den demokratischen Sozialisten näher stand.

Beherrschend wurde das Thema Friedenspolitik mit Nato-Doppelbeschluss und Groß-Demonstrationen, das zu einem Spalt-

4 Ruck, Michael: Tanker in der rauen See des Struktur- und Wertewandels. In: AFS 52, 253-271, 254. Süß, Dietmar/Woyke, Meik: Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er-Jahre in historischer Perspektive. In: AFS 52, 3-20, 8.

5 Hofmann, Gunter: Willy Brandt und Helmut Schmidt. Geschichte einer schwierigen Freundschaft. München 2012, 209.

6 Hofmann, 2012, 211. Vgl. auch Gebauer, Annekatrin: Der Richtungstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf. Wiesbaden 2005, 176 f.

pilz wurde. Die beiden Führungsfiguren – Noch-Kanzler Schmidt und Parteivorsitzender Brandt standen sich in dieser Phase wie zwei Pole an den Enden der Auseinandersetzung um den Nato-Doppelbeschluss gegenüber, und Gunther Hofmann macht deutlich, dass das auch aufgrund der verschiedenen Biografien und Kohortenzugehörigkeit so sein musste. Während Brandt sich nach SAP-Vergangenheit, nach Flucht und Kampf gegen den Nationalsozialismus mit der Friedensbewegung, ihren Methoden, ihrer Sprache, ihren Anliegen leichter identifizieren konnte und ihre Sorgen durchaus verstand, zog Schmidt professionelle Hilfe zu Rate, um die «Angst» zu verstehen, die diese Menschen zu hunderten in den Bonner Hofgarten brachte.<sup>7</sup> Gunther Hofmann eröffnet seine Doppelbiografie von Schmidt und Brandt mit einem «letzten Bild», nämlich dem Parteitag von 1983. Die Partei lehnte den Nato-Doppelbeschluss ab, Brandt und Schmidt sahen sich nicht an.<sup>8</sup>

Das innen- wie außenpolitisch empfundene «Krisengefühl», das seit den 1970er-Jahren die Szenerie beherrschte<sup>9</sup>, war ja mit dem Parteitagsbeschluss nicht aufgelöst. Vielmehr schien der Modernisierungsprozess der Gesellschaft an einem Ende angekommen zu sein, an dem die Modernisie-

rung selbst zum Problem geworden war.<sup>10</sup> Alles schien auf den Prüfstand zu kommen, oder musste sich rechtfertigen; das zeigte sich beispielsweise besonders am Umgang mit industriellen Großprojekten. Arbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen führten außerdem verstärkt dazu, die Zukunft nicht mehr optimistisch zu sehen. Aber wie sollte Politik darauf antworten? Die SPD reagierte und begann erneut eine ernsthafte Programmdiskussion.

Die HDS beteiligte sich intensiv an der Debatte. Wichtiger Partner dabei wurden die Juso-Hochschulgruppen. Da die HDS selbst bei den Mitgliedern kaum noch zulegen konnte, bemühte sie sich entsprechend um Nachwuchs.

1983 und 1984 entstanden zwei Ko-Produkte zwischen JUSO-HSG und HDS. 1983 hieß das Blatt «SPD wohin?» Als Herausgeber fungierten in der Reihenfolge zuerst die Juso-HSG mit Dieter Kinkelbur, danach die Hochschulinitiative mit Norbert Kunz aus dem Vorstand der HDS: ein Hinweis darauf, wer wem aufgeholfen hat, bzw. wie eng Verflechtungen der jungen HDS mit der studentischen Juso-HSG war.<sup>11</sup>

1984 beim gemeinsamen zweiten Heft war es andersherum: Die sich weiter professionalisierende HDS stand – mit dem Namen ihrer brandneuen Zeitschrift *perspektiven ds* und eigenem Verlag – oben auf dem

7 Hofmann 2012, 209–211. Schmidt sprach häufiger mit dem Psychoanalytiker und Sozialphilosophen Horst-Eberhard Richter über die Angelegenheit.

8 Hofmann 2012, 9 und ausführlicher 225 f.

9 Hacke, Jens: Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er-Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit. In: Geppert, Dominik/Hacke, Jens (Hrsg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980. Göttingen 2008, S. 188–206, 189.

10 Süß/Woyke 2012, 11. Der Terminus der Risikogesellschaft geht zurück auf: Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. (Edition Suhrkamp 1365 = n.F., Bd. 365). Frankfurt am Main 1986.

11 Juso-Hochschulgruppen/Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V. (Hrsg.): SPD wohin? Bonn, Berlin 1983.

Heft mit dem Titel «Abschied vom Sozialismus?», die Juso-HSG war diesmal der Gast.<sup>12</sup>

Das erste Heft beschäftigte sich mit der SPD nach der konservativen Wende in Bonn und die Herausgeber legten die Motivation für die Zusammenarbeit der beiden Gruppen offen: Kräfte bündeln und grundlegende Analysen vornehmen, um der SPD bei ihrer Findung in der Oppositionsrolle gestaltend zur Seite zu stehen.<sup>13</sup> Auf jeden Fall wollte man verhindern, dass die SPD ihr Heil künftig in einer konservativen Programmatik suchte. Die darin enthaltene Gefahr einer stärkeren Polarisierung in der Auseinandersetzung mit dem orthodoxen linken Flügel könnte sich zerstörerisch auswirken. Anfang 1984 sollte ein größerer Kongress der HDS stattfinden, der den Titel trug «Aufgaben der Sozialdemokratie in der Opposition». Immerhin waren 13 Jahre vergangen, in denen man sich an die Macht gewöhnt hatte und in denen die Skepsis gegenüber denen, die an dieser Macht beteiligt waren, erheblich angewachsen war. Deshalb thematisierte «SPD-wohin?» nicht nur die mögliche Rolle in der Opposition. Es wurde sich außerdem im Heft an der CDU abgearbeitet, das Bündnis mit den Gewerkschaften gepflegt, die Programmdiskussion unter dem Stichwort «Godesberg erneuern» aufgenommen, das Konzept eines «Ökosozialismus» in die Debatte geworfen und thematisch gearbeitet (Wirtschaftspolitik, Frauen, Hochschule). Doch bei dieser etwas unsystematischen Vorgehensweise sollte es nicht bleiben. Das zweite Heft konzentrier-

te sich stark auf die Theorie des demokratischen Sozialismus und Ökosozialismus und führte Rubriken und thematische Zusammenhänge ein.

#### Die «Anti-These zum Marxismus-Leninismus»<sup>14</sup>

Die Theoriearbeit stand für die HDS zwar im Vordergrund, sie musste aber im Sinne eines «Sozialismus in Theorie *und* Praxis» stets in praktische Politik übersetzbar werden können. Dafür standen speziell drei Männer ein: Fritz Vilmar, Johano Strasser und Horst Heimann. Vilmar wurde nicht müde, ohne jede Verklammerung zu erklären, wie wichtig es sei, dem orthodoxen Marxismus entgegen zu treten.<sup>15</sup> Horst Heimann wählte vielfach den Weg, über das Thema «Wissenschaft und Sozialismus» Zweifel am wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus mit gut geführten Argumenten nachhaltig zu streuen, außerdem bereitete er Bernsteins Reformtheorien für die Debatte auf.<sup>16</sup> Johano Strasser stritt sich in seiner

12 Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V./Juso-Hochschulgruppen (Hrsg.): Abschied vom Sozialismus? Berlin, Bonn 1984.

13 Vgl. Vorbemerkung von Dieter Kinkelbur und Norbert Kunz in: SPD Wohin? 1983, 3.

14 Vgl. Titel von Grebing, Helga: Die Traditionen des demokratischen Sozialismus als Anti-These zum Marxismus-Leninismus – Der Weg zum Godesberger Programm. In: Heimann, Horst/Blessing, Karlheinz (Hrsg.): Sozialdemokratische Traditionen und demokratischer Sozialismus 2000. Köln 1993.

15 Der Start der Debatte begann in der Neuen Gesellschaft: Vilmar, Fritz: Demokratischer Sozialismus: Diskussionsgrundlage für eine theoretische Plattform. In: Neue Gesellschaft 22 (1975), 583-590.

16 Vgl. als Auswahl u. a. Heimann, H./Meyer, T. (Hrsg.): Bernstein und der demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongress «Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins. Berlin 1978.; Bernstein, Eduard: Texte zum Revisionismus. Ausgew., eingeleitet und kommentiert von. Bonn-Bad Godesberg 1977; Heimann, Horst (Hrsg.): Dialog statt Dogmatismus. Wissenschaftspluralismus und politische Praxis. (Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, Bd. 7). Frankfurt a. M., Köln

Altersklasse im Juso-Bundesvorstand mit den orthodoxen Marxisten herum und lieferte ebenfalls grundlegende Texte.<sup>17</sup>

Die Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V. war nie ein homogener Verband, der per Beschluss den Stand der Dinge feststellt. Sie ist ein Ort der Debatte und der wissenschaftlichen Untersuchung, bemüht sich um Konsense und muss so nach eigenem Selbstverständnis auch arbeiten. Das bedeutet, es gibt kein einheitliches Konzept des Demokratischen Sozialismus (DS), es handelt sich immer um DS-Konzepte *in* der HDS, um einen Diskussionsprozess. Gleichwohl ist dieser Prozess nicht völlig offen. Wirklich konservative Gastbeiträge gibt es nicht, ebenso sind Beiträge rechter Sozialdemokraten selten vertreten. In der Debatte wichtig ist dagegen immer wieder die Auseinandersetzung mit dem dogmatischen linken Flügel der SPD, Mitgliedern des Frankfurter Kreises, der Parlamentarischen Linken und der «Stamokap»-Jusos, an denen die HDS ihr Freiheitskonzept schärfte.

Denn die wichtigste Grundlage des Demokratischen Sozialismus der HDS ist die

Freiheit, wie sie u. a. von Kurt Schumacher 1951 in der Rede zur Gründung der Sozialistischen Internationale (SI) 1951 betont wurde: «Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.»<sup>18</sup>

Hermann Weber, Professor für Geschichte, ehemaliges Mitglied der KPD, die ihn hinauswarf, weil nicht stalinistisch genug, war ab 1955 mit vielen anderen ehemaligen Kommunisten, die nach dem Verbot der KPD 1956 eine neue Partei-Heimat suchten, in der SPD Mitglied geworden. Beinahe 20 Jahre nach seinem Eintritt, 1973, fasste Weber alle wesentlichen Dokumente zum Demokratischen Sozialismus in einem Band zusammen und schloss damit quasi seine persönliche «Sozialdemokratisierung» ab.<sup>19</sup> 1992 wurde das Buch ganz neu aufgelegt. Bereits mit der Auswahl und Anordnung der Dokumente, die mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1867 beginnen (im 2. Kapitel schiebt Weber das Kommunistische Manifest von 1848 und zwei weitere Dokumente von 1983 nach)

---

1978; Heimann, Horst/Meyer, Thomas (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik: Bericht zum wissenschaftlichen Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung „Beiträge zur reformistischen Sozialismustheorie in der Weimarer Republik« vom 9. bis 12. Oktober 1980. Berlin 1982; Heimann, Horst: Theoriediskussion in der SPD: Ergebnisse und Perspektiven. Frankfurt am Main [u. a.] 1975.

17 Vgl. Strasser, Johano: Was ist demokratischer Sozialismus? [Bonn] 1974 und die Gegenschrift Eckert, Rainer: Das ist «demokratischer Sozialismus». Eine Antwort auf Johano Strassers Frage: «Was ist demokratischer Sozialismus?» (Marxistische Taschenbücher, Reihe Marxismus aktuell, Bd. 92). Frankfurt a. M. 1975.

18 Erklärung der Sozialistischen Internationale (1951). Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus. Dokument 82. In: Weber, Hermann (Hrsg.): Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland, 1848-1990: eine Dokumentation. 2.Aufl. Berlin 1992, 221.

19 Weber, Hermann: Das Prinzip Links. Eine Dokumentation : Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland, 1847-1973. [S. I.] 1973 Vgl. auch Brandt, Peter: Vorbildliches Leben nach dem «Prinzip links». Hermann und Gerda Webers Erinnerungen. Rezension. <http://www.globkult.de/politik/besprechungen/474-vorbildliches-leben-nach-dem-rprinzip-links-hermann-und-gerda-webers-erinnerungen>. (18.03.2013).

und in der Ausgabe 1973 zunächst mit Schmidts Rede zum Orientierungsrahmen endet, zeigte er deutlich seine Auffassung darüber, zu wessen Tradition der Demokratische Sozialismus gehört, auch wenn er ihn vielleicht nicht immer auf der obersten Ebene der SPD verwirklicht sehen konnte.<sup>20</sup> Freiheit, Demokratie und die Abgrenzung zum Staatssozialismus der DDR waren dabei leitend, sie stellte er einleitend als Motivationen für das Buch voran. Damit schuf Weber eine Fibel für die Demokratischen Sozialisten in der SPD, ein kommentiertes Studienbuch, das dabei helfen sollte, die Begriffe Links, den Marxismus, seine theoretische Ausgestaltung seit 1848 in die Mitte der SPD zu holen, das Godesberger Programm in die Reihe zu integrieren und Sozialismus und Marxismus aus den Klauen der ML-orientierten Parteilinken und «Stamokap»-Jusos zu befreien. Die Dokumente zu «SPD und Kommunismus» sowie Johano Strassers «Zur Stamokap-Theorie» runden den Band praktisch ab. Außerdem sind die Dokumente so gewählt, dass die Partei-Rechte auf die Plätze verwiesen wird, aber ein kleines Türchen offen bleibt: Helmut Schmidt erscheint in der Dokumentensammlung mit einer Rede zum «Orientierungsrahmen '85» und wird eingerahmt von Erhard Eppler und Horst Ehmke, deren Dokumente den demokratischen Sozialismus bereits im Titel tragen.<sup>21</sup> Dem puren Pragmatismus wurde so die passende Theorie gegeben.

20 Vgl. Einleitung Weber 1992. Ausführlich wird in der Erstausgabe der Streit zwischen «Stamokap» und Mehrheitsjusos dokumentiert, das fällt in späteren Ausgaben weg.

21 Brandt 18.03.2013: «In gewisser Weise ist das gesamte publizistische und wissenschaftliche Wirken Hermann Webers (sofern es dem Kommunismus galt, daneben entstanden Editionen und Darstel-

Aus der Ahnengalerie des Demokratischen Sozialismus wurden u.a. Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, August Bebel und viele andere wichtig, vor allem aber Eduard Bernstein. Anhand ihrer Ideen setzte man sich von der linken Orthodoxie ab und suchte gleichzeitig nach anschlussfähigen, theoretisch versierten Politikern bei den Grünen. Hier die Begriffe zu «gendern» erübrigt sich beinahe vollständig, denn besonders bei den Grünen kamen Frauen häufiger als Thema denn als reale Mitglieder der Führungsspitzen vor. Politik schien immer noch Männersache zu sein und Männer sind entsprechend auch die Vorbilder, manchmal sogar dieselben, ob im roten oder im grünen Lager. Mit Genuss zitiert Klaus-Jürgen Scherer eine Äußerung des Grünen-Bundestagsabgeordneten Joschka Fischer, der am Beginn seiner Karriere stand: «Die Grünen sind in ihrer Kautskyschen Phase und ich spiele die Rolle Bernsteins.»<sup>22</sup>

Insgesamt galt: Karl Marx musste von Lenin befreit werden und bot insgesamt nicht mehr und nicht weniger praktische Ansatzpunkte als andere «Wurzeln des Demokratischen Sozialismus»: Aufklärung und bürgerliche Emanzipation, die «emanzipatorischen Momente der bürgerlichen Revolution [...] fanden ihre Ergänzung in der Vor-

lungen zur Gewerkschafts-, SPD- und Widerstandsgeschichte) darauf gerichtet, der Quasi-Annexion der Geschichte der modernen sozialen Bewegungen durch die Stalinisten und Poststalinisten zu widersprechen, die «Säuberung» der Vergangenheit aufzudecken und auf diese Weise einen grundlegenden, niemals aufzuhebenden Widerspruch des kommunistischen Etatismus ins öffentliche Bewusstsein zu heben.»

22 Scherer, Klaus-Jürgen: Vom Demokratischen Sozialismus zum Ökosozialismus? In: HDS e. V. (Hrsg.): pds 1(1984), Marburg 1984, 52, Anm. 7.

stellung von der sozialen Demokratie, wie sie in der 1848er Volksrevolution zum Tragen kam», das Genossenschaftswesen, die christliche Sozialethik, Konzepte von Selbstverwaltung, auch autoritär-staatssozialistische Gedanken und Elemente des katholisch-sozialen Pluralismus.<sup>23</sup>

Ossip K. Flechtheim lieferte mit der erneuten Ausgabe der Marx-Werke und der Zusammenfassung seiner Zukunftsentwürfe eine weitere theoretische Grundlage und wichtige Quelle zur Zielvorstellung der HDS, die sich 1975 zusammengefunden hatte, um aus wissenschaftlicher Sicht heraus die Zukunft zu gestalten. Mit der Europäischen Verlagsanstalt hatte er einen mutigen Partner gefunden.<sup>24</sup> In seinen Schriften entwickelte ausgehend von einer Analyse, die die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland in mehrfacher Weise als defizitär beschreibt, zunächst ein düsteres Bild der Republik mit wieder erstarkten Konservativen und entwickelt danach seinen Dritten Weg.<sup>25</sup>

Ein weiterer grundlegender Band stammt von Thomas Meyer.<sup>26</sup> 1975 war ein Buch mit einem Vorwort von Helmut Schmidt der sich institutionalisierenden Parteirechten herausgekommen, die sich mit dem kritischen Rationalismus von Karl Popper als Fundierung ihrer Strömung aus-

einandersetzten. Thomas Meyer unterzog nun sowohl Popper und viele andere Denker und Theoriespender aus der Geschichte der Arbeiterbewegung einer gründlichen Revision in dem Band «Grundwerte und Wissenschaft im Demokratischen Sozialismus». Im 6. Kapitel beschäftigt er sich mit der Gegenwart und den praktischen Auswirkungen der Theorien auf die Grundwerte der SPD. Sieben Konzepte wägt er gegeneinander ab: den «Kritischen Rationalismus», den «Funktionalismus», die «Kritische Theorie (Frankfurter Schule)», den «Konstruktivismus (Erlanger Schule)», «Normativismus (Weisser'scher Richtung und Freiburger Schule)», den «Orthodoxen Marxismus» in seinen verschiedenen Varianten und «Weitere Varianten pragmatisch-kasuistischer Orientierung».<sup>27</sup> Damit stieg Meyer tief in die widerstreitenden Theorien der Gesellschaftspolitik und der Wirtschaftspolitik ein, zeigte ihre Praxisrelevanz auf und diskutierte ihre theoretischen Möglichkeiten und Defizite. So ermöglichte er eine fundierte Auseinandersetzung.

### **Elemente des Demokratischen Sozialismus der HDS**

Die von Meyer und anderen ausgearbeitete Unterscheidung war notwendig, denn dem Demokratischen Sozialismus näherte man sich in den Heften der HDS von durchaus verschiedenen Seiten an. Das Theoriedefizit in und um die SPD wurde als ein Doppelpes ausgehakt und bestand in der sozialdemokratischen pragmatischen Herangehensweise einerseits, die klar wahlpolitisch orientiert war, und dem Scheitern der marxistischen Theorie andererseits, die aber analytisch-methodisch immer noch von

23 Grebing, Traditionen, S. 26–43, S. 31. Helga Grebing, die von Anbeginn in der HDS aktiv ist, hat seit 1966 in zahlreichen Publikationen das Thema ausgebaut.

24 Groenewold, Kurt/Heydorn, Irmgard/Körner, Klaus: Mit Lizenz. Geschichte der Europäischen Verlagsanstalt; 1946–1996. Hamburg 1996.

25 Flechtheim, Ossip K.: Zeitgeschichte und Zukunftspolitik. 1.-5. Tsd. Hamburg 1974.

26 Meyer, Thomas: Grundwerte und Wissenschaft im demokratischen Sozialismus. Berlin, Bonn 1978.

27 Meyer 1978, 162.



großer Bedeutung sein sollte.<sup>28</sup> In diesem Dilemma gefangen waren auch die vom Parteivorstand der SPD herausgegebenen Hefte zu «Theorie und Grundwerte», die sich in dem Heft «Grundfragen» beinahe länger mit dem auseinandersetzen, was Demokratischer Sozialismus alles nicht ist, als mit dessen Inhalten.<sup>29</sup> Die HDS wollte mehr.

Dafür grundlegend wiederum war ein bestimmtes Bild vom Menschen, eine Frage der Anthropologie. Die Beschäftigung damit war nötig, weil man sich mit der leninistischen Sichtweise der Notwendigkeit eines «neuen Menschen» für den Sozialismus in allen seinen Abwandlungen der orthodoxen Linken äußerst kritisch auseinandersetzen wollte und jede Form autoritären Vorgehens ablehnte.

Vorherrschend war eine eher optimistische Sicht auf den Menschen, die «konkrete Utopie des mündigen Staatsbürgers», der der Grundbedingung der Freiheit zumeist vernünftig auf ihre Weise begegnete.<sup>30</sup> Bernhard Claußen, der für die Redaktion die politische Bildung betreute, und Karl Theodor Schuon steuerten viele Texte zur Theoriedebatte bei, in denen die Anthropologie immer wieder eine Rolle spielte.<sup>31</sup>

28 HDS Arbeitshefte 1975–1976, Nr. 1, 12.

29 Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.): Grundfragen des Demokratischen Sozialismus 1974.

30 Vgl. Bernhard Claußen in: Schuon, Karl T./Claußen, Bernhard (Hrsg.): Politische Theorie des demokratischen Sozialismus. Eine Einführung in die Grundelemente einer normativ-kritischen Theorie demokratischer Institutionen. (Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, Bd. 19). Marburg 1986, 53.

31 Die grundlegenden Texte kamen von Schuon, Claußen lieferte Rezensionen, Sammelrezensionen und Tagungsberichte. Vgl. *perspektiven ds* 1 (1984), 1 (1985), 1 (1986), 2 (1986), 4 (1986), 1

Daneben wurde von den *Arbeitsheften* bis hin zu den *perspektiven ds* immer wichtiger, was politisch-praktisch aus Theorie und Menschenbild folgen musste, nämlich Wirtschaftsdemokratie. 1981 gab die HDS in ihrer Schriftenreihe einen Studientext zur ökonomischen Reformpolitik heraus.<sup>32</sup> Die Anhänger Ota Šiks und eine in der HDS zunehmende Zahl von Ökonomen diskutierten die Elemente einer sich ständig erneuernden Demokratie in Freiheit und Vielfalt und brachten die osteuropäischen Konzepte von Wirtschaftspolitik ins Spiel.<sup>33</sup> Ihr Wirtschaftskonzept war das einer «mixed economy», keine völlige Vergesellschaftung, sondern eine gemeinwohlorientierte, durchaus marktwirtschaftliche Ökonomie. Das wiederum konnte nur gelingen, wenn man Wirtschaftsdemokratie in das Konzept einfügte, die dabei half, das Gemeinwohl zu beachten und damit Steuerung im Sinne aller zu ermöglichen. Eine gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung war damit unerlässlich. Sie warf das Problem der Bürokratisierung auf, ein zentrales Anliegen der Demokratischen Sozialisten in der HDS, das zu bekämpfen, bzw. zu demokratisieren war. Außerdem bedeutete Wirtschaftsdemokratie Teilhabe der Arbeitnehmer an den Unternehmen, auch an den Entscheidungen, sowie das Genossenschaftsprinzip.

Der «Minimalkonsens» bei der Gründung der HDS vom Oktober 1975 beinhaltete nur wenige wegweisende programma-

(1987), 2–3 (1987), 2 (1988), 3 (1988), 2 (1989), 3 (1990).

32 Meissner, Werner/Kosta, H. G. J./Welsch, Johann (Hrsg.): Für eine ökonomische Reformpolitik. (Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, Bd. 11). Frankfurt a. M. 1981.

33 Meissner/Kosta/Welsch 1981.

tische Aussagen. Wichtig war von Beginn an, dass sich die Arbeit nicht nur auf ein theoretisches Konstrukt begrenzen sollte, sondern dass die Theorie und die Praxis des sozialistischen Handelns erarbeitet werden sollte. Genau darin hatten viele Theorien ihre Schwäche, waren entweder nicht praxistauglich oder allzu pragmatisch bei einem klaren Theoriedefizit. Für die Praxis Anweisungen zu liefern, darin sahen Fritz Vilmar und die anderen Gründer die Aufgabe und zwar gar nicht allein auf die Bundesrepublik und die SPD bezogen.

Darum zog eine staatstheoretische Diskussion immer wieder Vergleiche zu anderen europäischen Ländern heran. Erstens beschäftigte man regelrecht Experten für die Debatte, räumte ihr eine eigene Rubrik ein, in der die Vertreter relativ kurz Grundlegendes erläuterten, aber auch aufeinander eingingen und sich gegenseitig kommentierten. Dabei reichten die Beiträge von der Frage «Demokratischer Sozialismus ohne Staat»<sup>34</sup> über verschiedene Entwürfe der Staatsorganisation bis zu den aktuellen Vorstellungen der SPD. Unter dem Stichwort «Neue Formen der Politik» integrierte man die Mitte der 1980er-Jahre populärer werdenden Modelle der Partizipation, Bürgerentscheide und andere Formen der Beteiligung. Denn die «herrschaftsfreie Gesellschaft» mit demokratischer Organisation in allen Lebensbereichen war eine der Zielvorstellungen, wie sie Fritz Vilmar vorschwebte. Bildung stellte darin einen wesentlichen Schlüssel dar, ebenso wie die Vorstellung,

dass eine allumfassende Bildung zur Kultur in einen «Kulturstaat» mündet.<sup>35</sup>

Der Weg dahin soll konsequent über Reformen verlaufen, es gibt keinen «Endzustand» oder bestimmten Aggregatzustand, bei dem genau festgestellt werden könnte, wann man im Sozialismus angekommen ist.

### Kritik «von rechts» am Demokratieverständnis

Der Reformkurs der HDS war beiden SPD-Strömungen rechts und links der HDS ein Dorn im Auge. Von den orthodoxen Linken wurden die Akademiker ohnehin als verbrämte Marktwirtschaftler beschimpft, die den herrschenden Kapitalismus nur mit ein bisschen Genossenschafts- und Mitbestimmungsbrimborium garnieren wollten. Das Demokratieverständnis, das sie zeigten, wurde von vielen nicht geteilt, zum Beispiel von der damaligen Mehrheitsströmung in der SPD, den Anhängern des Seeheimer Kreises. Das Angebot von Willy Brandt von 1969 hieß «Wir stehen nicht am Ende der Demokratie, sondern wir fangen erst richtig an.»<sup>36</sup> Die Parteirechten warfen allen Linken, besonders aber den «Demokratischen Sozialisten» unter ihnen vor, den Begriff der Demokratie völlig fehl zu deuten, weil die Demokratie dazu benutzt würde, das System zu verändern. Es handle sich um eine «Verfremdung» des Demokratiebegriffs, seine Potentiale würden überzogen und damit der Begriff der Demokratie zu einem «Partei-begriff» werden.<sup>37</sup> Die in der Tradition der Seeheimer argumentierende Annekatrien Gebauer zielt in ihrer Dissertationsschrift

34 Das Thema bekam ab 1985 kurzzeitig eine feste Rubrik. Der schon erwähnte Karl Theodor Schuon, Arno Waschkuhn und Wolfgang Luthardt waren Beiträger in diesem Segment.

35 Vgl. auch Schuon/Claußen 1986.

36 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Stenographische Berichte Bd. 71, Bonn 1969/70, 20–34.

37 Gebauer, 2005, 60 und Anm. 159.

2005 speziell auf Fritz Vilmar als «ein typisches Beispiel solcher Fehlinterpretation». Gebauer zitiert dabei interessanterweise den konservativen Politikwissenschaftler Manfred Hättich: «Wenn aber der Prozess der Umkonstituierung der Gesellschaft materialiter zum Wesensgehalt der Demokratie gemacht wird, dann verzichtet man auf den demokratischen Konsens und macht die Demokratie zu einem Parteibegriff.»<sup>38</sup> Mit dem Rückgriff auf Hättich holt Gebauer die Geschichte der Politikwissenschaft ans Licht, die parallel zu den gesellschaftlichen und den politischen Entwicklungen der 1970er und 1980er-Jahre einigen Erneuerungen und Wandlungen unterzogen war. Hättich war 1981–1983 Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften, DVPW, es gab einen (Richtungs-)Streit, in dem es vordergründig darum ging, wer genau Mitglied der DVPW sein darf, namentlich ob der Kreis um Studierende erweitert werden sollte. Der Wandel in den Politikwissenschaften war u. a. eine Folge des Aufschwungs der Sozialwissenschaften, der Soziologie und der Hinwendung der Geschichtswissenschaften zur Sozialgeschichte, die immer mehr an den Rändern der Politikwissenschaften knabberte, ja zum Beispiel mit der (historischen) Untersuchung von Einstellungen und Strukturen neuerdings ganz Stücke aus der Politikwissenschaft herausbeißen wollte. So kam das Fach unter Druck. Gleichzeitig verlangte die Studierendenschaft im Sinne einer sich weiter demokratisierenden Gesellschaft Veränderungen, z. B. die Abschaffung Ein-Personen-zentrierter Institute und

damit die Abschaffung politikwissenschaftlichen «Schulen».

Vor diesem Hintergrund bewegte sich der Streit. Hättich trat nicht nur von seinem Amt zurück, sondern verließ mit einer Reihe von Kollegen die DVPW, um eine neue Vereinigung zu gründen, die Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaften, DGfP.<sup>39</sup> Die Spaltung führte zu einem enormen Produktivitätsschub in der zurückgebliebenen DVPW, die ihre Basis verbreitern wollte und mehr Anschluss in der Gesellschaft sucht.<sup>40</sup> Dieser Schub hatte Strahlkraft bis in die *Perspektiven* ds hinein, denn wir können ihn in den Ausgaben nachvollziehen: Allein von 1987–1990 sind neun Berichte von Kongressen und Sektionstagungen der DVPW abgedruckt. Berichte anderer Vereinigungen, der Gewerkschaften oder Facharbeitskreise außerhalb der HDS kommen nicht so häufig vor.

So führten die Jahre des Wandels oder der Wende zu einer Schärfung der Theoriefragen und letztendlich zu einer festen Publikation, den *Perspektiven des Demokratischen Sozialismus*. Wie sich die Akademikerinnen und Akademiker in, an und um die SPD herum mit dem SPD-Programm, den Grünen und der neuen Zeit auseinandersetzen und wie sie ihr Konzept eines Ökosozialismus definierten, verfolgt die Geschichte der HDS im nächsten Heft weiter.

38 Gebauer 2005, 60 f. Hättich, Manfred: Demokratie als Herrschaftsordnung, Köln 1967, 51.

39 Bleek Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2002, S. 363.

40 Buchstein, Hubertus: Michael Th. Grevén und die PVPW. In: DVPW (Hrsg.): Politikwissenschaft. Rundbrief der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Nr. 147, Münster, Hamburg 1999, S. 15–19.

Michael Müller / Kai Niebert

## Politik im Anthropozän

### Die sozial-ökologische Transformation wird zur Systemfrage

#### Zusammenfassung

Es ist ein Irrtum anzunehmen, die Menschheit sei sich ihrer Zukunft gewiss. Mit der industriellen Revolution kam es zwar zu einer gewaltigen Entfaltung der Produktivkräfte und zu einer enormen Reichtumsproduktion, aber die Menschen stiegen dadurch zur stärksten Kraft geo-ökologischer Veränderungen auf – vergleichbar mit den Naturgewalten selbst. Kipp-Punkte werden erreicht, planetarische Grenzen überschritten. Klimawandel, Peak-Oil oder Artenzerstörung drohen zum Ground Zero der Moderne werden. Das muss vor dem Hintergrund mindestens weiterer 1,5 Milliarden Menschen, der nachholenden Industrialisierung der Entwicklungs- und Schwellenländer sowie großer sozialer Ungleichheiten auf der Welt gesehen werden.

Deshalb hat der Nobelpreisträger für Chemie, Paul J. Crutzen, im Jahr 2000 den Vorschlag gemacht, unsere Epoche, die gemäßigte Warmzeit, die seit rund 12.000 Jahren die Entwicklung der Erde geprägt hat, nicht länger Holozän zu nennen, sondern Anthropozän, das menschlich gemachte Neue. Das ist keine modische Begriffsänderung, sondern eine Mahnung und Aufforderung von enormer Tragweite. Die Natur ist der limitierende Faktor, der uns vor gewaltigen Herausforderungen stellt. Denn ohne eine Rückkehr in die Wirtschaft und Gesellschaft wird es keine gute Zukunft geben. Die Alternative, die sich damit auftut, heißt: gestalten oder zerstö-

ren. Unser Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter Gewalt oder es wird zu einem Jahrhundert der Nachhaltigkeit, das wirtschaftlich-technische Innovationen mit ökologischer Verträglichkeit und sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Nachhaltigkeit heißt, die Wirtschaft und Gesellschaft durch die Ausrichtung auf die Natur grundlegend zu reformieren. Notwendig sind eine innovative Technik und die Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit. Dafür brauchen wir mehr Demokratie in allen Bereichen. Nachhaltigkeit ist nicht vereinbar mit dem heutigen Arbitragekapitalismus, der mit seinem spekulativen Regime der Kurzfristigkeit, das sich an den Erwartungen der Märkte orientiert, die Spaltung der Welt zwischen arm und reich vertieft und mit den bisherigen Formen der motorisierten Mobilität und des Energieverbrauchs, mit dem modularisierten Konsum, mit der Übernutzung der Flächen und der industrialisierten Landwirtschaft und mit der Verslumung der Mega-Citys die ökologischen Probleme verschärft. Deshalb ist eine sozialökologische Transformation notwendig.

#### Auf der Höhe der Zeit

Die Erde, wie sie in der Menschheitsgeschichte unsere Heimat wurde, existiert nicht mehr.<sup>1</sup> Heute sind über 75 Prozent

1 Davis, Mike (2011): Wer wird die Arche bauen? Berlin.

der Erdoberfläche vom Menschen umgepflügt, versiegelt oder bebaut, die Kohlenstoffdioxid-Emissionen (CO<sub>2</sub>) sind heute 17 mal höher als vor 100 Jahren, der Wasserverbrauch hat sich nahezu verzehnfacht. In ganz Europa gibt es keine Urwälder mehr. Die Industrielle Revolution hat Kapitalismus und massenhafte Nutzung fossiler Brennstoffe eng miteinander verflochten. Die Menschheit ist in den letzten 200 Jahren zum stärksten Treiber geo-ökologischer Prozesse aufgestiegen. Mit den heutigen wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten kommen diese Kräfte der Menschen in vielerlei Hinsicht den Kräften der Natur gleich, allerdings ohne die Fähigkeit, die ökologischen Systeme zu stabilisieren. Wir überschreiten planetarische Grenzen.

Die moderne Zivilisation hat die natürliche Umwelt radikal verändert und zum *menschlich gemachten Neuen* verändert. Deshalb schlugen *Paul Crutzen*, der 1995 für die Erforschung des stratosphärischen Ozonabbaus mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet wurde, und *Eugene F. Stoermer*, Gewässerforscher an der Universität Michigan, im Jahr 2000 vor, unsere Erdpoche folgerichtig als *Anthropozän* zu benennen<sup>2</sup>. Sie begründeten ihren Vorschlag in erster Linie mit dem vom Menschen verursachten Klimawandel. Aber nicht nur bei der Erderwärmung, auch in anderen Bereichen steuern wir scheinbar unaufhaltsam auf *Tippingpoints* zu, wie kritische Umkipppunkte genannt werden. Die natürlichen Puffer der Erde sind an vielen Stellen bereits aufgebraucht: Die Ozeane müssen immer mehr Kohlenstoff aufnehmen und versau-

ern, die Böden können die Überdüngung nicht mehr kompensieren und degradieren. Das gegenüber dem Beginn der Industrialisierung um den Faktor 100 erhöhte Artensterben zerstört ganze Ökosysteme<sup>3</sup>.

Der Wissenschaftsjournalist *Christian Schwägerl* übersetzt Anthropozän mit *Menschenzeit*: «Der Mensch erschafft neue Landschaften, greift in das Weltklima ein, leert die Meere und erzeugt neuartige Lebewesen. Aus der Umwelt wird die «Menschenwelt» – doch sie ist geprägt von Kurzsichtigkeit und Raubbau<sup>4</sup>. An den Tipping Points bricht die bisherige Entwicklung ab, kann die Richtung wechseln oder sich plötzlich stark beschleunigen. Die Natur verhält sich nicht linear. Niemand kann genau sagen, wo eine Grenze liegt, aber die Geschichte zeigt: Überschreiten wir eine Grenze, ändert sich die Natur rapide und plötzlich. Die Alternative, die sich damit auftut, heißt: Zerstören oder gestalten. Schwägerl stellt die Frage: «Entwickeln wir die Reife, unsere Macht für eine lange Zukunft zu nutzen?»

Die politische Antwort auf diese Herausforderung heißt *Nachhaltigkeit*. Diese Antwort ist nicht nur eine ökologische, sondern in erster Linie eine gesellschaftliche. Denn in Geiselhaft der Märkte und in Abhängigkeit von den fossilen Energiesystemen ist Nachhaltigkeit nicht möglich. Max Weber beschrieb den Kapitalismus als ein großes Triebwerk, dessen Zwängen sich niemand entziehen könne, wahrscheinlich bis die letzten Zentner fossilen Brennstoffs verglüht

2 Crutzen, Paul / Eugene F. Stoermer (2000): The Anthropocene ([www.mpch-mainz.mpg.de/~air/anthropocene/](http://www.mpch-mainz.mpg.de/~air/anthropocene/)).

3 Gladwell, Matcolm (2002): Tipping Point. München.

4 Schwägerl, Christian (2010): Menschenzeit. Zerstören oder gestalten. München.

sind.<sup>5</sup> Deshalb ist Nachhaltigkeit unvereinbar mit der Verschwendungswirtschaft und dem Regime der finanzmarktgesteuerten Kurzfristigkeit, das zum globalen Arbitragekapitalismus geführt hat: So wenig wie die Steinzeit aus einem Mangel an Steinen geendet ist, wird das Kohlezeitalter aus einem Mangel an Kohle zu Ende gehen. Was notwendig ist, ist ein gewollter und geplanter Umstieg in die Nachhaltigkeit. Wir sehen deshalb keine Möglichkeit, Nachhaltigkeit ohne Systemreformen zu verwirklichen.

Zwei Jahre später präzierte Crutzen sein Anliegen in einem kurzen, aber einflussreichen Essay für die Fachzeitschrift *Nature*: «Auf Grund der anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen dürfte das Klima auf dem Planeten in den kommenden Jahrtausenden signifikant von der natürlichen Entwicklung abweichen. Insofern scheint es mir angemessen, die gegenwärtige, vom Menschen geprägte geologische Epoche als «Anthropozän» zu bezeichnen.» Für den langjährigen Direktor des Max-Planck-Instituts in Mainz ist «die Menschheit auf Jahrtausende hinaus ein maßgeblicher ökologischer Faktor»: Alleine unsere heutigen CO<sub>2</sub>-Emissionen werden über Jahrhunderte wirksam sein. Deshalb spricht er von der Geologie der Menschheit – *Geology of Mankind*<sup>6</sup>.

### Der Mensch formt die Natur

Für die Überlastung und Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen gibt es eine Vielzahl von Fakten: Fast Dreiviertel der Erdoberfläche sind bereits umgewandelt, be-

baut, versiegelt, umgepflügt, verformt. Immer mehr und immer schneller werden die natürlichen Ressourcen vom Menschen ausgebeutet. Nach den Untersuchungen der *Internationalen Energieagentur* (IEA) wurde der Höhepunkt der Ölförderung bereits im Jahr 2008 erreicht<sup>7</sup>, die Zahlen der *Joint Organizations Data Initiative* (JODI) der Vereinten Nationen und auch die Prognosen der *US-Energieagentur* (EIA) bestätigen diese Erhebungen. Die Tropenwälder verschwinden, das Aussterben der Arten beschleunigt sich. Über die Hälfte des verfügbaren Süßwassers wird von Menschen genutzt. In vielen küstennahen Zonen entnimmt die Fischerei 35 Prozent der primären Produktion. Die Stickstoffentnahme aus der Atmosphäre hat sich gegenüber der vorindustriellen Zeit um 347 Prozent erhöht<sup>8</sup>. Das heißt: Die Menschheit ist in ein Zeitalter eingetreten, für das «in den letzten Millionen Jahren keine Entscheidung zu finden ist»<sup>9</sup>.

Die massiven Verschlechterungen in den globalen Öko-Systemen sind *jüngerer Datums*. Ob in der Chemie und Dynamik der Atmosphäre, im Wasserkreislauf, in der Quantität und Qualität von fruchtbaren Böden oder in der Biodiversität: Die stärksten Veränderungen sind jüngerer Datums. In keinem dieser Bereiche gab es zu Beginn des letzten Jahrhunderts mehr als ein Drittel der heutigen Schädigungen<sup>10</sup>. Die *ökologischen Grenzen* müssen vor dem Hinter-

5 Weber, Max (1904). Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

6 Crutzen, Paul J. (2002): *Geology of Mankind*. In: *Nature* 415.

7 IEA (2010–2013). *World Energy Outlook*. Paris.

8 Crutzen, Paul J. et al. (2007): *The Anthropocene: Are Humans now Overwhelm in the Great Forces of Nature?*. [www.bioone.org](http://www.bioone.org).

9 Zalasiewicz, Jan et al. (2008): *Are we now living in the Anthropocene?* In: *Geological Society of America*. Vol. 18. 2008.

10 Clark, William (1986). *Verantwortliches Gestalten des Lebensraums Erde*. Heidelberg.

grund der nachholenden Industrialisierung großer Schwellenländer, dem anhaltenden Bevölkerungswachstum und der unerträglichen sozialen Ungleichheit gesehen werden. Die Vernutzung und Vermarktung der Natur eskalieren, solange das Motto «Alles jederzeit und überall» heißt<sup>11</sup>.

Mit dem Klimawandel wurde ein beispielloses Experiment mit der Zerbrechlichkeit unseres Planeten gestartet. In 30 Jahren wird eine globale Erwärmung um zwei Grad Celsius nicht mehr zu verhindern sein. Die Prognosen des neuen IPCC-Berichts gehen davon aus, dass auch ein Anstieg um vier Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau nicht ausgeschlossen werden kann. Das hätte vor allem für die ärmsten Weltregionen, insbesondere für Afrika, die asiatischen Küstenregionen und die pazifischen Inselstaaten, katastrophale Auswirkungen. Die großen Klimasünder haben die ärmsten Länder in den ökologisch sensiblen Weltregionen faktisch schon abgeschrieben, für sie gibt es keine Rettungsschirme, die nach der Finanzkrise von 2008 fast selbstverständlich für die großen Banken aufgespannt wurden. Und sie haben auch gar nicht das Geld und die technischen Mittel, sie aufzuspannen.

1990 forderte die Klima-Enquete des Deutschen Bundestages im ersten Bericht zum Klimawandel noch, dass alles getan werden müsse, eine Erwärmungsobergrenze von 1,5 Grad Celsius einzuhalten. Doch trotz des Kyoto-Protokolls, das 1995 beschlossen wurde, steigen die Treibhausgase auf immer neue Rekordhöhen. Auch in Deutschland gehen sie seit 2012 wieder hoch. Und Trinkwasser, das wichtigste Le-

bensmittel der Menschen, wird in weiten Teilen Asiens und Afrikas knapp<sup>12</sup>. Die Natur reagiert auf unsere Einflüsse, die Entwicklung wird für die Menschen immer weniger steuerbar.

Eine erste wissenschaftliche Beweisführung, warum die Umbenennung in Anthropozän gerechtfertigt ist, lieferte 2008 die *Geological Society of London*, die älteste geowissenschaftliche Vereinigung ihrer Art. Ihr Kardinalskollegium, die *Internationale Stratigraphische Kommission (ICS)*, kam zu dem Ergebnis, dass der vom Menschen verursachte Anstieg der Treibhausgase, die Ausbreitung der industriellen Agrarwirtschaft, die Übersäuerung der Meere oder die fortdauernde Vernichtung der Biodiversität zu bleibenden Veränderungen führen, die auf sehr lange Zeit das Leben auf der Erde prägen werden. Die Entwicklung unseres Planeten baut auf vom Menschen verschobenen Beständen der Natur auf.

Dass ein Organismus den Planeten formt, ist in der 5,4 Milliarden Jahre währenden Geschichte unseres Planeten keine Seltenheit: Vor etwa 2,7 Milliarden Jahren begannen Bakterien Sauerstoff zu produzieren und formten damit die Atmosphäre. Immer wieder schwankte der Kohlenstoff- und Sauerstoffgehalt der Atmosphäre, kalkbildende Organismen sorgten dafür, dass Kalk entsteht, sich ablagert und daraus schließlich Gebirge entstehen können. Aber noch nie hat ein Organismus die Erde so vielschichtig verformt und in so kurzer Zeit wie der Mensch im Industriezeitalter. Normalerweise finden Veränderungen in Jahrtausenden oder Jahrmillionen statt, aber nicht in zwei Jahrhunderten. Der Einfluss des Menschen

11 Weder, Dietrich Jörn (2012): Umwelt: Bedrohung und Bewahrung. Bonn.

12 UNDP (2006): Human Development Report. New York.

ist nicht nur in seinem Umfang, sondern auch in seiner Geschwindigkeit gewaltig.

Das belegen auch die Untersuchungen, die ein Wissenschaftlerteam unter der Leitung des schwedischen Umweltforschers *Johan Rockström* vom *Stockholm Resilience Center* und seines australischen Kollegen *Will Steffen* vom australischen *Climate Change Institute* für die Erforschung der planetarischen Grenzen durchgeführt haben (*planetary boundaries*). Zur Vermeidung ökologischer Katastrophen legten die 28 Experten der Kommission Belastungsgrenzen in neun für das Erdsystem essentiellen Bereichen fest<sup>13</sup>. Wird dort eine Grenze überschritten, besteht die Gefahr gravierender und irreversibler Veränderungen der natürlichen Lebensgrundlagen.

Das Konzept der planetarischen Grenzen zeigt auf, wie viel Raum und damit auch Zeit noch bis zur Erreichung der Belastungsgrenzen bleibt. In drei Bereichen (Klimawandel, Biodiversität, Phosphoreintrag in die Ozeane) sind sie bereits überschritten, in drei weiteren rücken sie schnell näher. Nur bei der stratosphärischen Ozonkonzentration wurden die Daten besser, weil es nach dem dramatischen Abbau der Ozonschicht Mitte der Achtzigerjahre mit dem Wiener Abkommen und den Montrealer Protokollen zum Verbot von FCKW und Halonen kam<sup>14</sup>. Das ist eines der Beispiele – allerdings mit einem sehr eingeschränkten Kreis von Produzenten und bei bereits vorhandenen Ersatzstoffen – wie wirksam nachhaltige Politik sein kann. Zwei der

neun Bereiche konnten die Wissenschaftler noch nicht quantifizieren.

Die Überlastung der natürlichen Senken und die expansive Nutzung der Natur übersteigt die Tragfähigkeit der Erde. Das zeigt auch der *ökologische Fußabdruck* (Ecological Footprint). Das ist eine Berechnungsgröße, die 1994 von *Mathis Wackernagel* und *William Rees* entwickelt wurde<sup>15</sup>. Der ökologische Fußabdruck ist ein Umweltindikator. Er bündelt zahlreiche Daten und Wirkungszusammenhänge zu einem einzigen handhabbaren Wert, nämlich der Fläche, die für den Lebensstil und den Lebensstandard eines Menschen (für Produktion, Konsum, Energie- und Materialwand, Mobilität sowie für Emissionen und Müll) gebraucht wird<sup>16</sup>.

Die maximale Biokapazität der Erde bildet dabei die natürliche Grenze für ihre Nutzung. Dies entspricht einem ökologischen Fußabdruck von 1. Jede Region mit einem geringeren Fußabdruck ist von daher (noch) nachhaltig, jede mit einem Abdruck größer als 1 ist nicht nachhaltig<sup>17</sup>.

Danach liegt der globale ökologische Fußabdruck *2,7 mal höher*, als die Erde im Jahr regeneriert. Das geht immer stärker auf Kosten der Substanz. Lebten alle Menschen wie in Deutschland, bräuchten sie für die biologische Regenerationsfähigkeit von *4,6 Erden*, der Wüstenstaat *Katar* sogar von fast *zwölf Erden*. Entscheidende Treiber für den Raubbau an der Natur sind der Konsum- und Wirtschaftsstil der Industriestaaten, die nachholende Industrialisierung der

13 Rockström, Johan et al. (2009): A Safe Operating Space for Humanity. Stockholm.

14 Deutscher Bundestag. Enquete Kommission Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre (1988): Eine internationale Herausforderung. Bonn.

15 Wackernagel, Mathis/Bert Beyers (2010): Der Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen. Hamburg.

16 [www.footprintnetwork.org](http://www.footprintnetwork.org).

17 Global footprint (2012). Bericht vom 7. Mai 2012.



Schwellenländer und das anhaltende Bevölkerungswachstums.

Wahrscheinlich wird im Jahr 2015 offiziell entschieden, ob es zu der vorgeschlagenen Umbenennung unserer Erdepoche kommt. Die britische Gesellschaft plädiert dafür, den Beginn des Anthropozän auf das Jahr 1800 festzulegen. Damals kam es zum Aufschwung der *Industriellen Revolution*, die mit der Erfindung der Dampfmaschine in Schottland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann und sich Zug um Zug in Westeuropa und den USA ausbreitete. Ihre Grundlagen waren die systematische Nutzung der Technik für die Entfaltung der Produktivkräfte, die massenhafte Ausbeutung der fossilen Rohstoffe sowie – seit der zweiten industriellen Revolution im letzten Jahrhundert – der Taylorismus und Fordismus durch die wissenschaftliche Steuerung von Arbeitsabläufen und die Ausbreitung der Massenproduktion.

Diese Transformation war nicht nur mit einer raschen Verstädterung, der Herausbildung der Industriearbeiterschaft und tiefgreifenden sozialen Umwälzungen verbunden, sondern auch mit einer weiteren *Radikalisierung im Wechselverhältnis Mensch und Natur*. Den sozialen Bewegungen ging es in erster Linie um die Revolutionierung der *Produktionsverhältnisse*, weniger um die Ausgestaltung der *Produktionsweisen*.<sup>18</sup>

### Ein Epochenwechsel

Die Väter der politischen und ökonomischen Theorie, *John Locke* (1632–1704) für den Freiheitsgedanken<sup>19</sup> und *Adam Smith*

(1723–1790) für die Wirtschaftsordnung<sup>20</sup>, gingen von Denkkategorien aus, die der Natur keinen Wert zuerkennen. Als Vordenker der liberalen Demokratie wollte Locke die feudalen Besitz-, Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse überwinden. Seine zentrale Kategorie war das auf Arbeit beruhende Recht auf Privateigentum, in der auch die Natur der Nützlichkeit unterworfen wird: «Gott gab also durch das Gebot, sich die Erde zu unterwerfen, die Vollmacht, sie sich anzueignen. Und die Bedingung des menschlichen Lebens ... führt notwendigerweise zum Privatbesitz».

Smith sah die Natur in erster Linie in einem Zusammenhang mit warenerzeugender Produktivität. Die Natur an sich wird als wertlose Quelle gesehen, die erst mittels männlicher Arbeit in Reichtum verwandelt wird. Als Gebrauchswert wird die Natur durch die Arbeit kultiviert, hergerichtet, unterworfen und ausgeplündert. Natürlich wollten beide Vordenker die *Befreiung des bürgerlichen Individuums*, aber sie setzten dafür auf einen Weg, der die Endlichkeit der Erde ignoriert, also nicht nachhaltig ist. Wachstum jenseits der natürlichen Grenzen wurde vor allem im letzten Jahrhundert zum *Triebwerk der Moderne*<sup>21</sup>. Aus der vermarkteten Natur wird die *besiegte Natur*<sup>22</sup>.

Die heutigen ökologischen Probleme waren wahrscheinlich vor 200 und 300 Jahren nicht vorstellbar. Aber Locke und Smith verkannten die Einheit von Natur und menschlichem Leben. Seitdem hat es wich-

18 Müller, Michael/Johano Strasser (2011). *Transformation 3.0*. Berlin.

19 Locke, John (1690/1977). *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Frankfurt am Main.

20 Smith, Adam (1776/1973). *Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkwohlstandes*. Gießen.

21 Müller, Michael/Matthias Zimmer (2013). *Die Ideengeschichte des Fortschritts*. Bonn.

22 Brüggemeier, Franz Josef/Thomas Rommelspacher (1987). *Besiegte Natur*. München.

tige Erkenntnis- und Modernisierungsprozesse gegeben, doch ihre Theorien blieben für politische und wirtschaftliche Regulationssysteme grundlegend. Fortschrittsvorstellungen, die auf diesem Ideengebäude aufbauen, gehen von einer *Dichotomie zwischen Mensch und Natur* aus. Mehr noch: Seit dem letzten Jahrhundert wurden technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum, die für die sozialen und liberalen Bewegungen nur das Mittel waren, als Ziel gesehen und mit Fortschritt gleichgesetzt. Dadurch wird die Tragfähigkeit der Erde überschritten. Heruntergebrochen gilt das für fast alle Länder, aber die Hauptverursacher sind – zumal wenn die Hypothekenlast einbezogen wird – die Industrieländer.

Das Anthropozän stellt Grundannahmen der Moderne in Frage, die den Menschen über die Natur gestellt hat<sup>23</sup>. Günter Altner nennt das *Naturvergessenheit*<sup>24</sup>. Durch den maßlosen Beschleunigungs- und Wachstumswahn stößt die naturbestimmte, auf jeden Fall naturabhängige Lebens- und Wirtschaftsweise an Grenzen. Durch die Überlastung und Übernutzung der natürlichen Ressourcen werden *Naturschranken* erreicht, die nur um den Preis ökologischer Katastrophen überschritten werden können. Diese Folgen schilderte *Walter Benjamin* schon 1920 in der Beschreibung *Angelus Novus*, dem *Engelsbild* des Malers *Paul Klee*: «Aber ein Sturm weht vom Paradiese

her. ... Das, was wir Fortschritt nennen, ist dieser Sturm»<sup>25</sup>.

Ohne Frage hat hohes *Wirtschaftswachstum* in den letzten 200 Jahren in einem Teil der Welt dazu beigetragen, die *Armut zu verringern und die Demokratie zu festigen*. In den letzten Jahrzehnten hat es auch beim Umweltschutz *deutliche Verbesserungen* gegeben. Die Flüsse wurden sauberer, Abfallberge kleiner, der Himmel wieder blauer. Das war die erste Phase der Umweltpolitik. *Aber der Sturm ist geblieben. Mit der nachholenden Industrialisierung vor allem der bevölkerungsreichen Länder wie China und Indien ist er sogar noch stärker geworden.*

Damit werden entscheidende Grundlagen unserer Zivilisation in Frage gestellt, denn die Stabilität der natürlichen Ressourcen ist die materielle, energetische und räumlich-ästhetische Voraussetzung des menschlichen Lebens. An vielen Stellen fressen die ökologischen und gesundheitlichen Folgekosten den durch das Wirtschaftswachstum entstandenen Wohlstand wieder auf. Die ökologische Auszehrung stellt so den sozialen Fortschritt und die ökonomische Entwicklung in Frage. Das sind synergetische Gefahren, die in *enger Verwandtschaft* mit alten und neuen Formen von Unfreiheit, Armut und sozialer Ungerechtigkeit stehen.

Ein krasses Beispiel für die Verbindung von sozialen und ökologischen Folgen, aber letztlich auch wirtschaftlichen Problemen sind die Folgen der Erderwärmung auf die *Landwirtschaft*, die durch hartnäckige Übernutzung der Ressourcen, profitbringende Monokulturen, globale Ungerechtigkeiten und eine Marktordnung, die regionale

23 Es gab auch andere Sichtweisen, z. B. bei Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, auch bei Gottfried Wilhelm Leibniz und Martin Luther sind eine hohe Wertschätzung der Natur zu finden, aber in der Ideengeschichte der Moderne überwog ein Verständnis, in dem der Mensch über die Natur gestellt wird.

24 Altner, Günter (1991): *Naturvergessenheit*. Darmstadt.

25 Benjamin, Walter (1920/1995-2000). *Gesammelte Briefe*. Frankfurt am Main.

Anbieter an den Rand drängt, verursacht und verstärkt werden. Nach *William R. Cline* droht in 29 ärmsten Ländern der Erde ein Verlust von mindestens 20 Prozent des heutigen Ernteertrages<sup>26</sup>. Dabei leiden bereits 870 Millionen Menschen an Unterernährung<sup>27</sup>. Ein anderes Beispiel ist die *urbane Verwahrlosung*. Laut *Habitat-Bericht* der Vereinten Nationen leben mehr als eine Milliarde Menschen in Slums, in erster Linie in wuchernden Mega-Citys. Bis zum Jahr 2030 wird mit einer Verdoppelung der Bewohner von Slums gerechnet<sup>28</sup>.

Anthropozän heißt aber auch: Ein *einfaches Zurück zur Natur*, wie es der amerikanische Philosoph *Henry David Thoreau* noch im 19. Jahrhundert gefordert und vorgelebt hat, ist nicht möglich<sup>29</sup>. Auch dort, wo Wildreservate eingerichtet werden, existiert die unberührte Natur nicht mehr. Wir haben es weltweit mit einer *Kulturlandschaft* zu tun. Die Herausforderung heißt deshalb nicht Rückzug, sondern die Aufgabe ist die *Vertiefung und bessere Nutzung unseres Wissens* und eine *Förderung unserer Verantwortungs-bereitschaft*, um die Natur zu schützen, Gewinn gier zu beenden und Konsumexzesse zu verhindern. Die Menschen müssen unter anderem die *ökologischen Folgekosten in die Preise internalisieren*. So wird die Beachtung der Tragfähigkeit des Planeten auch eine wirtschaftliche Größe.

Die Industriestaaten müssen mit einer sozialökologischen Transformation beginnen. Der *Erdgipfel von Rio* 1992 hat zu

Recht herausgestellt, dass die *Industrieländer die Hauptverursacher* der globalen Ökonomie der Vermeidens hat das Ziel, durch die Verhinderung unnötiger Verbräuche und Emissionen die ökologischen Schäden deutlich zu verringern. Die Ziele heißen ZERO-Emission und Aufbau ökologischer Kreisläufe.

Technisch-ökonomische Umstellungen sind aber allein nicht die notwendige Antwort auf das Anthropozän. Natürlich geht es nicht ohne eine Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen, ohne den konsequenten Umstieg von Kohle und Atom auf Sonne und Wind. Doch wir brauchen genauso eine Kultur der Solidarität und Verantwortung. Wir müssen sozial-ökologische Partnerschaften mit den armen Weltregionen eingehen und die Wirtschafts- und Konsumformen fördern, die in Einklang sind mit der Tragfähigkeit der Erde.

Diese Herausforderungen sind spätestens seit 1972 bekannt, seit der Veröffentlichung des Berichts des *Club of Rome* über die Grenzen des Wachstums<sup>30</sup>. Oder seit 1975, als *Erhard Eppler* eine *Revision der Fortschrittsvorstellungen* forderte – sowohl aus moralischer Verantwortung als auch wohlverstandenen Eigeninteresse für eine gute, friedliche Zukunft. Dafür verlangte er, das Miteinander mit der Natur so zu gestalten, dass die Selbstregulierung und der Erhalt gesichert werden. Ebenso sah Eppler die Notwendigkeit einer Reform der Produktionsweisen und Konsumstile, damit sie den Anforderungen der *Einen-Welt* gerecht werden<sup>31</sup>.

26 Cline, William (2007). *Global Warming and Agriculture*. Washington.

27 FAO (2012). *World Food Situation*. Rom.

28 United States (2010). *Habitat-Bericht*. New York.

29 Thoreau, Henry David (1837-1861). *Die Welt und ich*. Gütersloh.

30 Meadows, Dennis et al. (1972). *Die Grenzen des Wachstums*. Stuttgart.

31 Eppler, Erhard (1975). *Ende oder Wende*. München.

Es geht nicht um die *Rückkehr in eine simple Vergangenheit*, sondern um den *Weg in eine aufgeklärte Zukunft*. Der Humanist Erich Fromm brachte das in «*Haben oder Sein*» auf den Punkt: *Eine Welt, die weder Mangel noch Überfluss kennt*<sup>32</sup>. Die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung sind nicht unbedingt einzelne Umweltgesetze, so wichtig sie sind, sondern die Pflicht, dem öffentlichen Wohl auf Dauer die Priorität vor individuellem Reichtum einzuräumen. Das Anthropozän erfordert den Umbau der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung in eine *Ökonomie des Bewahrens* und des *Vermeidens hoher Energie- und Ressourceneinsätze*. Es geht nicht um Teilkorrekturen, sondern um eine Systemreform. Sie muss mehr Gerechtigkeit verwirklichen und einen kulturellen Wandel einleiten, der ein gutes Leben wichtiger stellt als immer mehr zu haben<sup>33</sup>. Nur dann hat der Umbau eine fortschrittliche Perspektive, die ihn mehrheitsfähig macht.

Vergleichbar ist diese Zeitenwende wahrscheinlich nur mit dem Aufstieg der europäischen Moderne, mit der Erweiterung der großen Ideen von Aufklärung und Vernunft. Auch diesmal geht es um eine

umfassende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialökologische Transformation muss die Frage nach der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ins Zentrum rücken. Sie muss die Ökologie zum zentralen Ziel wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen machen und die Diktatur der kurzen Frist beenden. Erste wichtige Schritte, um die Ökologie zum Motor des Umbaus zu machen, sind:

- Wir brauchen eine Ökonomie, die die Natur mit in ihre Rechnung einbezieht und eine Theorie der Nachhaltigkeit, die die Ökologie zu dem macht, was sie ist: Die Basis von Wohlstand.
- Wir brauchen eine absolute Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch durch eine Vielzahl von Maßnahmen – von der ökologischen Finanzreform über neue Haftungsbestimmungen bei ökologischen Risiken bis zum Ausbau des Ordnungsrechts.
- Wir brauchen eine Gesellschaft, die mehr Demokratie wagt. Nur wenn wir Beteiligung der Zivilgesellschaft massiv ausbauen, wird Nachhaltigkeit erreichbar werden.

32 Fromm, Erich (1976). *Haben oder Sein*. Frankfurt am Main.

33 BUND / Misereor (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland*. Basel/Boston/Berlin.

Horst Heimann

## Neues aus der Welt des Antikapitalismus – und des Demokratischen Sozialismus

**Mark Fisher, Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? VSA-Verlag, Hamburg 2013, 117 S., € 12,80**

Allein der Titel reizte mich, weil er andeutete, der Autor wolle nach einer Alternative zum Kapitalismus suchen, was auch 81 Prozent der Deutschen wünschen und was ich selbst in vielen Beiträgen in den *perspektiven* versucht habe. Ein Slavoy Zizek zugeschriebener Satz enthält die Quintessenz dessen, was Fisher unter «kapitalistischem Realismus» versteht: «Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus.» (S. 8) Anders als die Neoliberalen, «die kapitalistischen Realisten par excellence», die den «kapitalistischen Realismus» propagieren, kritisiert Fisher durchgehend die Denkweise, dass der Kapitalismus das einzige System darstellt und «dass es mittlerweile fast unmöglich geworden ist, sich eine kohärente Alternative dazu überhaupt vorzustellen.» (S. 8) Damit hänge auch die Überzeugung zusammen, «dass niemals etwas Neues geschehen wird» (S. 9), präzisiert in Fukuyamas These vom «Ende der Geschichte». (S. 13)

Offensichtlich teilt er eine Kritik an der «globalisierungskritischen, antikapitalistischen Bewegung», dass sie sich «dem kapitalistischen Realismus ergeben» habe, «weil sie unfähig war, ein kohärentes, alternatives polit-ökonomisches Modell auszuarbeiten». (S. 22) Realistisch stellt er fest, dass die Kreditkrise 2008 «nicht von sich aus zum Ende des Kapitalismus führen wird», aber doch

zur Aufweichung mentaler Blockaden geführt habe. (S. 92): «Wir sind wieder bei der Stunde Null angelangt, der Raum für das Entstehen eines neuen Antikapitalismus ... hat sich geöffnet.» (S. 92) Darin sieht er eine große Chance zur Bekämpfung des «kapitalistischen Realismus»: «Wir müssen die lange, dunkle Nacht am Ende der Geschichte als große Chance begreifen. Die unterdrückterische Verbreitung des kapitalistischen Realismus bedeutet, dass sogar der kleinste Funke alternativer politischer oder ökonomischer Möglichkeiten eine überproportionale starke Wirkung haben kann.» (S. 95)

Dankenswerterweise verweist Fisher nicht nur abstrakt-pauschal auf die «große Chance», sondern macht auch konkrete Vorschläge, die diese «überproportionale starke Wirkung haben» könnten: «Politisch Handelnde» einer «genuin wiederbelebten Linken» könnten «das angehen, was dem Neoliberalismus offensichtlich nicht gelungen ist: eine massive Reduktion von Bürokratie einzuleiten.» (S. 93) Dieser Kampf sei nur zu gewinnen, «wenn sich ein neues politisches Subjekt formiert». Offen bleibe noch die Frage, ob «z. B. die Gewerkschaften» dabei eine Rolle spielen könnten oder «neue politische Organisationen» notwendig seien. (S. 93) Allerdings «die Gewerkschaften im Bildungssektor» könnten schon beginnen, «den öffentlichen Sektor von der Ontologie des Unternehmertums zu befreien». (S. 94) Besonders wichtig für die Formierung des «neuen politischen Subjekts» sind

die psychisch Kranken. Daher sei es «eine dringende Aufgabe der Linken, psychische Krankheiten zu repolitisieren» (S. 48) und «die weitverbreiteten psychischen Krankheiten von medikamentös zu behandelnden Störungen in kraftvolle Antagonismen (zu verwandeln).» Die mit diesen «affektiven Störungen» verbundene «Unzufriedenheit» müsse «gegen ihre wahre Ursache gerichtet werden: das Kapital». (S. 94)

### **Keine Konkurrenz für das Kapital!**

Auch eine wohlwollende Prüfung jener praktischen Vorschläge Fishers könnte nur zum Ergebnis kommen: Selbst wenn seine «kleinen Fünklein» für eine Alternative eine milliardenfach «überproportional starke Wirkung» hätten, würde das noch nicht zu einer für das Kapital spürbaren Konkurrenz werden. Denn in seinen gesamten Überlegungen sind nicht einmal Ansätze und Kriterien für eine «kohärente Alternative» zum wortgewaltig verdamnten Kapitalismus zu erahnen. Und das liegt nicht an einzelnen Unzulänglichkeiten, sondern an seinem ganzen Denkansatz, an seinem Paradigma der Kapitalismuskritik, das sogar jegliches Nachdenken über eine Alternative blockiert. Erschwerend kommt noch hinzu: Fisher ist kein isolierter Einzeldenker, sondern Teil einer «kohärenten» intellektuellen Machtelite, die im linken Milieu großen, aber kontraproduktiven Einfluss ausübt. Diese Machtelite hat zwar nicht die Absicht, aber die Wirkung, vorhandenes antikapitalistisches Bewusstsein politisch zu neutralisieren und zu verhindern, dass es zu einem politischen Machtfaktor für einen realistischen Antikapitalismus werden könnte.

Aus seinen zahlreichen Verweisen und Zitaten aus «linken» Quellen folgt ein ontologisch überhöhtes Bild des Kapitalismus:

Er ist das einzige handelnde Subjekt, gegen den alle Menschen ohnmächtig sind. Neben Slavoj Žižek sind vor allem französische «Meisterdenker» Quellen für sein furchterregendes Gemälde des Kapitalismus, u. a. Deleuze und Guattari (Kapitalismus und Schizophrenie): Sie «beschreiben ... den Kapitalismus als eine dunkle Potenzialität. ... Eine monströse, unendlich formbare Entität, die fähig ist, alles zu absorbieren und zu verdauen, mit dem sie in Kontakt kommt.» (S. 12 f.) Und sie behaupten, «die Schizophrenie (markiert) die äußere Grenze des Kapitalismus» und «der Kapitalismus ernährt und reproduziert die Stimmungen der Bevölkerung». (S. 45 f.)

Als Fisher über Probleme spricht, bietet er eine Lösung an, nämlich, «dass wir erneut deutlich machen (müssen), dass dies keine isolierten, kontingenten Probleme sind, sondern im Gegenteil, die Folgen einer einzelnen, systemischen Ursache: die des Kapitals. Wir müssen beginnen, Strategien gegen das sich ontologisch und geografisch allgegenwärtige Kapital zu entwickeln – und zwar so, als würden wir dies zum ersten Mal tun.» (S. 91) Als er über «die Zentrumslosigkeit des globalen Kapitalismus» spricht, die wir «durch ein Telefonat mit einem Callcenter» erfahren können, wundert er sich, dass «schlechte Erfahrungen mit Callcentern» dem Kapitalismus nichts anhaben können «fast so, als wären Probleme mit Callcentern nicht Folge des systemischen Vollzugs der Logik des Kapitals». (S. 76)

Auch sein Hinweis auf eine Alternative in der Vergangenheit enthält kein ermutigendes Potenzial für die Zukunft: In den 1980er-Jahren «existierten politische Systeme und Ideen, die zumindest dem Namen nach noch Alternativen zum Kapitalismus darstellten.» Für die Alternati-

ve, die Fisher heute für die Zukunft sucht, hat er selbst auch noch nicht einmal einen Namen, nur die kulturpessimistische Diagnose: «Heute haben wir es aber mit einem tieferen, weitaus umfassenderen Gefühl der Erschöpfung, der politischen und kulturellen Sterilität zu tun. In den 1980er-Jahren existierte der «realexistierende Sozialismus» noch, wenngleich er sich bereits in den letzten Zügen befand.» (S. 14) Er erwähnt zwar beiläufig «die Niederlage der Bergarbeiter» in England gegen Thatcher, deutet aber nicht einmal an, ob die einst starke demokratische Arbeiterbewegung, die den Wohlfahrtsstaat geschaffen hatte, nicht vielleicht auch einmal ein ernsthaftes Bemühen war, den Kapitalismus durch die Alternative des Demokratischen Sozialismus zu überwinden.

Er erwähnt nur kurz das «sozialdemokratische Modell» im Zusammenhang mit dem durch die Krise diskreditierten Neoliberalismus: «Um sich selbst zu retten, könnte der Kapitalismus zu einem sozialdemokratischen Modell zurückkehren», oder zu einem autoritären System. (S. 92) Diese Formulierung impliziert den Glauben an die Allmacht des Kapitalismus. Nicht die Arbeiterbewegung hatte das «sozialdemokratische Modell» geschaffen, sondern der Kapitalismus als das einzig handelnde Subjekt. Nachdem er dieses «sozialdemokratische Modell» durch «mutige Reformen» abgeschafft hatte, könnte er natürlich auch den Wohlfahrtsstaat wieder einführen. Denn der Kapitalismus hat´s gegeben, der Kapitalismus hat´s genommen, er könnte es auch wieder zurückgeben.

Die leicht lesbare Schrift verschafft dem Leser zugleich einen Überblick über eine spezifisch linke Gruppierung von Antikapitalisten, die auch über eine zwar kleine,

aber sehr begeisterungsfähige Fangemeinde verfügt. Und für Kapitalisten enthält das Buch die gute Nachricht, für Antikapitalisten die schlechte Nachricht: Es gibt absolut keine Alternative zum Kapitalismus.

Daran ändert auch ein zarter Hauch von Selbstkritik nichts, der sich in Fishers «Nachwort zur deutschen Ausgabe» andeutet. Ausgehend von einem Satz von Samuel Beckett, über eine Interpretation von Žižek, gelangt Fisher zu der selbstkritischen Schlussfolgerung, dass man «die Politik des «Ereignisses» von Alain Badiou «aufgeben sollte und wir uns stattdessen dem offensichtlich banaleren Alltagsgeschäft des Aufbaus einer Hegemonie im Parlament und in den Mainstreammedien widmen müssen.» (S. 100) «Diese beiden Orte» betone er deshalb, «weil die Linke nach 1968 – und das betrifft auch meine eigene Analyse in *Kapitalistischer Realismus* – sie in zunehmendem Maße vernachlässigt hat. Alle ... sind der festen Überzeugung, dass Mainstream-Politik korrupt und wirkungslos ist.» (S. 100) Da Fisher aber seine kurz angedeutete Wende in Richtung einer Alternative zum kapitalistischen Realismus nicht weiter ausbaut, können wir nur hoffen, in einem ebenfalls im VSA-Verlag erschienen Buch mehr Ermutigendes für einen realistischen Antikapitalismus zu finden.

**Dieter Klein, Das Morgen tanzt im Heute – Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. VSA-Verlag Hamburg 2013, 214 S., € 16,80**

Die «Flugschrift» von Fisher ist gewiss leichter zu lesen als das Buch von Klein, weil Kritik am Kapitalismus leichter ist als die anstrengende Suche nach Alternativen. Das politisch-wissenschaftliche Engagement Kleins widerlegt Fishers resignative Meinung, dass nur noch in den achtziger Jah-

ren «Ideen (existierten), die zumindest dem Namen nach noch Alternativen zum Kapitalismus darstellten». (Fisher, S. 14) Denn er gehört zu jenen Intellektuellen, die den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus für die Zukunft weiterentwickeln wollen.

### «Demokratischer grüner Sozialismus» – Fernziel der «zweiten Großen Transformation»

Mit dem zentralen Begriff der «zweiten Großen Transformation» knüpft Dieter Klein an Karl Polanyis «The Great Transformation» an, die im Laufe von mehr als drei Jahrhunderten vom Feudalismus zum Kapitalismus führte.<sup>1</sup> Der Inhalt dieser «zweiten Großen Transformation» werde «wiederum der Übergang zu einem anderen alternativen Gesellschaftssystem sein, zu einer solidarischen, gerechten Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die auch als demokratischer grüner Sozialismus bezeichnet werden kann.» (S. 13)

Da diese «zweite Große Transformation» aber nicht als «der nächste Akt der Geschichte» zu verwirklichen sei, müsse man «mit einer «kleinen» Transformation ... im Rahmen des Kapitalismus beginnen.» (S. 13) Um einen Zusammenhang zwischen der «systeminternen und der systemüberschreitenden Transformation» herzustellen, prägt er den Begriff «doppelte Transformation». (S. 16) Mit diesem Konzept weicht Klein deutlich ab von einem in der alten Neuen Linken verbreiteten dogmatisch-marxistischen Bild des Kapitalismus: Das Wesen des Kapitalismus als Totalität ist im-

mer und überall unveränderbar das Gleiche. Er ist nicht reformfähig. Dagegen hält ihn Klein ausdrücklich für «reformfähig». Auch Transformationen innerhalb des Kapitalismus sind relevant für eine Transformation über ihn hinaus. Dem dogmatischen Bild des immer gleichen Kapitalismus widersprechend, verweist er auf die «innerkapitalistische Transformation vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus, von diesem zum sozialstaatlich regulierten fordistischen Kapitalismus und schließlich zum neoliberalen Kapitalismus», dem «eine postneoliberale Transformation folgen» könnte. (S. 13)

Im Gegensatz zur dogmatisch-marxistischen Position hält Klein den Übergang zum heutigen «neoliberalen Kapitalismus» nicht für naturnotwendig, sondern für die Folge einer falschen politischen Weichenstellung: In der Krise des sozialstaatlichen Kapitalismus war es der Linken nicht gelungen, durch ein «wirksames Engagement ... für Elemente eines demokratischen Sozialismus» eine Alternative zur neoliberalen Lösung anzubieten. (S. 24 ff.)

Die aktuelle Krise des «neoliberalen Kapitalismus» werde sicher zu einer «postneoliberalen Transformation» führen, deren Ergebnis noch offen ist, das aber auch von «Transformationsstrategien» beeinflusst werden kann. (S. 32)

### 4 Szenarien einer «postneoliberalen Transformation»

Transformation ist nicht nur ein linker Begriff und ein Thema für die Partei Die LINKE, sondern auch Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. Transformation und Transformationsforschung hatten «ihre Hochkonjunktur in den 1990er-Jahren», um den «Übergang vom „Staatssozialismus zum Kapitalismus» als notwendige Anpassung des Ostens an den Westen zu interpretieren

1 Vgl. Rolf ReiBig, Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden 2009. Horst Heimann, Voraussetzungen der «Zweiten Großen Transformation» und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Teil I), in: Perspektiven ds, 2/11, Teil II. ebd. 1/12.



und zu legitimieren. (S. 23 ff.) Die Tendenz, die heutigen Veränderungsprozesse schon «als Transformation zu einer neuen Zivilisation» zu interpretieren, beurteilt Klein kritisch: «Die Annahme, die Welt befinde sich bereits in der Transformation zu einer neuen Zivilisation, birgt die Gefahr, dass der Begriff Transformation zum freundlich-unverbindlichen Allerweltsbegriff gerät.» (S. 32)

Der Transformationsbegriff Kleins orientiert sich dagegen an demokratisch-sozialistischen Werten. Wenn auch die anspruchsvolle «zweite Große Transformation» mit dem Fernziel eines «demokratischen grünen Sozialismus» Schwerpunkt seines Buches ist, konzentriert er sich zunächst auf vier Szenarien einer möglichen systeminternen «postneoliberalen Transformation», die bereits in der aktuellen Politik eine Rolle spielen.

Sowohl das «Szenario I: Neoliberales ›Weiter so» (S. 34 ff.) als auch «Szenario II: ›Weiter so – noch autoritärer und entzivilisierter» (S. 39 ff.), sind zwar nicht ausgeschlossen, aber angesichts der noch nicht überwundenen Krise, eher unwahrscheinlich.

«Szenario III: Staatsinterventionistisch modifizierter und grün modernisierter Kapitalismus» (S. 41 ff.) dagegen «beschreibt eine wahrscheinliche Entwicklung der kommenden Zeit». (S. 41). Elemente für dieses Szenario «stecken in der Politik Angela Merkels, stärker im Kurs der SPD». (S. 41) und in Bemühungen zur «Finanzmarktregulierung». (S. 42) Aber nicht angetastet werde die «Umverteilung von unten nach oben», u. a. wegen Kürzung der Sozialausgaben und Verzichts auf «eine einmalige Abgabe auf große Vermögen». (S. 43) Die «ökologische Modernisierung» mit der «Energiewende» sein zwar «ein einschneidender Bruch», der allerdings «den Rahmen des neoliberalen Kapitalismus» nicht überschreite. (S. 43

f.) «Per Saldo» zeige dieser «modifizierte neo-liberale Kapitalismus, dass er transformativische Ansätze hervorbringt, ihre Entfaltung zu einer postneoliberalen innerkapitalistischen Transformation jedoch verhindert und dadurch in tiefe Krisen verstrickt bleibt.» (S. 46)

Diese Begrenzungen bei Szenario III machen ein Szenario IV notwendig, das «aber nur bei einer Veränderung der Kräfteverhältnisse eine Chance (hätte)». (S. 46) Wenn diese «Veränderung der Kräfteverhältnisse» in den nächsten Jahren stattfinden, könnte Szenario IV, das Klein bevorzugt, die künftige Entwicklung prägen.

«Szenario IV: Sozial und ökologisch regulierter postneoliberaler Kapitalismus (Green New Deal)». (S. 46 ff.) Das Neue dieses IV. Szenarios besteht darin, dass es sich schon um einen «Richtungswechsel» handelt, zwar noch «im Rahmen des Kapitalismus» (S. 46) – aber auch schon über ihn hinausweisend. Im Rahmen des «Konzepts einer doppelten Transformation» geht es um die Möglichkeit, «ob zunächst im Rahmen des Kapitalismus die Charaktere einer solidarischen gerechten Gesellschaft zunehmende Bedeutung gewinnen und in einer Folge von Brüchen in eine zweite Große Transformation zur vollen Entfaltung einer solchen Gesellschaft übergehen können.» (S. 48)

Doch welche politischen Akteure könnten dieses IV. Szenario gegen Widerstände anderer Akteure durchsetzen? Klein erwähnt nicht die einfache altmarxistische Antwort: Die Arbeiterklasse erobert die politische Macht und entmachtet die Bourgeoisie – wie auch die Mehrheit der Sozialdemokraten bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts glaubten, und bürgerliche Studenten sogar bis vor kurzem. Klein gibt eine sehr differenzierende Antwort, die durchaus

plausibel und realistisch wirkt. «Der flexible Teil der Machteliten ... könnte sich ... mehr oder weniger vom marktradikalen, finanzgetriebenen Neoliberalismus lösen ... und veranlasst sehen, emanzipatorische Forderungen in eine veränderte Entwicklungsweise aufzunehmen.» Und «dieser Teil des Blocks an der Macht ... könnte ... gezwungen werden, in Koevolution mit Elementen eines linken Projektes zu handeln.» (S. 46)

Zum Beleg für diesen Optimismus, aufgeklärte Mitglieder der Machtelite, verweist er auf den Spitzenmanager André Doré, der einen Vortrag über Management halten sollte und erklärte: «Ich habe mich aber entschieden, über das Gefälle zwischen Arm und Reich zu sprechen. Das ist meiner Meinung nach das große Problem, das wir in Zukunft überhaupt haben.» (S. 47) Und er zitiert den Chef des Davoser Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab: «Das System, das uns in die Krise geführt hat, ist längst überholt.» (S. 47) Und Frank Schirmmacher habe über eine Artikelserie etablierter Autoren in der FAZ geurteilt, deren Rhetorik sei «früher ausschließlich militanten, systemfeindlichen Kräften ... vorbehalten» gewesen. (S. 47) In der Tat, kapitalismuskritische bis antikapitalistische Rhetorik ist auch in den Medien, die dem «Kapital» gehören, weit verbreitet.

Andererseits erinnert Klein aber auch an die spezifischen Aufgaben der Linken: Denn selbst wenn «sich flexible und strategisch denkende Teile des herrschenden Blocks» einer «postneoliberalen Transformation» öffnen, sei es allerdings unwahrscheinlich, «dass eine progressive postneoliberale Transformation des Kapitalismus überwiegend aus einer Revolution von oben resultieren wird». (S. 51) Der vorteilhafteste Entwicklungspfad käme nur zustande, «wenn der Druck der Linken und anderer Gegen-

mächte ganz erheblich anwächst». (S. 51) Und «wenn die Klassenkämpfe und sozialen Bewegungen von unten entscheidenden Einfluss auf das gesellschaftliche Geschehen gewinnen.» (S. 52)

Zentrale Elemente des IV. Szenarios werden durchaus bereits intensiv diskutiert und wären auch mittelfristig zu verwirklichen, wie z. B.: «Eine umwelttechnologische Investitionswelle ... vermehrte Aufwendungen für die öffentliche Daseinsfürsorge in Bildung, Gesundheit, Wissenschaft. ... Eine gerechtere Primärverteilung zwischen Profiten und Löhnen und eine Stärkung des Sozialstaats durch höhere Besteuerung der Leistungsstarken». (S. 50)

Die wichtigsten gesellschaftspolitischen Forderungen dieses IV. Szenarios waren schon in den Wahlprogrammen der drei linken Parteien enthalten, die im September 2013 schon eine Mehrheit der Mandate im Bundestag gewonnen haben. Wenn sich SPD, Grüne und Die LINKE auf diese Kernforderungen konzentrierten und sich ernsthaft für dieses linke Projekt engagierten, könnten sie schon 2017 zum Regierungsprogramm einer neuen Dreier-Koalition werden. Im Konzept der «doppelten Transformation» von Dieter Klein könnte mit der Politik für Szenario IV bereits die «zweite Große Transformation» in Richtung Szenario V beginnen: «Solidarische gerechte Gesellschaft im Einklang mit der Natur oder demokratischer grüner Sozialismus». (S. 53)

Offen bliebe in diesem «best-case-scenario» aber die Frage, ob SPD und Grüne an einer systemverändernden Zielsetzung in Richtung «demokratischer grüner Sozialismus» mitwirken möchten. Um die Frage zu beantworten, ob die SPD dabei mitwirken könnte, ist eine Publikation über die Jungsozialisten von besonderem Interesse.

**Thilo Scholle/Jan Schwarz, «Wessen ist die Welt» – Geschichte der Jusos, vorwärtsbuch, Berlin 2013, 261 S., € 20,-**

Für die Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus könnte diese «Geschichte der Jusos» noch hilfreicher sein als eine Analyse der aktuellen Theorie und Programmatik der Gesamt-SPD, und zwar aus folgendem Grund: Das neue Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 enthält zwar noch ein verbales Bekenntnis zum «demokratischen Sozialismus». Dennoch bleibt die Frage offen, ob die SPD noch an ihrer traditionellen systemverändernden Zielsetzung festhält, den Kapitalismus durch ein besseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystem des Demokratischen Sozialismus zu überwinden, oder ob das Grundsatzprogramm unter demokratischem Sozialismus nur noch Richtlinien für SPD-Politik im Kapitalismus versteht, zu dem es keine Alternative gibt. Eine baldige Klärung dieser Grundsatzfrage ist nicht zu erwarten, da sich fast kein SPD-Politiker dafür interessiert.

Im Gegensatz zur Verdrängung dieser Grundsatzfrage in der SPD haben die Jungsozialisten in ihren Beschlüssen bis in die jüngste Vergangenheit im Demokratischen Sozialismus die Systemalternative benannt, die den Kapitalismus überwinden soll. Die Prüfung dieser Beschlüsse kann also die Frage beantworten, ob die Jusos im Gegensatz zum vorherrschenden hilflosen Antikapitalismus wenigstens Ansätze für eine konstruktive Alternative zum kritisierten Kapitalismus anzubieten haben.

**Die Entwicklung der Jungsozialisten als Organisation bis 1931**

Eigenständige organisatorische Zusammenschlüsse einer «Arbeiterjugendbewegung» bildeten sich erst seit 1904, die sich 1906 zum Dachverband «Verband junger

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands» zusammenschlossen. 1907 entstand eine «Internationale Verbindung sozialistischer Jugendverbände», die Karl Liebknecht zum Vorsitzenden wählte. In einer 1914 in München gegründeten «Jugend-Sektion» gebrauchte ihr Vorsitzender erstmals das Wort «Jungsozialisten». Ein Parteitag lehnte allerdings den Antrag ab, diesen Namen offiziell nutzen zu dürfen. Die Geschichte der Jungsozialisten als eigener politischer Organisation begann daher erst in der Weimarer Republik. 1920 legitimierte der Parteitag in Kassel die Bildung «Jungsozialistischer Gruppen» für 18–25 Jährige. Für 14–18 Jährige entstand 1922 die «Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ)».

Scholle und Schwarz nennen als «Aufgaben der Jungsozialisten» vor allem «Geselligkeit, Agitation und Bildung». (S. 95) Rückblickend dürfte ihre politische Bildungsarbeit, verbunden mit eigener Theoriediskussion, die nachhaltigsten Wirkungen gehabt haben, die auch dem demokratischen Neuanfang nach 1945 zu gute kamen. Denn diese Bildungsarbeit hat demokratisch-sozialistische Überzeugungen geschaffen, die die Nazi-Propaganda weitgehend überlebt haben.

Bei der Bildungs- und Theoriearbeit der Jusos ging es nicht nur darum, vorhandenes Wissen und feststehende Bildungsinhalte zu vermitteln, sondern auch durch kontroverse Diskussionen zur Entwicklung der Theorie und des demokratisch-sozialistischen Bewusstseins aktiv beizutragen. Die Analyse zahlreicher Beschlüsse, Zeitschriftenaufsätze bestätigt: Ein positives Fazit des Jusos-Vorsitzenden Lepinski im Jahr 1930 war nicht nur Eigenlob: «Die Jungsozialisten sind der geistig regsamste und aktivste Teil der Partei.» (S. 97)

Die Zeitungen «Die Arbeitende Jugend» (seit 1905) und «Die Arbeiterjugend» erreichten hohe Auflagen: 100 000 im Jahr 1914. Seit 1907 erschien «Die Junge Garde», mit dem Anspruch, «die Jugend zum Sozialismus zu führen». (S. 30) Neben der Erziehung zum Sozialismus spielten auch Internationalismus und Antimilitarismus eine wichtige Rolle. 1907 formulierte Karl Liebknecht das Ziel: «Die proletarische Jugend muss von Klassenbewusstsein und von Hass gegen den Militarismus systematisch durchglüht werden.» (S. 39)

Obwohl keine Juso-Gruppierung die Ideen und gesellschaftsverändernden Ziele des Demokratischen Sozialismus in Frage stellte, kam es doch zu Richtungs- und Flügelkämpfen. Vereinfacht zusammengefasst: Neben den traditionell marxistischen Jusos entstand eine kleine Gruppe von Anhängern des neokantianischen Philosophen Leonard Nelson, «Nelsonianer» oder «ethische Sozialisten», und die «Hofgeismarer»: Eine Tagung Ostern 1923 in Hofgeismar, mit kompetenten Referenten, löste lebhaft kontroverse Debatten aus. Die «Hofgeismarer», eher rechts der SPD eingeordnet, versuchten Sozialismus und Nation zu verbinden. (S. 61) Dem setzten die Marxisten entgegen: «Nicht national, sondern international auf dem Boden des Klassenkampfes wollen wir stehen.» (S. 64)

Unabhängig von den produktiven theoretischen Kontroversen kam es vor allem in der Endphase der Weimarer Republik immer wieder zu unproduktiven Konflikten mit der Parteiführung: 1930 löste die Berliner SPD «die jungsozialistische Vereinigung» auf. Da Versuche einer Reorganisation auf Reichsebene scheiterten, löste der Leipziger Parteitag 1931 die Organisation der Jusos insgesamt auf. Die Ursachen für dieses vor-

zeitige Ende der Jusos sehen die Autoren nicht «parteiisch», sondern sachlich-kritisch: «Auch wenn die Jungsozialisten am Ende vor allem an sich selbst scheiterten: Ein Großteil dessen lag auch am Unwillen der Weimarer Sozialdemokratie, sich mit abweichenden Meinungen auseinanderzusetzen.» (S. 106)

### «Die Jusos im Gleichschritt mit der Partei»

Mit dieser zutreffenden Überschrift charakterisieren die Autoren die Nachkriegsentwicklung der «Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD», gegründet auf dem ersten Parteitag der SPD 1946 in Hannover. Geleitet von einem Zentralsekretär der Partei, gehörten den Jusos alle SPD-Mitglieder zwischen 18 und 35 Jahren an, zeitweilig nur zwischen 18 und 30, ab 1959 aber wieder bis 35 Jahre. Auf einer zentralen Juso-Konferenz 1948 betonte Heinz Kühn, dass die Jusos «den gemeinsamen Kampf der sozialdemokratischen Bewegung für die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus mit der lebendigen Kraft der Jugend beflügeln.» (S. 122) Bei der lebhaften Debatte auf dem Weg zum Godesberger Programm 1959 blieben die Jusos abstinent.

Während die parteifrommen Jusos der SPD bis Mitte der sechziger Jahre nur Freude bereiteten, begann schon Ende der 1950er-Jahre der Konflikt mit dem 1946 gegründeten Sozialistischen Studentenbund Deutschlands (SDS), der schon vor SPD, Jusos und FDP für eine neue Deutschland- und Ostpolitik eintrat. Während die Jusos noch 1959 einen Beschluss gegen eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen verabschiedeten, befürwortete der SDS schon Gespräche mit Organisationen der DDR. 1961 trennte sich die SPD durch den «Unvereinbarkeitsbeschluss» vom

SDS und gründete den parteifrommen Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), von dem sie sich 1971 trennte.

#### «Linkswendekongress 1969»

Schon der Bundeskongress 1967 «forderte die Anerkennung der DDR als gleichberechtigten Verhandlungspartner der Bundesrepublik.» (S. 132) Auch der 1961 gegründete SHB entwickelte sich zügig nach links und nahm in seinen Debatten «einen Teil der späteren Ostpolitik der sozialliberalen Koalition vorweg.» (S. 133) Auf dem Bundeskongress im Mai 1968 solidarisierten sich die Jusos mit der Außerparlamentarischen Opposition. Nach Bildung der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 vollzogen die Jusos auf ihrem Bundeskongress im Dezember in München ihre endgültige «Linkswende» so medienwirksam, dass das Wort «JUSO» neben «APO» zu einem Markenzeichen für die jugendliche Protestbewegung wurde: In ihren Beschlüssen warfen sie der SPD vor, «ihre sozialistische Position aufzugeben» zu haben und forderten «die Überführung der Produktionsmittel in die Nutzung und Verantwortung der Gesamtgesellschaft». (S. 142)

Der innerparteiliche und mediale Triumpf der «Linkswende» 1969 wurde bald beeinträchtigt durch unproduktive Konflikte mit der Partei, vor allem wegen Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen. Noch fataler wirkte die Bildung von drei miteinander verfeindeten «Theoriefraktionen»: Gegen die Mehrheitsfraktion auf den Bundeskongressen, die «Reformisten», später «undogmatische Jusos» genannt, opponierten zunehmend die stärker werdende Fraktion der «Juso-Linken», besser bekannt als «Stamokap», und die sich für am weitesten links haltenden «Antirevisionisten» mit

Schröder, die jegliche Revision der ursprünglichen Lehre des Propheten Marx schärfstens verurteilten.

Anschaulich und sachlich-kritisch analysieren die Autoren die tragische Farce dieser Fraktionskrämpfe, die schon mit dem Bundeskongress 1974 zur Folge hatten, dass «die Jusos massiv an Kredit in der Öffentlichkeit verloren und in der Berichterstattung fast nur noch Spott über den Verband (dominierte)». Ihre «abstrakten Theoriediskussionen» konnte die Basis nicht mehr nachvollziehen, so dass «die Aktivzahlen» zurückgingen. Auf dem Juso-Kongress 1975 wäre es fast zur Spaltung des Verbandes gekommen, weil sich zwei miteinander unvereinbare Glaubensbekenntnis unversöhnlich gegenüberstanden: Während die eine Hälfte glaubte, «der Staat ist der ideale Gesamtkapitalist», glaubte die andere Hälfte das Gegenteil, «der Staat wirkt als ideeller Gesamtkapitalist». (S. 165) Eine Ursache für den selbstzerstörerischen Theoriekampf sehen die Autoren darin, dass es einigen «nicht um inhaltliche Überzeugungen (ging), sondern mehr um ... Taktik zur Macht- und Personalpolitik.» (S. 167)

Diese Bilanz einer Selbstdemontage ist zwar niederschmetternd. Aber eine differenzierende Analyse der Entwicklung der Jusos auf drei Ebenen zeigt auch positive Ergebnisse: 1. Der Machtkampf der Fraktionen um Mehrheiten. 2. Das politische Gewicht der Jusos und ihre Einmischung in die praktische Tagespolitik. 3. Der Beitrag der Jusos zur Theorie und Programmatik.

#### Die Entwicklung der Fraktionen

Die Autoren analysieren ausführlich die sich verändernden Kräfteverhältnisse zwischen den Fraktionen, unterschiedliche Koalitionen, die fraktionsinternen Konflikte

und Spaltungen, die Rolle von «strömungsfreien» Mitgliedern der Bundesvorstände, die Umbenennungen und Neuorientierungen der Fraktionen: Die Minderheitsfraktion «Hannoveraner Kreis» (Stamokap) entwickelte sich über die «Juso-Linke» (seit 1991) als «Netzwerk linkes Zentrum» (NWLZ) zur inzwischen stärksten Gruppierung, theoretisch aber nicht mehr auf die Stamokap-Theorie reduziert. In Zusammenarbeit mit Parteilinken gibt NWLZ die Zeitschrift «Sozialistische Politik und Wirtschaft» heraus. Die ursprüngliche Mehrheitsfraktion Reformsozialisten agierte zeitweilig unter dem Namen «Undogmatische Jusos», die Antirevisionisten wurden über diverse Vermischungen mit anderen zu den «Traditionalisten». Manchmal entstehende «rechte» Gruppierungen («Junge Sozialdemokraten») erlangten keine nachhaltige Bedeutung.

### **Das politische Gewicht der Jusos und ihre Einmischung in die Tagespolitik**

Ihre plötzlich errungene Rolle als attraktiver Medienstar und politischer Machtfaktor, als Hoffnungsträger und Bürgerschreck, hatten die Jusos, wie «Schlafwandler», aufgekündigt. Dennoch mischten sich die Jusos auch immer wieder aktiv in die Tagespolitik ein. In den achtziger Jahren verstanden sie sich als Teil der Friedensbewegung, demonstrieren gegen die Nachrüstung, nahmen 1985 an den Weltjugendfestspielen in Moskau teil. 1984 führten sie eine Frauenquote von 30 Prozent ein, die die SPD 1986, sogar mit 40 Prozent, übernahm. Schon 1988 wandten sie sich gegen geplante Privatisierungen, 1989 gegen eine überstürzte Wiedervereinigung, 1992 gegen die Einschränkung des Asylrechts.

Scharf kritisierten sie die Wirtschafts- und Sozialpolitik der rot-grünen Bundesre-

gierung und das berüchtigte «Schröder-Blair-Papier» als «Secondhand Neoliberalismus». (S. 225 f.) Ihre Kritik an Schröders Basta- und Agenda-Politik machte ihre Kampagne «SPD-Erneuern!» nach dem Wahlergebnis 2009 glaubwürdig, so dass sie auch die «Neuaufstellung» der SPD für die Bundestagswahl 2013, etwas weiter links, inhaltlich beeinflussen konnten. Und nach der Wahl im September 2013 übernahm auch die SPD die schon frühere Erkenntnis der Jusos, man dürfe auch eine Zusammenarbeit mit der Partei Die LINKE als Machtoption nicht grundsätzlich ausschließen.

### **Der Beitrag der Jusos zur Theorie und Programmatik des Demokratischen Sozialismus**

Dieses Thema ist entscheidend für die Antwort auf die Frage: Könnte das theoretisch-programmatische Selbstverständnis der Jusos dazu beitragen, dass die SPD aktiv in die aktuellen lebhaften kapitalismuskritischen Debatten eingreift und den Demokratischen Sozialismus als realistische Alternative zum krisengeschüttelten Kapitalismus wenigstens wieder zur Diskussion stellt? Könnte dadurch der vorherrschende hilflose Antikapitalismus durch Anbindung an eine noch relativ starke Partei zu einem politischen Machtfaktor werden, der auch die SPD stärken könnte?

Bereits Ende der 1970er-Jahre veröffentlichte der Hannoveraner Kreis (Stamokap) die «Herforder Thesen» und die Fraktion der Antirevisionisten die «Göttinger Thesen», die fraktionsübergreifend und kontrovers diskutiert wurden. Auch in den 3 Zeitschriften der Fraktionen erschienen anregende Diskussionsbeiträge: Seit 1976 publizierten die Antirevisionisten ihre Zeitschrift «Der Sozialist», seit 1978 gab der Hannoveraner Kreis die noch heute er-

scheinende Zeitschrift «Sozialistische Politik und Wirtschaft» heraus. Die Reformsozialisten publizierten ihre Ideen in der Zeitschrift «Sozialistische Praxis». Dort schrieb Malte Ristau 1986, «das integrale Sozialismuskonzept» der «undogmatischen Juso-Linken» (früher Reformsozialisten) müsse «(marxistischen und ethischen) Reformsozialismus, Ökosozialismus und Feminismus zusammen denken». (S.188) 1987 veröffentlichte Uwe Kremer von der Juso-Linken in der spw den diskussionswürdigen Beitrag «Moderner Sozialismus». Die im April 1989 veröffentlichten «53 Thesen» des «Projektes moderner Sozialismus» fordern, «die verschiedenen Analyseansätze sachlich zu diskutieren» (S. 204), also fraktionsübergreifend. Auf dem Vereinigungskongress der West- und Ostjusos 1990 in Potsdam bekannten sich die vereinigten Jusos zum «modernen und demokratischen Sozialismus», verbunden mit scharfer Kritik am gescheiterten «realen Sozialismus» im Osten. (S. 211) Trotz einiger Tendenzen zum «Abschied vom Sozialismus» blieben die Jusos für die Mehrheit «weiterhin ein sozialistischer Richtungsverband». (S. 215)

Zu den Projekten der 2007 mit 76 Prozent gewählten Bundesvorsitzenden Franziska Drohsel gehörte es, «bei den Jusos wieder grundsätzliche Debatten zu führen». Ein Ergebnis war der Sammelband: Franziska Drohsel, Was ist heute links? – Thesen für eine Politik der Zukunft. Es enthält auch «63 Thesen zur jungsozialistischen Politik», die der Juso-Bundeskongress im Oktober 2008 beschlossen hat. Im Vorwort präzisiert Franziska Drohsel, «was für uns elementare Annahmen linker Politik sind». Dazu gehören für die Jusos die «Kritik am Kapitalismus» und die Überzeugung, «dass der «demokratische Sozialismus» des SPD-Grundsatzpro-

gramms nur durch eine Überwindung des Kapitalismus Realität werden kann.»<sup>2</sup>

### Die Jusos haben Geschichte geschrieben!

Nur thesenartig ist dieses übertrieben scheinende, aber gerechtfertigte Urteil hier zu begründen: Die Faktoren, die bei der Linkswende zum spektakulären Erfolg beitrugen, sind gegenwärtig die Ursachen für die geringen Erfolgschancen des noch immer «beschlossenen» Juso-Sozialismus, und zwar deshalb, weil es diese Faktoren heute nicht mehr gibt:

1. 1969 war in der Gesellschaft der Bundesrepublik vor allem die studentische Jugend schon mobilisiert, politisiert und in einer linken optimistisch-konstruktiven Aufbruchsstimmung.
  2. Der Linkswende der Jusos 1969 auf Bundesebene war schon sein einigen Jahren eine Linkswende im intellektuellen wissenschaftlich-kulturell-publizistischen Milieu vorausgegangen.
  3. Die Linkswende der Jusos war verbunden mit einer wachsenden innerparteilichen Opposition in der «ruhigen» SPD, eines linken Flügels, der innerhalb und außerhalb der SPD erkennbar war.
  4. Aktive Jusos hatten ein klares Bild von der politischen Situation und ihren Chancen. 1968 bezog sich ein «Haushammer Manifest» der bayerischen Jusos auf die Unzufriedenheit der jun-
- 2 Franziska Drohsel, Was ist heute links? – Thesen für eine Politik der Zukunft, Frankfurt/New York 2009, S. 11. Vgl. dazu auch: Horst Heimann, Wo bleibt der demokratische Sozialismus? – Bei den Jusos!?, in: Perspektiven ds 1/10, S. 111 ff. Franziska Drohsel, Zum demokratischen Sozialismus bei den Jusos – Eine kurze Replik auf Horst Heimann, Ebd., S. 126 ff.

- gen Generation, auch deshalb scharf die SPD kritisiere, «weil sie immer noch die heimliche Hoffnung der fortschrittlichen jungen Generation ist.» (S. 136) Und daher werden die bayerischen Jusos «nichts unversucht lassen, die Ideen der jungen Generation in die SPD einzubringen, und auf diese Weise mitzuhelfen, die Zukunft der Sozialdemokratie zu sichern.» (S. 137)
5. Andere SPD-Funktionäre sahen darin aber nicht die Sicherung, sondern die Gefährdung der Zukunft der SPD. Der 1969 in München abgewählte Jusos-Vorsitzende Peter Corterier beschuldigte die neue Mehrheit, sie «möchte die Jungsozialisten zu einem Brückenkopf der APO in der SPD machen» und sie «zu einer extremistischen Partei umfunktionieren». (S. 140)
  6. Faktisch wurden die Jusos zu einem Brückenkopf in der APO. Ihren gut erkennbaren linken und sozialistischen Positionen war es zu verdanken, das große Teile der rebellierenden jungen Generation beim Zerfall der APO nicht in politisch ohnmächtige Fundamentalopposition abglitten, sondern für die Mitarbeit in der repräsentativen und direkten Demokratie gewonnen werden konnten.
  7. Im Zusammenhang mit den intensiven linken wissenschaftlich-publizistischen Debatten haben die Jusos einen bleibenden Beitrag zur Präzisierung der Theorie und Strategie des Demokratischen Sozialismus geleistet. Die Strategie systemverändernder Reformen und die Doppelstrategie könnten, wenn man sie aus dem strahlungssicheren Endlager herausholte, aus dem heute hilflosen Antikapitalismus wieder einen konstruktiven politischen Machtfaktor machen.
  8. Gegenwärtig gibt es weder in der SPD noch in einem ihr nahestehenden linken intellektuellen Milieu anregende kapitalismuskritische Debatten, die mit der Alternative des Demokratischen Sozialismus auf die lebhaften antikapitalistischen Diskussionen und Stimmungen in der Gesellschaft und in den sozialen Bewegungen ausstrahlen könnten. Da eine produktive Kommunikation zwischen diesen zwei Ebenen fehlt, fehlt in den Parteien der Mut zu visionärem Denken und in den sozialen Bewegungen der Sinn für politischen Realismus und praktische Politik.

#### **Dennoch Chancen für eine «zweite Große Transformation»?**

Die noch gültigen Beschlüsse der Jusos für eine systemverändernde Reformstrategie zur Überwindung des Kapitalismus durch Demokratischen Sozialismus entsprechen im Prinzip dem Szenario V von Dieter Klein für die «zweite Große Transformation»: Es handle sich nicht um einen «Masterplan mit feststehenden Konturen». (S. 53) Die Linken in Deutschland und Europa verfügen noch nicht «über eine gemeinsame Vorstellung von den Konturen der von (ihnen) erstrebten Gesellschaft. Sie haben noch kein vorweisbares Bild von ihrer Hoffnungsgesellschaft.» (S. 54) Aber die plurale Linke brauche «ein zusammenfassendes Gesellschaftsprojekt», für das er in seiner Arbeit «die Leitideen für eine doppelte Transformation als Erzählung einer modernen Linken» vorlege. (S. 54)

Einige linke Sozialdemokraten, die Grundsatzdebatten vermissen, beklagen auch, dass der Linken leider eine solche «Erzählung», oder sogar eine «Große Erzählung» fehle. Einige allerdings sehen kein Problem



darin, dass es diese «Erzählung» nicht mehr gibt, sondern nur darin, dass es noch einige gibt, die darin ein Problem sehen. Aber allen, die noch an dieser «Erzählung» interessiert sind, sei dieses Buch besonders zur Lektüre empfohlen, zumal ich hier nicht auf die umfangreichen und anregenden Überlegungen Kleins zu dieser «Erzählung» eingehen kann. Nur auf einen Aspekt sei hier hingewiesen. Klein hält die Suche nach einer gemeinsamen «Erzählung» der pluralen Linken für notwendig, um der «Erzählung des Neoliberalismus» eine «Gegenerzählung der Linken» entgegenzusetzen. (S. 61) Und er erinnert an eine Tatsache, die die meisten Verächter des Neoliberalismus kaum zur Kenntnis genommen haben: «Jahrzehnte vor der praktischen Umsetzung neoliberalen Denkens in marktradikale Politik ... haben Wissenschaftler, Politiker und Journalisten in Dutzenden von konservativen Think Tanks und Universitätsinstituten an den Leitideen gearbeitet, die heute den neoliberalen Kapitalismus bestimmen.» (S. 60)

An der vom neoliberalen Tsunami hinweg gespülten «Erzählung» des Demokratischen Sozialismus haben einst sogar führende sozialdemokratische Politiker «federführend» mitgeschrieben. 1975 erschien in der Reihe «Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis» ein Band, in dem die gewiss vielbeschäftigten Politiker Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olof Palme intensiv, kenntnisreich und kompetent über die damals einflussreiche linke «Erzählung» des Demokratischen Sozialismus diskutierten.<sup>3</sup> Heute dürften allerdings kaum führende linke Politiker noch Zeit und Mühe für eine solche Aufgabe aufbringen. Daher könnte wohl eine ebenbürtige «Gegenerzählung» zum heute noch marktbeherrschenden Neoliberalismus nur entstehen, wenn eine Schicht linker Intellektueller, Wissenschaftler, Publizisten und Künstler die neoliberale Hegemonie wieder durch eine linke Hegemonie im politischen Denken und dann in der praktischen Politik ablöst.

3 Willy Brandt/Bruno Kreisky/Olof Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, Frankfurt/Köln 1975, in der Reihe Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis, hrsg. von Günter Grass, Eberhard Jäckel und Dieter Lattmann.

## BERICHTE UND REZENSIONEN

**Edgar Göll**

*«Inspirationen für eine Kultur der Zukunftsfähigkeit».* Rezension zu Haderlapp, Thomas/Trattnigg, Rita: *Zukunftsfähigkeit ist eine Frage der Kultur. Hemmnisse, Widersprüche und Gelingensfaktoren des kulturellen Wandels*, oekom Verlag, München 2013, 702 S., € 44,95

Seitdem das Leitbild «Nachhaltige Entwicklung» 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung verstärkt, wenngleich zögerlich auf die politische Tagesordnung gerückt wird, können Verschiebungen des Fokus beobachtet werden. Das sogenannte Drei-Säulen-Modell ist im deutschsprachigen Raum hegemonial geworden, und seine drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales sind in unterschiedlichen Kombinationen oder auch Konfliktlinien ausführlich debattiert worden. Nun wird immer deutlicher, dass die Umsteuerung in einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad nur teilweise mittels technokratischer Mittel und Konzepte zu erreichen ist. Vielmehr scheinen die drei Dimensionen jeweils noch eine Tiefendimension aufzuweisen, die als Querschnittsdimension gelten kann: Kultur. Die für Nachhaltigkeit dringend erforderlichen Veränderungen und Innovationen sind von Menschen zu praktizieren und das heißt: das «Gewohnheitstier Mensch» ist in hohem Maße gefordert und muss eine neue, eine zukunftsfähige Kultur entwickeln.

Zu diesem Themenfeld liegen bislang lediglich punktuelle wissenschaftliche Arbeiten vor. Doch mit der umfangreichen

Doppeldissertation haben der Lebensqualitätsforscher Thomas Haderlapp und die Politologin Rita Trattnigg, die als Nachhaltigkeitsexpertin im österreichischen Lebensministerium tätig ist, nun ein Werk vorgelegt, das sowohl in Inhalt als auch Form starke neue Impulse geben kann.

Ein zentraler Ausgangspunkt wird im Vorwort des Dissertationsbetreuers, des Philosophen Peter Heintel formuliert, nämlich die Frage, «warum so wenige Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen bzw. zukunftsfähigen Entwicklung zu verzeichnen sind», und er meint, dass das Buch genau dafür einen «kulturellen Selbstaufklärungsprozess» bietet, der für die LeserInnen «einsehbar» werden und «eine anregende, selbstaufklärende Wirkung haben möge» (S. 16 f.). Und tatsächlich spüren die Verfasser im Forschungsfeld nach vorhandenen Widersprüchen, machen sie bewusst, und sie artikulieren dies in einem durchgängig dialogischen, reflektierenden Duktus, der stellenweise explizit persönlich und subjektiv wird. Entsprechend begreifen sie «Nachhaltige Entwicklung bzw. Zukunftsfähigkeit auch als kulturellen Modus, sich mit den unauflösbaren Widersprüchen (Aporien) in der Welt und im Menschen auseinanderzusetzen und als den Anspruch, diese Widersprüche auszuhandeln, einen zeitgemäßen Umgang mit ihnen zu finden und diese doch (bei Zeiten) hinterfrag- und verhandelbar zu halten. Die entscheidende kulturelle Frage wird also sein, WIE wir mit diesen Widersprüchen umgehen.» (S. 26)

Haderlapp/Trattnigg konstatieren ein- gangs eine «Abkopplung der professiona- lisierten Politik von den Lebenswelten der BürgerInnen» (S. 37) und formulieren un- mittelbar anschließend eine ambitionierte Lösungsmöglichkeit: «Die Entwicklung eines weiten Begriffsverständnisses von «Politik» könnte dazu beitragen, dass sich PolitikerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen, Zivilgesellschaft, BürgerInnen usw. gemein- sam als Ko-ProduzentInnen von Politik bzw. als AkteurInnen der Politikgestaltung verstehen» – wobei Auswirkungs- und Nachwir- kungsprüfungen einzusetzen wären (S. 42 f.). Hierfür werden Beispiele angeführt, wie Art of Hosting, Gewaltfreie Kommunikati- on, Soziokratie, Systemisches Konsensieren, Restorative Circles, Dynamic Facilitation/ BürgerInnen-Räte, the work that re-con- nects', Theory U, Arbeit mit Großgruppen (z. B. Future Search, Open Space, Zukunftswerkstätten). Dabei wird zugleich bewusst gemacht, welche Vielzahl unterschiedlicher moderner Ansätze für Klärungs- und Ent- scheidungsprozesse bereits existieren – aber noch viel zu selten angewendet werden.

Die eigenständige empirische Basis für die Studie sind insgesamt 33 (anonymisier- te) Tiefeninterviews mit RepräsentantIn- nen der österreichischen Politik und Zivilge- sellschaft. Dieses Vorgehen wurde mit der maßgeblich auf Heintel zurückgehenden Interventionsforschung inter- bzw. trans- disziplinär ausgerichtet. Demnach sollten die Interviewer möglichst als «Experten des Nicht-Wissens» (S. 184) agieren. Gefragt wurden die Gesprächspartner nach ihrem Selbstverständnis, ihrer Sicht auf die an- deren Akteure, dem Verständnis von Nach- haltigkeit und dann vor allem nach den Hemmnissen für die Verwirklichung dieses Leitbildes.

Auffällig sind eklatante Differenzen der Befragten in Bezug auf ihre Selbst- bzw. Fremdeinschätzung. Zwischen Politik und Zivilgesellschaft existieren sehr diferente Sichtweisen. Befragte aus dem Feld Politik verstehen ihren Bereich als «Problemlöser», als «wohlstandssichernd» und als «notwen- dige Institution». Demgegenüber sehen die Befragten aus der Zivilgesellschaft Politik häufig als Bereich, «der den Souverän aus den Augen verliert»; «hinter dem andere Mächte agieren»; aber auch als Akteur «mit dem Allianzen für lösungsorientierte Ver- änderungen geschmiedet» werden können (S. 256 f.).

Speziell LeserInnen, die sich mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit bzw. Zukunftsfähigkeit befassen und sich dafür einsetzen, werden die zahlreichen Zitate aus den Inter- views als typische Äußerungen wieder er- kennen. Dabei geht es den Verfassern nicht darum, die Interviewpartner zu entlarven, sondern deren Haltung und Äußerungen in den Kontext und in Bezug auf die große Herausforderung Nachhaltigkeit zu stellen. So haben sie als Erklärung für die bislang unzureichende Umsetzung unter anderem fünf Dilemmata ausgemacht. 1. das Unend- lichkeits-/Fassbarkeitsdilemma, es besagt, das Thema Nachhaltigkeit sei derart umfas- send, dass «man nicht weiß wo man begin- nen soll». 2. das Komplexitätsdilemma weist darauf hin, dass nur integratives, ganzheitli- ches, vernetztes Denken weiterhelfen wird. 3. das Bewahrungs-/Veränderungsdilemma zeigt auf die Gleichzeitigkeit von bewahrens- werten und systemverändernden Aspekte in der Nachhaltigkeitskonzeption hin, 4. das Verwertbarkeitsdilemma thematisiert die häufig erst mit großen Zeitverzug politisch verwertbaren Effekte/Erfolge von Nachhal- tigkeitsaktivitäten. 5. das Authentizitätsdi-

lemma verweist darauf, dass in der Politik aufgrund vieler Faktoren selten tatsächlich nachhaltig gehandelt würde (S. 213 f.). Hierbei zeigt sich, dass es sich bei diesen Phänomenen nicht unbedingt um «Dilemmata» sondern – bei handlungsorientiertem Anspruch, um Probleme, Herausforderungen und Aufgabenstellungen handelt.

Aus den Einschätzungen der befragten ExpertInnen destillieren die Verfasser mehrere Hemmnisse für eine zukunftsfähige Politikgestaltung heraus und sie bestätigen damit bisherige Forschungsergebnisse. Hierzu gehören das System der repräsentativen Demokratie und die Schwäche des Parlamentarismus (in Österreich), die Ausrichtung der herrschenden Politik an parteipolitischer Mehrheitsbeschaffung, Kurzfristen, überfordernde wechselseitige Erwartungen und fehlendes Zutrauen und Vertrauen zwischen Politik und Zivilgesellschaft, medialer Imagedruck versus die Versuchung medial aufzutreten, die Bedeutungslosigkeit von Visionen im politischen Alltagsgeschäft; und schließlich sind aufgrund der wachsenden gesellschaftlichen Komplexität und Dynamik die Gestaltungsmacht und Qualität von traditioneller Politik unzureichend.

Aufgrund ihres in die Breite und die Tiefe gehenden Blicks widmen sich die Verfasser auch weiteren Hemmnissen für eine zukunftsfähige Alltagsgestaltung in der Bevölkerung. Hierzu gehören: Alltagsorgen, Überforderung und Bequemlichkeit, ungeeignete Anreizsysteme, mangelnde Offenheit und Reflexionsfähigkeit, fehlende Betroffenheit und Verdrängung, die Rolle der Medien (Informationsskandal vs. Beeinflussung) und tägliche Zwänge und nichtnachhaltige Gelegenheitsstrukturen.

Um diese in alltäglichen Gewohnheiten eingeschriebenen Hemmnisse angemessen

zu überwinden sei es essentiell, Räume/Orte und Zeiten für ein Innehalten und Überdenken zu schaffen, damit ein «Her-austreten und das Sich-Erheben aus Systemzwängen» (S. 28) – also das Klären von Möglichkeitsräumen, Kontingenzen, Potenzialen überhaupt möglich bzw. wahrscheinlich werden. Dazu sei es unumgänglich, «vor allem Räume zu schaffen, in denen Menschen zusammenkommen können und die Zeit haben, sich darüber auszutauschen, welche Zukunft sie wünschen und was sie dazu beitragen können, dass sie auch umgesetzt werden kann», meint ein Vertreter der Zivilgesellschaft (S. 365). Wie im Diskurs über Nachhaltigkeit üblich, wird die spürbare Stärkung demokratischer Strukturen betont.

Haderlapp/Trattnigg thematisieren aber darüber hinausgehend mit ihrem kulturellen Horizont noch weitere systemische Probleme bzw. Herausforderungen auf dem Weg zu Nachhaltigkeit; diese weisen tief in die *conditio humana* und die Gestaltungs- und Steuerungsprobleme in Gesellschaften und sind wiederum in Form von zehn für das Forschungsfeld «charakteristische Widersprüche» formuliert. Hierzu gehören z. B. Unbestimmtes-Bestimmtes, Trennen-Verbinden, Gestaltung-Zufall, Mensch-Natur und Leben-Tod, also philosophische und existenzielle zivilisatorische Themen (S. 425 ff.). Und bei Betrachtung all dieser Herausforderungen (bzw. Widersprüche oder Dilemmata) wird im Zuge des Lesens deutlich, welche überaus ambitionierte Aufgabe die Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung darstellt. Es wundert also wenig(er), dass Nachhaltigkeit noch immer nicht erreicht ist. Doch in dem Buch werden unzählige interessante Anregungen gegeben, die alten nichtnachhaltigen Gewohnheiten zu überwinden.

Abschließend werden von den Verfassern zahlreiche «Wege zu einer Kultur der Zukunftsfähigkeit» aufgezeigt. Stichworte hier sind beispielsweise: Sensibilisierung für globale und übergreifende Zusammenhänge ebenso wie für Entkoppelung und Begrenzung; Förderung von Methoden zur Ermöglichung und Durchführung von sozialen Prozessen zur kollektiven Verständigung und Aushandlung; Abkoppelung von Sachzwängen; bewusste Förderung reflexiver Gestaltungsmacht als Teil einer «Zweiten Aufklärung», und die Thematisierung der qualitativen bzw. immateriellen Sphäre von Lebensqualität (S. 608 ff.). Für das Gelingen des Transformationsprozesses werden eine aufgeklärte, lebenskünstlerisch-genussvolle Haltung sowie Experimentierfreude und Pioniergeist vorgeschlagen. Und die Anregungen beziehen sich auf Individuen, aber auch auf Institutionen und «die Politik» und deren Akteure.

Anstatt einer «großen Erzählung» braucht es für die kollektive Zukunftsgestaltung vielmehr das aus der Weisheit der Vielen schöpfende «große Gespräch» (S. 646), das sich aus vielen kleinen Gesprächen in unterschiedlichen Kontexten (Familie, Organisation, Gemeinde/Region usw.) zusammensetzt. Notwendig werden dafür mit innovativen Methoden gestaltete partizipative Prozesse. Für diese zukunftsfähigen Impulse zur Organisation von Selbstorganisation wird im Buch der Begriff der «Soziopoiese» geprägt (S. 594). «Eine Kultur der Zukunftsfähigkeit ist kein feststehender Zustand und keine Weltformel, sondern ein permanenter, kollektiver, offener, diskursiver Reflexions- und Aushandlungsprozess.» (S. 53) Und hier wird ein Motto formuliert, das weite Verbreitung verdient hat: «Handle stets so, dass sich die Lebendigkeit umfassend erhöht!» (S. 53)

Das Buch ist ein sehr gelungener, interessanter und inspirierender Spagat zwischen akademischer Abschlussarbeit und den dazu erforderlichen Qualitäten einerseits, und andererseits der Darlegung einer zukunftsorientierten, im besten Sinne selbstreflexiven, persönlichen Haltung. Und das wird unaufdringlich, ohne «erhobenen Zeigefinger» bewerkstelligt. Die Studie steckt voller «Inspirationen für eine Kultur der Zukunftsfähigkeit» und bietet zugleich eine eingehende «Reflexion des Forschungsprozesses». Manche Begriffe hätten etwas präziser definiert werden mögen; so scheint «Widerspruch» etwas unpräzise benutzt, desgleichen die Begriffe Paradoxien, Probleme, Konflikte. Der intellektuelle Reichtum dieses umfassenden Werkes lässt sich daran erkennen, dass es anschlussfähig ist an viele moderne SozialwissenschaftlerInnen, so beispielsweise an das Denken von Pierre Bourdieu oder auch Norbert Elias. Fazit: Wer sich auf dieses Buch einlässt, verfeinert und stärkt sich zur Zukunftsfähigkeit hin.

### **Sebastian Voigt**

*Tradition und Verdrängung. Über die geistesgeschichtlichen Wurzeln der Sozialdemokratie. Rezension zu Erler, Hans: Judentum und Sozialdemokratie. Das antiautoritäre Fundament der SPD, Campus, Würzburg 2009, 188 S., € 19,80; Erler, Hans: Zur Aktualität des Judentums. Vorträge 1997 bis 2010, Königshausen u. Neumann, Würzburg 2011, 272 S., € 29,80.*

«Wir gestatten keine Ablenkung der sozialdemokratischen Bewegung auf antisemitische Bahnen, aber ebenso wenig eine Ablenkung auf philosemitische Bahnen.» Dies erwiderte der Mitbegründer der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler,

1896 auf die Angriffe von Antisemiten, die die Sozialdemokratie als «verjudet» und als «Judenschutztruppe» verleumdeten. Während die deutschsprachige Sozialdemokratie die wichtigste gesellschaftliche Kraft war, die gegen antisemitische Organisationen vorging, verhielt sie sich ambivalent gegenüber den Vorwürfen, sie betreibe eine Politik zu Gunsten der Juden. In ihren populistischen Tönen gegen die Finanzkapitalisten lief sie auch bisweilen Gefahr, selbst antisemitische Denkmuster zu bedienen. Zugleich waren viele führende sozialdemokratische Politiker und Theoretiker jüdischer Herkunft. Diese Widersprüche entfalten ein Spannungsfeld, dem sich Hans Erler in zwei Büchern zuwendet, die das Resümee seiner über 20 Jahre andauernden Auseinandersetzung mit dem Judentum und dessen Bedeutung für die Sozialdemokratie darstellen. Bereits 2009 veröffentlichte er «Judentum und Sozialdemokratie. Das antiautoritäre Fundament der SPD» und zwei Jahre später schließlich «Die Aktualität des Judentums. Vorträge 1997 bis 2010».

Hans Erler, der Sohn des ehemaligen SPD-Fraktions- und stellvertretenden Parteivorsitzenden Fritz Erler, war lange für die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung tätig. Im Rahmen seiner dortigen Tätigkeit wurde ihm Ende der 1980er-Jahre die Aufgabe übertragen, zusammen mit Ernst Ludwig Ehrlich einen deutsch-jüdischen Dialog zu initiieren. Damit begann seine intensive Beschäftigung mit dem jüdischen Leben in Deutschland nach dem Holocaust. Die Auseinandersetzung dehnte Erler zunehmend auf die Gebiete der jüdischen Religion und Philosophie aus, womit sie sukzessive eine immer stärkere politische Bedeutung für seine eigene Entwicklung erhielt. Deutlich wurde dies nicht nur daran, dass Hans Er-

ler nach seiner Pensionierung unmittelbar der SPD beitrug, sondern vor allem auch dadurch, dass er sich nachdrücklich (und erfolgreich) dafür einsetzte, das Judentum als eine der geistigen Grundlagen der Sozialdemokratie im Hamburger Parteiprogramm von 2007 zu benennen.

Die inhaltliche Begründung seines Anliegen führt Erler in den beiden Büchern aus, wobei hier das Augenmerk auf die grundlegende Argumentationslinie in «Judentum und Sozialdemokratie» gelegt werden soll. Wie der Untertitel «Das antiautoritäre Fundament der SPD» nahelegt, betrachtet der Autor die Auflehnung gegen ungerechtfertigte Autorität und die Einrichtung der Welt nach humanistisch-aufklärerischen Maßstäben als Basis des sozialdemokratischen Weltbildes, das wiederum seine Wurzel im Judentum habe. Um diese Verbindung ideengeschichtlich nachzuzeichnen, liefert Erler, wie Micha Brumlik im Vorwort anmerkt, eine unkonventionelle Interpretation der Schöpfungsgeschichte. Das Essen vom Baum der Erkenntnis im Paradies deutet er nicht als Sündenfall, sondern als ersten autonomen Akt des Menschen und damit als Bedingung der Möglichkeit geschichtlicher Entwicklung überhaupt. Erst der Verstoß gegen die göttlichen Gebote, so Erler, ermögliche dem Menschen die Ausbildung eines moralischen Gewissens und der Fähigkeit zur Reflexion: «Der Ungehorsam ist somit – aus religiös-jüdischer Sicht – das hervorragendste Attribut der Freiheit des Menschen, Voraussetzung der Erkenntnis von gut und böse, der Liebe und – des Dialogs. Erst der Ungehorsam macht den Menschen zum Menschen und erzwingt den Dialog.» (S. 31) Die Bejahung des Widerspruchs unterscheidet das Judentum von allen anderen Religionen, die jeweils die Unterwer-

fung unter den Willen Gottes forderten. Nicht zuletzt deshalb habe die Auflehnung gegen die göttliche Autorität zuerst den Antijudaismus und schließlich in der Moderne den Antisemitismus hervorgebracht. Aufgrund der feindlichen Umgebung sei das Judentum über Jahrhunderte gezwungen gewesen, seinen religionsphilosophischen Nukleus – die zur Freiheit drängende Rebellion gegen Ungerechtigkeit – zu verbergen. Dennoch tauche dieses Bestreben immer wieder auf, wie Erler am Beispiel so unterschiedlicher Personen wie Leo Baeck, Martin Buber, Hannah Arendt und Theodor W. Adorno aufzuzeigen versucht. Bei allen Differenzen basiere ihr Denken auf Widerspruch und Dissens, auf der Ablehnung autoritärer Verhältnisse und dem Wunsch, die Gesellschaft nach den Prinzipien der Dialogizität und des gegenseitigen Respekts einzurichten.

Besonders nach der Ermordung der europäischen Juden im Holocaust, den Erler mit dem Begriff Dan Diners als «Zivilisationsbruch» fasst, seien diese Grundsätze aktueller denn je, gerade auch für die Sozialdemokratie. Sie solle sich endlich wieder ihrem lange Zeit verdrängten, jüdisch grundierten Erbe zuwenden. Offenkundig werde diese Traditionslinie anhand der wichtigsten Gründungspersönlichkeiten des Sozialismus und der deutschsprachigen Arbeiterbewegung: Moses Hess, Karl Marx, Ferdinand Lassalle und Eduard Bernstein. Zustimmung zitiert Erler aus Hess' Text *Mein Messiasglaube*: «Das Judentum kennt aber keinen Kastengeist und keine Klassenherrschaft. Der Geist des Judentums ist ein sozialdemokratischer von Haus aus.» (S. 89). Auch sei Hess einer der ersten gewesen, der aufgrund der Hartnäckigkeit des Antisemitismus die Notwendigkeit eines

jüdischen Staates erkannt hätte, die Erler ebenfalls unterstreicht.

Zu Recht seien Hess' Gebeine deshalb im Jahr 1961 nach Israel überführt worden und zu Recht hätten die Kölner Sozialdemokraten bereits lange zuvor auf seinem Grabstein folgende Inschrift anbringen lassen: Vater der deutschen Sozialdemokratie. Auch Karl Marx und Ferdinand Lassalle seien stark von ihren Elternhäusern geprägt worden und hätten die jüdische Ethik in ihre politische Philosophie übernommen. Bei beiden sei das Ziel der Beendigung der antijüdischen Diskriminierung an die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft gekoppelt gewesen: ohne Befreiung der Menschheit keine wirkliche Emanzipation der Juden. In Bernsteins Reformismus, so Erler, habe sich darüber hinaus frühzeitig die Ablehnung autoritärer Strömungen des Sozialismus ausgedrückt, die das antiautoritäre Fundament pervertiert hätten.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus – vor allem aber als Konsequenz aus dem Massenmord an den Juden – müsse sich die Sozialdemokratie wieder ihrer historischen und geistigen Wurzeln besinnen, gerade weil das Streben nach einer solidarischen Einrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse nichts an Dringlichkeit eingebüßt habe. Hierzu bedürfe es, so die Überzeugung Erlers, des Widerspruchs, der Rebellion gegen illegitime Herrschaft und der gegenseitigen Anerkennung als vernunftbegabte Individuen. Kategorisch formuliert er: «Die Antwort auf Auschwitz kann – für Nichtjuden – nur Judentum heißen» (S. 141), und zwar in dem dargelegten Sinn.

Das zweite Buch Erlers, eine Sammlung von Vorträgen aus mehr als einer Dekade, beleuchtet einige der dargelegten Aspekte noch genauer. Allerdings enthält es wegen

des Formats viele Redundanzen und ein sorgfältigeres Lektorat wäre wünschenswert gewesen. Sein fundamentales Ansinnen, die antiautoritären Traditionen der Sozialdemokratie wiederzubeleben, scheint wahrlich auf der Tagesordnung zu stehen. Plausibel erläutert Erlers den starken Einfluss, den Personen jüdischer Zugehörigkeit auf die Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung ausübten. Dabei ist es nicht nötig, seiner Interpretation in allen Punkten zu folgen. So ließe sich bezweifeln, dass es einer spezifischen Interpretation der Schöpfungsgeschichte bedarf, um die Relevanz des jüdischen Denkens für die Idee der menschlichen Emanzipation zu unterstreichen. Da Erlers den Fokus außerdem auf die ideengeschichtliche Kontinuität legt, blendet er den oftmals widerspruchsvollen Geschichtsverlauf aus. Ein Autor kann aber niemals alle Facetten eines Themas behandeln und den Büchern kommt ohne Zweifel das Verdienst zu, einen meist vernachlässigten Aspekt umfassend zu diskutieren. Ob Hans Erlers mit seinen intellektuellen Interventionen Einfluss auf die langfristige Entwicklung der SPD zu nehmen vermag, bleibt abzuwarten. Mit dem Hamburger Programm von 2007 wurde bereits ein Anfang gemacht. Anlässlich des 150. Jahrestags der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der am 23. Mai 2013 begangen wurde, stellt sich die Frage nach den historischen Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie erneut. Die Lektüre der Bücher Erlers könnte dabei als Wegweiser dienen.

### Helga Grebing

*Wandel durch Annäherung? Überlegungen zu Engelberg, Ernst: Wie bewegt sich, was uns bewegt? Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Herausgegeben, bearbeitet und ergänzt von Achim Engelberg. Mit einer Einführung von Peter Brandt, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013, 229 S., € 44,00*

Achim Engelberg, der Sohn (geboren 1965), gibt zu bedenken, ob nicht das Spätwerk seines Vaters, Ernst Engelberg (geboren 1909, verstorben 2010) für «globalhistorische Studien bedeutend werden» könnte: die Geschichte «national wie weltweit als Ablauf von Gesellschaftsformationen zu sehen und zu erzählen». Das könnte, meint er, für eine Neuausbreitung des Marxismus im Zuge der «Krise des finanzmarktgeleiteten digitalen Kapitalismus» beitragen (Zitate S. 9). Ein Beitrag also der Geschichtswissenschaft zur Erklärung einer Gegenwart und ihrer zukunftsweisenden Elemente? Vielleicht auch gleichzeitig ein Beitrag zum gegenseitigen Verstehen, zur Annäherung, ja, zum «Versöhnen» der Historiker einst in Deutschland Ost und Deutschland West?

Peter Brandt gibt (S. 13–19) die dazu stimulierende «Einführung». Er stellt Ernst Engelberg als einen «der bedeutendsten marxistischen Historiker deutscher Zunge» vor, als einen «Aufklärer durch und durch und zugleich Erbe des Denkens der deutschen klassischen deutschen Philosophie verpflichtet». Er spricht vom Wachsen seiner eigenen «Engelberg-Euphorie» angesichts dessen Bismarck-Biografie, die er «ein Meisterwerk der Geschichtsschreibung» nennt. Seine Sympathie für «den großen deutschen Historiker» wuchs, als dieser 1985 erklärte, die «Deutsche Frage» sei noch nicht erledigt. Haben da jene Historiker, die alles immer noch anders sehen, etwas verpasst? Sollten sie nicht



vielleicht die Chance ergreifen, sich von ihrer nachhaltigen Distanz heilen zu lassen?

Ich will es versuchen, denn ich gehöre zu denen, die es anders sehen – aus subjektiv persönlichen, aber nicht weniger aus objektiv politischen Gründen. Wer ist Ernst Engelberg konkret und nicht auf einen denkmalsähnlichen Podest erhoben? Er wurde 1909 im Badischen in eine erzsozialdemokratische Familie hinein geboren. Der Großvater war ein 1848er Revolutionär, der Vater, ein Druckereibesitzer, hatte 1898 in Haslach im Kinzigtal die SPD gegründet. Was tut der Enkel bzw. der Sohn, der Geschichte studiert? Er tritt im Mai 1928, also 19 Jahre alt, nach seinen eigenen Worten «in die revolutionäre Arbeiterbewegung» ein; das hieß für ihn in den Kommunistischen Jugendverband und zwei Jahre später in die KPD. Er sieht darin die «Verbindung von Patriotismus und Internationalismus» (S. 170). Das alles soll die stalinistische KPD gewesen sein, aus der die wirklichen Kommunisten bereits ausgeschlossen waren oder sich von ihr getrennt hatten? Da muss viel ideologische Blindheit im Spiel gewesen sein bei dem jungen begabten Studenten. 1934 kann er gerade noch promovieren mit einer Dissertation über Bismarcks Sozialpolitik; dann wird er verhaftet und zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Danach gelingt ihm die Flucht in die Schweiz, wo er in Genf bei Max Horkheimer in dessen Institut für Sozialforschung arbeiten kann. 1940 geht er durch Vermittlung von Horkheimer nach Istanbul, wo er Kontakt zu Ernst Reuter findet. Und was macht er nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur? 1948 kehrt er nach Deutschland, in die SBZ, zurück und wird Mitglied der SED. Seine wissenschaftliche und politische Karriere als einer der einflussreichsten Historiker der DDR beginnt 1949 an der Universität Leipzig.

Als Ernst Bloch und Hans Mayer wie andere auch gehen oder dazu gezwungen werden, bleibt Engelberg, zuletzt von 1969 bis 1974 als Leiter der Forschungsstelle für Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft der Akademie der Wissenschaft der DDR in Berlin.

Ernst Engelberg bleibt dabei: bei seiner positiven Bewertung der Oktoberrevolution und Lenins; erst im April 1989, lässt er sich an seinem 80. Geburtstag öffentlich auf eine vorsichtige Stalin-Kritik ein. Es ist Achim Engelberg, der einräumt: «Bei der Frage, warum der Sozialismus scheiterte, sind seine Schriften gerade auch im Vergleich zu anderen Marxisten blass.» (S. 168) Konsequenterweise bleibt Engelberg nach der Wende auch politisch dort stehen, wo er stand: bei der sich in die PDS umbenennenden SED. Achim Engelberg bemüht sich nun zu beweisen, dass und weshalb dies nicht der ganze Engelberg ist – an Hand von Texten aus dem Spätwerk seines Vaters. Seine Methode ist zumindest merkwürdig zu nennen, jedenfalls im Vergleich zu den Kriterien der üblichen Editionsarbeit. Er setzt Textteile zusammen, er deutet sie, wie er sie versteht, und ergänzt sie teilweise durch eigene Beiträge und Erläuterungen. Ich will offen lassen, ob ein solches Vorgehen wissenschaftlich legitimierbar ist. Hier geht es um die Auseinandersetzung mit der Antworten der beiden Engelbergs; wie sich bewegt, was uns bewegt.

Zentraler Fixpunkt der Theorie der Geschichte ist bei Ernst Engelberg die Dialektik. Der Begriff taucht in vielen Varianten und Kombinationen immer wieder auf: «Dialektik» selbstverständlich nicht im trivialen Verständnis, auch nicht Hegelscher Qualität, sondern Marx und vor allem Engels folgend: Der Widerspruch löst einen Prozess

der historischen Durchsetzung der logisch stärkeren Kräfte aus, die zur Triebkraft der historischen Bewegung werden. Es kommen bei Ernst Engelberg vor: die Dialektik von Absolutem und Relativem, von Subjekt und Objekt, von Vernunft und Gefühl, von Notwendigkeit und Zufall, von Wesen und Erscheinung, Struktur und Ereignis, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, von Evolution und Revolution, Revolution und Reform, Revolution und Konterrevolution, Angriff und Verteidigung.

Ich bin nicht sicher, ob ich alle «dialektischen Paare» gefunden habe; ich habe auch Zweifel, ob sie wirklich alle inhaltlich als widersprüchlich definiert werden könnten. Entscheidend ist jedoch etwas anderes: in der Permanenz der Dialektik steckt eine Zielführung, nämlich die zum Sieg des Proletariats, zur Hegemonie, ja zur Verwirklichung des Sozialismus am Ende dann doch. Vielleicht zum Ende der Bewegung der Geschichte? Aus dieser beschworenen Dialektik wurde bereits mehrmals nichts, im Gegenteil: statt Sozialismus kam die Barbarei oder abgeschwächte Formen von ihr, die den Kapitalismus dominant hielten. Engelbergs allmächtige Berufungsinstanz sind Marx und Engels. Die Auseinandersetzung mit den Kritikern beider, die vielen Versuche, Dialektik als Erklärungszentrum für die Bewegungskräfte gesellschaftlicher Formationen zu modifizieren, z. B. Horkheimers und Adornos «Dialektik der Aufklärung» als ein Prozess der Selbsterstörung oder Adornos «Negative Dialektik», bleiben unerwähnt, unverarbeitet.

Eine große Bedeutung in seiner Theorie der historischen Bewegung gibt Engelberg dem Faktor «Revolution von oben». Sie wird zum zentralen Erklärungsmodus in seiner Bismarck-Biografie verwendet. Als diese erschien, meinten viele in der 1949er Bundes-

republik, vor allem sein Verleger und Duzfreund Wolf Jobst Siedler, mit diesem Werk sei der Anschluss der DDR-Historiografie an jene in der Bundesrepublik erreicht. Das hat aber nicht gestimmt. Für Engelberg blieb Bismarck der Urpreuße und reaktionäre konservative pommersche Junker; aber eine merkwürdige Dialektik der Geschichte, ihre «List» sozusagen, ließ ihn mit der von ihm realpolitisch betriebenen Reichsgründung, die zum Motor der industriekapitalistischen Expansion Deutschlands wurde, die «Revolution von oben» erfolgreich durchführen. Bismarck war nach Engelbergs Ansicht nicht der erste konservative Revolutionär im modernen Sinne, das waren auch die preußischen Reformer nach 1806. Engelberg setzt also konservative Akteure als eine Art revolutionäres «Ersatzproletariat» in der historischen Bewegung in Funktion.

Wer den Begriff «Revolution» als alternativ zu füllende Hülle benutzt, mag so argumentieren können. Wer ihn aber mit emanzipatorischen Elementen verknüpft sieht, wird dies nicht tun können. Das Einschwenken der Liberalen auf Bismarcks Reichsgründungspolitik war verbunden mit der Umsetzung ihrer Prioritäten – statt Freiheit und durch Freiheit zur Einheit hieß es nun: erst Einheit und dann Freiheit. Darin spiegelte sich nicht ein Akt der Unterwerfung, sondern ihm lag ein effizientes Herrschaftsbündnis zu Grunde. Bismarck konnte einen monarchisch-autoritären großpreußischen Staat etablieren, die sich als liberal kennzeichnende Bourgeoisie hatte den erstrebten ökonomischen Freiraum bekommen und konnte in ihrem Interesse herrschen lassen, auch und gerade gegen die sich herausbildende Arbeiterklasse. Was von Engelberg (übrigens im Gefolge von Engels) «Revolution von oben» genannt wird, war ein erfolg-

reicher Coup, für den die Konservativen in ihrer Geschichte bis ins 20. Jahrhundert hinein die ihre Identität bestimmende Formel gefunden haben: Konservativ sein, heißt an der Spitze des Fortschritts marschieren (wenn es Herrschaft stabilisierend passt).

Ernst Engelberg hat uns selbst «verraten», warum für ihn die Kategorie «Revolution von oben» eine solche zentrale Bedeutung hat. Die Frage der «Revolution von oben» hängt seiner Meinung nach unlöslich mit der «Dialektik von Evolution und Revolution» zusammen: «Leugnet man nämlich aus einer Art politischer Schamhaftigkeit, die dem Preußen Bismarck um alles in der Welt keinen revolutionären Zug zubilligen will, die Revolution von oben, dann öffnet man dem evolutionistischen Reformismus Tür und Tor.» So schrieb Engelberg 1980 in einer Aufsatzsammlung (Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft, S. 283). Revolution muss sein, und sei sie «von oben»; Evolution taugt nur, wenn sie die Revolution, gleich in welcher Form, provoziert. Nichts taugt der «evolutionistische Reformismus» – der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, so darf man wohl ergänzen.

1996 hat Ernst Engelberg rückblickend bestätigt, dass seine methodologischen Reflexionen zwar als eine Art Modernisierung der DDR-Historiografie betrachtet werden können und keineswegs als eine liberalisierte geschichtspolitische Linie: Wenn man will, aber das sagt er nicht, eine Variante der «Revolution von oben». Es ging um das fortschrittliche Erbe der deutschen Nationalgeschichte, das die DDR/SED für sich reklamierte. Und in diesem Kontext war die Aufdeckung des «dialektischen Zusammenhangs zwischen singulären Geschehen, persönlichen Handelns und länger währenden,

wenn auch dynamisch bewegten Strukturen» (S. 12) der methodische Schlüssel.

In den Diskussionen mit ehemaligen DDR-Historikern fällt immer wieder auf, dass sie erklären, dass in der Spätzeit der DDR auch unter Historikern ein «neues Denken» zumindest angefangen hätte, wie in den anderen Geisteswissenschaften ebenfalls. Das mag ja sein, wenn es auch zu spät war. Nur, die bundesrepublikanischen Historiker haben davon fast nichts wahrnehmen können; das zeigte sich bei dem ersten und einzigen offiziellen Treffen, zu dem die Historische Kommission des SPD-Vorstandes im März 1987 Historiker aus der DDR nach Bonn eingeladen hatte, darunter auch Ernst Engelberg, der über das Thema sprach: «Die Evolution in der Geschichte macht früher oder später eine Revolution notwendig.» (Vgl. Susanne Miller, Malte Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte, 1988). Es kann durchaus sein, dass vielleicht das eine oder andere Signal aus der DDR nicht erkannt wurde. Aber während Reformansätze in der Geschichtswissenschaft aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, ja auch aus der Sowjetunion, auf den jährlichen Tagungen auf dem «neutralen Boden» Österreichs in Linz diskutiert wurden, war die DDR dort immer nur durch handfeste wissenschaftliche Funktionäre vertreten.

Es ist daher zu begrüßen, dass Achim Engelberg die Leistungen seines Vaters dessen Nachwelt bekannt macht und dass er auf diese Weise einen Beitrag liefert, die noch ausstehenden Dispute auf eine anregende Weise auf den Weg zu bringen. Es bleibt allerdings auch ein Hauch von Betroffenheit darüber, dass ein so beeindruckender Historiker wie Ernst Engelberg nicht seinen Weg zur Wende gefunden hat, sondern stehen geblieben ist – in einer DDR, die zerfiel.

# AUTORINNEN UND AUTOREN

**Jennifer L. Allen** (\* 1984), MA, Doktorandin im Fach Geschichte an der University of California-Berkeley. Bereitet derzeit eine Doktorarbeit zur kulturellen und politischen Dezentralisierung Deutschlands während den 1980er- und 1990er-Jahren mit einem Schwerpunkt auf die Idee einer «nachhaltigen Utopie» vor.

**Heinz-J. Bontrup**, Prof. Dr., Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Campus Recklinghausen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Letzte Buchveröffentlichung: *Krisenkapitalismus und EU-Verfall*, Köln 2013.

**Udo Bullmann** (\* 1956), Dr., ist Politikwissenschaftler, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses und Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im EU-Parlament.

**Klaus Faber**, Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt in Potsdam; Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Kuratoriumsmitglied des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam sowie des Zentrums für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Publikationen zu juristischen und bildungspolitischen Fragen, zu Nahost-, Islam- und Antisemitismusthemen; u. a.: Peter Glotz/Klaus Faber, *Grundgesetz und Bildungswesen*, in: Benda/Maihofer/Vogel, *Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin, New York, 1995; *Neu-alter Judenhass*, Berlin, 2. Aufl. 2007, Mitherausgeber und Koauteur.

**Michael Fischer** (\* 1975), MA, Soziologe und Sozialpsychologe. Referent für die Arbeitsbereiche Gewerkschaften und Mitbestimmung in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

**Gregor Fitzi** (\* 1963), Dr. Habil., ist Privatdozent für allgemeine Soziologie an der Universität Potsdam. Von 2010 bis 2014 Senior Researcher am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Oldenburg. DFG Projekt: *Die Entwicklung von Servicerobotern und humanoiden Robotern im Kulturvergleich – Europa und Japan*. Letzte Veröffentlichung: *Grenzen des Konsenses. Rekonstruktion einer Theorie transnormativer Vergesellschaftung*. Weilerswist: Velbrück, 2014.

**Edgar Göll** (\* 1957), Dr., Sozialwissenschaftler, ist als Zukunftsforscher und Dozent in Berlin vor allem zum Themenfeld Nachhaltige Entwicklung und Governance tätig.

**Helga Grebing** (\*1930), Prof. Dr., Professorin (em.) für die vergleichende Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und die soziale Lage der Arbeiterschaft, Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. (Mit-)Herausgeberin der *perspektiven ds.* Veröffentlichungen u. a.: *Freiheit, die ich meinte*. Erinnerungen an Berlin. Verlag für Berlin-Brandenburg: Berlin 2012; *Willy Brandt. Der andere Deutsche*; Wilhelm Fink Verlag: München 2008 und *Die Deutsche Revolution 1918/19*, vorwärts|buch: Berlin 2008.

**Horst Heimann** (\*1933), Dr., Politikwissenschaftler und HDS-Vorstandsmitglied. Zahlreiche Beiträge zu Begründung über den «Demokratischen Sozialismus».

**Dierk Hirschel** (\*1970), Dr., Bereichsleiter Wirtschaftspolitik bei der Dienstleistungsgesellschaft Ver.di, Mitglied der SPD-Grundwertekommission.

**Dieter Klein**, Prof. Dr. rer. oec., seit der Emeritierung an der Humboldt-Universität tätig in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Arbeit: Kapitalismustheorie, Krisen im neoliberalen Kapitalismus, Transformation. Jüngste Buchpublikation «Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus», 2013.

**Tobias Kühne** (\*1974), MA, Historiker und Wissenschaftlicher Bibliothekar. Redaktionsleiter der *perspektiven ds.* Schließt derzeit ein Promotionsvorhaben zur Geschichte des Netzwerks «Neu Beginnen» in der Berliner Nachkriegs-SPD ab.

**Ludwig, Kira** (\*1965), Historikerin, Industriekauffrau, Projektmitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Rostock.

**Maurer, Andreas**, Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaft und Politik der Europäischen Integration an der Universität Innsbruck.

**Michael Müller** (\*1948), Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschland und langjähriger SPD-MdB.

**Kai Niebert** (\*1979), Prof. für Nachhaltigkeit und Naturwissenschaftsdidaktik an der Leuphana-Universität Lüneburg und (ab August 2014) an der Universität Zürich.

**Terence Renaud** (\*1985), MA, Doktorand im Fach Geschichte an der University of California-Berkeley. Bereitet derzeit eine Doktorarbeit zum Begriffs- und Generationswandel des deutschen Sozialismus in der Mitte des 20. Jahrhunderts vor.

**Bernd Rother** (\*1954), Dr., Historiker, Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, neueste Publikation (als Hrsg. und Autor): *Willy Brandts Außenpolitik*, Wiesbaden (Springer VS) 2014.

**Klaus-Jürgen Scherer** (\*1956), Dr. phil., Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie; Redakteur der Zeitschrift «Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte». Vorstandsmitglied der HDS. Veröffentlichungen u. a.: *Weiterdenken. Begegnungen mit Wolfgang Thierse*, Berlin 2008 (Mitherausgeber); *Vorarbeiten für eine neue Mehrheit. Sozialdemokratische Think Tanks – Unterschiede und Gemeinsamkeiten*. In NG/FH 4/2014.

**Klaus Schönhoven** (\*1942), Prof. Dr. (em.) für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte; Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert; zur Sozialgeschichte der Weimarer Republik und der Bundesrepublik; zur Vergangenheits- und Erinnerungspolitik in Deutschland und Europa.

**Caroline Somnitz** (\*1987), hat Volkswirtschaftslehre in Berlin studiert und ist Referentin für Wirtschaft und Finanzmarkt im Brüsseler Büro von Udo Bullmann.

**Sebastian Voigt** (\*1978), Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, München – Berlin; Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Arbeit liegen auf den Gebieten der jüngsten Gewerkschaftsgeschichte, der Geschichte des Antisemitismus, der französischen Nachkriegsgeschichte und der Geschichte kommunistischer Dissidenz.

**Werner Wobbe** (\*1948), Dr. der Sozialwissenschaft, arbeitete in der Europäischen Kommission Brüssel, in den Abteilungen Industrie und Unternehmen und in der Forschung und Innovation. Er leitete die Abteilung wissenschaftliche Vorausschau und unterstützte hochrangige ökonomische Expertengruppen im Bereich der Wissensgesellschaft, der Dienstleistungen, des Benchmarking und der Innovation. Autor zahlreicher Berichte und Artikel sowie Herausgeber von Büchern zum Thema Europa.